



LZK

LANDESZAHNÄRZTEKAMMER
BADEN-WÜRTTEMBERG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

DieKammer

IHR PARTNER



Jahresbericht 2012

Selbstbewusst gestalten - Für eine moderne Profession



LZK

LANDESZAHNÄRZTEKAMMER
BADEN-WÜRTTEMBERG
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Die Kammer
IHR PARTNER

Jahresbericht 2012

Selbstbewusst gestalten -
Für eine
moderne Profession

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Albstadtweg 9
70567 Stuttgart
Telefon 0 711 / 2 28 45 - 0
Telefax 0 711 / 2 28 45 - 40
E-Mail info@lzk-bw.de
Internet www.lzkbw.de

BILDNACHWEIS

Fotolia, Jana Zadow-Dorr, LZK-Bildarchiv, Informationszentrum Zahngesundheit, Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart, Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe, Bezirkszahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen

GRAPHISCHE GESTALTUNG & LAYOUT

Andrea Mader, Landes Zahnärztekammer BW
Haka Print und Medien GmbH

TITELBILD

Rocco Nemitz, Landes Zahnärztekammer BW

DRUCK

Haka Print und Medien GmbH
Ostfildern-Ruit

ALLGEMEINE HINWEISE

Alle Rechte vorbehalten. Copyright Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Nachdruck, Vervielfältigung, Speicherung auf Datenträgern oder Verbreitung mittels elektronischer Systeme – auch auszugsweise – nur mit Zustimmung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg.

STAND

November 2012

Inhalt

Vorwort	5
Vorstand	7
Gesundheits- und Sozialpolitik	19
Vertreterversammlung	21
Haushaltsausschuss	33
Landesberufsgericht für Zahnärzte	39
Interne Verwaltung	47
Gebührenrecht	53
Praxisführung	57
Recht	65
Weiterbildung	67
Kennntisprüfungen nach § 2 Zahnheilkundegesetz	73
Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen	77
Prophylaxe	87
Alterszahnheilkunde und Behindertenzahnheilkunde	91
Patientenberatung	101
Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation	117
Gutachterwesen	125
Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe	127
Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart	133
Bezirkszahnärztekammer Freiburg	139
Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe	145
Bezirkszahnärztekammer Stuttgart	151
Bezirkszahnärztekammer Tübingen	155
Informationszentrum Zahngesundheit	159
Zahnärzteblatt Baden-Württemberg	165
Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg	171
Bundeszahnärztekammer	177

Er ist da! Druckfrisch und voller Hintergrundinformationen präsentiert sich Ihnen der aktuelle Jahresbericht 2012 der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Sie erhalten detaillierte Einblicke über standespolitische Entscheidungsprozesse, Beschlüsse und Arbeitsergebnisse der Kammerorgane sowie der jeweiligen Fachausschüsse, Arbeitskreise sowie die Arbeit in der Verwaltung.

Zahlreiche gesetzgeberische Reformen und novellierte Rechtsverordnungen bestimmten die gesundheitspolitische Situation der letzten zwölf Monate auf Bundes- und Landesebene. Das betrifft zum Beispiel die seit November 2011 nach rein politischen Aspekten durchgesetzte GOZ-Novellierung, das seit Januar 2012 rechtskräftige GKV-Versorgungsstrukturgesetz, die permanenten Änderungen im Gemeinsamen Bundesausschuss wie auch das voraussichtlich im Dezember 2012 zu beschließende Patientenrechtegesetz. Diese Beispiele stellen komplexe und vielschichtige gesundheitspolitische Themenschwerpunkte dar, die zunehmend die freiberufliche Ausübung der zahnärztlichen Profession tangieren. Der zunehmende staatliche Rechtsaktivismus stellt die Landes Zahnärztekammer als verfasste standespolitische Selbstverwaltung aller Zahnärztinnen und Zahnärzte in Baden-Württemberg vor große Herausforderungen und Probleme, für die praktikable Lösungen erarbeitet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund kann der LZK-Vorstand im letzten Jahr der 14. Kammerperiode standespolitisch auf ein arbeitsreiches Jahr zurückblicken und selbstbewusst Bilanz ziehen, denn viele wichtige Themen im Sinne der Kollegenschaft und unserer Patienten wurden in Angriff genommen oder konnten bereits erfolgreich umgesetzt werden. Die langersehnte GOZ-Novellierung hat nicht zu den von LZK-Vorstand und Vertreterversammlung sowie vielen Zahnärztinnen und

Zahnärzten gewünschten Ergebnissen geführt, nicht zuletzt wegen einer fehlenden Punktwertanhebung. In vielen Vorstandssitzungen diskutierte der LZK-Vorstand, wie mit den neuen Gegebenheiten einer GOZ 2012 umzugehen ist und wie die Kollegenschaft schnell und effizient unterstützt werden kann. Sowohl mit der im Rahmen des Internetauftritts der Kammer neu eingerichteten Sonder rubrik GOZ INFORM, einer Beratungshotline oder auch mit der Aufklärung über das neu eingeführte, aber unzureichende maschinenlesbare GOZ-Rechnungsformular musste viel Aufklärungsarbeit geleistet werden. Da in den Augen des LZK-Vorstandes das zwangsweise verordnete Rechnungsformular zudem einen klaren Eingriff in die Freiberuflichkeit darstellt und in keiner Weise dem Inhalt des § 15 Zahnheilkundengesetz gerecht wird, hat der LZK-Vorstand im Oktober die Initiative ergriffen, um mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht Berlin entschieden dagegen vorzugehen.

Auch wenn im Fall der GOZ-Novellierung die zahlreichen Gespräche des LZK-Vorstandes und des LZK-Präsidiums leider nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben, ist nach wie vor eine intensive Lobbyarbeit eine notwendige Bedingung dafür, sich innerhalb eines neokorporatistisch geprägten Staates im „Wettkampf“ mit anderen Interessengruppen behaupten zu können. In diesem Kontext haben LZK-Präsidium und Vertreter des LZK-Vorstandes zahlreiche Gespräche mit Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie Vertretern der Ministerialverwaltung des Landes Baden-Württemberg geführt. Bei dem Gespräch mit der Sozialministerin des Landes, Katrin Altpeter, im Mai wurde u.a. zur Sprache gebracht, dass die Kollegenschaft kein Verständnis hat für die seit Ende Juli novellierte Medizinische Hygieneverordnung des Landes mit ihren unverhältnismäßigen Anforderungen und zusätzlicher Bürokratiebelastung.

Eine moderne Kammer tritt nicht nur nach außen als aktive politische Selbstverwaltung auf. Sie muss vor allem die Bereitschaft und das Engagement mitbringen, sich intern weiter zu entwickeln und eigene Strukturen neu zu gestalten, um politisch antizipativ handeln zu können. Deshalb hat sich der LZK-Vorstand im März sowie im September des Jahres in zwei Klausurtagungen mit außerordentlich wichtigen Themen beschäftigt.

In seiner Märzklausur lud der Vorstand u. a. Petra Corvin, stv. Vorsitzende im Unterausschuss „Zahnärztliche Behandlung“ des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) ein, um von ihr Insider-Informationen über die Arbeitsweise und die Entscheidungswege gesundheitspolitischer Richtlinien des G-BA zu erhalten. Ebenso interessant war auch die Diskussion über die Einflussmöglichkeiten der Zahnärzteschaft sowie die weitere Thematik Versorgungsforschung. Die praktisch tätigen Zahnärzte sind hier gefordert, aktiv mitzuwirken, um der Politik wissenschaftliche Argumente in Form von Studien und valide Daten an die Hand geben zu können.

Es ist leider ein besorgniserregender Trend, dass immer weniger junge Zahnärztinnen und Zahnärzte bereit sind, sich in der Standespolitik ehrenamtlich zu engagieren. Dies nahm der LZK-Vorstand zum Anlass, sich in seiner Klausurtagung Anfang September darüber Gedanken zu machen. Diskutiert wurden neue Methoden und Maßnahmen, standespolitischen Nachwuchs für ein ehrenamtliches Engagement in der Kammer und ihren Gremien zu gewinnen. Dazu wurden Ziele, die Einbindung von Kooperationspartnern sowie interessante Vorschläge und Vorgehensweisen diskutiert. Bezogen auf die Zielgruppe der zahnärztlichen Assistenten in der Vorbereitungszeit ist bereits ein Gemeinschaftsprojekt „Fit für die Zukunft“ durch mehrere Landeszahnärztekammern initiiert, zudem der LZK-Vorstand im September den Beschluss fasste, sich daran zu beteiligen.

Entsprechend dem Leitbild „Die Kammer – Ihr Partner“ ist es postuliertes Ziel des Vorstandes, die Kammer als zahnärztliches Dienstleistungszentrum kontinuierlich auszubauen, um der Kollegenschaft einen Mehrwert in Form eines umfangreichen Dienstleistungsangebotes zu allen Fragen zahnärztlicher Berufsausübung zu offerieren. Angefangen bei den telefonischen und persönlichen Beratungen beispielsweise über Fragen zur GOZ 2012, oder zu den neuen Anforderungen, die mit der novellierten Medizinischen Hygieneverordnung Baden-Württemberg verbunden sind, über gutbesuchte BuS-Dienstkurse, bis hin zu den neu erarbeiteten Mediations-, Schlichtungs- und Notfalldienst-Ordnungen. Seit Ende Juli ist die Kammer auch mit einem attraktiven Facebookauftritt online, der u.a. dazu dient, jungen Menschen den Beruf der Zahnmedizinischen Fachangestellten sowie diesbezügliche Aufstiegsmöglichkeiten näherzubringen. Ebenso soll der neue ZFA-Imagefilm dazu beitragen, Azubis für die Zahnarztpraxen im Land zu gewinnen.

Gegenstand weiterer Beratungen waren die vom LZK-Vorstand erarbeiteten Vorschläge zu Satzungsänderungen auf BZÄK-Ebene, die Begleitung der Akademie Karlsruhe in der Umstrukturierungs- und Neubauphase ihres Akademiegebäudes sowie der Ausbau und die Neustrukturierung der zahnärztlichen Patientenberatung in Kooperation mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württembergs.

Einen ebenso wichtigen Schritt für eine starke berufliche Selbstverwaltung stellt die seit September 2012 angelaufene Wahl für die berufsständischen Kammerparlamente auf Bezirks- und Landesebene dar. Es sind geeignete Kolleginnen und Kollegen zu wählen, die mit ihrem ehrenamtlichen Engagement die standespolitischen Interessen zum Wohle der Kollegenschaft für die nächsten vier Jahre der 15. Kammerperiode vertreten werden.

Vorstand

Unter der Leitung von Kammerpräsident Dr. Udo Lenke tagte der LZK-Vorstand im aktuellen Berichtsjahr von Oktober 2011 bis September 2012 in neun Sitzungen mit Geschäftsführern und Verwaltung sowie in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Haushaltsausschuss und in zwei Klausurtagungen.

Zur gesundheitspolitischen Lage

In den letzten Monaten standen Themen wie die Euro-Stabilisierung, der Schuldenabbau, die Energiewende oder Fragen nach Betreuungsgeld und der Schaffung ausreichender Kita-Plätze im Fokus der medialen Öffentlichkeit. Die Gesundheitspolitik rückte, abgesehen von wenigen Strohfeuern wie dem immer wieder gerne geübten und aufgesteigerten Ärzdebashing oder der Frage, wohin mit den Milliardenüberschüssen der Krankenkassen, eher an den Rand öffentlicher Aufmerksamkeit.

Zwar wurden vom Gesetzgeber in den letzten Monaten einige gesundheitspolitische Rechtsverordnungen und Gesetze auf die Reihe gebracht. Anzuführen sind hier zum Beispiel die Novellierung der zahnärztlichen Gebührenordnung (11/2011), das GKV-Versorgungsstrukturgesetz (01/2012), die Pflegeordnungsgesetz (09/2012) oder das voraussichtlich im Dezember 2012 für die Bürgerinnen und Bürger als „Weihnachtsgeschenk“ geplante Patientenrechte-

gesetz. Die genannten Reformen bedeuten in ihrem Gesamtwirken letztlich nur das Angeln kleiner Fische. Parteipolitische Ränkespielen und Taktiken bestimmen den gesundheitspolitischen Status quo, denn die verantwortlichen Gesundheitspolitiker der jeweiligen Parteien wollen im bereits anlaufenden Wahlkampf zur Bundestagswahl im nächsten Herbst ihre Munition noch aufsparen. Hinter verschlossenen Türen sind diese gerade dabei, ihre gesundheitspolitischen Programme zu erarbeiten, um zum jeweils großen Wurf auszuholen. Diese Programme, die ab

Spätherbst 2012 vorliegen sollen, werden sich mit der Systemfrage zwischen Bürgerversicherung und Prämienmodellen ebenso beschäftigen wie mit dem Spannungsverhältnis bzw. der Konvergenz von Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung oder mit Finanzierungsfragen.

Vor diesem Hintergrund muss es, so die eindeutige Auffassung des LZK-Vorstandes, die primäre Aufgabe der Zahnärzteschaft sein, die gesundheitspolitische Arbeit der Parteien nicht nur zu beobachten, sondern sich aktiv und öffentlichkeitswirksam in den politischen Diskussionsprozess einzubringen und sich gezielt zu zahnärztlich relevanten Themen öffentlich zu positionieren.

Während sich die Gesundheitspolitiker mit gesundheitspolitischen Signalen zurückhielten, legte dafür der GKV-Spitzenverband der Zahnärzteschaft zu Ostern ein exklusives



Der Vorstand der Landes Zahnärztekammer der 14. Kammerperiode

MITGLIEDER DES VORSTANDES DER LANDESZAHNÄRZTEKAMMER BADEN-WÜRTTEMBERG

Mitglieder kraft Wahl durch die Vertreterversammlung

Dr. Udo LENKE, Vaihingen, Präsident
Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim, stv. Präsident
Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart
Dr. Norbert STRUß, Freiburg
Dr. Dr. Heiner SCHNEIDER, Metzingen

Mitglieder kraft Amtes als Vorsitzende der Bezirkszahnärztekammern

Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen
Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker
Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach
Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch

Ei ins Nest. Dieses Sammelsurium bunt-scurriler Vorschläge wurde erst öffentlich und später in Form einer kleinen Anfrage mit ca. 100 Fragen über die Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen (siehe Bundestagsdrucksache 17/9511) an die Bundesregierung lanciert. Sie beinhalteten u.a. die Forderung, Rechnungen für privat-zahnärztliche Leistungen bei GKV-Versicherten durch die Krankenkassen stärker kontrollieren zu lassen oder in Verträgen mit Zahnärzten Höchstsätze für zahnärztliche Leistungen nach der GOZ aushandeln zu wollen. Man wolle damit ja nur „Transparenz“ schaffen und die Versicherten vor überhöhten Kosten und Mehrbelastung schützen, so der GKV-Spitzenverbandstenor.



Dr. Norbert Engel

Die Medien sprangen auf den Zug des „Zahnarzt-Bashing“ unreflektiert auf, erhielten aber von Bundeszahnärztekammer und Freiem Verband sofort Dementis. Ebenso blies dem GKV-Spitzenverband der Gegenwind durch die unerwartet klare Antwort des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) auf die erwähnte Kleine Anfrage von Bündnis 90/ Die Grünen mitten ins Gesicht. Das BMG wies die Forderungen als haltlos zurück, da erwiesenermaßen die Qualität und Strukturen der zahnmedizinischen Versorgung in Deutschland alles andere als schlecht sind.



Dr. Peter Riedel

Es war schon ein sehr durchsichtiges Manöver des GKV-Spitzenverbandes, einen Nebenkriegsschauplatz zu eröffnen, um von der eigenen Situation abzulenken, dem bis Ende Dezember 2012 anwachsenden Milliarden-Euro-Überschuss an Versicherten-geldern in Höhe von mehr als 25 Milliarden Euro auf den Konten aller Krankenkassen und des Gesundheitsfonds. Selbst die Medienlandschaft durchblickte dies unisono und stellte so manche Krankenkasse als Sparkasse in Frage.

Intensive Lobbyarbeit – im konstruktiven Dialog mit der Landespolitik

Unbeirrt von der gesundheitspolitisch eher ruhigen Lage, nutzten insbesondere das LZK-Präsidium und Vertreter des LZK-Vorstandes die Zeit, um notwendige Gespräche über gesundheitspolitische Themen und gesetzliche Regelungsvorhaben der Politik zu führen, die immer wichtiger werden, da sie die freiberufliche Ausübung der zahnärztlichen Profession zunehmend tangieren.

So wurden beim Gesundheitspolitischen Dialog mit Landtagsabgeordneten, darunter auch die gesundheitspolitischen Sprecher

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG
Thorsten BECK
Cäcilia FALK
Andrea MADER
Rocco NEMITZ

verschiedener Landtagsfraktionen, beim Gespräch mit Sozialministerin Katrin Altpeter, sowie in den Gesprächen mit MDgt. Manfred Zach und Florian Wahl, MdL und Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, im konstruktiven Dialog die Probleme insbesondere der baden-württembergischen Zahnärzte angesprochen. Dabei ging es um Themen wie die seit August geltenden Hygieneanforderungen sowie die damit verbundenen bürokratischen Belastungen im Zuge der novellierten Medizinischen Hygieneverordnung (MedHygVO) des Landes oder um die Möglichkeit der Einbindung von Patientenvertretern in zahnärztliche Gremien. Ebenfalls Gegenstand der Gespräche waren im Bereich der Alters- und Behinderten-Zahnheilkunde die Frage einer möglichen Kooperation mit ÖGD-Zahnärzten oder die Möglichkeit der Aufnahme der Kammer in das „Gemeinsame Landesgremium“ zur Mitwirkung bei sektorenbezogenen Versorgungsfragen. Letzteres ist von besonderer Bedeutung, weil hier für die Kammer eine gute Möglichkeit regionaler gesundheitspolitischer Mitsprache besteht.

In diesem Kontext konnte bei dem Gespräch des Präsidiums mit der Sozialministerin erreicht werden, dass die Kammer, ohne im Landesgremium Baden-Württemberg aufgenommen zu werden, zumindest die politische Option erhalten hat, bei sektorenrelevanten Fragestellungen, die die Zahnärzteschaft direkt betreffen, bei den Beratungen mit beratender Stimme angehört zu werden.

Die GOZ 2012 – politisch inszenierte Erstattungsordnung ohne Realitätsbezug

Am 4. November 2011 war es soweit. Der Kabinettsentwurf der Bundesregierung zur Novellierung der Gebührenordnung für Zahnärzte wurde mehrheitlich im Bundesrat beschlossen. Seit Januar 2012 ist die GOZ

2012 als Rechtsverordnung mit Übergangsfristen rechtsgültig.

Der LZK-Vorstand kritisiert erneut die fehlende Angleichung des Punktwertes an die allgemeine Kostenentwicklung und das Nichterreichen des Minimalziels, die GOZ zumindest an den GOÄ-Punktwert anzupassen.



Dr. Wilfried Forschner und Dr. Norbert Struß

Hilfestellungen im Umgang mit der GOZ 2012

Bereits im Spätherbst letzten Jahres war für den LZK-Vorstand erkennbar, dass eine GOZ-Novellierung einer modernen präventionsorientierten und minimalinvasiven Zahnheilkunde nicht gerecht werden würde. Vielmehr wäre sie nach politischer Intension in Zeiten leerer staatlicher Kassen dem Spardiktat der Länderfinanzminister und der privaten Krankenversicherer unterworfen und damit zur kostenneutralen Erstattungsordnung degradiert. Zügiges Handeln und die Frage nach Unterstützung der Kollegenschaft mit der neuen Situation waren angesagt.

So leitete der LZK-Vorstand auf Vorarbeit durch den GOZ-Ausschuss ein komplettes Maßnahmenpaket ein, um der Kollegenschaft den Umgang mit der neuen GOZ 2012 zu erleichtern. Pünktlich zu Jahresbeginn wurde deshalb im Internet eine neue Rubrik „GOZ INFORM 2012“ mit der aktuellen Gesetzeslage, verschiedenen Informationsblättern und Synopsen online gestellt, ein Kurzkommentar auf CD-ROM per Rundschreiben durch die Bezirkszahnärztekammern verschickt, diverse Schulungsangebote gestartet und ab Januar 2012 eine für Kammermitglieder kostenfreie Beratungshotline „GOZ 2012“ eingerichtet. Bei dieser Hotline, die bis 31. März 2012 zu den Hauptgeschäftszeiten geschaltet war, gingen bei der LZK-Verwaltung und den BZKen insgesamt knapp 1.400 Anrufe ein, die von der Abteilung Gebührenrecht der Landeszahnärztekammer und den Fachabteilungen der Bezirkszahnärztekammern sachkundig und erfolgreich bearbeitet werden konnten.

In vielen Sitzungen des LZK-Vorstandes kam das Thema GOZ 2012 sowie die Entwicklung geeigneter Strategien, wie damit umzugehen sei, auf die Agenda. Auf Empfehlung des GOZ-Ausschusses hält der Vorstand weitere Maßnahmen für angebracht, um die Kollegenschaft vor zukünftig unnötigem Ärger zu bewahren.

Die Maßnahmen sehen beispielsweise eine Fortsetzung und Vertiefung des GOZ-Schulungs- und Informationsangebotes vor, ebenso wie die Unterstützung der Kollegenschaft bei juristischen Auseinandersetzungen. Bereits in Arbeit sind Publikationen zu Erstattungsrestriktionen und ein Benchmarking über das Erstattungsverhalten verschiedener PKV-Unternehmen. Zudem wurde am 12. September des Jahres ein Gespräch mit der Beihilfestelle des Landes geführt.

Klage gegen GOZ-Rechnungsformular

Der Unmut der Kollegenschaft über die mit der GOZ 2012 verbundenen Verpflichtung, ein standardisiertes, maschinenlesbares Formular für Privatliquidationen zu verwenden, ist verständlich. Einerseits war das bisherige vom BMG herausgegebene Rechnungsformular fehlerhaft und zum anderen dient diese Zwangsverpflichtung nicht den Interessen von Patient oder Zahnarzt, sondern nur Dritten und ist damit unvereinbar mit § 15 Zahnheilkundengesetz.

Von der Klage gegen das GOZ-Rechnungsformular verspricht sich der Vorstand Erfolgchancen. Nach erfolgter Ausarbeitung der Klage durch die LZK-Verwaltung konnte diese bereits im Oktober beim Verwaltungsgericht in Berlin eingereicht werden.



Klausurtagung zu den Themen G-BA und Versorgungsforschung.

Klausurtagung zur Arbeit des G-BA und zur Versorgungsforschung

Im Zuge mehrerer struktureller Reformen hat sich der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) zum größten Selbstverwaltungsorgan im deutschen Gesundheitswesen mit weitreichenden Normsetzungs- und Richtlinienkompetenzen entwickelt. Er unterliegt rechtlich nur den Weisungen des Bundesgesundheitsministeriums und prägt im

Rahmen seiner Rechtsbefugnisse zunehmend die Zukunft des deutschen Gesundheitswesens.

Der LZK-Vorstand beobachtet diese Tendenzen schon seit längerem mit großen Bedenken, weil auch kammereigene Aufgaben sukzessive dem Zuständigkeitsbereich der Kammer entzogen werden.

Für den LZK-Vorstand ergeben sich daraus die Schlüsselfragen nach dem Umgang mit der derzeitigen Situation, der Möglichkeit der Mitsprache sowie Aufklärung der Kollegschaft über diese Veränderungen. Auf all diese Fragen galt es, Antworten zu finden. Der Vorstand benötigte hierzu Hintergrundinformationen, um die Tragweite dieser Entwicklungen besser einschätzen und um mit antizipativen Maßnahmen gegensteuern zu können.



Referenten: Prof. Dr. Christof Dörfer und Petra Corvin.

Deshalb ging der Vorstand im März in Klausur und lud externe Referenten und Experten ein. Petra Corvin, stv. Vorsitzende im Unterausschuss „Zahnärztliche Behandlung“ des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) und zweifelsfrei Insiderin, informierte den Vorstand über die Arbeitsweise und die Entscheidungswege

gesundheitspolitischer Richtlinien des G-BA. Auch die Frage nach den Einflussmöglichkeiten der Zahnärzteschaft wurde diskutiert. Dabei stellte sich heraus, dass die Kammer nach 90a SGB V auf Landesebene, insbesondere im Rahmen des Gemeinsamen Landesgremiums Baden-Württemberg, bei sektorenrelevanten Fragestellungen, die direkt den zahnärztlichen Berufsstand betreffen, gehört werden kann.



Das LZK-Präsidium stellt die Ergebnisse der Arbeitsgruppe vor.

Ebenso interessant und wichtig ist die Thematik Versorgungsforschung. Dazu informierte Prof. Christof Dörfer, Universität Kiel, den LZK-Vorstand über die immense Bedeutung dieses wissenschaftlich jungen, interdisziplinären Forschungsgebietes. Zur begleitenden Beratung über die Bildung von Strukturen für eine effiziente Forschungsarbeit sowie zur Einrichtung einer wissenschaftlichen Nachwuchsakademie der Versorgungsforschung wurde in konzertierter Aktion mehrerer baden-württembergischer Ministerien ein Beirat Versorgungsforschung gegründet, der zuletzt am 8. Oktober 2012 tagte. Dieser hat die Aufgabe, Bedarfe abzuschätzen, Forschungsfragen zu stellen und die jungen Wissenschaftler beim Zugang relevanter Daten, über die Routinedaten hinausgehend, zu unterstützen. Die Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg ist in diesem wissenschaftlichen Beirat

ordentliches Mitglied und kann hier aktiv auf bestimmte Entwicklungen Einfluss nehmen.



Moderator beider Klausurtagungen: Prof. Dr. Michael Dick.

Der LZK-Vorstand verfolgt die Entwicklungen im Bereich der Versorgungsforschung weiter sehr aufmerksam, denn der zukunftsbestimmenden Thematik Versorgungsforschung räumt er, analog der Entwicklungen im G-BA, ebenso eine Schlüsselrolle ein. Auf Grund bisher mangelnder wissenschaftlicher Erkenntnisse in Bezug auf die zahnärztliche Versorgung und damit fehlender Argumente, sind die Zahnärzte besonders gefordert, hier aktiv mitzuwirken, um der Politik eigene unantastbare Argumente in Form von Studien zur zahnmedizinischen Versorgungslage und validen Daten bereitstellen zu können, ohne auf fachfremde Ergebnisse anderer angewiesen zu sein. Das ist von entscheidender Bedeutung auch im Hinblick auf die Meinungs- und Interpretationshoheit der Daten, auf deren wissenschaftlicher Grundlage der G-BA in Kooperation mit dem Institut für Angewandte Qualitätsförderung und Forschung im Gesundheitswesen (AQUA) Entscheidungen über die zukünftige (zahn-)medizinische Versorgung in Deutschland treffen wird.

Zweite LZK-Vorstandsklausur im Herbst

Ein ernstzunehmender und seit bereits einigen Jahren zu verzeichnender Trend ist das traurige Faktum, dass immer weniger junge Zahnärztinnen und Zahnärzte bereit sind, sich aktiv in die zahnärztliche Berufspolitik einzubringen und sich in den Kammergremien standespolitisch für die Interessen des gesamten zahnärztlichen Berufsstandes ehrenamtlich zu engagieren. Dies nahm der LZK-Vorstand zum Anlass, sich in seiner Klausurtagung Anfang September Gedanken darüber zu machen, wie verschiedene Zielgruppen junger Zahnärztinnen und Zahnärzte, angefangen von Examenkandidaten, über neuapprobierte Assistenten in der zweijährigen Vorbereitungszeit oder auch die junge angestellte und niedergelassene Kollegenschaft, verstärkt an die Kammer gebunden bzw. zur aktiven Mitarbeit in den Kammergremien motiviert werden können.



Referenten der zweiten Klausurtagung: Dr. Ingo Hüttner (Sana Herzchirurgie), Claudia Welker (DGQ) und Prof. Dr. Elmar Hellwig (Universität Freiburg).

Dazu wurden kompetente Referenten eingeladen, mit denen neue Methoden und Maßnahmen diskutiert wurden, um den standespolitischen Nachwuchs in spe für ein ehrenamtliches Engagement in der Kammer und ihren Gremien zu gewinnen.

Das „Nachwuchsproblem“ haben heutzutage nicht nur viele Kammern, sondern auch Unternehmen, Parteien und Verbände. Ausschlaggebend dafür ist eine veränderte Lebenseinstellung der so genannten „Generation Y“, die andere Prioritäten im Rahmen einer veränderten „work-life-balance“ absteckt.



LZK-Präsident Dr. Udo Lenke sieht die Generation Y fordernder, informierter und selbstzentrierter.

Der LZK-Vorstand ist sich darüber bewusst, dass sich die Kammer im alltäglichen Wettbewerb um Aufmerksamkeit als „Marke“ stärker akzentuieren muss. Hierfür bietet es sich an, die Alleinstellungsmerkmale und Vorteile der Kammer in Vergleich zu externen Anbietern herauszustellen und vor allem die Hauptbotschaft der Kammer verständlich zu machen: die Förderung beruflicher Identität, die Vermittlung eines Wir-Gefühls durch die Präsentation eines gemeinsamen, auf freiberuflichen Werten beruhenden, Wertekanons.

Während der Diskussion kristallisierte sich heraus, dass insbesondere der Aufbau einer Vertrauensbasis zwischen Kammer und jungen Kammermitgliedern vielmehr über individuelle persönliche Beziehungen laufen muss. Demzufolge sind bei der Kontakt-

herstellung neue Wege zu gehen. Zum Beispiel im Rahmen der Berufskunde-vorlesungen oder bei einem Tag der offenen Tür sollte die neue Möglichkeit und Kommunikationsform eines so genannten Themen-Apéro experimentell getestet werden.

Des Weiteren hat der LZK-Vorstand bei dieser Klausurtagung neue Erkenntnisse über die Realisierung konkreter Ziele, die Einbindung von Kooperationspartnern erhalten sowie interessante Vorschläge und Vorgehensweisen diskutiert. So ist ein zielgruppengerechter Kontaktaufbau ebenso wichtig wie die verstärkte Kooperation mit den Studiendekanen oder Fachschaftsvertretern an den vier Zahnheilkunde-Universitäten.

Der LZK-Vorstand hat dazu bereits ein „Stufenkonzept zur Betreuung von Examenskandidaten, Neuapprobierten, angestellten und niedergelassenen Zahnärzten“ in Grundzügen erarbeitet.

Erfreulich ist nach Auffassung des Vorstandes das Faktum, dass es zu der zu betreuenden Zielgruppe der zahnärztlichen Assistenten in der Vorbereitungszeit bereits ein Gemeinschaftsprojekt „Fit für die Zukunft“ der LZKen Hessen, Bayern und Thüringen gibt, das geeignete Maßnahmen beinhaltet. Auf Basis dieser Tatsache beschloss der LZK-Vorstand in seiner Septembersitzung, sich an diesem Projekt zu beteiligen.

Engagierte Mitarbeit auf Bundesebene

Dem engagierten Einsatz von LZK-Delegierten bei der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer und der aktiven Mitarbeit der LZK-Verwaltung in verschiedenen Ausschüssen auf Bundesebene ist es zu verdanken, dass in Berlin viele standespolitische Intensionen aus Baden-

Württemberg zunehmend Beachtung finden.

Ob im Haushaltsausschuss der Bundeszahnärztekammer, bei der GOZ oder in den Arbeitsgruppen zur Musterberufs- und Musterweiterbildungsordnung sowie bei der Erstellung von Stellungnahmen zur BZÄK-Satzung und BZÄK-Geschäftsordnung, überall war die Landes Zahnärztekammer, sei es durch die Ehrenamtsträger oder auf Verwaltungsebene durch den LZK-Kammerdirektor beteiligt bzw. involviert und konnte so ihre Vorstellungen einbringen. Ebenso findet innerhalb des BZÄK-Vorstandes so mancher Änderungsantrag der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg seine Zustimmung, so dass standespolitische Intensionen im Sinne des LZK-Vorstandes von der Länder- auf die Bundesebene transferiert werden konnten.

LZK heißt: Leistung, Zukunft, Kompetenz Die Kammer – Ihr Dienstleistungszentrum

Nicht nur auf Bundesebene, sondern vor allem im Kammerbereich auf Landesebene hat der LZK-Vorstand in zahlreichen Vorstandssitzungen intensiv daran gearbeitet, das Dienstleistungsangebot für die Kammermitglieder sinnvoll zu erweitern.

Leider ist der Trend zu erkennen, dass in der Kammer Schlichtungen zwischen zahnärztlichen Kolleginnen und Kollegen zunehmend eine Rolle spielen. Es bot sich deshalb im Sinne der Kollegenschaft an, eine Mediations- und eine Schlichtungsordnung für Zahnärzte zu erarbeiten, die für die Kammermitglieder zuverlässige Möglichkeiten schaffen, um bei weitergehenden Streitigkeiten eine geregelte außergerichtliche Vorgehensweise herbeizuführen.

In seiner Vorstandssitzung im September diskutierte und beschloss der LZK-Vorstand die vom Satzungsausschuss erarbeiteten Ordnungen, um diese den Delegierten der

Vertreterversammlung im Dezember 2012 zur Beschlussfassung vorlegen zu können. Das Dienstleistungsangebot der Kammer ist bereits breit gefächert und wird sukzessive ausgebaut und verbessert.



Der Vorstand hat einen neuen Röntgenreferenten bestellt: Dr. Christian Scheifele.

Neben den bereits gut nachgefragten Serviceangeboten im erweiterten GOZ-Bereich, in der Hygieneberatung, mit dem QM-Navigator oder dem kammereigenen BuS-Dienstangebot, hat der LZK-Vorstand mit Dr. Christian Scheifele einen neuen Landesröntgenreferenten bestellt, der für die Kollegenschaft Ansprechpartner zu allen Fragen rund um das Röntgen ist. Mit der seit Januar neu eingesetzten Röntgensoftware der Firma GOB wurden auch die zahnärztlichen Röntgenstellen verwaltungstechnisch auf den neuesten Stand gebracht.

Der Vorstand möchte der Kollegenschaft ebenso einen nutzbaren Mehrwert und Service bei zahnärztlichen Fortbildungsveranstaltungen der Kammer anbieten.

Dazu wurde bereits mit mehreren externen Anbietern von Onlineportalen gesprochen. Mit der Firma *Full Moon*, die bereits beim Landes Zahnärztertäg 2010 gute Arbeit ge-

leistet hat, gab es diesbezüglich im März 2012 ein praktisches Seminar, bei dem die BZKen die Leistungsfähigkeit der Software für ein so genanntes Onlineportal prüfen konnte, mit dem eine komfortable, einheitliche Online-Anmeldung, Vorbereitung und Nachbereitung von Fortbildungsveranstaltungen zum beiderseitigen Nutzen für Kollegenschaft wie Verwaltung möglich wird. Derzeit erstellt *Full Moon* ein Pflichtenheft mit möglichen von den Bezirkszahnärztekammern individuell gewünschten Leistungen, das bis Jahresende vorliegen soll. Auf dieser Basis ist die Grundlage weiterer Verhandlungen und der endgültigen Entscheidung, ein für die BZKen und die Fortbildungsinstitute einheitliches Onlineportal einzuführen.

Gesellschaftliches Engagement in der Alters- und Behinderten-Zahnheilkunde

Als Körperschaft des öffentlichen Rechts sieht sich die Kammer auch dem gesellschaftspolitischen Auftrag an der Mitwirkung des gesundheitlichen Allgemeinwohls der Bevölkerung verpflichtet.

Die Mundgesundheit und die zahnmedizinische Versorgung von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen sind deutlich schlechter als beim Bevölkerungsdurchschnitt. Das belegt eine Auswertung, die das Institut der Deutschen Zahnärzte im Auftrag der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und der Bundeszahnärztekammer aktuell durchgeführt hat.

Deshalb befürwortet der LZK-Vorstand neben dem Ausbau und der Neustrukturierung der zahnärztlichen Patientenberatung auch ein stärkeres Engagement im Bereich der Alters- und Behindertenzahnheilkunde.

Bereits seit letztem Jahr beteiligt sich die Kammer in Kooperation mit den privaten

Altenpflegeschulen des Landes aktiv an der Entwicklung eines flächendeckenden Versorgungskonzeptes.

Am 13. Februar präsentierten der stv. Kammerpräsident Dr. Bernhard Jäger und der Referent für Alterszahnheilkunde der Kammer, Dr. Elmar Ludwig, auf Einladung des Sozialministeriums des Landes das aktuelle Betreuungskonzept des Arbeitskreises Alters- und Behindertenzahnheilkunde (AKABe) der Landes Zahnärztekammer. Zudem wurden Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Zahnärzten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in den Gesundheitsämtern eruiert. Der LZK-Vorstand bewertet die enge Kooperation zwischen AKABe und dem Sozialministerium Baden-Württemberg als Erfolg. So wurde nicht nur das Betreuungskonzept des AKABe beim Ministerium gewürdigt. Bei der Erstellung eines so genannten Prüfleitfadens, der der Heimaufsicht zur Sicherung der Qualität bei den Begehungen der Pflegeheime dient, wurden zudem alle Änderungsvorschläge der Kammer zu den Aspekten der Zahn-, Mund und Zahnersatzpflege ohne Änderungen übernommen.

Damit ist nach Auffassung des LZK-Vorstandes durch die aktive Mitgestaltung der baden-württembergischen Zahnärzte ein weiterer wichtiger Schritt getan, um die Versorgung immobiler älterer und behinderter Menschen in den Pflegeheimen im Bereich der Zahnpflege entscheidend zu verbessern.

Neustrukturierung der zahnmedizinischen Patientenberatung Baden-Württemberg

Bereits seit Oktober 2011 machen sich die Träger der zahnmedizinischen Patientenberatung im Land – die Kassenzahnärztliche Vereinigung und die Landes Zahnärztekammer – Gedanken über eine Neustrukturierung der Patientenberatung. Die Kassenzahnärztliche Vereinigung kritisierte

den nur empfehlenden Charakter der Beschlüsse des gemeinsamen Arbeitskreises, wonach diese in den Vorständen beider Organisationen nochmals getrennt beraten, übernommen oder ggf. abgelehnt werden müssen, als nicht effektiv. Im Juli hat sie deshalb der Kammer einen Vorschlag für eine neue Entscheidungsstruktur vorgelegt. Der LZK-Vorstand hat sich im Oktober dem Vorschlag der Kassenzahnärztlichen Vereinigung angeschlossen, eine eigenständige Einrichtung 'Zahnmedizinische Beratungsstellen' analog des Informationszentrums Zahngesundheit einzurichten. Diesbezüglich wird der Vorstand demnächst in die konkrete Beratung und Umsetzung mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung eintreten.

Neubauprojekt der Akademie Karlsruhe auf gutem Weg

In der gemeinsamen Sitzung des LZK-Vorstandes mit dem Haushaltsausschuss am 15. Oktober 2011 wurde das Karlsruher Vorhaben gemeinsam beschlossen und gemeinsam ein Antrag in die LZK-Vertreterversammlung eingebracht.

Nach einer umfassenden Präsentation des Neubauprojektes der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe durch den Direktor der Akademie, Prof. Winfried Walther, beschloss die LZK-Vertreterversammlung im Dezember 2011 einstimmig, dem käuflichen Erwerb des großangelegten Bauprojektes zuzustimmen.

Am 28. Juni 2012 war es dann soweit. Der symbolische Baubeginn, demonstriert durch den „Spatenstich“ für das Projekt „Garten-Carré“, wurde von allen prominenten Verantwortlichen mit viel Elan und Eifer durchgeführt.

Der LZK-Vorstand begrüßt, dass die Akademie Karlsruhe als Fortbildungsinstitut der Kammer in Karlsruhe endlich ihr

„Traumdomizil“ gefunden hat. Damit ist eine zahnmedizinische Fortbildung nach modernsten Maßgaben der klinischen Zahnheilkunde, neuester hygienischer sowie alters- und behindertengerechten Aspekten möglich, was letztlich für eine kollegennahe Fortbildung von großem Nutzen sein wird.



Der symbolische Baubeginn für das Garten-Carré wird eingeleitet: Markus Leicht (EWG), 1. Bürgermeisterin Margret Mergen, Baubürgermeister Michael Obert, Heinrich Birken (Sparkasse Karlsruhe Ettlingen), LZK-Präsident Dr. Udo Lenke und Akademie-Direktor Prof. Winfried Walther.

Kammerwahlen – für eine starke berufliche Selbstverwaltung

Mit Ablauf der 14. Kammerperiode zum Ende des Jahres fanden im Herbst die Wahlen zu den berufsständischen „Kammerparlamenten“ auf Bezirksebene statt. Bereits im Oktober 2012 lagen die Wahlergebnisse für die gewählten Mitglieder der LZK-Vertreterversammlung der 15. Kammerperiode vor. Im Januar 2013 wird im Rahmen der konstituierenden LZK-Vertreterversammlung über die Zusammensetzung des neuen Vorstandes der Landes Zahnärztekammer sowie weiterer Kammergremien entschieden.

Für den zahnärztlichen Berufsstand sind die Kammerwahlen ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer starken beruflichen

Selbstverwaltung. Diese ist umso wichtiger, weil der Berufsstand durch zahlreiche gesetzliche Änderungen auf nationaler wie europäischer Ebene und auch demografisch bedingt, vor großen Herausforderungen steht. Die sich verändernden gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen tangieren die zahnärztliche Berufsausübung auf Basis freiberuflicher Werte immer stärker. Nur wenn sich genügend Zahnärztinnen und Zahnärzte dazu bereiterklären, auf ehrenamtlicher Basis in den Kammergremien und Organen mitzuarbeiten, in hohem Maße Verantwortung für das Wohl der Kollegenschaft zu übernehmen, Probleme kritisch zu hinterfragen und dafür konstruktive Lösungsvorschläge zu erarbeiten, sind diese Herausforderungen im Sinne des gesamten Berufsstandes und auch der Patienten zu meistern.

In diesem Kontext ist auch die Wahlbeteiligung bei den Kammerwahlen zu analysieren.

Der LZK-Vorstand begrüßt es, dass bei der aktuellen Kammerwahl eine im Vergleich zur letzten Kammerwahl im Jahr 2008 in den Bezirkszahnärztekammern Freiburg und Tübingen eine prozentual höhere Wahlbeteiligung vorliegt, sieht aber den Trend zur geringeren Wahlbeteiligung bei den Bezirkszahnärztekammern in Stuttgart und Tübingen kritisch. Zudem ist im Gesamttrend nach Auswertung der Wahlergebnisse der letzten neun Kammerwahlen insgesamt eine kontinuierlich sinkende Wahlbeteiligung zu erkennen.

Der LZK-Vorstand hat vor dem Hintergrund dieses negativen Gesamttrends, der insbesondere auch mit weniger ehrenamtlichem Engagement bei jungen neuprobieren Zahnärztinnen und Zahnärzten einhergeht, den Handlungsbedarf erkannt, in seiner bereits erwähnten Herbstklausurtagung die Problematik intensiv erörtert und

dazu adäquate Maßnahmen vorbereitet, die der neue LZK-Vorstand der 15. Kammerperiode zeitnah umsetzen wird.

Der Arbeitskreis Gesundheits- und Sozialpolitik (AK GuS) tagte im aktuellen Berichtsjahr seit Oktober 2011 an sechs Sitzungsterminen.

Der bereits in der 13. Kammerperiode vom Vorstand eingesetzte Arbeitskreis hat zwei Hauptaufgaben. Einerseits ist er mit der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung aller LZK-Vorstandsklausuren beauftragt. Andererseits sollen die AK-Mitglieder sukzessive ein Gesamtkonzept zur zahnärztlichen Berufsausübung der Zukunft bzw. zur Zukunft der Kammer konzipieren. Dabei soll dieses Gesamtkonzept wichtige standes- und gesellschaftspolitische Tendenzen und Entwicklungen in zeitlicher Vorausschau aufgreifen, um dem Vorstand wertvolle Anregungen für seine strategische Ausrichtung auf den Weg zu geben.

Auf Empfehlung des AK GuS hat sich der Vorstand in den Klausurtagungen der 14. Kammerperiode bereits mit der Entwicklung eines Kammerleitbildes, mit Zukunft und Kooperationsformen zahnärztlicher Berufsausübung sowie mit der Neustrukturierung der kammereigenen Fortbildung beschäftigt. Allesamt wichtige Themen, zu denen der AK GuS Vorarbeit leistete, auf deren Basis der Vorstand sich hinsichtlich adäquater Zielvorstellungen, Strategien und der Konzipierung geeigneter Maßnahmen bereits erfolgreich positionieren konnte.

In den letzten Jahren konnte der allgemeine gesundheitspolitische Trend beobachtet werden, dass der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) im Zuge mehrerer struktureller Reformen sich zum größten Selbstverwaltungsorgan im deutschen Gesundheitswesen mit weitreichenden Normsetzungs- und Richtlinienkompetenzen entwickeln konnte. Als verlängerter Arm des Bundesgesundheitsministeriums stellt er im Rahmen seiner Rechtsbefugnisse die Weichen für eine zukünftige Gesundheitspolitik. Die AK-

Mitglieder sehen mit Sorge der Tendenz entgegen, dass bisherige, im Kammergesetz angesiedelte Aufgaben (Fortbildung, Qualitätssicherung, Hygiene) zunehmend zentral im SGB V angesiedelt werden. Das impliziert folgende Fragen: Wie geht der Berufsstand mit den vom G-BA beschlossenen Vorgaben, Kontrollen bzw. Sanktionen um? Welche Mitgestaltungsmöglichkeiten hat die Kammer? Wie kann sie die Kollegenschaft auf diese Situation vorbereiten, bzw. ihr konkrete Hilfe anbieten?

Auf diese Fragen galt es, Antworten zu finden und auch den Vorstand über die Tragweite dieser Entwicklungen adäquat zu informieren, damit der Kammervorstand möglichst antizipativ handeln kann. Dies ist von primärer strategischer Bedeutung, damit der Vorstand möglichst frühzeitig mit entsprechenden Konzepten und konkreten Maßnahmen gegensteuern kann, um die zahnärztliche Berufsausübung auf Basis freiberuflicher Werte nachhaltig bewahren zu können.

Deshalb beschloss der Vorstand auf Empfehlung des AK GuS im März 2012 mit diesen Themen in Klausur zu gehen. Der Arbeitskreis hat dazu in mehreren Sitzungen die Thematik vorbereitet und die Agenda erstellt.

Die eingangs erwähnten überdurchschnittlich vielen AK-Sitzungen wurden notwendig, weil auch von Seiten der Delegierten der LZK-Vertreterversammlung der Wunsch nach einer Klausurtagung und an aktiver Mitgestaltung standes- und gesundheitspolitischer Themen geäußert wurde. Somit stellte die erstmals am 21. Juli durchgeführte VV-Delegiertenklausurtagung ein absolutes Novum in der LZK-Geschichte dar. Diese musste relativ kurzfristig in den AK-Sitzungen im Mai und Juli parallel zur Herbstklausur des LZK-Vorstandes vorbereitet werden.

Aus Aktualitätsgründen wählten die AK-Mitglieder gleich drei Themen aus. Mit der

MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES GESUNDHEITS- UND SOZIALPOLITIK

Dr. Udo LENKE, Vaihingen
Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim
Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker

Einteilung in drei Gruppen zu jeweils einem Hauptthema wurde ein neuer methodischer Arbeitsansatz gewählt, der die VV-Delegierten systematisch zur aktiven Partizipation motivierte. Bei der Gesamtpräsentation und Diskussion aller Themen beim abschließenden Plenum ergab sich somit auch die Gelegenheit, dass alle VV-Delegierten zu allen Themen ihre Meinungen und Vorschläge einfließen lassen konnten.

In seiner zweiten Klausurtagung am 8. September beschäftigte sich der Vorstand mit einer Thematik, die die Kammer direkt betrifft. Der leider negativen Entwicklung, dass insbesondere junge neuapprobierte Zahnärztinnen und Zahnärzte die Kammer als Selbstverwaltung eines freien Berufsstandes gar nicht kennen oder dort kein Interesse an aktiver ehrenamtlicher Mitarbeit zeigen, sollte entgegengewirkt werden.

Die dazu eingeladenen externen Gäste und Referenten lieferten interessante neue Einblicke, welche Wege und Methoden geeignet sein könnten, um die jungen Zahnärztinnen und Zahnärzte der Generation Y, die mittlerweile ganz andere Ansprüche sowie Lebens- und Berufsentwürfe mitbringt, als ihre Vorgängergenerationen. Es kristallisierten sich Zielvorstellungen, konkrete Maßnahmen sowie Kooperationen mit anderen Landes Zahnärztekammern bezüglich der Umsetzung eines Stufenkonzeptes zur Betreuung von Neuapprobierten in der zweijährigen Assistenzzeit heraus. Ein guter Ansatz, um die Kammer für die genannten Zielgruppen attraktiver zu machen und standespolitischen Nachwuchs dauerhaft zu gewinnen.

Weitere wichtige Themen, mit denen sich die AK-Mitglieder in mehreren Sitzungen beschäftigten, waren die unverhältnismäßig hohen und bürokratieverursachenden Hygieneanforderungen in Bezug zur Ende Juli novellierten Medizinischen Hygieneverordnung Baden-Württemberg sowie das im Juli veröf-

fentlichte Gutachten des Wissenschaftsrates bezüglich hochschulischer Qualifikationen im Gesundheitswesen. Hierin werden insbesondere die Delegation/ Substitution zahnärztlicher Aufgaben auf nichtärztliche Assistenzberufe gefordert, die Schaffung eigener Berufsbilder sowie neuer hochschulischer Qualifikationsmöglichkeiten, die Bachelor-DH lässt grüßen!

Deshalb ist es nach Auffassung der AK-Mitglieder unbedingt notwendig die standespolitische Bearbeitung des Themas Hygieneanforderungen mit besonderer Berücksichtigung der Aspekte Sicherheit, Transparenz und Praktikabilität anzugehen. Dabei wurde vorgeschlagen, die Begehung anhand eines sogenannten Hygienepfades in einer festzulegenden Muster-Zahnarztpraxis anzubieten. Auf Basis dieser bereits in Arbeit befindlichen Maßnahme, kann mit einer öffentlichkeitswirksamen Einladung ausgewählter gesundheitspolitischer Mandatsträger auf diese Weise die Bürokratielastigkeit und fehlende Praktikabilität der überzogenen Hygieneanforderungen am praktischen Beispielen demonstriert werden.

Hinsichtlich der Forderungen des Wissenschaftsrates empfehlen die AK-Mitglieder dem Vorstand, durch die Fortbildungs- und Hochschulreferenten der Kammer schriftliche Stellungnahmen zu kammereigenen Positionierung erarbeiten zu lassen. Diese sollten dem Vorstand als Diskussionsgrundlagen für die weitere Argumentation in Gesprächen mit der Politik dienlich sein.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Rocco NEMITZ

Vertreterversammlung

Im Berichtsjahr fanden zwei Vertreterversammlungen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg statt.

Am 2. und 3. Dezember 2011 fanden sich die Delegierten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zur ordentlichen LZK-Vertreterversammlung in Stuttgart ein.

Landeswahlleiter Helmut Schwall mit Verdienstmedaille der LZK BW gewürdigt



Helmut Schwall erhält die Verdienstmedaille der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte Kammerpräsident Dr. Udo Lenke die Ehre, den seit 1992 im Ehrenamt als Landeswahlleiter tätigen Helmut Schwall für seine Verdienste zu würdigen.

Helmut Schwall hat zum 31. Dezember 2011 nach insgesamt fünf Kammerperioden als Landeswahlleiter der Kammer seine ehrenamtliche Tätigkeit beendet.

In seiner Laudatio resümierte der Kammerpräsident, dass Helmut Schwall maßgeblich dazu beigetragen habe, dass alle Kammer-

wahlen, für die er zuständig war, gewissenhaft vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet wurden. Die klaren Worte, Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge Helmut Schwalls hätten entscheidend zur erfolgreichen Bewältigung der Kammerwahlen beigetragen.

Als symbolische Würdigung seiner Einsatzbereitschaft verlieh der LZK-Präsident Helmut Schwall im Namen des Kammervorstandes die Verdienstmedaille der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg.

Konstruktive Debatten auf hohem Niveau

Als Einstieg in seinen Jahresbericht stellte Kammerpräsident Dr. Lenke den Appell „Rettet die Medizin vor der Ökonomie“ zweier Harvard-Mediziner voran – und erntete zustimmenden Beifall der Delegierten.



LZK-Präsident Dr. Udo Lenke appelliert: „Rettet die Medizin vor der Ökonomie“.

Die derzeitigen Entwicklungen im Bereich Versorgungsforschung, die zunehmende Richtlinien- und Normsetzungskompetenz des Gemeinsamen Bundesausschusses sowie die im November 2011 beschlossene GOZ-Novellierung machen deutlich, wie der gesundheitspolitisch gewollte Weg von einer individuell ausgerichteten medizinischen Für-

DELEGIERTE DER VERTRETERVERSAMMLUNG

Dr. Georg BACH • Dr. Bert BAUDER • Dr. Bernd Ulrich BORCKMANN • Alfred BRAIG • Dr. Konrad BÜHLER • Dr. Jürgen CAROW • Dr. Gerhard CUBE • Dr. René DENIS • Prof. Dr. Johannes EINWAG • Dr. Dr. Helmut EISELE • Dr. Norbert ENGEL • Dr. Rüdiger ENGEL • Dr. Wilfried FORSCHNER • Dr. Conrad GAST • Holger GERLACH • Dr. Wolfgang GRÜNER • Dr. Gabriele GÜDE • Dr. Wolfgang GUTERMANN • Prof. Dr. Bernd HALLER • Dr. Robert HEIDEN • Dr. Ulrike HEILIGENHAUS-URMERSBACH • Prof. Dr. Elmar HELLWIG • Dr. Eva HEMBERGER

sorge zu einer standardisierten Krankenbehandlung eingeschlagen wird.

Dies zeige sich insbesondere bei der Novellierung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ), kritisierte Dr. Lenke, denn: „Die GOZ ist ganz klar nach finanzpolitischen Bestrebungen im Bundeskabinett und im Bundesrat verabschiedet worden, mit besonderer Berücksichtigung der Interessen gesetzlicher und privater Krankenversicherungen und der Beihilfestellen.“

Die Delegierten diskutierten kontrovers und temperamentvoll die aktuelle gesundheitspolitische Situation. Der Staat verweigere der zahnärztlichen Profession mit dieser „Erstattungsordnung“ die ihr zustehende Achtung und den Respekt vor der Berufsausübung, was auch in dem Terminus „Leistungserbringer“ zum Ausdruck kommt. Die Delegierten empfinden diesen als diskriminierend, weil damit die Verantwortung und professionelle Qualität des Zahnarztberufes nivelliert und die Deprofessionalisierung des Arztberufes forciert werde.

Konsequenterweise forderten deshalb die Delegierten in einem einstimmig verabschiedeten Antrag, den Terminus ‚Leistungserbringer‘ umgehend in allen Gesetzen und ministeriellen Weisungen durch die korrekte Berufsbezeichnung ‚Zahnärztin und Zahnarzt‘ zu ersetzen.

Kritik an der Bundeszahnärztekammer

Wie ein roter Faden zogen sich der Frust und die Empörung der Delegierten über die Bundeszahnärztekammer durch die Vertreterversammlung. Bei der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) waren sich die Länderdelegierten in ihrer Resolution an das Bundesgesundheitsministerium zwar einig, dass der Verordnungsgeber gegen § 15 des Zahnheilkunde-Gesetzes verstößt, weil der dort formulierte Interessenausgleich zwi-

schen Patienten und Zahnärzten nicht stattfindet. Allerdings konnte sich die Versammlung zu einer Totalablehnung, wie von den baden-württembergischen Delegierten gefordert, nicht durchringen. Dies stellt nach Auffassung der Delegierten eine Inkonsequenz dar. Wie kann man die novellierte GOZ ernsthaft verfassungsrechtlich prüfen lassen ohne sie vorher abzulehnen? Ein ‚weiter so‘ der BZÄK-Verantwortlichen dürfe es vor diesem Hintergrund nicht geben.



Die Vertreterversammlung beschloss einen Forderungskatalog zur Umsetzung durch die Bundeszahnärztekammer.

Auch die beabsichtigte Änderung der Satzung der BZÄK, die einen veränderten Delegiertenschlüssel zur Bundesversammlung vorsieht, wurde von den baden-württembergischen Delegierten heftig kritisiert, denn dies widerspreche demokratischen Grundsätzen. Über die Konsequenzen für Baden-Württemberg gab es unterschiedliche Meinungen. Einer Kündigung der Mitgliedschaft der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg bei der Bundeszahnärztekammer zum 31.12.2012, wie von einigen Delegierten gefordert, konnte sich die Mehrheit der Delegierten nicht anschließen. Zustimmung und mehrheitlich konsensfähig war schließlich der Antrag, der einen sechs Punkte umfassenden Forderungskatalog vorsieht, den Dr. Lenke Anfang 2012 an den Vorstand der Bundeszahnärztekammer übergeben hat.

DELEGIERTE DER VERTRETERVERSAMMLUNG

Prof. Dr. Dr. Christof HOFELE • Dr. Bernhard JÄGER • Dr. Manfred JOOß • Dr. Gudrun KAPSRICHTER • Dr. Wolfgang KNUPFER • Dr. Bernd KRÄMER • Dr. Udo LENKE • Dr. Uwe LÜCKGEN • Dr. Elmar LUDWIG • Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH • Dr. Burkhard MAAGER • Dr. Ute MAIER • Dr. Eberhard MONTIGEL • Dr. Martin NÄGELE • Dr. Hendrik PUTZE • Dr. Dr. Alexander RAFF • Prof. Dr. Peter RAMMELSBURG • Dr. Peter RIEDEL • Dr. Antoinette RÖTTELE • Dr. Moritz RUMETSCH • Dr. Heinrich SCHAPPACHER • Dr. Christian SCHEYTT •

Neben der Delegiertenzahl fordert Baden-Württemberg auch eine Stärkung des Finanzausschusses und der Bundesversammlung. Die Umsetzung des Katalogs, auch das gaben die Delegierten ihrem Präsidenten mit ins Gepäck nach Berlin, werden die baden-württembergischen Delegierten bei den im kommenden Jahr anstehenden Wahlen berücksichtigen.

Bericht des stellvertretenden Präsidenten

Der stv. Präsident und Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Dr. Bernhard Jäger stellte in seinem Bericht die Arbeit im Geschäftsführenden Ausschuss des Informationszentrums Zahngesundheit (IZZ) in den Vordergrund. Die Planung des IZZ-Presseforums, die Präsenz auf den Landesparteitagen mit dem Forum Zahngesundheit ebenso wie die Redaktionsarbeit für das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg fallen in den Aufgabenbereich des Geschäftsführenden Ausschusses, dem neben Dr. Jäger der Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Dr. Hans Hugo Wilms, und IZZ-Leiter Johannes Clausen angehören.



LZZ-Vizepräsident Dr. Bernhard Jäger stellte die neue App Zahnarztsuche Baden-Württemberg vor.

Mit der Entscheidung in der Februarausgabe des Zahnärzteblattes (ZBW) 2011 das Für und Wieder eines Fachzahnarztes für Allgemeine Zahnheilkunde als Titelthema zu bearbeiten, wurde bewiesen, dass das ZBW eines der führenden Publikationsorgane des Berufsstandes ist, das weit über die Landesgrenzen hinaus Gehör findet und imstande ist, die Meinungsführerschaft innerhalb des Berufsstandes zu übernehmen. Dies sei, so Dr. Jäger, als standespolitischer Erfolg der baden-württembergischen Zahnärzteschaft zu bewerten

Zudem stellte Dr. Jäger in seinem Bericht kurz die neue App Zahnarztsuche Baden-Württemberg der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg vor. Ein Projekt, das einige Delegierte lieber gemeinsam mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg realisiert hätten. Hier konnte Dr. Jäger auf die Vorteile der LZZ-App verweisen, die sowohl die privat- als auch die vertragszahnärztlichen Praxen umfasst und darüber hinaus eine Suche nach Fachgebieten, Tätigkeitsschwerpunkten und barrierefreien Praxen ermöglicht. Außerdem wurde die App sowohl für das iPhone, das iPad (iOS) als auch für Geräte des Betriebssystem Android realisiert.

Trotz urheber- und datenschutzrechtlicher Bedenken nahmen die Delegierten den LZZ-Vorstand in die Pflicht, ein weiteres Social Media Projekt zu realisieren und erteilten dem Vorstand den Auftrag, bis zur nächsten Vertreterversammlung „einen funktionsfähigen Facebook-Auftritt“ zu präsentieren.

Der Haushaltsausschuss hat stets den Gesamthaushalt im Blick

Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Dr. Eva Hemberger, präsentierte den Delegierten transparente, gut aufgearbeitete und sauber recherchierte Zahlen: Den Haushaltsplan betreffend ebenso wie den Stellenplan,

DELEGIERTE DER VERTRETERVERSAMMLUNG

Prof. Dr. Dr. Rainer SCHMELZEISEN • Dr. Dr. Heinrich SCHNEIDER • Dr. Helmut SCHÖNBERG • Dr. Christine SCHRÖDER • Dr. Frank SCHUH • Dr. Bernd STOLL • Dr. Norbert STRUß • Dr. Torsten TOMPERT • Dr. Bodo ULRICH • Prof. Dr. Heiner WEBER • Dr. Hans Hugo WILMS • Dr. Jan WILZ

die Finanzanlagen und die Finanz- und Investitionsplanung zur räumlichen Veränderung der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe.

Mit gewohnter Transparenz präsentierte die Haushaltsausschussvorsitzende die konsolidierte Bilanz der Kammer, bestehend aus den Teilbilanzen der LZK-Geschäftsstelle, der vier Bezirkszahnärztekammern und den beiden kammereigenen Fortbildungseinrichtungen. Ebenso stellte sie die Ergebnisse der Rechnungsprüfung für das Geschäftsjahr 2010 in übersichtlichen Diagrammen dar. Die nicht verwendeten Mehreinnahmen des Jahresergebnisses werden bei den Teilorganisationen belassen. Aus den Mehreinnahmen des Jahres 2010 bildet die LZK-Geschäftsstelle eine Rücklage für drohende Verluste aus Finanzanlagen und stockt die Betriebsmittelrücklage auf.



Haushaltsausschussvorsitzende Dr. Eva Hemberger präsentierte den Delegierten transparente Zahlen.

Das bereits eingeführte Controlling mittels Ein- und Ausgaben-Ampel funktioniert gut. Sowohl die verantwortlichen Ehrenamtsträger der LZK-Geschäftsstelle, der Bezirkszahnärztekammern als auch die Verwaltungen der

Fortbildungseinrichtungen und des Informationszentrums Zahngesundheit schätzen die quartalsmäßige Controlling-Auswertung als effizientes Steuerungsinstrument.

In bewährter Art und Weise stellte Dr. Hemberger den Haushaltsplan 2012 vor und unterrichtete die Delegierten über die finanziellen Auswirkungen.

Die Delegierten folgten einer Erweiterung der Ausgaben, die noch vom Vorstand eingebracht wurden. Um als ‚player‘ in dem veränderten Umfeld Patientenberatung mitgestalten zu können, hat der LZK-Vorstand die politische Entscheidung getroffen, die Patientenberatung der baden-württembergischen Zahnärzteschaft im Jahr 2012 auszuweiten. Darüber hinaus hat der Vorstand der Landes Zahnärztekammer im Rahmen seiner Mitarbeiter-Initiative „Finden, Ausbilden, Binden“ beschlossen, einen Berufsinformationsfilm für die Zahnmedizinische Fachangestellte produzieren zu lassen.

Im Rahmen der Vertreterversammlung wurde auch die immer schwieriger werdende Geldanlage angesprochen. Aus diesem Grund haben Vorstand und Haushaltsausschuss gemeinsam beschlossen, die Vermögensverwaltung auszulagern.

Aktuelle Situation an der Versorgungsanstalt Tübingen

Als Präsidentin der Baden-Württembergischen Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte informierte Dr. Eva Hemberger die VV-Delegierten über die von ihr eingeleitete Verwaltungs- und Strukturreform. Auf der Grundlage eines Führungsgrundsätze-Seminars hat die Versorgungsanstalt einen Werte- und Ehrenkodex und ein Leitbild erarbeitet, um die Versorgungsanstalt zukunftsfest auszurichten. Ebenfalls in diese Richtung zielen die Einführung und der Ausbau eines Controllings, einer Revision sowie

eines monatlichen Risikoberichtes. Ab Januar 2012 sind mehrere Satzungsänderungen in Kraft, die beispielsweise die Änderung der Zuzahlungsgrenze vom 55. auf das 57. Lebensjahr sowie die Einführung der Hinterbliebenenversorgung für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften vorsehen. Allerdings dämpfte Dr. Hemberger die Erwartungen der Delegierten, dass ein ähnlich erfreuliches Jahresergebnis wie 2010 auf der Kapitalanlageseite, die den Punktwert zu 40 Prozent trage, aufgrund der Volatilität der Märkte für 2011 nicht erwartet werden könne.

Zudem informierte die Präsidentin die Delegierten detailliert über die Zahlen der Versorgungsanstalt: Zum 31.12.2010 gab es 53.664 aktive Teilnehmer. Derzeit bezahlt die Versorgungsanstalt 430 Millionen Euro Versorgungsleistungen an 17.048 Versorgungsempfänger aus. Der Deckungsstock beträgt 9,2 Milliarden Euro bei einer Sicherheitsrücklage von 700 Millionen Euro.

Von der Vertreterversammlung wurde aufmerksam zur Kenntnis genommen, was die Präsidentin der Versorgungsanstalt über die politische Entwicklung auf Bundesebene berichtete. Zwar stehe die derzeitige Regierungskoalition klar hinter dem dreigliedrigen Alterssicherungssystem und damit auch hinter den Versorgungswerken, aber mit dem Wahlkampf zur Bundestagswahl 2012 könne eine erneute Neiddebatte im Bereich der Rentenversicherung entflammen, die die Einbeziehung aller Mitglieder berufsständischer Versorgungswerke in die Deutsche Rentenversicherung anstrebe.

In diesem Kontext sei es wichtig, dass speziell die Freiberufler Hilfe verfassungsrechtlicher Argumentation und Gutachten klarstellen, dass eine Einbeziehung unserer Teilnehmer in die Deutsche Rentenversicherung für diese ein „Draufzahlgeschäft“ werden würde.

Drohende Hygienebegehungen

Die Vertreterversammlung hat sich auf Antrag von Dr. Martin Nägele auch mit der Thematik ‚Praxis-Hygienebegehungen‘ beschäftigt. Der Aussprache voraus gingen die Ausführungen des Referenten für Praxisführung der LZK, Dr. Norbert Struß über die Rechtsgrundlagen, Inhalte und Kosten der Praxis-Hygienebegehungen in Baden-Württemberg, ergänzt um den Bericht von Prof. Elmar Hellwig über den Verlauf, die Anforderungen und die Ergebnisse der Hygienebegehung an der Universitätsklinik Freiburg.



Auf Antrag von Dr. Martin Nägele beschäftigte sich die Vertreterversammlung mit der Thematik Praxis-Hygienebegehungen.

Es folgte eine kontrovers und emotional geführte Debatte unter den Delegierten. Der Berufsstand verwahrte sich gegen die Unterstellung, die Umsetzung hygienischer Maßnahmen in der Zahnarztpraxis zu unterlassen. Nach Ansicht vieler Delegierter fehle schon der Nachweis, dass die Maßnahmen dem Wohle der Patienten dienen würden, ebenso beruhten sie nicht auf evidenzbasierten Grundlagen.

Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurg Dr. René Denis zeigte Verständnis für den Frust der Kollegen. Zwar verursache dies Kosten, doch „Kante zeigen“ komme in diesem Fall zu spät. Er verwies auf das Angebot der Hygieneberatung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, das bereits seit zwei Jahren als Serviceleistung angeboten wird und unter anderem bereits von zahlreichen Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgen in Anspruch genommen wurde. Zudem seien im Rahmen des risikoabgestuften Vorgehens der Regierungspräsidien derzeit in erster Linie die Ärzte von den Begehungen betroffen.

Um den Unmut der Kollegenschaft klar zu artikulieren, wurde eine vom LZK-Vorstand eingebrachte Resolution zu den Anforderungen an die Aufbereitung von Medizinprodukten verabschiedet. Darin wird der zuständige Gesetzgeber aufgefordert, die RKI-Empfehlungen von 2006 als verbindliches Regelwerk für die Aufbereitung von zahnärztlichen Instrumenten anzuerkennen und darüber hinaus die finanziellen Mittel bereit zu stellen, die die Praxen benötigen, um die Anforderungen zu stemmen.



Praxisführungsreferent Dr. Norbert Struß informierte über die Rechtsgrundlage der Praxis-Hygienebegehungen.

Abstimmung über die Sicherung der Zukunft der Akademie Karlsruhe



Akademie-Direktor warb für sein Konzept einer räumlichen Veränderung der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe.

Der Direktor der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe, Prof. Dr. Winfried Walther, war mit seinem gesamten zahnärztlichen Team nach Stuttgart gekommen, um der LZK-Vertreterversammlung sein Projekt für die räumliche Veränderung der Akademie Karlsruhe vorzustellen. Mit diesem Projekt soll die Zukunft der Akademie Karlsruhe gesichert werden. Den existenziellen Stellenwert dieser Entscheidung betonte Akademiendirektor Prof. Walther mit den Worten: „Es ist ein großes Konzert, das die Zahnärzteschaft spielt - für die Akademie Karlsruhe stellt sich jetzt die Frage, ob sie in diesem Konzert weiter mitspielt – wir wollen weiterhin das Beste für die Zahnärzteschaft erreichen“. In seinem Vortrag präsentierte Prof. Walther den VV-Delegierten die plausible, transparente und sachlogisch aufgebaute Finanz- und Investitionsplanung für den käuflichen Erwerb sowie die Ausstattung des Objektes Garten-Carré in der Garten-/ Lorenz-/ Schindstraße in Karlsruhe. Damit legte der Direktor der Akademie Karlsruhe zusammen mit seinem Mitarbeitersteam der Akademie Karlsruhe den Grundstein für die Entscheidung der Vertreterversammlung, die finazi-

ellen Mittel im Gesamtvolumen von 11,41 Millionen Euro zu bewilligen.

Die Tragweite dieser wichtigen Entscheidung würdigte Dr. Uwe Lückgen in gebührender Weise mit den Worten: „Ich bedanke mich als Mitglied dieser Vertreterversammlung für die Offenheit und die Transparenz, mit der dieses schwierige Projekt hier abgehandelt wurde – der Verdienst gebührt Vorstand, Verwaltungsrat, Haushaltsausschuss und dem Direktor der Akademie Karlsruhe“.



Gutgelauntes Akademie-Team nach der Entscheidung.

Abstimmungen über Satzungsänderungen

Des Weiteren stimmten die Delegierten der Vertreterversammlung einer Reihe von Satzungsänderungen zu. Geändert wurden neben der Satzung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg auch die Richtlinien über die Prüftätigkeit des Haushaltsausschusses der Landes Zahnärzte- und der Bezirks Zahnärztekammern im Land. Ebenso stimmten die Delegierten der Novellierung der Aufwandsentschädigungsordnung zu, verwiesen aber die vorgelegte Schlichtungsordnung zur Überarbeitung zurück an den Satzungsausschuss.

Delegierte der Vertreterversammlung in Klausur – Beginn einer guten Tradition

Vor Beginn der ordentlichen LZK-Vertreterversammlung gab es am Vormittag des 21. Juli 2012 ein Novum in der Kammergeschichte.

In seinen einleitenden Worten bezeichnete Kammerpräsident Dr. Lenke die Klausurtagung des höchsten Souveräns der Landes Zahnärztekammer, der Vertreterversammlung, als „Weltpremiere“. Der Wunsch für diese Klausurtagung hatte sich aus der letzten Vertreterversammlung ergeben: Frei, ohne Regularien und ohne externe Gäste wollten die Delegierten über relevante standespolitische Themen diskutieren und wie sie sich die Zukunft der Kammer vorstellen, um daraus neue Ideen und Handlungsziele für die Kammerarbeit der nächsten Jahre erarbeiten zu können.

Auf der Agenda standen die drei Themen: Gemeinsamer Bundesausschuss (G-BA) und Versorgungsforschung, die Weiterentwicklung der Berechnung zahnärztlicher Leistungen und die strategische Ausrichtung zur Zukunft der Kammer bzw. des zahnärztlichen Berufsstandes. Die Delegierten teilten sich auf drei Arbeitsgruppen auf und hatten eineinhalb Stunden Zeit, um kreativ, innovativ und zielführend zusammen zu arbeiten.

Arbeitsgruppe G-BA und Versorgungsforschung

Als größtes Selbstverwaltungsorgan im deutschen Gesundheitswesen, ausgestattet mit Normsetzungs- und Richtlinienkompetenz, steuert der G-BA zentralistisch und als verlängerter Arm des Bundesgesundheitsministeriums den zukünftigen Weg des deutschen Gesundheitssystems. Ungeachtet der Vertretung zahnärztlicher Belange durch die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung im G-BA, ist eine Beteiligung auch der Kammer

unerlässlich, befand Moderator Dr. Norbert Engel als Fazit der Gruppenarbeit, weil es keine Trennung bei Themen des G-BA zwischen Kassenzahnärztlicher Vereinigung und Landeszahnärztekammer geben dürfe. „Wir entziehen uns nicht der Verantwortung und beschäftigen uns mit Themen, die unsere berufliche Realität bestimmen“.



Dr. Torsten Tomppert

Koalitionen bilden, Risiken identifizieren, Lobbyarbeit verstärken, Ressourcen zur Verfügung stellen und die interne wie externe Öffentlichkeitsarbeit verbessern – so die erarbeiteten Empfehlungen der Arbeitsgruppe. Einen zweites wichtiges Thema der Gruppenarbeit war die Versorgungsforschung, die bundesweit sowie auch in Baden-Württemberg einen zunehmend hohen Stellenwert erfährt und finanziell stark gefördert wird. Auch vor diesem Hintergrund lautete die Forderung der Arbeitsgruppe: „Nicht zurückhalten – wir müssen unsere Zukunft selbst gestalten“. Dies könne unter anderem dadurch erfolgen, dass der Berufsstand eigene Fragestellungen in der Versorgungsforschung formuliert und lokale Netzwerke aufbaut, um mit Hilfe eigener Daten aus den Zahnarztpraxen die Förderung versorgungsrelevanter Projekte im Sinne des Berufsstandes in politischen Entscheidungsprozessen mit zu lenken.

Arbeitsgruppe GOZ



GOZ-Referent Dr. Jan Wilz

Die Fakten zur ab 2012 gültigen novellierten Gebührenordnung für Zahnärzte sind jedem Zahnarzt nach einem halben Jahr Anwendung geläufig. Der GOZ-Referent der Landeszahnärztekammer, Dr. Jan Wilz, fasste den Status quo wie folgt zusammen: keine präventionsorientierte Zahnheilkunde, keine abschließende Beschreibung moderner Zahnheilkunde, keine betriebswirtschaftliche Grundlagen, keine Öffnungsklausel, keine Punktwertabsenkung aber auch keine Erhöhung und Honorarstillstand. Was die strategische Ausrichtung der Kammer im Hinblick auf die GOZ betrifft, empfahl die Arbeitsgruppe die Intensivierung der Fortbildungs- und Schulungsangebote seitens der Kammer, fachlich wie betriebswirtschaftlich und insbesondere hinsichtlich der Gesprächsführung. Das Kommentarwesen müsse weitergeführt, eine engere Vernetzung mit dem den Gutachtern angestrebt und die vorhandenen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) forciert bei der Kollegenschaft beworben werden, insbesondere das vorhandene Abtreibungsverbot. Dem Wunsch der Kollegenschaft entsprechend, ist die Einführung eines Benchmarkings dringend notwendig, d. h. die Aufarbeitung, statische Erfassung und Interpretation des Erstattungsverhaltens der privaten Krankenversicherer. Und schlussend-

lich müsse die Öffentlichkeitsarbeit gegenüber den Patienten intensiviert werden über Merkblätter, die die GOZ als eine Erstattungsordnung darstellen.

Arbeitsgruppe Zukunft der Kammer

Mit der Zukunft der Kammer und des Berufsstandes beschäftigte sich die dritte Arbeitsgruppe unter Moderation des Präsidiums der Landes Zahnärztekammer. Vehement wurde die Forderung laut, dass der Zahnarzt ein von der Gesellschaft anerkannter und respektierter Freier Beruf sein müsse, der sich selbst verwaltet. Eine flächendeckende und bedarfsgerechte zahnärztliche Versorgung ist nur möglich, wenn sowohl ökonomische als auch rechtliche Rahmenbedingungen der Berufsausübung stimmen. Die Kammer ist die Vertreterin der gesamten Zahnärzteschaft. Sie stellt sowohl ortsnahe Dienstleistungen zur Verfügung, übernimmt andererseits aber auch neue Kompetenzen zum Wohl der Kollegenschaft. Einig war sich die Arbeitsgruppe darüber, dass die ehrenamtlichen Strukturen der zahnärztlichen Selbstverwaltung erhalten bleiben müssen. Eine wichtige Aufgabe der Zukunft für die Kammer ist die Förderung des standespolitischen Nachwuchses.



Prof. Dr. Johannes Einwag

Um von den Delegierten ein Feedback über die „Klausurpremiere“ zu erhalten, führte die

LZK-Geschäftsstelle im Nachgang zu der Klausurtagung eine Umfrage durch.

Umfrageauswertung der Klausurtagung

Rund die Hälfte aller Delegierten beantwortete ihre Fragebögen und schickte diese zur Auswertung zurück an die Kammer. Insgesamt zeichnete sich eine überaus positive Resonanz ab. Die Klausurtagung für sehr gelungen und deshalb wiederholenswert hielten rund 83 Prozent der abgegebenen Antworten, während rund 10 Prozent hierzu keine Meinung hatten und nur 7 Prozent eine Klausurtagung grundsätzlich als überflüssig betrachteten.

Über die Frage, wann die Durchführung einer neuen Klausurtagung für Delegierte der LZK-Vertreterversammlung sinnvoll sei, sprachen sich 65 Prozent dafür aus, diese je nach Bedarf durchzuführen. 23 Prozent favorisieren hingegen eine Klausurtagung einmal pro Kammerperiode während nur für 12 Prozent eine Klausur einmal pro Jahr erstrebenswert sei.

Mit der Auswahl der Klausurthemen waren insgesamt 85 Prozent der Delegierten, deren Fragebögen ausgewertet wurden, hochzufrieden.

Die Antworten auf die Frage nach Anregungen für weitere Klausurtagungen hielt erwartungsgemäß ein breites Spektrum an Wünschen parat. Die am häufigsten genannten Anregungen bezogen sich beispielsweise darauf, insgesamt mehr Zeit für eine Klausur zur Verfügung zu stellen sowie professionell geschulte externe Moderatoren und Experten einzuladen.

Diskussionsfreudige und zielführende LZK-Vertreterversammlung

Auf die erstmalige Klausurtagung folgte die traditionelle Sommer-Vertreterversammlung

der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Auf der Agenda standen die drei Themen: Facebook-Auftritt der Kammer, Vergütungsempfehlungen für Zahnmedizinische Fachangestellte und die Nachwahl eines Mitglieds in den Verwaltungsrat des ZFZ Stuttgart.



Warb massiv für seinen Antrag einer Facebook-Unternehmenspräsenz der Kammer, Dr. Hendrik Putze.

Unter dem Eindruck der intensiven politischen Debatten am Vormittag wurde die Tagesordnung um zwei aktuelle Themen erweitert. Diskussionsbedarf gab zum einen das Patientenrechtegesetz im Hinblick auf die verschärften Forderungen durch die Anfang Juli durch den Bundesrat eingebrachten Empfehlungen sowie das neue und verbindlich geltende, aber mit Mängeln behaftete GOZ-Rechnungsformular.

In der Vertreterversammlung im Dezember letzten Jahres beauftragte die Delegierten den LZK-Vorstand zur nächsten Vertreterversammlung einen funktionsfähigen Facebook-Auftritt zu präsentieren.

Präsentiert wurde den Delegierten von der Kommunikationsassistentin und Leiterin der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Kammer, Andrea Mader, eine entsprechende Konzeption für einen Facebook-Auftritt der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg.

Laut LZK-Präsident Dr. Lenke war es „ein Gebot der Transparenz“, die Thematik erneut mit den Delegierten zu diskutieren und mit einem Vorstandsantrag auf eine personelle Aufstockung der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit in der LZK-Geschäftsstelle im Wege des Nachtragshaushaltes zu verbinden, denn aus zusätzlichen Aufgaben resultiere zusätzliche Arbeit. In dessen Konsequenz müsse die LZK-Verwaltung auch so ausgestattet werden, dass diese zusätzliche Arbeit erledigen werden könne.

Nach einer intensiv geführten Diskussion fand schließlich der Antrag des Vorstandes eine deutliche Mehrheit unter den Delegierten, dass die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg bereits ab Anfang September mit ihrem Unternehmensauftritt bei Facebook präsent werden solle.

Vergütungsempfehlungen für Zahnmedizinische Fachangestellte

Der Referent für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen, Dr. Bernd Stoll, stellte in seinem Vortrag die provokante Frage, ob es denn ausreichend sei, wenn sich die Kammer nur auf die Schulabgängerinnen im künftigen Facebook-Auftritt der LZK fokussiere, um für das Berufsbild zu werben, ebenso wie mit dem neuen Imagefilm? Dies bringe möglicherweise nur mäßige Aussichten auf Erfolg, wenn der Berufsstand vor dem Hintergrund des massiven Fachkräftemangels im Wettbewerb um künftige Mitarbeiter nicht auch attraktive Rahmenbedingungen anbieten könne. Dazu gehöre unter vielen weiteren Gesichtspunkten auch eine angemessene Vergütung. Vor diesem Hintergrund hatte der LZK-Vorstand den Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen beauftragt, die Vergütungsempfehlungen für in Baden-Württemberg beschäftigte ZFA-Auszubildende und Zahnmedizinische Fachangestellte, auch im Hinblick auf Ausbildungsver-

gütungen vergleichbarer Berufsgruppen, zu überarbeiten.

Das Ergebnis dieser Überarbeitung lag der Vertreterversammlung nun zur Beschlussfassung vor. In seiner Argumentation betonte Dr. Bernd Stoll, dass diese Vergütungsempfehlungen einen ersten Baustein im Rahmen unserer Mitarbeiter-Initiative ‚Finden-Ausbilden-Binden‘ darstelle, der sehr entscheidend sei, um weitere Maßnahmen ziel führend voranzutreiben.



Mitarbeiterinnen-Referent Dr. Bernd Stoll warb für die Vergütungsempfehlungen für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen.

In der Diskussion darüber kristallisierte sich das Meinungsbild heraus, dass die Delegierten grundsätzlich der Auffassung sind, dass Vergütungsempfehlungen für Zahnmedizinische Fachangestellte (ZFA) notwendig seien, insbesondere weil sie eine Aufgabe der Kammer nach dem Berufsbildungsgesetz darstellen. Dagegen erachteten die Delegierten Zuschläge und Leistungen zur Altersvorsorge für entbehrlich. Stattdessen plädierten sie dafür, die Eingangsvergütungen sowohl bei der Ausbildungsvergütung als auch bei der Vergütungstabelle für ZFA anzuheben. Die korrigierten Vergütungsempfehlungen fanden dann auch mehrheitlich die Zustimmung der Vertreterversammlung und sind ab 1. Januar 2013 gültig.

Angriff auf den Freien Beruf

Mit der Novellierung der GOZ zum 01.01.2012 wurde in § 10 Abs. 1 GOZ festgelegt, dass ab dem 01.07.2012 zahnärztliche Liquidationen nur noch auf einem vorgegebenen Rechnungsformular erfolgen dürfen.

Für die Vertreterversammlung stellt dieses neue Rechnungsformular einen inakzeptablen Eingriff in den Freien Beruf ‚Zahnarzt‘ sowie ein Novum dar, denn bisher wurde in keinem anderen Freien Beruf die Benutzung eines staatlicherseits vorgegebenen Rechnungsformulars zur Pflicht erhoben. In ihrer einstimmig verabschiedeten Resolution fordert die Vertreterversammlung den Gesetzgeber auf, „das, auch wegen Verstößen gegen die geltende GOZ, unzureichende Rechnungsformular auszusetzen“, auch deshalb, weil das Rechnungsformular, unabhängig von der politischen Bewertung, mit erheblichen Fehlern behaftet sei und teilweise auch nicht den Vorgaben der GOZ entsprechen würde.



Das neue GOZ-Rechnungsformular werteten die Delegierten als Angriff auf einen Freien Beruf.

Die Delegierten werteten diesen ersten fehlerhaften Entwurf als eine weitere peinliche Episode des Bundesministeriums für Gesundheit, zumal durch die Überarbeitung dieses Entwurfes das Inkrafttreten erst zum 1. Juli anstatt wie ursprünglich geplant zum 1. Januar 2012 möglich wurde.

Zudem konnte Kammerpräsident Dr. Udo Lenke den Delegierten berichten, dass der Vorstand bereits beschlossen hat, in eigener Initiative gegen das Rechnungsformular auf dem Verwaltungsrechtsweg vorzugehen. Hintergrund seien Zweifel an der zeitnahen Umsetzung des Beschlusses in der Bundesversammlung durch den BZÄK-Vorstand gewesen.

Unnötige Empfehlungen des Bundesrates zum Patientenrechtegesetz

Die Ausschüsse des Bundesrates – Rechtsausschuss, Gesundheitsausschuss und Ausschuss für Agrarpolitik- und Verbraucherschutz – haben am 26. Juni 2012 ihre gemeinsamen Empfehlungen für eine Stellungnahme des Bundesrates zum Patientenrechtegesetz vorgelegt. Diese fanden Eingang in die Stellungnahme des Bundesrates, die die Länderkammer am 6. Juli 2012 veröffentlichte.

Darin wurden dem Bundesgesundheitsministerium eine Verschärfung der bisherigen Informations- und Dokumentationspflichten empfohlen.

Die Delegierten kritisierten diese Verschärfungen und attestierten der Bundesratsstimmungnahme „den erforderlichen Realitätsbezug“. In dem einstimmig angenommenen Antrag der Freiburger Delegierten wird der Gesetzgeber aufgefordert, den vorliegenden Entwurf des Patientenrechtegesetzes vollständig zurückzuziehen und sich auf die bestehende Patientenrechtecharta zu fokussieren. Nach einhelliger Auffassung der Delegierten würde dem Berufsstand mit den vom Bundesrat geforderten Verschärfungen zusätzlich Bürokratie aufgebürdet, was letztlich auf Kosten wertvoller Behandlungszeit gehe.

Haushaltsausschuss

Haushaltsausschuss der LZK

Auch im Berichtsjahr 2011/2012 setzte der LZK-Haushaltsausschuss seine erfolgreiche Arbeit unter der Führung von Dr. Eva Hemberger fort. Das Team um die Vorsitzende des LZK-Haushaltsausschusses setzt sich aus dem stellvertretenden Vorsitzenden, Dr. Jürgen Carow, sowie den weiteren Mitgliedern, Dr. Bert Bauder, Dr. Martin Nägele, Dr. Christian Scheytt zusammen.



Der LZK-Haushaltsausschuss: Dr. Bert Bauder, Dr. Christian Scheytt, Dr. Eva Hemberger, Dr. Martin Nägele und Dr. Jürgen Carow (v.l.n.r.).

Zum Ende der 14. Legislaturperiode zieht der LZK-Haushaltsausschuss über die letzten vier Jahre eine Leistungsbilanz.

Der LZK-Haushaltsausschuss führte während der Legislaturperiode 20 Sitzungen und eine Sondersitzung durch. Jährlich fanden gemeinsam mit dem LZK-Vorstand die Schlussbesprechung mit der BZÄK-Prüfstelle sowie eine gemeinsame Sitzung statt.

Besondere Schwerpunkte der Legislaturperiode waren:

- BZK Freiburg
Forderungen, Forderungsmanagement

- Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe Projekt „Räumliche Veränderung“
- Einführung Controlling Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg, IZZ/ZBW
- Betriebliche Altersversorgung
Umstellung nach Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG), Gutachten über die Erfüllungswerte
- Bildung Betriebsmittelrücklagen bei den Fortbildungseinrichtungen
- Anlagestrategie Finanz- und Geldanlagen
- Wertberichtigungen der Finanzanlagen
- Vereinheitlichung der Buchhaltungen
- Konsolidierung
- Überprüfung GOZ-Aktionshaushalt/ GOZ-Rücklage

Vor-Ort-Prüfungen

Nachdem im letzten Jahr eine Umstellung der früheren Belegprüfungen hin zu Vor-Ort-Prüfungen erfolgte, wurden in diesem Jahr in allen Untergliederungen und Einrichtungen Vor-Ort-Prüfungen durchgeführt. In der LZK-Geschäftsstelle, der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und dem Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart führten je zwei Mitglieder des LZK-Haushaltsausschusses im März 2012 die Vor-Ort-Prüfung über das Jahr 2011 durch. In den Bezirkszahnärztekammern wurden die Vor-Ort-Prüfungen durch die BZK-Haushaltsausschüsse unter Hinzuziehung eines weiteren Mitglieds des LZK-Haushaltsausschusses durchgeführt. Ein besonderes Augenmerk der neuen Prüfungsvornahme ist die direkte Verknüpfung der Rechnungsprüfung mit Querprüfungen in den Zahlungsverkehr sowie in das Forderungsmanagement. Diese Prüfungen ergaben keine Beanstandungen. Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Dr. Eva Hemberger, führte gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Dr. Eberhard Montigel, die Belegprüfung im In-

MITGLIEDER DES HAUSHALTAUSSCHUSSES

Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg, Vorsitzende
Dr. Jürgen CAROW, Flein, stv. Vorsitzender
Dr. Bert BAUDER, Mannheim
Dr. Martin NÄGELE, Teningen
Dr. Christian SCHEYTT, Ulm

formationszentrum Zahngesundheit Baden-Württemberg und Zahnärzteblatt Baden-Württemberg durch.

Jahresabschlussrechnung 2011 und konsolidierte Bilanz mit Ertrags- und Aufwandsrechnung

Bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode stand das Bild des „Schiffs mit den sieben Segeln“ als Metapher für die Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg. Heute kann man mit Stolz berichten, dass das Schiff gut in See gestochen ist. So wurden im Jahr 2009 erstmalig über einen Konsolidierungsbogen sowohl die Verbindlichkeiten und Forderungen als auch die Erträge und Aufwendungen im Leistungsaustausch innerhalb der gesamten Kammer transparent dargestellt. Im Jahr 2010 wurde in den Verwaltungen der Teilorganisationen erstmalig die Jahresabschlussrechnung automatisiert mit Hilfe einer an das Buchhaltungsprogramm ange-bundenen, sich direkt speisenden Excel-Datei aufgestellt. Auf Initiative der QM-Projektgruppe „Buchhaltung“ hin, werden seit Januar 2012 die benötigten Mitglieder-Stammdaten sowie Beitragsforderungen direkt als elektronischer Datensatz von der Mitgliederverwaltung an die Buchhaltung übergeben. Dies wurde vom LZK-Haushaltsausschuss unterstützt, da dadurch eine Optimierung des Forderungsmanagements in den Verwaltungen erfolgt.

In der gemeinsamen Sitzung von LZK-Vorstand und LZK-Haushaltsausschuss am 20.10.2012 beschlossen die beiden Gremien, der LZK-Vertreterversammlung vorzuschlagen, dass die Verwendung der Mehreinnahmen des Jahres 2011 der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg bzw. der Ausgleich des Jahresergebnisses wie folgt gehandhabt wird:

- Bezirkszahnärztekammern und LZK-Geschäftsstelle: Die Mehreinnahmen ver-

bleiben bei den Teilorganisationen und werden dem jeweiligen Aktionshaushalt zugeführt.

- Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe: Zuführung Investitionsrücklage, Zuführung Betriebsmittelrücklage, Zuführung zweckgebundene Mittel „Fonds wiss. Dienst“, Zuführung Vermögen
- Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart: Auflösung Investitionsrücklage, Auflösung Betriebsmittelrücklage (ZFZ), Zuführung Investitionsrücklage

Jahresabschluss und Prüftätigkeit



In der Schlussbesprechung: Die Vorsitzende Dr. Eva Hemberger mit LZK-Präsident Dr. Udo Lenke und LZK-Direktor Axel Maag.

Gemäß der Satzung der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg ist der Jahresabschluss mit Bilanz und Ertrags- und Aufwandsrechnung vom LZK-Haushaltsausschuss unter Zuziehung eines Wirtschaftsprüfers zu prüfen. Zum Prüfer bestellte der Haushaltsausschuss, im Benehmen mit dem LZK-Vorstand, die Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer e.V. Die Prüfung wurde von der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer e.V. in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Verhülsdonk & Partner GmbH, Köln durchgeführt. In der Schlussbesprechung am 05.10.2012 erläuterte Karsten Kelm, der Leiter der Prüfstelle der Bundeszahnärztekam-

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG
Kathleen KAMPRATH
Ralf KRAFT
Inge HÖLLMÜLLER

mer e.V., die im Jahr 2011 erzielten Einnahmen und getätigten Ausgaben. Des Weiteren erläuterte er die Entwicklung der Aktiva und Passiva der Bilanz.



Der Leiter der BZÄK-Prüfstelle, Karsten Kelm (re.), und der Dr. Dirk Iwanowitsch (li.), Wirtschaftsprüfer Verhülsdonk & Partner

Schwerpunktmäßig wurden durch die Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer e.V. in folgenden Bereichen Einzelfallprüfungen und analytische Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Anlagevermögen
- Entwicklung des Finanzanlagevermögens
- Entwicklung der Beitragsforderungen
- Zusammensetzung und Entwicklung sowie Bewertung der Rückstellungen
- Konsolidierung der Forderungen und Verbindlichkeiten
- Konsolidierung der Aufwendungen und Erträge
- Abgrenzungen von Aufwendungen und Erträgen
- Abrechnung des Erfolgsplans auf Grundlage der Gewinn- und Verlustrechnung

Wie in den Jahren zuvor erstellte die Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer einen Prüfbericht über alle Prüfungen in den Teilorganisationen und über den konsolidierten Jahresabschluss. Auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Prüfberichte, die in der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg in der Zeit vom 5. November bis 26. November 2012 zur Einsichtnahme auslagen, wurde im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg (Heft 10/2012) hingewiesen.

Die Prüfstelle konnte bestätigen, dass der konsolidierte Jahresabschluss der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, einschließlich der Jahresabschlüsse der Teilorganisationen, aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg sowie den hierzu ergangenen Richtlinien und Ordnungen entspricht. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

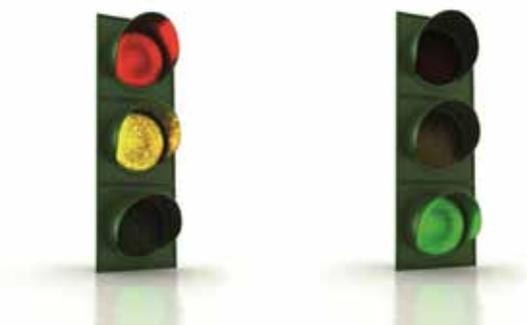
Controlling

Rot, Gelb, Grün. Unter diesen Farben stand das Jahr 2009. Eine einfache und transparente Übersicht über die aktuelle Entwicklungen der Ausgaben und Einnahmen der Kammer, ihren Untergliederungen und Einrichtungen bietet das Controlling. Das Ampelsystem signalisiert dem Betrachter mit einem Blick, ob sich die Ausgaben im geplanten Rahmen bewegen (grüne Markierung) und wo Überschreitungen der Haushaltsansätze drohen (gelbe Markierung). Überschreitungen (rote Markierung) werden durch kurze Erläuterungstexte ergänzt. Das Controlling umfasst die Analyse und Erläuterungen der aktuellen Finanzbuchhaltung gegenüber den geplanten Haushaltsansätzen. Durch die direkte Anbindung in die Buchhaltungssoftware ist es möglich, zeitnah die in Verantwortung stehenden Ehrenamtsträger über die unter-

jährige Entwicklung zu informieren, um so Handlungsspielräume auszunutzen und bei Bedarf Entwicklungen zu steuern. Das Controlling dient nicht nur der Transparenz, sondern ermöglicht als Steuerungsinstrument erweiterte Transparenz und gezielte Sacharbeit. Es dient der Qualitätssicherung.

Damit wird ein wichtiges Element des Haushaltswesens nun seit vier Jahren erfolgreich in der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg angewendet.

Mit Stolz nahm der Haushaltsausschuss zur Kenntnis, dass sein Controlling Vorbild für den Halbjahresbericht der Bundeszahnärztekammer ab dem Jahr 2010 war.



Rot, gelb, grün – die Ampel regelt das Controlling.

Räumliche Veränderung der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung

Mehrfach war in dieser Legislaturperiode das Projekt „Räumliche Veränderung der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe“ auf der Tagesordnung. Dank der professionellen Vorbereitung, incl. Plausibilitätsprüfung stimmten die Mitglieder der LZK-Vertreterversammlung im Dezember 2011 einstimmig dem Projekt zu. Zu Beginn des Jahres 2012 der „Startschuss“. Wie vom LZK-Haushaltsausschuss und LZK-Vorstand vorgeschlagen, erstellt die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe quar-

talsweise ein Reporting über den aktuellen Entwicklungsstand und die finanzielle Situation. Die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe leitet das Reporting an die Gremien: Verwaltungsrat der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe, LZK-Vorstand und LZK-Haushaltsausschuss weiter. Der LZK-Haushaltsausschuss beriet unter anderem in diesem Jahr über die vergaberechtliche Situation und europaweite Ausschreibung der Bauleistungen im Zusammenhang mit dem Projekt und über Details der Finanzierung.

Finanz- und Geldanlagen

Die Frage nach der Vermögensverwaltung der langfristigen Finanz- und Geldanlagen der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg beschäftigte den LZK-Haushaltsausschuss in allen Sitzungen der Legislaturperiode, so auch im Berichtsjahr. Aufgrund der Volatilität der Märkte wird es immer schwieriger, den angesetzten „Rechnungszins der Erfüllungsbeträge der Betrieblichen Altersversorgung“ tatsächlich zu erwirtschaften. Der LZK-Haushaltsausschuss hatte sich nach eingehenden Beratungen im Einvernehmen mit dem LZK-Vorstand im Oktober 2011 dafür ausgesprochen, die Vermögensverwaltung an LBBW Asset Management zu übergeben.

Auch in diesem Jahr informierte die LZK-Haushaltsausschussvorsitzende regelmäßig und umfangreich zu den Sitzungen über den aktuellen Stand und die Entwicklung der gesamten Geld- und Finanzanlagen. Es ist zu unterscheiden zwischen den kurzfristigen Geldanlagen für die Betriebsmittelrücklage und Investitionsrücklage sowie die längerfristigen Finanzanlagen für die Rückstellungen der Betrieblichen Altersversorgung. Der Anlagemix entsprechend der „Empfehlungen für Geldanlagen“ der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg hat sich auch in diesem Jahr in der derzeitigen Finanzmarktsituation

bewährt. Leider sind auch in diesem Jahr Verluste aus der Finanzanlage eines Immobilienfonds zu verzeichnen. Umso erfreulicher war es, dass bei dem regelmäßigen Reportings über die Finanz- und Geldanlagen über die positive Entwicklung der Vermögensverwaltung LBBW Asset Management berichtet werden konnte.

Rückstellungen für Betriebliche Altersversorgung

Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg bildet Rückstellungen für die Zusagen der Betrieblichen Altersversorgung ihrer Angestellten. Im Jahr 2010 wurde erstmalig die Bilanzierung nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) vorgenommen. Diese Umstellung hatte Auswirkungen auf den Rechnungszins und den Erfüllungswert zur Rückstellung. Der Rechnungszins ist von nun an verbindlich gesetzlich geregelt. Da sich gleichzeitig die Berechnungsgrundlage für das Gutachten ändert, führt das Gesetz zu einer weiteren Erhöhung des Rückstellungsbedarfs. Der LZK-Haushaltsausschuss hat sich bereits 2009 dafür ausgesprochen, analog der gesetzlichen Übergangsregelungen, die eine Verteilung auf fünfzehn Jahre erlauben, die Belastung aus dieser Erhöhung durch die Umstellung des gesetzlichen Verfahrens auf zehn Jahre zu verteilen (2010-2019). Der LZK-Haushaltsausschuss beauftragte gemäß den vereinbarten Zwei-Jahres-Turnus in diesem Jahr den Versicherungsmathematiker mit der Erstellung des versicherungsmathematischen Gutachten über die Erfüllungswerte der betrieblichen Altersversorgung des laufenden Haushaltsjahres mit Ausblick auf das kommende Haushaltsjahr. Die Beträge für die Zuführung in die Rückstellungen für Betriebliche Altersversorgung wurden in die Haushaltsanforderungen 2013 entsprechend eingeplant.

Haushaltsplanung und Kammerbeitrag

Der gesetzlichen und satzungsgemäßen Aufgabe folgend, hat der Haushaltsausschuss in jedem Jahr der Legislaturperiode den Haushaltsplan der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg für das kommende Jahr aufgestellt. So wurden auch in diesem Jahr in der Sondersitzung die anstehenden Planungen der Haushaltsanforderungen unter Einbeziehung des Controllings des 2. Quartals 2012 vorbesprochen.

Die Prüfer der BZÄK-Prüfstelle sahen in den Vorjahren Optimierungsbedarf bei den Verwaltungen bezüglich der einheitlichen Verbuchung inhaltsgleicher Sachverhalte. Der LZK-Haushaltsausschuss beauftragte die Verwaltungen, ihre Haushaltspläne zu überarbeiten sowie Konteninhalte gemeinsam zu benennen. Bereits mit dem Haushaltsjahr 2012 erfolgte eine Neusortierung nach sachlichen Zusammenhängen der Aufwandskonten, mit der Haushaltsplanung 2013 wurde eine einheitliche neue Nummerierung des Kontenrahmens vorgenommen. In der Sitzung am 05.10.2012 nahm der LZK-Haushaltsausschuss die Zusammenführung der Haushaltsanforderungen der einzelnen Teilorganisationen zum Haushaltsplan 2013 vor, den der LZK-Haushaltsausschuss dem LZK-Vorstand in der gemeinsamen Sitzung zur Beratung vorlegte. LZK-Vorstand und LZK-Haushaltsausschuss haben der LZK-Vertreterversammlung gemeinsam einen Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 vorgeschlagen. Der Stellenplan und der Investitionsplan sind ein wichtiger Bestandteil der Haushaltsplanung und die Grundlage der Personalkostenplanung sowie der Entwicklungsplanung des Anlagevermögens. Die Beitragstabelle wurde auf der Grundlage des Haushaltsplans 2013 aufgestellt, die der LZK-Vertreterversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird.



Anzahl der Kammermitglieder nach Beitragsgruppen

Änderungen von Ordnungen und Richtlinien sowie Leitlinien mit haushalterischen Auswirkungen

Wenn man die Tagesordnungen der LZK-Haushaltsausschusssitzungen der letzten Legislaturperiode durchgeht, zieht man das Fazit, dass von dem LZK-Haushaltsausschuss alle haushaltsrelevanten Ordnungen und Richtlinien überarbeitet wurden. In diesem Jahr beschäftigte sich der der LZK-Haushaltsausschuss insbesondere mit der Änderung folgender haushaltsrelevanter Ordnungen und Richtlinien:

- Änderung der Empfehlung für Geldanlagen
- Überprüfung Reisekostenordnung I + II
- Überprüfung Aufwandsentschädigungsordnung
- Beitragsordnung
- Entschädigungsordnung für die Prüfungsausschüsse für Zahnmedizinische Fachangestellte

Bundeszahnärztekammer

Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Eva Hemberger, ist Mitglied im

Haushaltsausschuss der Bundeszahnärztekammer und seit 01.01.11 dessen stellvertretende Vorsitzende. In allen Sitzungen berichtete sie über die Ausschussarbeit.

Landesberufsgerecht für Zahnärzte

Die Berufsgerichtsbarkeit gehört, nach dem Heilberufe-Kammergesetz des Landes Baden-Württemberg, zu den hoheitlichen Aufgaben der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg.



LANDESBERUFSGERICHT
FÜR ZAHNÄRZTE

Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist bei den Bezirkszahnärztekammern in Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen je ein Bezirksberufsgerecht für Zahnärzte und bei der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg ein Landesberufsgerecht für Zahnärzte eingerichtet. Die Bezirksberufsgerichte sind für die erstinstanzlichen Berufsgerichtsverfahren zuständig. Das Landesberufsgerecht für Zahnärzte in Stuttgart ist zentrale Berufungsinanz.

Alle Berufsgerichte, gleich ob Landesberufsgerecht oder Bezirksberufsgerichte, haben Organstatus und sind ordentliche deutsche Gerichte. Die Berufsrichter, auch die zahnärztlichen Beisitzer, besitzen richterliche Unabhängigkeit und werden auf Vorschlag der Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Frauen, Familien und Senioren Baden-Württemberg im Einvernehmen mit dem Justizministerium Baden-Württemberg für eine Amtsdauer von fünf Jahren bestellt.



Berufsgerichts- und Beschwerdeverfahren

Innerhalb des Berichtszeitraumes ist die Anzahl der anhängigen Berufsgerichtsverfahren erster Instanz von 28 auf 23 Verfahren zurückgegangen.

Im Vergleich zum letztjährigen Berichtszeitraum ist bei den neu anhängigen Berufsgerichtsverfahren vor dem Landesberufsgerecht für Zahnärzte ebenfalls ein Rückgang zu verzeichnen. Während im Berichtsjahr 2011 noch 38 % der erstinstanzlichen Entscheidungen in Berufung gingen, waren es im Berichtszeitraum 2012 nur noch 9 %. Eine detaillierte Übersicht über die Berufsgerichtsverfahren gibt die nachfolgende Statistik.

Beschwerdeverfahren gegen Einstellung der Ermittlungsverfahren

In den Zuständigkeitsbereich des Landesberufsgerichts für Zahnärzte in Stuttgart fällt nach der Berufsgerichtsordnung (Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des berufsgerichtlichen Verfahrens nach dem Kammergesetz) auch die Entscheidung über Beschwerden gegen die Einstellung von berufsgerichtlichen Ermittlungsverfahren aus den Bezirken. Gemäß § 24 Abs. 2 Berufsgerichtsordnung kann ein Anzeigersteller, binnen einer Frist von zwei Wochen nach Bekanntmachung der Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch den Kammeranwalt, beim Landesberufsgerecht für Zahnärzte prüfen lassen, ob die Einstellung rechtmäßig war.

MITGLIEDER DES LANDESBERUFSGERICHTS

Lutz-Rüdiger VON AU, Präsident des LG Ulm/ Donau, Vorsitzender
Reiner FREY, Präsident des LG Tübingen, juristischer Beisitzer, Tübingen
Dr. Stephan HAENEL, 1. zahnärztlicher Beisitzer, Zell a. H.
Dr. Hans-Peter STICHS, 2. zahnärztlicher Beisitzer, Weinheim
Dr. Harald HERMANN, 3. zahnärztlicher Beisitzer, Stuttgart

Im Gegensatz zu den rückläufigen Berufsgerechtingsverfahren, haben die Beschwerdeverfahren im Berichtsjahr zugenommen. Während 2011 sich das Landesberufsgerechtigt lediglich mit zwei Anträgen auf berufsgerechtingsliche Entscheidung befassen musste, gingen 2012 vier neue Anträge bei der Geschäftsstelle des Landesberufsgerechtings ein.

Ermittlungsverfahren

Zuständig für das berufsgerechtingsliche Ermittlungsverfahren sind die bei den Bezirkszahnärztekammern im Lande angesiedelten Kammeranwälte. Sie sind Ermittlungsführer und mithin Herr des Ermittlungsverfahrens. Zugleich sind sie die Vertreter der Kammer im Rahmen der berufsgerechtingslichen Klage vor den Berufsgerechtingsgerichten erster und zweiter Instanz.

Sobald ein Kammeranwalt vom Verdacht einer berufsgerechtingsunwürdigen Handlung Kenntnis erlangen, ist er verpflichtet, ein berufsgerechtingsliches Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Die Kammeranwälte sind grundsätzlich an die Weisungen des Bezirksvorstandes, der sie bestellt hat, gebunden. Dies gilt jedoch nicht für das Ermittlungsverfahren.

Eine deutliche Steigerung erfuhren die berufsgerechtingsgerichtlichen Ermittlungsverfahren im Berichtszeitraum durch die Kammeranwälte. Waren es im Berichtsjahr 2011 landesweit noch 72 Ermittlungsverfahren, mussten dieses Jahr bereits 90 Ermittlungsverfahren eingeleitete werden.

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER DES LANDESBERUFSGERICHTS

Till JAKOB, Vizepräsident des LG Ulm, stv. Vorsitzender

Rainer FEIL, Stv. Leiter der Staatsanwaltschaft Ulm, stv. juristischer Beisitzer

Dr. Klaus DE CASSAN, stv. 1. zahnärztingslicher Beisitzer, Rickenbach

Dr. Gerald FUCHS, stv. 2. zahnärztingslicher Beisitzer, Rastatt

Dr. Frank RÜHLE, stv. 3. zahnärztingslicher Beisitzer, Dettenhausen

Verhandlungen von Berufungen aus dem Jahr 2011

	Zahl	Vorwürfe
Verurteilungen	-	
Verurteilungen unter Abänderung der berufsergerichtlichen Maßnahme	-	
Einstellung des Verfahrens durch Beschluss	-	
Rücknahme der Berufung	1	Titelmißbrauch
Freisprüche	1	Persönliche Herabsetzung und Beleidigung
Noch offene Fälle	1	Werbung, Titelmißbrauch

Verteilung der Berufungsverfahren 2011 auf die Bezirke

Stuttgart	Karlsruhe	Freiburg	Tübingen
1	1	1	-

KAMMERANWÄLTE

Bereich Freiburg: Edgar VILLWOCK, Oberstaatsanwalt, StA Freiburg, Freiburg
Bereich Karlsruhe: Wolfgang KNEIP, Oberstaatsanwalt a. D., Edingen
Bereich Stuttgart: Rainer CHRIST, Ltd. Oberstaatsanwalt a. D., Winnenden
Bereich Tübingen: Günter GEIGER, Ltd. Oberstaatsanwalt, StA Stuttgart, Tübingen

Verhandlungen von Berufungen aus dem Jahr 2012

	Zahl	Vorwürfe
Verurteilungen	-	
Verurteilungen unter Abänderung der berufsgerichtlichen Maßnahme	-	
Einstellung des Verfahrens	-	
Rücknahme der Berufung	-	
Freisprüche	-	
Noch offene Fälle	1	Werbung
Wiederaufnahmeantrag	1	Verstoß gegen besondere Berufspflichten (als unzulässig verworfen)

Verteilung der Berufungsverfahren 2012 auf die Bezirke

Stuttgart	Karlsruhe	Freiburg	Tübingen
-	2	-	-

STV. KAMMERANWÄLTE

Bereich Freiburg: Karsten-Nils SCHWARZ, Staatsanwalt, StA Freiburg, Freiburg

Bereich Karlsruhe: Andreas GROSSMANN, Staatsanwalt, StA Mannheim, Mannheim

Bereich Stuttgart: Kurt SCHRIMM, Ltd. Oberstaatsanwalt, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, Bondorf

Bereich Tübingen: Kein Stellvertreter berufen

Erstinstanzliche Verfahren vor den Bezirksberufsgerichten 2012

	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen
Anzahl der Verfahren insgesamt	5	8	3	7
Anzahl der Verurteilungen zu:				
Warnung	-	-	-	-
Verweis	-	-	-	-
Geldbuße	1	-	-	-
Aberkennung der Mitgliedschaft in den Organen der Kammer und den Vertretungen und Ausschüssen in den Untergliederungen	-	-	-	-
Aberkennung des Wahlrechts und der Wählbarkeit in die Organe der Kammer und in die Vertretungen und Ausschüsse der Untergliederungen bis zur Dauer von 5 Jahren	-	-	-	-
Anzahl der Einstellungen gem. § 153 StPO	-	1	-	2
Anzahl der Einstellungen gem. § 153 a StPO	-	-	2	1
Anzahl der Einstellungen gem. § 154 StPO	2	-	-	-
Anzahl der Freisprüche	-	-	-	-
Anzahl der noch offenen Fälle	2	7	1	4

Anträge auf berufsgerichtliche Entscheidungen nach § 24 Abs. 2 Berufsgerichtsordnung

	Zahl	Beschluss
Beschwerden und Anträge aus dem Jahr 2011	1	Antrag als unzulässig verworfen
Beschwerden und Anträge aus dem Jahr 2012	4	3 Anträge als unzulässig verworfen 1 Antrag als unbegründet verworfen
Noch offene Anträge	-	

GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG, Rechtsanwalt, Geschäftsstellenleiter des Landesberufsgerichts
Cäcilia FALK, Sekretariat Landesberufsgericht

Von den Kammeranwälten bearbeitete berufsrechtliche Ermittlungsverfahren

	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen
Neueingänge 2012	25	33	19	13
1. hiervon erledigt durch:				
Einstellung gem. § 153 StPO	-	-	3	-
Einstellung gem. § 23 Abs. 2 BGO i. V. m. § 170 Abs. 2 StPO	11	5	7	5
Einstellung gem. § 23 Abs. 2 BGO i. V. m. § 153 a StPO (analog)	-	4	3	-
Einstellung § 23 Abs. 2 BGO i. V. m. § 152 Abs. 2 StPO	-	3	-	-
Anklage/Antrag nicht förmliches Verfahren	2	-	1	4
Abgabe an andere Kammer	-	-	-	-
2. hiervon noch nicht erledigt	12	19	5	4
davon vorläufige Aussetzung gem. § 56 Abs. 2 BGO	2	-	-	-
3. Verfahren wegen:				
Verstoß gegen allgemeine Berufspflichten (§ 2 BO)	4	5	-	1
Nichtbeachtung von Anfragen bzw. Meldungen an die Kammer (§ 3 BO)	-	-	-	-
Verstoß gegen das Gebot einer bestehenden Berufshaftpflichtversicherung (§ 4 BO)	-	-	-	-
Verstoß gegen die Schweigepflicht (§ 7 BO)	-	-	-	-

Verstoß gegen die Kollegialität (§ 8 BO)	-	5	2	1
Verstoß gegen die Regeln der zahnärztlichen Dokumentation (§ 12 BO)	-	-	-	-
Verstoß gegen die Pflichten bei Erstellung von Gutachten (§ 13 BO)	-	-	-	-
Verstoß gegen die Notfalldienstpflicht (§ 14 BO)	-	-	7	6
Gebührenrechtlicher Verstoß (§ 15 BO)	3	5	-	-
Verstoß im Rahmen der Zusammenarbeit mit Dritten (§§ 16 – 19 BO)	-	-	-	-
Verstoß wegen falscher Titelführung (§ 20 BO)	-	4	-	-
Verstoß wegen berufswidriger Werbung (§ 21 BO)	6	7	6	1
Verstoß im Zusammenhang mit dem Praxisschild (§ 22 BO)	-	-	-	-
Verstoß gegen allgemeine gesetzliche Verpflichtungen (Nicht Herausgabe von Behandlungsunterlagen)	5	-	-	-
Berufsrechtlicher Überhang einer strafrechtlichen Verurteilung	1	-	-	-
Sonstiges (Behandlungsbeschwerde)	6	2	4	1

Interne Verwaltung

Moderne Verwaltung – serviceorientiert und nah am Mitglied



Die LZK-Geschäftsstelle befindet sich seit 2006 im Gebäude der KZV im Albstadtweg in Stuttgart Möhringen.

Die LZK-Geschäftsstelle hat im vergangenen Jahr die Modernisierung weiter vorangetrieben, um die Aufgaben effizient, serviceorientiert und in hoher Qualität erfüllen zu können. Neue Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft, der Wandel zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, technologischer Fortschritt sowie die neuen Möglichkeiten in der Elektronischen Datenverarbeitung (EDV) stellen nur einige Umwelteinflüsse dar, aufgrund derer eine stetige Flexibilität, wirtschaftliches Arbeiten und die Nähe zu den Kammermitgliedern als wesentliche Kriterien aufgeführt werden können. Bündelung und Delegation bestehender Aufgaben, Optimierung der Verwaltungssteuerung und ein modernes Finanz- und Rechnungswesen zeigen beispielhaft die verschiedenen Facetten einer modernen Verwaltung auf. Hinzu kommen die Optimierung von internen Prozessen und die Vereinfachung von Verfahrensabläufen. Die künftige strategische Ausrichtung der LZK-Geschäftsstelle konzentriert sich noch stärker auf Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns. Reformen und Projekte, die in den vergangenen Jahren beschlossen wurden, werden jetzt Schritt für Schritt umgesetzt. In vielen Bereichen ist die Landes-

zahnärztekammer dabei, Abläufe, Serviceleistungen und Angebote zu verändern und zu verbessern. Zusammenfassend lassen sich die verschiedenen Oberziele wie folgt definieren:

- Verbesserung der Kommunikation auf allen Ebenen,
- zielgruppengerechte und empfängerorientierte Ausrichtung,
- Optimierung der Arbeitsabläufe und -prozesse über Pilotprojekte bis hin zur schrittweisen Einführung,
- Steuerung mittels Kennzahlen (Controlling),
- Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologie und die Weiterentwicklung zur Sicherstellung künftiger Anforderungen. Deshalb ist die Modernisierung in der Verwaltung eine fortwährende Aufgabe. Der in den vergangenen Jahren eingeschlagene Kurs der LZK-Geschäftsstelle, hin zu einem modernen, serviceorientierten Dienstleister, ist nicht zuletzt durch die Einführung des Qualitätsmanagements in der LZK-Geschäftsstelle und den Geschäftsstellen der Bezirkszahnärztekammern in eine entscheidende Phase eingetreten.

Qualitätsmanagement der LZK-Geschäftsstelle

Im Frühjahr 2011 wurde das Qualitätsmanagement in der Verwaltung eingeführt und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstellen akzeptiert und umgesetzt, so dass im kommenden Jahr die nächste Stufe, die Auditierung des Qualitätsmanagements in der Verwaltung, durchgeführt werden kann. So waren sich LZK-Vorstand und die Geschäftsführer in dieser Sache einig, dass es an der Zeit sei, den nächsten Schritt in Richtung Qualitätssicherung in der LZK-Geschäftsstelle und den Bezirken zu gehen und ein internes Audit durchzuführen. Wichtig ist in diesem Zu-

PERSONAL IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG • Thorsten BECK • Sandy EBERSBACH-STEINIGER • Cäcilia FALK • Kerstin FRANKENBERGER • Steffen GRIEBSCH • Heinz HAARHAUS • Annerose HAUBER • Inge HÖLLMÜLLER

sammenhang die Tatsache, dass die Auditierung nicht als Kontrolle gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verstanden werden darf, sondern vielmehr die Optimierung der bestehenden Arbeitsabläufe und des Qualitätsmanagements im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses, in Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgen wird. Es soll zu einer „Win-Win-Situation“ für alle Beteiligten führen.



Der Direktor und die Geschäftsführer der Bezirkszahnärztekammern sowie die Koordinatoren der verschiedenen Fachbereiche werden in diesem Zusammenhang als interne Auditoren auftreten und letztendlich die Überprüfung des jeweiligen Kapitels des Qualitätsmanagements-Handbuches übernehmen. In diesem Zusammenhang haben sich die Geschäftsführer bereits auf ein Grundraster für einen Auditbericht und eine Dokumentation verständigt. Diese Audit-Checklisten und Audit-Formulare sollen nach Abschluss des internen Audits, Eingang in das Qualitätsmanagement-Handbuch erfahren.

Sitzungshäufigkeit verzeichnet leichtes Wachstum

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LZK-Geschäftsstelle haben im Berichtsjahr 2012

für über 100 durchgeführte Sitzungen von Ausschüssen und Arbeitskreisen Sitzungsunterlagen vorbereitet, die Sitzungsteilnehmer bei der Durchführung unterstützt sowie die Ergebnisse in Protokollen zusammengeführt. Ferner fanden zahlreiche BUS-Dienstschulungen und Fortbildungsseminare der Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit e. V. (LAGZ) im Berichtsjahr statt.



Alle Sitzungen in der LZK-Geschäftsstelle werden am Display im Eingangsbereich angezeigt.

Fachdental Südwest 2012 – Gemeinsamer Messestand mit den kammereigenen Fortbildungseinrichtungen

Die Messe Fachdental Südwest auf der Landesmesse Stuttgart gehört zu den größten Fachdentalveranstaltungen in Deutschland.



Einladender großer Messestand auf der Fachdental Südwest.

PERSONAL IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Stephanie JORDAN • Kathleen KAMPRATH • Ralf KRAFT • Andrea MADER • Christine MARTIN • Kathrin MÖLLER

272 Aussteller und mehr als 6.600 Messebesucher/innen strömten am 28. und 29. September dieses Jahres auf das Veranstaltungsgelände und somit auch zum gemeinsamen Messestand der LZK-Geschäftsstelle mit den kammereigenen Fortbildungseinrichtungen.



Für Gespräche stand der gemütliche Lounge Bereich des Messestandes zur Verfügung.

Die zeitgleich stattfindende Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Kieferorthopädie brachte zusätzliche Besucherzahlen. Der LZK-Vorstand hatte bereits im Frühjahr dieses Jahres die Weichen für den gemeinsamen Messestand gestellt und beschlossen, die „Kammer Ihr Partner“ mit einem angemessenen Repräsentations- und Fachstand zu präsentieren. Die Darstellung der LZK-Geschäftsstelle mit ihren verschiedenen Themenbereichen sowie der beiden Fortbildungsinstituten, lockten zahlreiche Besucher/innen an den Messestand. Von der praktischen Anwendung der Händedesinfektion, über die Themen Praxishandbuch und Navigator, BuS-Dienst Kammermodell sowie kammereigene Aufstiegsfortbildungen, präsentierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von LZK-Geschäftsstelle sowie der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und dem Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart, die Dienstleistungsvielfalt in den jeweiligen Einrichtungen. Die Präsentation des neu konzipierten Facebook-

Auftrittes sowie der Berufsinformationsfilm zum Berufsbild „Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r“ der Landes Zahnärztekammer rundeten die beiden erfolgreichen Messetage ab.

Bürotechnik – neues Modell

Anknüpfend an die Berichterstattung des vergangenen Jahres, wurden im Januar die Einzelplatzdrucker an den Arbeitsplätzen sowie die drei Großeinheiten in den Technikräumen abgelöst. Durch den Auslauf der bestehenden Mietverträge, wurden bereits im vergangenen Jahr die Weichen dafür gestellt, die Verwaltung im Bereich des Bürotechnik-Managements service- und zukunftsorientiert aufzustellen. Der technische Fortschritt hat die Gerätevielfalt und Leistungsstärke in diesem Bereich revolutioniert; neue Drucker und Multifunktionsgeräte haben die Kommunikationswege und Arbeitsabläufe neu formiert und geprägt – in ihrem Nutzen jedoch meist örtlich begrenzt. Im gleichen Tempo haben sich die Kosten verändert, sukzessive und schleichend. Hintergrund war auch, dass die verschiedenen Arbeitsplatzdrucker unterschiedlich genutzt werden. Somit entstanden auch bei selten genutzten Arbeitsplatzdruckern hohe Fixkosten, da weniger gedruckte Seiten pro Monat in der Vergangenheit zu einem höheren Seitenpreis führten. Die beauftragte externe Firma lieferte die Druck-, Scan- und Kopiergeräte im Rahmen des bestehenden Roll-Out-Zeitplanes, so dass ein reibungsloser Übergang von den Alt- in die Neusysteme gewährleistet war. Mit der neuen Ausstattung wurde die Wartung verein-



Neue Multifunktionsgeräte haben die Kommunikationswege verbessert.

PERSONAL IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Angela MÜCKUSCH • Rocco NEMITZ • Stefan OSCHMANN • Dietmar SORG • Katja VEIT • Marco WAGNER

facht und den Benutzern ein erweiterter Funktionsumfang eingerichtet. Zum Jahresende wird eine erste Auswertung erfolgen.

Online-Tool in Planung

Verschiedene Fortbildungsveranstaltungen für Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen auf Landes- und Bezirksebene, stellen große logistische Anforderungen an Planung, Durchführung und Nachbereitung an die Verwaltung.



Darüber hinaus gilt es Kurse zur Aktualisierung der Fachkunde im Strahlenschutz sowie Seminare zur Ermächtigung als Fortbildungspraxis im Rahmen der dezentralen Fortbildung nach der Fortbildungsordnung der Landes Zahnärztekammer, als auch zahlreiche Seminare und Workshops zu organisieren.

Den hiermit einhergehenden steigenden Bearbeitungs- und Verwaltungsaufwand nahmen die Geschäftsführer zum Anlass, um im Rahmen ihrer Arbeitsgespräche

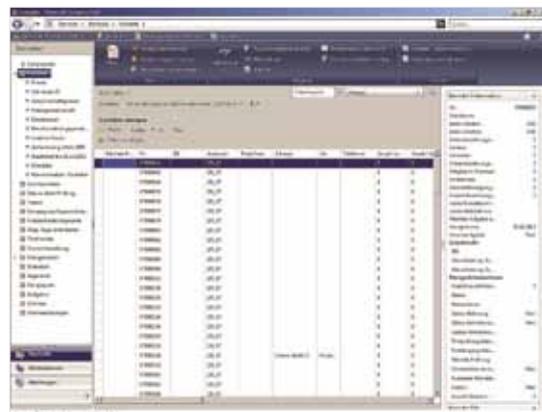
zielführende und zukunftssichere Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Eine Möglichkeit stellt die Verwaltung mittels einem „Online-Tool“ dar, wie es bereits heute bei anderen Fortbildungsanbietern im Einsatz ist. Im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zum Auftritt und Engagement der Landes Zahnärztekammer mit den Bezirks Zahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen in den neuen Medien, soll nunmehr die Möglichkeit der Online-Verwaltung aller kammer-eigenen Fortbildungsveranstaltungen geschaffen werden und nach der Erstellung eines konkreten Pflichtenheftes verschiedene Angebote eingeholt werden, so dass die Ge-

schäftsführer nach Möglichkeit im Frühjahr 2013 elektronische Unterstützung bei der Verwaltung der verschiedenen Fortbildungsveranstaltungen erhalten.

EDV-Abteilung

„Never touch a running System“ lautet eine Devise in der EDV. Manchmal lässt es sich aber nicht umgehen und man muss die Systeme ändern. Wenn Hardware in die Jahre kommt muss diese ausgetauscht werden um einen ungeplanten Stillstand zu vermeiden.

So wurde dieses Jahr der Exchange-Server der Landes Zahnärztekammer durch einen Neuen ersetzt und in diesem Zug die Software auf die aktuellste Version umgestellt. Bei der Bezirks Zahnärztekammer Stuttgart wurde diese Maßnahme aufgrund eines Hardwaredefektes unplanmäßig vorgezogen. Es wurde unter Hochdruck an der Umstellung gearbeitet um die Ausfallzeit für die Mitarbeiter der Bezirks Zahnärztekammer Stuttgart so kurz wie möglich zu halten.



Neues Röntgenprogramm für die zahnärztlichen Stellen.

Neues Röntgenprogramm für die zahnärztlichen Stellen eingeführt

Eingebunden war die EDV-Abteilung der LZK-Geschäftsstelle bei der Einführung des neuen Röntgenprogrammes für die Zahnärzt-

lichen Stellen in den Bezirkszahnärztekammern. Das neue Röntgenprogramm ist nun eingeführt und in Betrieb. Das System basiert auf der CRM-Software Navision von Microsoft. Es ist ergänzt um eine Softwarelösung einer externen Firma zur Verwaltung von Kammerdaten und einem Zusatzmodul „Röntgenprüfung“ zur Verwaltung der Röntgenprüfung. Das System wurde auf einem zentralen Server in der Landes Zahnärztekammer betrieben und über eine Citrix-Terminalverbindung an die vier Zahnärztlichen Röntgenstellen angebunden.

Stammdatenprogramm im Bereich Kammerbeitrag umstrukturiert

Das Stammdatenprogramm beschäftigt die EDV-Abteilung wie auch in den Jahren zuvor. Dieses Jahr wurde die Umstellung der Beitragsabstimmung mit der Buchhaltung in Angriff genommen. Eigentlich war dieser Schritt bereits im vorigen Jahr geplant, musste aber aufgrund der Einführung des neuen Röntgenprogrammes verschoben werden. Die Logik der Kammerbeitragsdatensätze im Stammdatenprogramm wurde so umgestellt das nun einzelne Buchungssätze ohne Umweg an das Buchhaltungsprogramm geliefert werden können. Gleichzeitig wird ein Vergleich mit Statistikdaten durchgeführt um die Anzahl der Datensätze zu überprüfen. Das bisherige manuelle Führen von Vergleichslisten kann damit entfallen.

Ebenfalls aus dem Stammdatenprogramm kommen nun die Debitorendaten für das Buchhaltungsprogramm und die Adressdaten für das das Röntgenprogramm. Ein manuelles erfassen dieser Daten ist somit nicht mehr nötig.

Die Systeme der Landes Zahnärztekammer wachsen zusammen.

GOZ 2012



Das Berichtsjahr war geprägt von der zum 01.01.2012 in Kraft getretenen novellierten Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ). Der bereits mit Datum vom 21.09.2011 verabschiedete Entwurf des Bundeskabinetts wurde durch den Bundesrat auf Initiative der Länderfinanzminister in seiner Sitzung vom 04.11.2011 noch um die Einführung eines verbindlichen Rechnungsformulars in § 10 Abs. 1 GOZ und die Überprüfungspflicht in § 12 GOZ ergänzt. Zu diesen kurzfristigen Ergänzungen wurde der Zahnärzteschaft keine Möglichkeit der Stellungnahme mehr eingeräumt. Die Landeszahnärztekammer sieht in der Vorgabe eines verbindlichen Rechnungsformulars einen sachlich nicht gerechtfertigten Eingriff in die grundgesetzlich geschützte Berufsausübungsfreiheit des Zahnarztes. Da das Rechnungsformular mit Datum vom 02.07.2012 im Bundesanzeiger veröffentlicht und damit rechtsverbindlich wurde, hat der Vorstand der Landeszahnärztekammer auf Vorschlag des GOZ-Ausschuss in seiner Sitzung vom 20.07.2012 beschlossen, das Rechnungsformular im Verwaltungsrechtsweg anzugreifen. Die Klage ist nach der Beschlussfassung durch den Vorstand in seiner Sitzung am 19.10.2012 zwischenzeitlich beim zuständigen Verwal-

tungsgericht Berlin anhängig gemacht worden.

Am 12.09.2012 fand zur neuen GOZ ein Arbeitsgespräch mit Mitarbeitern der Grundsatzausschuss des Landesamtes für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg in der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer statt. Themenschwerpunkte des Gespräches waren Probleme bei der Auslegung der Übergangsfrist für kieferorthopädische Behandlungen nach § 11 Nr. 3 GOZ und die Anerkennung der Verordnung von Heilmitteln durch Zahnärzte nach der Beihilfeverordnung. Im Ergebnis bestehen gute Aussichten, die Differenzen bei der Auslegung im Interesse der Zahnärzte möglichst bald beilegen zu können.

Schulungen

Zur Unterstützung der Zahnärzte beim Umgang mit der neuen GOZ wurde vom GOZ-Ausschuss in Zusammenarbeit mit den Bezirkszahnärztekammern eine erste kostenfreie Schulung in Großveranstaltungen angeboten. Im Jahr 2012 wurde das Schulungsangebot in kleineren Gruppen und mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten fortgeschrieben.

Telefon-Hotline

Als ein Teil der Unterstützung der Kammermitglieder und deren Praxispersonal in Baden-Württemberg bei der Bewältigung der novellierten GOZ wurde vom 02.01.2012 bis zum 30.03.2012 eine gebührenfreie Telefonhotline eingerichtet.

Zur Vorbereitung der Telefon-Hotline fand am 30.11.2012 unter Einladung und Beteiligung der Mitarbeiter der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg in der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer in Stuttgart eine umfassende Schulung zu den Änderungen in der novellierten GOZ statt.

MITGLIEDER DES GOZ-AUSSCHUSSES

Dr. Jan WILZ, Mannheim, Vorsitzender
Dr. Dr. Alexander RAFF, Stuttgart, stv. Vorsitzender
Dr. Hartmut FALKENTHAL, Leonberg
Dr. Gert KRIEG, Freiburg
Dr. Dr. Heiner SCHNEIDER, Metzingen

KOOPTIERTES MITGLIED

Dr. Wolfgang GRÜNER, Karlsruhe

Unter der Telefonnummer 0800-469 2012 („0800-GOZ2012“) standen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer und der Bezirkszahnärztekammern von Montag bis Donnerstag zwischen 08.00 und 16.00 Uhr und Freitag von 08.00 bis 12.00 Uhr für Fragen rund um die neue GOZ zur Verfügung. Über ein Ringschaltverfahren aller Mitarbeiter konnten die Wartezeiten für Anrufer sehr kurz gehalten werden. Die Telefonhotline wurde von den Zahnärzten in Baden-Württemberg rege genutzt. Insgesamt wurden 1395 Anrufe entgegengenommen.



Unter der Rufnummer 0800-GOZ2012 standen Mitarbeiter für alle Fragen zur GOZ 2012 zur Verfügung.

GOZ INFORM 2012

Zur Unterstützung der Kammermitglieder beim Umgang mit der neuen GOZ wurde eine völlig neue Informationsplattform im Internet unter dem Titel „GOZ INFORM 2012“ geschaffen. Dort erhält der Zahnarzt Arbeitshilfen in Form von Kommentierungen zur GOZ von Bundeszahnärztekammer und Landes Zahnärztekammer, Formularen, Synopsen, Übersichten, Informationsblättern und Vorträgen. Auch ein ständig aktualisierter FAQ-Bereich (häufig gestellte Fragen) gehört zu der neuen Informationsplattform. Neben dem Angebot auf der Internetpräsenz der Landes Zahnärztekammer wurde allen Zahn-

ärzten in Baden-Württemberg bereits im Dezember 2011 eine CD ROM „GOZ INFORM 2012“ zur Verfügung gestellt, die einen großen Teil des auch auf der Internetpräsenz zur Verfügung gestellten Informationsmaterials enthielt.

Die neue GOZ als Broschüre wurde im Februar 2012 allen Zahnärzten in Baden-Württemberg mit den Rundschreiben der Bezirks Zahnärztekammern zugesandt.

Da über die Übergangsvorschriften des § 11 GOZ 2012 auch die GOZ'88 noch Relevantz hat, wurde das „GOZ-Handbuch“ als „GOZ'88-Handbuch“ weiterhin auf der Internetpräsenz zur Verfügung gestellt. Eine Aktualisierung erfolgt jedoch nur noch für das „GOZ INFORM 2012“.

Abteilung Gebührenrecht

Die Verwaltung hat die Sitzungen des GOZ-Ausschusses vorbereitet. Die Vorschläge für Sitzungspunkte wurden entgegengenommen und ggf., in Abstimmung mit dem einreichenden GOZ-Ausschussmitglied, aufbereitet. Soweit sich aus der telefonischen Beratung der Kammermitglieder relevante Diskussionspunkte für den GOZ-Ausschuss ergaben, hat die Verwaltung nach Rücksprache mit dem Ausschuss diese als Tagesordnungspunkt für die Sitzung formuliert und soweit notwendig weiterführende Unterlagen gesammelt, strukturiert und als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt. Daneben gehörte die Pflege, Aktualisierung und Erweiterung des „GOZ INFORM



STÄNDIGE GÄSTE IM GOZ-AUSSCHUSS

Dr. Christian ÖTTEL, Referent für Honorierungssysteme der BLZK

Dr. Herbert MARTIN, Tübingen, GOZ-Referent der BZK Tübingen

Dr. Ulrich MEIßNER, Freiburg

Thomas BOLKEN, Stuttgart, Leiter Kompetenzzentrum Abrechnung der KZV BW

2012“ zum Tagesgeschäft der Abteilung Gebührenrecht.

GOZ-Arbeitsgruppe Süd

Die GOZ-Arbeitsgruppe Süd ist als Koordinierungsstelle der Landeszahnärztekammern Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen eingerichtet worden. Ziel bei den in regelmäßigen Abständen stattfindenden gemeinsamen Sitzungen ist die organisierte und transparente Abgleichung und Vereinheitlichung von Beschlüssen, die in einen bundeseinheitlichen Beschlusskatalog der Bundeszahnärztekammer münden. Neben der GOZ-AG Süd im Bundesgebiet sind die GOZ-AG Mitte und die GOZ-AG Nord als Vertreter der jeweiligen Länderkammern organisiert.

In der Sitzung vom 13./14.01.2012 in Stuttgart war der Schwerpunkt die Bewertung und Analyse, sowie die Abstimmung der Auslegung der Bestimmungen der neuen GOZ.

Gegenstand der Sitzung vom 19.10.2012 in München war unter anderem die analoge Abrechenbarkeit von Leistungen, die zu beobachtende Verweigerung der Erstattung der Professionellen Zahnreinigung (PZR) durch private Krankenversicherungen und die Labornetzwerke der privaten Krankenversicherungen.

GOZ-Ausschuss

Ein zentrales Aufgabengebiet des GOZ-Ausschuss war auch in diesem Jahr die Bearbeitung von Berechnungs- und Auslegungsfragen zur Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) und die Aktualisierung des Beschlusskataloges im „GOZ INFORM 2012“ der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg.

Neben telefonischen und schriftlichen Anfragen zur GOZ bereitet der GOZ-Ausschuss

Abrechnungshinweise, Urteile, Listen von berechnungsfähigen Materialien und zahnmedizinische Bewertungen auf und vertrat so zahnärztliche Belange und Belange zum Allgemeinwohl in gleicher Hinsicht nach außen.

Ein Themenschwerpunkt der diesjährigen Arbeit des GOZ-Ausschusses war die Erstellung, Pflege und Erweiterung des Kommentars der Landeszahnärztekammer zur GOZ 2012. Der Kommentar ist auch auf der Internetpräsenz der Landeszahnärztekammer unter www.lzkbw.de und dort unter der Rubrik „GOZ INFORM 2012“ in seiner jeweils aktuellsten Fassung abrufbar.



GOZ INFORM findet sich auf der Startseite des LZK-Internetauftritts.

Ein Schwerpunkt der Beschlussfassungen war die Berechnungsfähigkeit der GOZ-Pos. 2390 (Trepanation eines Zahnes), die Berechnung der Hypnose, die Berechnung der Digitalen Volumentomographie (DVT), die Berechnung von Aufbaufüllungen bei Brückenankern und die Berechnung moderner Lingualtechnik bei KFO-Behandlungen. Die Beschlüsse sind ebenfalls immer aktuell im Internet eingestellt und können jederzeit abgerufen werden. Auf der Seite www.lzkbw.de unter dem Menü: „GOZ INFORM 2012“- Beschlusskatalog, sind alle Beschlüsse themenspezifisch geordnet und erlauben somit

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Stefan OSCHMANN
Kathrin MÖLLER

eine gezielte Suche nach dem gewünschten Schwerpunkt.

Veröffentlichungen im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg

Neben gebührenrechtlichen Beratungen in den jeweiligen Bezirken und der Abstimmung im GOZ-Ausschuss wurden auch bestimmte Sachverhalte im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg publiziert, um die zahnärztliche Kollegenschaft auf dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Entwicklungen (Praxisreife neuer Behandlungsmethoden etc.) und der gebührenrechtlichen Entscheidungen zu halten.

- ZBW 2/2012
Materialkostenberechnung in der GOZ 2012
- ZBW 3/2012
Zuschlagspositionen in der GOZ 2012
- ZBW 4/2012
Liquidation der Erstattung
- ZBW 5/2012
Kieferorthopädische Kernpositionen
- ZBW 6/2012
Faktorarithmetik
- ZBW 7/2012
Analogleistungen in der GOZ 2012
- ZBW 8-9/2012
Zu Zeiten der alten GOZ
- ZBW 10/2012
Laborkosten und ihre Erstattung
- ZBW 11/2012
Anfragen privater Krankenversicherer

Immer zum Vorteil der Zahnärzte im Land mit praktischen Umsetzungshilfen, die sich sofort und aktuell im Praxisalltag auswirken - so lautete das Motto auch in diesem Jahr in der Abteilung Praxisführung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg.

Im Vordergrund stand dabei die Kommunikation mit den Kammermitgliedern zu den aktuellen Themen. Es wurde weiterhin damit begonnen, die zahlreichen Projekte, die als Dienstleistung für die Kammermitglieder angeboten werden, zu aktualisieren. Die zentralen Themen „Hygiene“ sowie die „Aufbereitung der Medizinprodukte in der Zahnarztpraxis“ nehmen dabei nach wie vor den größten Teil ein.

Die Empfehlung der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention (KRINKO) beim Robert Koch-Institut (RKI) und des Bundesinstitutes für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) „Anforderungen an die Hygiene bei der Aufbereitung von Medizinprodukten“ ist am 09.10.2012 veröffentlicht worden. Der Text ersetzt die entsprechende Empfehlung aus dem Jahre 2001. Der Praxisführungsausschuss der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat im Vorfeld dieser neuen Empfehlung zahlreiche Stellungnahmen erarbeitet, um die Unterschiede der Anforderungen in der Zahnarztpraxis deutlich von denen eines Krankenhauses abzugrenzen. Parallel dazu wurden diese fachlichen Informationen auf politischer Ebene weitergeleitet, wo sie die Grundlage zahlreicher Gespräche bildeten. Dass zentrale Punkte im Sinne des Berufsstandes erreicht werden konnten, ist auch dem Einsatz der beiden Mitglieder im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestags, Dr. Rolf Koschorrek, MdB, und Karin Maag, MdB, zu danken.

Nach Veröffentlichung der neuen Empfehlung zur Aufbereitung von Medizinprodukten

wird es in Zukunft nun darum gehen, diese sachgerecht in der Zahnarztpraxis umzusetzen.

Auch die Verabschiedung der Verordnung zur Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen in Baden-Württemberg (MedHygVO) vom 30.07.2012, durch die die Krankenhaushygieneverordnung abgelöst worden ist, wurde im Verordnungsverfahren von Stellungnahmen der Abteilung Praxisführung begleitet. Die bundesgesetzlichen Vorgaben in § 23 Abs. 8 Infektionsschutzgesetz (IfSG) verpflichten die Länder Rechtsverordnungen zur Verhütung, Erkennung, Erfassung und Bekämpfung von nosokomialen Infektionen und Krankheitserregern mit Resistenzen zu erlassen. Neben Krankenhäusern werden alle medizinische Einrichtungen, in denen ein Risiko für nosokomiale Infektionen bestehen kann, umfasst. Somit gehören auch die Zahnarztpraxen dazu. Die Inhaber von Zahnarztpraxen stellen jedoch schon seit langen Jahren sicher, dass innerbetriebliche Verfahrensweisen zur Infektionshygiene in Hygieneplänen festgelegt sind und haben damit das Hauptaugenmerk dieser neuen Verordnung bereits erfüllt. Auch die geforderten Unterweisungen des Personal gehören zum Alltäglichen in den Zahnarztpraxen und werden regelmäßig durchgeführt. Die Abteilung Praxisführung hat zur Erleichterung dieser Unterweisungspflichten die Darstellung im PRAXIS-Handbuch komfortabler gestaltet: Mit Modulen im PDF- oder Powerpointformat, die selbstverständlich individuell angepasst werden können, kann sofort mit der Schulung der Mitarbeiter begonnen werden.

BuS-Dienst Kammermodell

Das Modell der alternativen bedarfsorientierten Betreuung, das BuS-Dienst „Kammermodell“, erfreut sich immer größerer Beliebtheit im Lande. Zur betriebsärztlichen und sicher-

MITGLIEDER DES PRAXISFÜHRUNGS-AUSSCHUSSES

Dr. Norbert STRUSS, Freiburg, Vorsitzender

Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen, stv. Vorsitzender

Dr. Jürgen CAROW, Flein

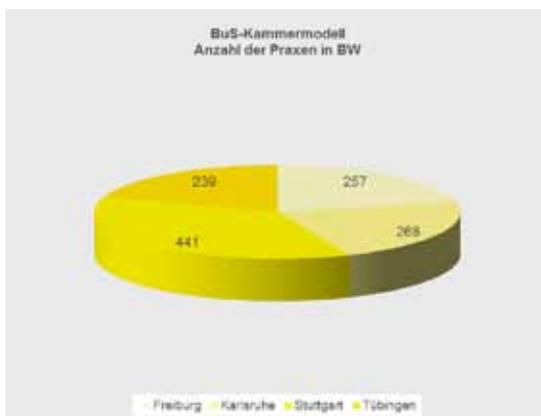
Dr. Christian HOCH, Reutlingen

Dr. Carsten ULLRICH, Mannheim

KOOPTIERTES MITGLIED

Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker

heitstechnischen Betreuung ist diese Form der Betreuung durch die Qualifikation des Praxisinhabers als Verantwortlichem im Zusammenhang mit der Einrichtung des Qualitätsmanagements in den Praxen sehr attraktiv. Auch in diesem Jahr stieg die Zahl der Teilnehmer. Zum 01.10.2012 sind 1.205 Praxen dem Kammermodell der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg angeschlossen.



Anzahl der am BuS-Kammermodell teilnehmenden Praxen nach Bezirken.

Die zum Kammermodell gehörige CD-Rom „BuS-Kammermodell“ wurde in diesem Jahr neu aufgelegt und den Kammermodellmitgliedern zugesandt.

Die stark nachgefragte Telefon-Hotline der Zahnärztlichen Stelle BuS-Dienst bei der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zeigt die intensiven Bemühungen, das Arbeitsschutzmanagement in der Praxis auf- und auszubauen.

In diesem Jahr fanden am 10.02.2012 in Mannheim, am 23.03.2012 in Tübingen, am 26.06.2012 in Freiburg, am 19.10.2012 in Stuttgart und am 23.11.2012 in Tübingen die BuS-Dienst-Schulungen im Kammermodell statt. Hier wurden insgesamt 290 neue Praxen geschult.

Auch in diesem Jahr nahm die Zahnärztliche Stelle BuS-Dienst der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg an der bundesweit einmal im Jahr stattfindenden Koordinierungskonferenz aller Zahnärztlichen Stellen BuS-Dienst der Zahnärztekammern, die zur Weiterentwicklung der BuS-Dienst-Betreuungsqualität und des Fachaustausches gilt, teil.

Auch der regelmäßig an die Teilnehmer versandte Newsletter trägt zur Attraktivität des Kammermodells durch seine praxisnah aufbereiteten, aktuellen Informationen bei.



Newsletter Bus-Dienst Kammermodell 1/2012.

Fortbildungsangebot für zahnmedizinische Mitarbeiter/innen im Themenbereich Praxisführung

Gut besucht ist ferner die Fortbildungsreihe im Themenbereich „Praxisführung“ für zahnmedizinische Mitarbeiterinnen.

Die Fortbildungsreihe besteht aus den folgenden Kursen:

- Kurs 1: Gefahrstoffe/Abfallentsorgung/ Brandschutz
- Kurs 2: Elektrische Anlagen und Betriebsmittel/ Aktive Medizinprodukte

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Christine MARTIN
Katja VEIT
Marco WAGNER/ Heinz HAARHAUS

- Kurs 3: Hautschutz/ Händehygiene/ Persönliche Schutzausrüstung
- Kurs 4: Arbeitsmedizinische Vorsorge/ Arbeitsunfall/ Erste Hilfe

Nachdem die Landeszahnärztekammer die Kurse bisher als 2-stündige Einzelkurse, in denen in kompakter Weise die erheblichen Informationen praxisingerecht präsentiert werden vor Ort in den Zahnärzthäusern angeboten hat, haben wir nun aufgrund der Nachfrage auf die Veranstaltung von Doppelkursen umgestellt. Wir bieten jetzt Kurs 1 + 2 sowie Kurs 3 + 4 zusammen an.

Röntgen

Nach der Röntgen-Zuständigkeitsverordnung ist die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg für die Ausstellung der Fachkundebescheinigungen im Strahlenschutz zuständig. Diese benötigen die Zahnärzte um beim Regierungspräsidium und bei der Zahnärztlichen Stelle bei den Bezirkszahnärztekammern ihr Röntgengerät anmelden zu können. Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg hat im laufenden Jahr bislang 349 Fachkundebescheinigungen ausgestellt.

Mit Beginn dieses Jahres wurde in den Zahnärztlichen Stellen bei den Bezirkszahnärztekammern ein neues Verwaltungsprogramm zur Durchführung der Qualitätssicherung im Röntgen eingeführt.

Die zahlreichen Neuerungen ermöglichen den Vorsitzenden der Röntgenstellen zusammen mit den Verwaltungsmitarbeiterinnen ein wesentlich komfortableres Arbeiten. Auch die Möglichkeit der Auswertungen ist erheblich vergrößert worden, was der Transparenz der Tätigkeit der Zahnärztlichen Stellen sehr zu Gute kommt. Vor allem den stetig steigenden Anforderungen an die Qualitätssicherung und deren Dokumentation kann somit mühelos Rechnung getragen werden. Nach dem Ausscheiden des langjährigen

Röntgenreferenten Dr. Burkhard Maager, Freiburg, konnte ein würdiger Nachfolger für dieses Amt gefunden werden: Hr. Dr. Christian Scheifele, der Leiter der Sektion Röntgen in der Klinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie an der Universitätsklinik Freiburg, ist ein sehr erfahrener und auch auf Bundesebene tätiger Spezialist in Sachen Röntgen. Unter seiner Leitung fand bereits am 19.07.2012 die Koordinierungskonferenz der Zahnärztlichen Stellen bei der Landeszahnärztekammer statt, in der eine umfangreiche Tagesordnung abgearbeitet wurde. Auch ein Besuch im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg fand bereits im Juli statt, was für die Koordination der Tätigkeiten von großer Bedeutung ist.

Aktualisierung Strahlenschutz

2012 war nach Ablauf der fünfjährigen Frist einer großen Zahl von Zahnärzten und zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen nach § 18 a RöV ein starkes Aktualisierungsjahr. Dank sehr guter und rechtzeitiger Vorbereitung konnte der Ansturm auf die Kurse bestens bewältigt werden.



Anzahl der Zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen die ihre Kenntnisse im Strahlenschutz dieses Jahr aktualisierten, aufgeteilt auf die einzelnen Bezirke.



Anzahl der Zahnärzte, die ihre Fachkunde im Strahlenschutz dieses Jahr aktualisierten, aufgeteilt auf die einzelnen Bezirke.

Insgesamt aktualisierten 2.846 Zahnärzte ihre Fachkunde im Strahlenschutz und 7.166 Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen ihre Kenntnisse im Strahlenschutz.

Nach Redaktionsschluss fanden noch 4 Kurse für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen und ein Kurs für Zahnärzte statt. Diese sind in der Statistik nicht berücksichtigt.

Bundeszahnärztekammer

Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg sendet als Vertreter in den entsprechenden Ausschuss für Praxisführung auf Bundesebene Dr. Struß, Vorsitzender des Praxisführungsausschusses der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und Dr. Maager, stv. Vorsitzender des Praxisführungsausschusses der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Sie vertreten die Interessen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg auf Bundesebene und bringen unsere Themen aus dem Bereich der Praxisführung auf Bundesebene ein. Die Ergebnisse werden anschließend im Praxisführungsausschuss diskutiert. Gerade der fachliche Austausch mit den Kollegen der ande-

ren Länderkammern über die Themen, die länderübergreifend alle Standesvertretungen beschäftigen, regt die Diskussion an und berücksichtigt bereits vorliegende Erfahrungen aus den anderen Länderkammern zum Vorteil der Kammermitglieder in Baden Württemberg.

Fachdental Südwest 2012

Mit einem neuen, vergrößerten und wesentlich besser platzierten Stand präsentierte sich die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg am 28./29. September auf der Fachdental Südwest. Die Abteilung Praxisführung bestückte den Stand mit folgenden Themen:

- CD-ROM „PRAXIS-Handbuch & Navigator“
- BuS-Dienst „Kammermodell“
- Fortbildungskonzept für zahnmedizinische Mitarbeiter/innen im Themenbereich „Praxisführung“



Hygienetraining am Fachdental-Stand.

Auch durch unser praxisnahes anschauliches Hygienetraining mit Hautschutzkontrolle angezogen, besuchten viele Kammermitglieder mit ihrem Praxisteam den Stand und ließen sich dort von den zahlreichen Dienstleistungsangeboten der Abteilung Praxisführung ganz persönlich begeistern.

Die Vielzahl von persönlichen Gesprächen spiegelt das große Interesse der Kammermitglieder mit ihrem Praxisteam an den Praxisführungsthemen wider.

ZBW-Pinnwand



Pinwand-Artikel aus dem Zahnärzteblatt Baden-Württemberg.

Zur weiteren Information der Zahnärzteschaft zu aktuellen Praxisführungsthemen erfreut sich die Rubrik „Pinnwand“ im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg steigender Beliebtheit. Die Inhalte stellt der Praxisführungsausschuss seit vielen Jahren monatlich in Zusammenarbeit mit der Abteilung Praxisführung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zusammen. Die Artikel sollen den Praxisinhabern zum Beispiel im Rahmen von Teambesprechungen helfen, einen Anknüpfungspunkt für eine Wiederholung von Routinesachverhalten zu finden. Die Darstellung der Informationen in kurzer, prägnanter Form ist für die Praxen gut zu verarbeiten.

Auf Grund der spezifischen Darstellung ist es möglich, die Artikel aus dem Zahnärzteblatt herauszutrennen und den betreffenden Mitarbeitern zur Kenntnis zu geben. Vor allem die am Ende einer jeden „Pinnwand“ stehenden Verweise auf die Fundstellen im „PRAXIS-Handbuch & Navigator“ der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, wo die ausführlichen Informationen zu finden sind, machen sie zu einem praktischen Ratgeber und bieten konkrete Hilfestellung für die zahnärztliche Praxis.

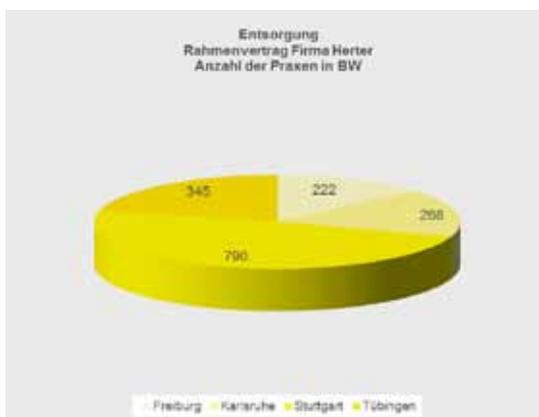
Über folgende Themen wurde in diesem Jahr berichtet:

- ZBW 1/2012
Neues im Röntgen – Teil 1
Dr. Burkhard Maager, Denzlingen
- ZBW 2/2012
Neues im Röntgen – Teil 2
Dr. Burkhard Maager, Denzlingen
- ZBW 3/2012
Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen
Dr. Norbert Struß, Freiburg
- ZBW 4/2012
Praxisknigge oder Datenschutz im Praxisalltag
Dr. Carsten Ullrich, Mannheim
- ZBW 5/2012
Aktualisierung der Fachkunde und Kenntnisse im Strahlenschutz
LZK-Geschäftsstelle
- ZBW 6/2012
Anforderungen an die Dokumentation
Dr. Norbert Engel, Mühlacker
- ZBW 7/2012
Lagerung von Gefahrstoffen in der Zahnarztpraxis
LZK-Geschäftsstelle

- ZBW 8-9/2012
Medikamentenüberwachung
Dr. Carsten Ullrich, Mannheim
- ZBW 10/2012
Aufbewahrungsfristen in der Zahnarztpraxis
Dr. Norbert Struß, Freiburg
- ZBW 11/2012
Persönliche Schutzausrüstung
Dr. Carsten Ullrich, Mannheim
- ZBW 12/2012
Brandschutz
Dr. Norbert Struß, Freiburg

Alle Pinnwand-Artikel sind im Internetauftritt der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg unter www.lzk-bw.de in der Rubrik „Zahnärzte“ unter „Praxisführung - ZBW-Pinnwand“ archiviert und damit jederzeit abrufbar.

Rahmenvertrag Entsorgung Abfall- und Reststoffe



Anzahl der am Rahmenvertrag der Firma Herter beteiligten Praxen nach Regierungsbezirken.

Bereits seit über 20 Jahren bewährt sich der zwischen der Landeszahnärztekammer Ba-

den-Württemberg und der Firma Herter GmbH, Reutlingen, bestehende Rahmenvertrag über die Entsorgung der in den Zahnarztpraxen anfallenden Abfall- und Reststoffe. Die Zusammenarbeit gestaltet sich sehr angenehm; insbesondere sind die Anpassungen an neue Gesetzeslagen immer schnell und einfach möglich.

Dem Rahmenvertrag sind derzeit 1.625 Zahnarztpraxen angeschlossen.

Rahmenvertrag Betriebsärztliche und Sicherheitstechnische Betreuung

Es besteht ein Rahmenvertrag für Kammermitglieder der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg mit der Firma Streit@ GmbH, Bensheim über die betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung der Zahnarztpraxen.

Diesem Rahmenvertrag haben sich derzeit 3.209 Praxen angeschlossen.



Anzahl der am Rahmenvertrag der Firma Streit beteiligten Praxen nach Regierungsbezirken

3.119 Praxen haben sich für die grund- und anlassbezogenen Betreuung entschieden. Das Betreuungsmodell der Regelbetreuung für Praxen mit mehr als 10 Vollbeschäftigten nehmen derzeit 90 Praxen in Anspruch.

Bei 2.774 Praxen wurde eine Gefährdungsbeurteilung nach den Vorgaben der bisherigen, nicht mehr geltenden Unfallverhütungsvorschrift BGV A 2 durchgeführt.

Rahmenverträge Mobilfunk

Rahmenvertragskunden der Mobilfunkdiensteanbieter kommen in den Genuss von günstigen Business-Konditionen. Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hält für ihre Mitglieder verschiedene Vertragskonstellationen bereit, die speziell auf die individuellen Anforderungen und das persönliche Nutzungsverhalten abgestimmt sind. So profitieren die Kammermitglieder von Preisvorteilen bei Rahmenverträgen mit den Mobilfunkdiensteanbietern T-Mobile, e-plus+ und O2.

In den Rahmenverträgen wurden Preisnachlässe über 35 Prozent vereinbart, die somit eine günstige Alternative zu den am freien Markt erhältlichen Angebotskonditionen darstellen.

Spezielle Informationen zu allen Rahmenverträgen sind im Internetauftritt der Kammer unter www.lzk-bw.de unter Zahnärzte-Praxisführung-Rahmenverträge eingestellt.

Rahmenverträge über die Anmietung von Mietfahrzeugen



Der seit 2003 bestehende Rahmenvertrag zwischen der Mietwagenfirma AVIS und der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg bietet Kammermitgliedern und ihrem Praxispersonal weltweit gültige und günstige Firmenkonditionen mit bis zu 25 Prozent Preisermäßigung. Er kann sowohl für dienst-

liche Zwecke als auch für Privatreisen genutzt werden. Die Rabatte umfassen zum Beispiel eine höherwertige Ausstattung der Fahrzeuge ohne Aufpreis.

AVIS verfügt über ein deutschlandweites flächendeckendes Filialnetz, das auch Mietwagenstationen an allen größeren Flughäfen und Bahnhöfen einschließt.

Detaillierte Informationen über die jedes Jahr neu ausgehandelten Sonderkonditionen des Rahmenvertrages sowie über die notwendige AWD-Kundennummer sind im Internetauftritt der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg passwortgeschützt unter den Menüpunkten Zahnärzte/Praxisführung/Rahmenverträge abrufbar.



Unsere Kammerkonditionen bieten im Vergleich zum Privatkundentarif zahlreiche Vorteile. Sie gelten das gesamte Jahr und bieten ermäßigte Leistungen in vielen Bereichen für alle Fahrzeugkategorien, auch für Transporter. Zum Beispiel genießen Kammermitglieder Priorität bei der Zuteilung ihres Fahrzeuges. Sie bekommen ermäßigte Zustell- und Abholgebühren, freie Kilometer, günstigere Zusatzleistungen wie NAVI, Dieselfahrzeuge oder Winterreifen sowie eine preiswertere Selbstbeteiligung im Schadensfall. Zudem erhalten Kammermitglieder spezielle Fahrzeugmodelle (z.B. Cabrios, SUVs), die im Internet nicht angeboten werden.

Der bereits seit neun Jahren bestehende Rahmenvertrag mit der Mietwagenfirma Enterprise Rent-a-car hat sich auf Grund großer Nachfrage bewährt und wurde im Berichtsjahr erfolgreich verlängert. Er ist ebenso für alle Kammermitglieder und deren Praxispersonal gültig und kann für dienstliche Zwecke als auch privat genutzt werden.

Enterprise baut sein deutschlandweites Filialnetz mit über 200 Filialen ständig aus, ist derzeit mit 22 Filialen in Baden-Württembergs größten Städten vertreten.

Die Preisvorteile des Rahmenvertrages im Vergleich zum Privatkundentarif betragen hier je Fahrzeugkategorie bis zu 30 Prozent und umfassen sämtliche Fahrzeugmodelle.

Hier enthalten die günstigen Konditionen neben unbegrenzten freien Kilometern beispielsweise eine Vollkaskoversicherung mit geringer Eigenbeteiligung und ohne Zulassungsgebühren, einen sehr kostengünstigen Abholservice im Radius von max. 15 Kilometern zur nächsten Zweigfiliale und hohe Vergünstigungen für optional buchbare und nützliche Zusatzleistungen. Besonders hervorzuheben sind zudem die besonders preiswerten Wochenendpauschaltarife, immer gültig von freitags 12 Uhr bis montags 9 Uhr.

Das Angebot des Rahmenvertrages mit der dafür notwendigen Enterprise-Kundennummer ist ebenfalls im Internetauftritt der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg Passwort geschützt unter den Menüpunkten Zahnärzte/ Praxisführung/ Rahmenverträge abrufbar.

Beratung der Kammermitglieder

Ein großer Teil der Tätigkeiten der Rechtsabteilung in der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg liegt in der Erbringung von Rechtsberatung. Die immer zunehmenden Anforderungen in verwaltungstechnischer Hinsicht an die zahnärztliche Berufsausübung führen auch zu komplexeren Fragestellungen mit juristischem Hintergrund. Sowohl die Kammermitglieder selbst als auch deren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nutzen die Möglichkeit der telefonischen Rechtsberatung der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg. Auch das PRAXIS-Handbuch enthält große Teile rechtlicher Ausführungen, mit deren Aktualisierung sich die Juristen beschäftigen. Insbesondere das Thema „Qualitätsmanagement in den Zahnarztpraxen“ als ständiges, von der Kammer begleitetes Projekt erfordert die umfassende Unterstützung der Rechtsabteilung.

Ansprechpartner in rechtlichen Fragen

Die Rechtsabteilung ist jederzeit Ansprechpartner: Den in Organen tätigen Kammermitgliedern sowie allen Fachabteilungen der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer steht die Rechtsabteilung zur Klärung von Rechtsfragen zur Verfügung. Kammerintern sind die Rechtsetzungen von der Initiative bis zur Verabschiedung zu begleiten. Auch für notwendige juristische Rückfragen aus den Fachbereichen nehmen sich die Juristen immer Zeit.

Schlichtungsordnung für Zahnärzte

Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, innerhalb ihrer Rechtsetzungskompetenz eine Rege-

lung zu schaffen, die bei Streitigkeiten von Kammermitgliedern untereinander eine Schlichtung erreichen kann, um so gerichtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Nachdem die Schlichtungsordnung von der Vertreterversammlung im letzten Dezember an den Satzungsausschuss zurückverwiesen worden war, beschäftigten sich der Satzungsausschuss sowie der Vorstand der Landeszahnärztekammer in diesem Jahr erneut damit. Folgende Punkte wurden zur Grundlage für den neuen Entwurf der Schlichtungsordnung gemacht:

1. Die „Mediation“ und die „Schlichtung“ werden voneinander getrennt.
2. Auf der Ebene der Bezirkszahnärztekammern werden Mediationsgespräche durch geeignete Personen angeboten.



3. Auf der Ebene der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg wird eine Schlichtungsstelle eingerichtet.

Eine in diesem Sinne geänderte Schlichtungsordnung sowie eine neu entstandene Mediationsordnung werden nun der Vertreterversammlung zur Verabschiedung vorgelegt.

Notfalldienstordnung

Aus gegebenem Anlass hat sich der Satzungsausschuss der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg die Überarbeitung der Notfalldienst vorgenommen. Gemäß § 2 Abs. 1 der Notfalldienstordnung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg ist jeder Zahnarzt, der an der ambulanten zahnärztlichen Versorgung im Bereich der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg

MITGLIEDER DES SATZUNGSAUSSCHUSSES

Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach, Vorsitzender
Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein, stv. Vorsitzende
Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker
Holger GERLACH, Öhringen
Dr. Torsten TOMPERT, Esslingen

teilnimmt, mit Ausnahme von Vorbereitungs-, Entlastungs- und Weiterbildungsassistenten sowie Assistenten mit fachlich eingeschränkter Berufserlaubnis, grundsätzlich verpflichtet, am zahnärztlichen Notfalldienst teilzunehmen. Diese Verpflichtung gilt damit auch für angestellte Zahnärztinnen und Zahnärzte in den Praxen.

Da die Einteilung zum Notdienst immer für ein Jahr im Voraus erfolgt, kommt es oft vor, dass angestellte Zahnärzte nicht mehr in dieser Praxis tätig sind, in der sie zum Zeitpunkt der Einteilung angestellt waren. Hier stellt sich die Frage, wer dann zur Ableistung des Notdienstes verpflichtet ist.

Die für die Einteilung zuständigen Stellen gehen davon aus, dass die Praxis zur Ableistung verpflichtet ist, auch wenn der angestellte Zahnarzt bereits dort nicht mehr tätig ist. Diese Einschätzung hat jedoch bisher keine Grundlage in der Notfalldienstordnung. Diese soll nun geschaffen werden.

Außerdem sieht der Satzungsausschuss einen Änderungsbedarf in § 10 Abs. 1 der Notfalldienstordnung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Da fast alle 60-jährigen Kammermitglieder von der dort geregelten Befreiungsmöglichkeit Gebrauch machen, entfallen auf die anderen Kammermitglieder immer mehr Notfalldienste. Insbesondere im ländlichen Raum führt dies zu extremen Engpässen. Eine quasi automatische Befreiung, die sich allein auf das kalendarische Alter stützt, ist nach Ansicht des Satzungsausschusses nicht mehr zeitgemäß. Eine Befreiung sollte nur dann möglich sein, wenn andere Tatbestände, wie sie schon in der Notfalldienstordnung geregelt sind, vorliegen. Der Vorstand der Landes Zahnärztekammer sprach sich jedoch für die Beibehaltung des Befreiungstatbestandes in § 10 Abs. 1 der Notfalldienstordnung aus. Da die Notfalldienstordnungen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und die der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg gleichlautend sein müssen - die Verpflichtung zur Durchführung betrifft beide

Körperschaften - bleiben die Voten in den jeweiligen Vertreterversammlungen, denen die jeweils geänderte Notfalldienstordnung vorgelegt wird, abzuwarten.

Statut der Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung

In dieses Statut soll eine Regelung aufgenommen werden, die die Fortsetzung eines laufenden Verfahrens zulässt, auch wenn das Kammermitglied das Kammergebiet verlassen hat, wenn seine Berechtigung zur Ausübung des Berufs weiterbesteht.

Satzungen der BZÄK

In einer außerordentlichen Bundesversammlung im Juni 2012 hat die Bundes Zahnärztekammer (BZÄK) die neue BZÄK-Satzung beschlossen. Über den Entwurf zur Änderung der BZÄK-Geschäftsordnung der Bundesversammlung werden die Delegierten in ihrer diesjährigen Novembersitzung entscheiden; das Ergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die von der Bundesversammlung der BZÄK eingesetzte Satzungskommission, in der auch das LZK-Vorstandsmitglied Dr. Wilfried Forschner vertreten war, hatte die Entwürfe erarbeitet. Der LZK-Vorstand hat sich eingehend mit den beiden Satzungsentwürfen beschäftigt und hierzu umfangreiche Stellungnahmen an die BZÄK abgegeben.

Muster-Weiterbildungsordnung der BZÄK

Vor der Beschlussfassung der Delegierten der Bundesversammlung im Juni zur neuen BZÄK-Satzung hatte der Vorstand der BZÄK noch die neue Muster-Weiterbildungsordnung verabschiedet. Vorausgegangen war eine lange andauernde Diskussion mit vielen Vertretern der Länderkammern. Aus Baden-Württemberg waren maßgeblich die Mitglieder der Weiterbildungsausschüsse beteiligt, insbesondere der Kieferorthopäde Dr. Wolfgang Grüner, Karlsruhe.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

RAin Christine MARTIN
RA Stefan OSCHMANN
Katja VEIT

Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie

Der Weiterbildungsausschuss Kieferorthopädie hat im Berichtsjahr in drei Sitzungen sieben Weiterbildungsassistenten die Fachzahnarzturkunde „Fachzahnarzt für Kieferorthopädie“ überreichen können. In einer weiteren Sitzung, nach Redaktionsschluss, ist die Durchführung von vier weiteren Fachzahnarztprüfungen geplant. Die Anzahl der niedergelassenen weiterbildungsermächtigten Fachzahnärzte wurden um zwei weitere erhöht.

Auch wurden zwei Anträge auf Anerkennung einer klinischen Weiterbildungstätigkeit im Ausland als Klinikjahr im Sinne der Weiterbildungsordnung von Weiterbildungsassistenten gestellt. In beiden Fällen konnte eine Gleichwertigkeit der Tätigkeit mit einem Klinikjahr in Deutschland festgestellt werden.



Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie

In fünf Sitzungen, haben sich die Mitglieder des Weiterbildungsausschusses für Oralchirurgie um die Belange der Weiterbildungsassistenten gekümmert.

Diese waren unter anderem

- die Anerkennung von ausländischen Weiterbildungszeiten und Tätigkeiten als Weiterbildungszeiten im Sinne der Weiterbildungsordnung und
- die rückwirkende Anerkennung von Tätigkeiten als Weiterbildungszeiten die im Kammerbereich unter einem weiterbildungsermächtigten Fachzahnarzt absolviert wurden.

Da die Zeiten nicht im Voraus bei der Landeszahnärztekammer als solche beantragt wurden, konnte der Ausschuss auf Grund der Regelungen der Weiterbildungsordnung den Anträgen nicht entsprechen.

In vier Sitzungen (eine Sitzung findet nach Redaktionsschluss am 12.12.2012 statt) konnten zwölf Kollegen und Kolleginnen die Fachzahnarzturkunde mit dem Titel „Fachzahnarzt für Oralchirurgie“ überreicht werden. Drei Kollegen des Weiterbildungsausschusses erhielten die Weiterbildungsermächtigung für zwei Jahre.

Für einen Kollegen hat der Weiterbildungsausschuss seine Empfehlung zur dreijährigen Weiterbildungsermächtigung an den LZK-Vorstand ausgesprochen.

Dieser Empfehlung hat sich der LZK-Vorstand angeschlossen, sodass die Anzahl der Weiterbildungsermächtigten Fachzahnärzte für die komplette, dreijährige fachspezifische Weiterbildung um eine zusätzliche Stelle erweitert werden konnte.

MITGLIEDER DES WEITERBILDUNGS-AUSSCHUSSES FÜR ORALCHIRURGIE

Dr. Frank KEHRER, Backnang, Vorsitzender
Dr. Dr. Hans Thomas EICHE, Stuttgart, stv. Vorsitzender
Prof. Dr. Dr. Hannes SCHIERLE, Karlsruhe
Prof. Dr. Dr. Rainer SCHMELZEISEN, Freiburg
Dr. Angelika VOGEL, Tübingen

Nachfolgend einige statistische Angaben:

„Fachzahnärzte für Kieferorthopädie“ (Stand 05.10.2012)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
Niedergelassene Fachzahnärzte	97	112	171	65	445
In Praxen tätige Assistenten, Vertreter, angestellte Zahnärzte	11	15	31	14	71
Beamte, Angestellte außerhalb der ZA-Praxis	2	6	1	0	9
ohne zahnärztliche Tätigkeit	33	35	25	30	123
Gesamt	143	168	228	110	649

Derzeit in Weiterbildung auf dem Fachgebiet der Kieferorthopädie gemeldete Weiterbildungsassistenten (Stand 05.10.2012)

bei niedergelassenen Zahnärzten mit zweijähriger Ermächtigung	25
In Kliniken oder bei niedergelassenen Zahnärzten mit 3-jähriger Ermächtigung	28
Gesamt	53

Zur fachspezifischen Weiterbildung ermächtigte niedergelassene „Fachzahnärzte für Kieferorthopädie“ (Stand 05.10.2012)

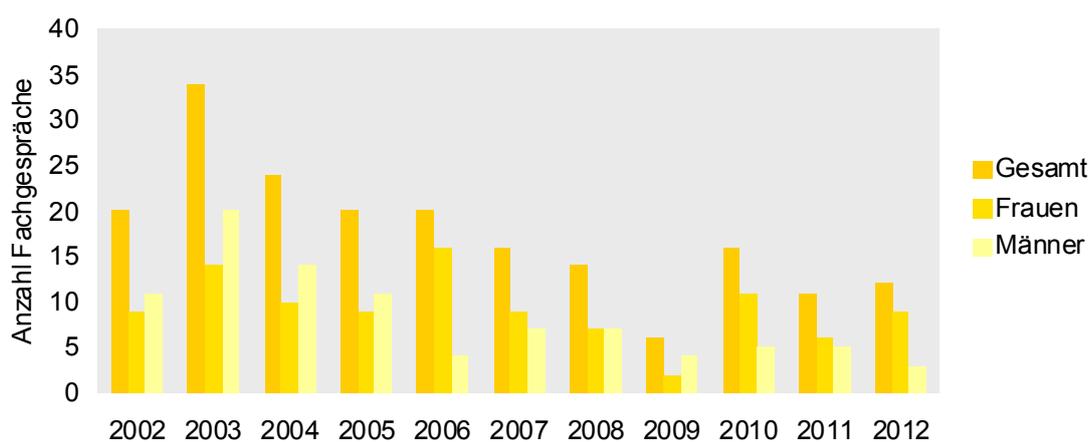
	FR	KA	S	TÜ	LZK
mit 2-jähriger Ermächtigung	18	27	36	21	102
mit 3-jähriger Ermächtigung				1	1

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Stephanie JORDAN

Durchgeführte Fachgespräche zur Anerkennung der Fachgebietsbezeichnung „Kieferorthopädie“ seit 2002

Frauen-/Männeranteil durchgeführte Fachgespräche



Anträge auf Ermächtigung zur fachspezifischen Weiterbildung auf dem Fachgebiet der Kieferorthopädie (Stand 05.10.2012)

	Anzahl
a) zweijährige Weiterbildungsermächtigung; Vorlage des Antrags, Überprüfung der formalen Voraussetzungen	3
Durchführung des „kollegialen Gespräches“ mit Erteilung der Ermächtigung	2
b) dreijährige Weiterbildungsermächtigung; Vorlage des Antrags, Überprüfung der formalen Voraussetzungen	1
Durchführung des „kollegialen Gespräches“ mit Empfehlung an den LZK-Vorstand zur Erteilung der Ermächtigung	0
c) Zulassung einer Weiterbildungsstätte; Vorlage des Antrags, Überprüfung der formalen Voraussetzungen	0
d) Ernennung eines Weiterbildungsleiter an einer zur Weiterbildung ermächtigten Stätte	1

Nachfolgend einige statistische Angaben:

„Fachzahnärzte für Oralchirurgie“ (Stand 05.10.2012)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
Niedergelassene Fachzahnärzte	78	86	148	63	375
In Praxen tätige Assistenten, Vertreter, angestellte Zahnärzte	9	25	33	19	86
Beamte, Angestellte außerhalb der ZA-Praxis	6	6	10	2	24
ohne zahnärztliche Tätigkeit	16	16	24	20	76
Gesamt	109	133	217	103	562

Derzeit in Weiterbildung auf dem Fachgebiet der Oralchirurgie gemeldete Weiterbildungsassistenten (Stand 05.10.2012)

bei niedergelassenen Zahnärzten mit ein oder zweijähriger Ermächtigung	23
In Kliniken oder bei niedergelassenen Zahnärzten mit dreijähriger Ermächtigung	*66
Gesamt	89

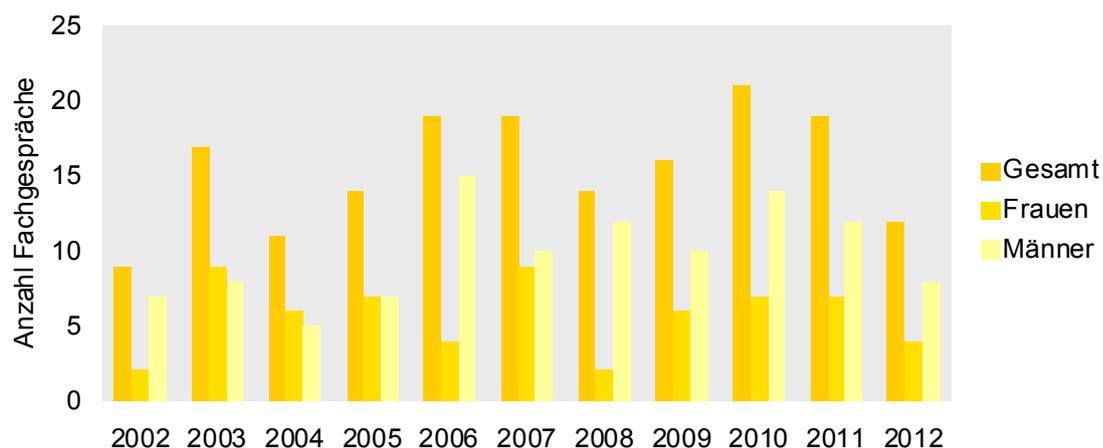
* In dieser Zahl sind teilweise auch Weiterbildungsassistenten enthalten, die die ärztliche Weiterbildung „Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie“ absolvieren

Anzahl der ermächtigten niedergelassenen „Fachzahnärzte für Oralchirurgie“ (Stand 19.10.2012)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
mit 1-jähriger Ermächtigung		1	10	2	13
mit 2-jähriger Ermächtigung	6	15	23	6	50
mit 3-jähriger Ermächtigung	1	3	8	2	14

Durchgeführte Fachgespräche für die Anerkennung der Fachgebietsbezeichnung „Oralchirurgie“ (Stand 10.10.2012)

Frauen-/Männeranteil
durchgeführte Fachgespräche



Anträge auf Ermächtigung zur fachspezifischen Weiterbildung auf dem Fachgebiet der Oralchirurgie (Stand 10.10.2012)

	Anzahl
a) zweijährige Weiterbildungsermächtigung; Vorlage des Antrags, Überprüfung der formalen Voraussetzungen	3
Durchführung des „kollegialen Gespräches“ mit Erteilung der Ermächtigung	3
b) dreijährige Weiterbildungsermächtigung; Vorlage des Antrags, Überprüfung der formalen Voraussetzungen	3
Durchführung des „kollegialen Gespräches“ mit Empfehlung an den LZK-Vorstand zur Erteilung der Ermächtigung	1
c) Zulassung einer Weiterbildungsstätte; Vorlage des Antrags, Überprüfung der formalen Voraussetzungen	1
d) Ernennung eines Weiterbildungsleiter an einer zur Weiterbildung ermächtigten Stätte	1

Kenntnisprüfungen nach § 2 Zahnheilkundengesetz

In Baden-Württemberg ist die zuständige Stelle für die Erteilung der Approbation bzw. der Berufserlaubnis nach § 13 ZHG für die Ausübung des zahnärztlichen Berufs und mithin auch für die Entscheidung ob eine ausländische zahnärztliche Ausbildung mit der deutschen zahnärztlichen Ausbildung gleichzustellen ist, das Regierungspräsidium Stuttgart.

Die Anmeldung zur Kenntnis- und Defizitprüfung haben deshalb auch beim Regierungspräsidium Stuttgart zu erfolgen.

Die Kenntnisprüfung bezieht sich auf den Inhalt der staatlichen Abschlussprüfung entsprechend der Approbationsordnung für Zahnärzte. Die Defizitprüfung, für Ausbildungen aus dem EU-Ausland, beschränkt sich auf diejenigen Bereiche, in denen die Ausbildung hinter der deutschen Ausbildung zurück bleibt.

Lässt sich dies nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand feststellen, ist von der Zahnärztin oder dem Zahnarzt eine Kenntnis- oder Defizitprüfung bei der Kammer abzulegen.

Beide Prüfungen erfolgen nach Maßgabe der zwischen der Landes Zahnärztekammer, dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg und dem Regierungspräsidium Stuttgart vereinbarten Verfahrensgrundsätzen.

Im Berichtsjahr haben die beiden Prüfungskommissionen in insgesamt vier Terminen den praktischen Teil der Kenntnis- und Defizitprüfung abgenommen. Zwei Termine stehen noch aus. In zwei Sitzungen traf sich die Prüfungskommission 2 zur Durchführung des Theorieteils der Kenntnisprüfung.

Ergebnisse der Kenntnisprüfungen

Von insgesamt zwölf Kandidaten haben sechs den praktischen Teil der Kenntnisprüfung in 2012 erfolgreich absolvieren können, woraufhin diese zum theoretischen Teil zugelassen wurde. Die Gleichwertigkeit der zahnärztlichen Ausbildung konnte nach der Theorieprüfung, ca. einstündiges Prüfungsgespräch, festgestellt werden.

Ein Kandidat hat vor Ablegung der Theorieprüfung, aufgrund seiner Berufstätigkeit als Zahnarzt mit fachlich eingeschränkter Berufserlaubnis nach § 13 ZHG, vom Regierungspräsidium Stuttgart die Approbation erhalten.

Bei einem Kandidat ist der Theorieteil noch

durchzuführen.

Ergebnisse der Defizitprüfung

Im Rahmen der praktischen Defizitprüfung wurde bis zum Redaktionsschluss eine zahnärztliche Ausbildung geprüft und bestanden. Vier Überprüfungen stehen im Berichtsjahr noch aus.



PRÜFUNGSKOMMISSION 1

Dr. Hans-Henning HOLFELD, Deizisau, Vorsitzender
Dr. Iris KNOBLAUCH, Freiburg, stv. Vorsitzende
Dr. Martin GROTEN, Ilvesheim

PRÜFUNGSKOMMISSION 2

Prof. Dr. Andreas SCHULTE, Heidelberg, Vorsitzender
Dr. Martin BRAUN, Pfullingen, stv. Vorsitzender
Dr. Carsten ULLRICH, Mannheim

Nachfolgend einige statistische Angaben:

Anzahl der Kenntnisprüfungen seit 2003

Kalenderjahr	Anzahl Gesamt	Davon bestanden	Davon nicht bestanden
2003	17	4	13
2004	20	7	13
2005	17		17
2006	37	13	24
2007	10	1	9
2008	12	3	7
2009	4	0	2
2010	8	3	5
2011	5	1	2
2012	16*	3**	6

* davon sind vier Kenntnisprüfungen noch durchzuführen.

** bei drei weiteren Kandidaten konnte Zulassung zur Theorieprüfung bereit ausgesprochen werden, diese ist jedoch noch durchzuführen.

Anzahl der Defizitprüfungen seit 2009

Kalenderjahr	Anzahl Gesamt	Davon bestanden	Davon nicht bestanden
2009	13	4	9
2010	8	3	5
2011	10	3	5
2012	5*	1	0

* davon stehen noch vier Defizitprüfungen aus.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Stephanie JORDAN

Durchgeführte Kenntnisprüfungen 2012

Ausbildungen in	Praxis		Theorie	
	nicht bestanden	bestanden	nicht bestanden	bestanden
Brasilien	-	1	-	1
Bolivien	-	1	-	1
Jemen	1	-	-	-
Libyen	-	1	-	-
Serbien	1	-	-	-
Syrien*	3	2	-	1
Türkei	1	1	-	1
Gesamt	6	6	-	4

* eine Prüfung steht im Berichtsjahr 2012 noch an

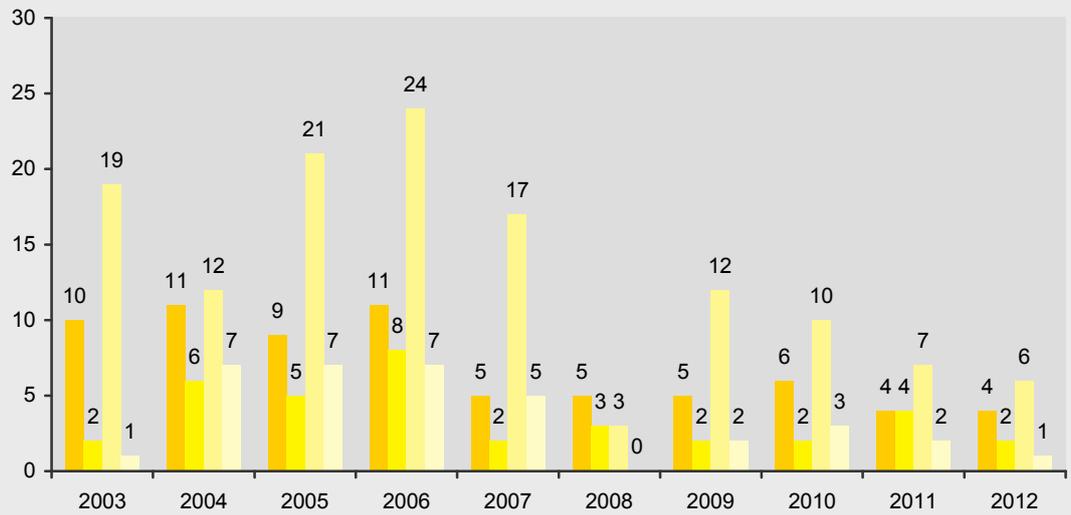
Durchgeführte Defizitprüfungen 2012

Ausbildungen in	Praxis		Theorie	
	nicht bestanden	bestanden	nicht bestanden	bestanden
Rumänien*		1	-	-
Polen**			-	-
Gesamt		1	-	-

* drei Prüfungen stehen noch aus

** eine Prüfung steht noch aus.

Gleichwertigkeitsprüfungen 2003 - 2012
Statistische Übersicht der Prüfungsergebnisse



Anzahl der Prüflinge die:

■ bestanden haben

■ davon bei einer Wiederholung bestanden haben

■ nicht bestanden haben

■ davon bei einer Wiederholung nicht bestanden haben

Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen

Aus- und Fortbildung von Zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen, gesundheits- und arbeitsmarktpolitische Entwicklungen im Kontext des Berufsbildes „Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r“ (ZFA) sowie die stetige Veränderung der Rahmenbedingungen standen in diesem Jahr im Fokus der Abteilung. Gerade im Bereich der Fachkräftesicherung in der Zahnarztpraxis, eine große Herausforderung an alle Akteure, die ZFA Aus- und Fortbildung attraktiv zu gestalten und mit neuen Ideen auch die Entwicklungen im Bereich der Zahnmedizin in der Aus- und Fortbildung angemessen zu berücksichtigen. Darüber hinaus bedarf es einer sensiblen Beobachtung der Entwicklungen im Rahmen der (zahn-)medizinischen Heilhilfsberufe auf Bundes- und Landesebene, um bei geplanten Novellierungsprozessen gestaltend mitwirken zu können.

Arbeitsgruppe der Bundeszahnärztekammer „Novellierung der ZFA-Ausbildungsverordnung“

Zu Beginn des Jahres tagte die Arbeitsgruppe der Bundeszahnärztekammer in Hannover. In der Arbeitsgruppe ist auch der Referent für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen der Landeszahnärztekammer, Dr. Bernd Stoll, vertreten. Die Anwesenden beschäftigten sich mit der Frage, inwieweit eine Novellierung der ZFA-Ausbildungsverordnung zum aktuellen Zeitpunkt sinnvoll und notwendig erscheint. Die Ausbildungsverordnung für Zahnmedizinische Fachangestellte in der heutigen Form, trat zum 01.08.2001 in Kraft und reagierte seinerzeit auf die gravierenden Veränderungsprozesse der Praxen in der Vergangenheit. Durch neue wissenschaftliche Erkenntnis in der Zahnmedizin (z. B. bei Prophylaxe, Therapie oder qualitätssichernden Maßnahmen) und der Weiterentwicklung der Kommunikations- und Informationstechnologie, war es zum damaligen Zeitpunkt erforderlich, die inhaltlichen, organisatorischen und didaktischen Konzepte für die berufliche

Ausbildung anzupassen. Darüber hinaus war neben der Fachkompetenz vermehrt die personelle Qualifikation und Handlungskompetenz gefragt, dies nicht zuletzt auch über die fachlichen Grenzen hinaus. Bereits in der aktuell gültigen ZFA-Ausbildungsverordnung wurde aus diesem Grund eine starre Festbeschreibung der Inhalte vermieden. Wichtig war der Arbeitsgruppe in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass die ZFA-Auszubildenden weiterhin in eigenen Klassen an den beruflichen Schulen unterrichtet werden und keine Berufsgruppenbildung mit Auszubildenden anderer Heilhilfsberufe stattfinden soll.

Arbeitsgruppe „ZFA-Musterfortbildungsordnungen“ der Bundeszahnärztekammer am 18.01.2012 in Hannover

Bereits im Vorfeld der Sitzung fand auf Landesebene ein Treffen der Arbeitsgruppe „Neustrukturierung der ZFA-Aufstiegsfortbildungen“ statt. Die Arbeitsgruppe, bestehend aus Prof. Einwag, Dr. Stoll und Dr. Riedel beschäftigte sich mit inhaltlichen Novellierungsvorschlägen und der Besprechung der geplanten weiteren Vorgehensweise auf Bundesebene. Zunächst wurden Vorschläge für die Musterfortbildungsordnung für Zahnmedizinische Prophylaxeassistentinnen (ZMP) bewertet und inhaltlich überarbeitet. Im Nachgang dazu wurden diese Vorschläge von Dr. Stoll auf Bundesebene vorgestellt, um die baden-württembergische Sichtweise zu transportieren.

Darüber hinaus stellte die Arbeitsgruppe „Neustrukturierung der ZFA-Aufstiegsfortbildungen“ Gedankengänge zu Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich Praxisverwaltung an. Die Beteiligten beschäftigten sich am 30. Juli dieses Jahres mit der Frage, inwiefern oberhalb der Zahnmedizinischen Verwaltungsassistentin (ZMV) noch eine weitere Fortbildungsstufe angesiedelt werden könnte, um auch die Fortbildung im Bereich der Praxisverwaltung noch attraktiver zu ge-

MITGLIEDER DES AUSSCHUSSES FÜR ZAHNMEDIZINISCHE MITARBEITER/INNEN

Dr. Bernd STOLL, Albstadt, Vorsitzender, Referent LZK BW und BZK Tübingen
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach, stv. Vorsitzender, Referent BZK Stuttgart
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, Referent BZK Karlsruhe
Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn, Referent BZK Stuttgart
Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch, Referent BZK Freiburg

stalten und so der Nachfrage aus den Praxen gerecht zu werden. Die Arbeitsgruppe stellte fest, dass die bestehenden Aufstiegsfortbildungen im Bereich Verwaltung nicht mehr ausreichend erscheinen und optimiert werden sollten. Es werden künftig mehr Mitarbeiterinnen benötigt, die die Bereiche Betriebswirtschaft, Personal, Praxisorganisation, Steuer, Controlling, Strategie, Planung, Kennzahlen, etc. qualifiziert abdecken und für die Zahnärztinnen und Zahnärzte unterstützend tätig sind. Diese Aufgabengebiete stehen nicht im Fokus der derzeitigen Fortbildungsangebote im Bereich Praxisverwaltung. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Ansätze diskutiert und bezüglich der weiteren Vorgehensweise folgende Prämissen festgelegt:

- es darf keine Abwertung der ZMV-Aufstiegsfortbildung erfolgen,
- die Durchlässigkeit im Rahmen der modularen Fortbildung muss berücksichtigt werden,
- die Zahnmedizinische Verwaltungsassistentin ist die Abrechnungsspezialistin und eine weitere Fortbildung sollte strategische und operative Inhalte im Bereich Betriebswirtschaft abdecken und
- das ZFA-Berufsbild soll durch das zusätzliche Fortbildungsangebot noch attraktiver erscheinen.

Darüber hinaus wurden bereits erste Inhalte besprochen, die dem Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen sowie dem LZK-Vorstand im Oktober dieses Jahres präsentiert wurden. Eine weitere Feinjustierung soll in der kommenden Zeit erfolgen.

Mitarbeiter Finden-Ausbilden-Binden

Das Berufsbild Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r aktiv zu bewerben und so für die künftigen Schulabgängerinnen und Schulabgänger attraktiv darzustellen, stellt einen Baustein im Rahmen des Projektes Mitarbei-

ter „Finden – Ausbilden – Binden“ dar. Hierfür wurden Mitte des Jahres zwei neue Medien fertig gestellt, die diese Maßnahme unterstützen. Zunächst erfolgte die Veröffentlichung des ZFA-Imagefilmes und kurz darauf erfolgte die Präsentation der aktualisierten ZFA-Imagebroschüre. Beide Medien erfreuen sich seither großer Beliebtheit, da sie direkt nach Fertigstellung an die 140 Agenturen für Arbeit, Jobcenter und Berufsinformationszentren in Baden-Württemberg versandt wurden. Darüber hinaus wurden 625 Gymnasien, 438 Realschulen sowie 531 Werkrealschulen per E-Mail informiert, dass die beiden neuen Medien bei der Landeszahnärztekammer angefordert werden können. Bereits bis Anfang Oktober wurde von diesem Angebot rege Gebrauch gemacht und über 40 Filmkopien und mehr als 500 Informationsbroschüren postalisch versandt. Die Broschüre und der Film sind auch auf der Website der Landeszahnärztekammer eingebunden und auf entsprechenden Internetplattformen zu finden.

Informationsveranstaltung für Berufsberater bei den Agenturen für Arbeit

Nach der „Kick-Off“-Veranstaltung im vergangenen Jahr, die mit 9 Teilnehmern aus den Berufsinformationszentren und den Agenturen für Arbeit in Baden-Württemberg startete, konnten im Herbst dieses Jahres mehr als 60 Teilnehmer zu der 3-stündigen Veranstaltung begrüßt werden. Ziel der Veranstaltung ist es, die Ausbildungs- und Berufsberater sowie die Arbeitsvermittler der Agenturen für Arbeit in Baden-Württemberg über das ZFA-Berufsbild zu informieren und das abwechslungsreiche Berufsbild und die vielfältigen Fortbildungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Aufgrund der geringen Anzahl an Teilnehmern im vergangenen Jahr, beschäftigten sich die Referenten sowie der zuständige Ansprechpartner der Agentur für Arbeit, Regionaldirektion Baden-Württemberg im Nachgang zur Sitzung mit der Frage, wie eine höhere Akzeptanz und mithin eine höhere

ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE FÜR DEN

- Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen
- Berufsbildungsausschuss
- Fachausschuss ZFA-Zwischenprüfung
- Fachausschuss ZFA-Abschlussprüfung

Thorsten BECK

Annerose HAUBER

Kerstin FRANKENBERGER

Teilnehmerzahl für diese Veranstaltung erzielt werden könnte. Demnach stellte sich heraus, dass durch die Terminierung der Veranstaltung an einem Vormittag ein größerer Personenkreis angesprochen werden könnte, da auch die Teilzeitarbeitskräfte in den Agenturen erreicht würden. Bereits diese organisatorische Veränderung lässt darauf schließen, dass in diesem Jahr eine Vielzahl an Ausbildungs- und Berufsberatern sowie Arbeitsvermittler aus den Bezirken Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen begrüßt werden durften.



Mehr als 60 Teilnehmer aus den Berufsinformationszentren und den Agenturen für Arbeit in Baden-Württemberg konnte die LZK zu ihrer Informationsveranstaltung begrüßen.

Vergütungsempfehlungen für Zahnmedizinische Fachangestellte ab dem Jahr 2013

Um die Attraktivität und den Zugang zum Ausbildungsberuf „Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r“ zu sichern, und inflationsbedingtem Kaufkraftverlust entgegenzuwirken, empfahl der Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen dem LZK-Vorstand eine moderate Anhebung der Vergütungsempfehlungen. Dies nahm der Vorstand zum Anlass, eine grundsätzliche Diskussion in dieser Thematik zu führen und beauftragte den Ausschussvorsitzenden, die Empfehlung nochmals zu überarbeiten. Mit dem erarbeiteten Entwurf der „Vergütungsempfehlungen für in Baden-Württemberg beschäftigte ZFA-Auszubildende und Zahnmedizinische Fach-

angestellte“ beschäftigte sich daraufhin die Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer im Rahmen ihrer Sommersitzung und kam zu dem Ergebnis, die Vergütungsempfehlungen ab dem Jahre 2013, auszugeben. Demnach wird von der Landes Zahnärztekammer ab dem Jahre 2013 folgende Ausbildungsvergütung als angemessen betrachtet:

- im 1. Ausbildungsjahr 650 EUR,
- im 2. Ausbildungsjahr 700 EUR und
- im 3. Ausbildungsjahr 750 EUR

Ferner wurde die Empfehlung für einen Gehaltsrahmen von ausgelernten Zahnmedizinischen Fachangestellten als Orientierungshilfe für die baden-württembergischen Zahnarztpraxen verabschiedet. Innerhalb des Gehaltsrahmens soll die tatsächliche Vergütung Kriterien wie

- Persönliche Qualifikation (objektive und subjektive Berufserfahrung),
- Leistung, Arbeitseinstellung, Motivation sowie
- regionale Besonderheiten berücksichtigen und so eine individuelle Vergütungsmöglichkeit begründen.

Fortbildung für Berufsschullehrer in Qualitätsmanagement, Praxishandbuch-Navigator und Praxishygiene

Im November des Jahres wird eine zentral koordinierte Fortbildung für die Lehrer an Berufsschulen, an denen ZFA-Auszubildende unterrichtet werden, stattfinden. Dies vor dem Hintergrund, da an einzelnen Berufsschulen die Lehrkräfte über einzelne QM-Systeme informieren und so nicht der Sinn des „offenen Systems“ – wie es die Landes Zahnärztekammer formuliert – vermittelt wird. Die Referentin der Landes Zahnärztekammer, Frau Krämer, Heilbronn, wird durch die Thematik und führen und die verschiedenen Möglich-

ARBEITGEBERVERTRETER IM BERUFSBILDUNGS-AUSSCHUSS

Dr. Bernd STOLL, Albstadt, Vorsitzender
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe
Dr. Elisabeth HILLERICH, Ulm
Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn
Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach

keiten im Rahmen der Arbeit mit dem Praxis-
handbuch-Navigator aufzeigen.

Fachausschüsse für die ZFA-Zwischen- und Abschlussprüfung



Der Abschlussprüfungsausschuss

Die Erstellung und die Auswahl von Prüfungsaufgaben erfolgt regelmäßig in einem umfassenden Prozess und stellt die zentrale Aufgabe der beiden Fachausschüsse dar. Die LZK-Geschäftsstelle betreut die Ausschüsse, die mit Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Lehrervertreter/innen drittelparitätisch besetzt sind, und schafft so die organisatorischen Rahmenbedingungen für eine qualitäts- und zielorientierte Ausschussarbeit. In der Herbstsitzung des Fachausschusses für die ZFA-Abschlussprüfung wurden dieses Jahr gleich drei langjährige Mitglieder verabschiedet, die altersbedingt zum Ende des Jahres aus ihren Ämtern ausscheiden werden. Als Arbeitgeber-Mitglied war Dr. Meinhard O. Georg, Ladenburg, seit dem Jahre 1993 im Fachausschuss vertreten und stand darüber hinaus dem Ausschuss die letzten 12 Jahre als Ausschussvorsitzender vor. Frau Dr. Susanne Handtmann, Tübingen, die als Beisitzerin für die Prüfungsfächer „Behandlungsassistenz“ und „Abrechnungswesen“ den Ausschuss unterstützte, wird nach 16-jähriger Tätigkeit zum Ende des Jahres ausscheiden. Ebenfalls zum Jahresende wird

Studiendirektor Ulrich Gebhardt, Heilbronn, der die Gruppe der berufsbildenden Lehrer im Ausschuss vertrat, nach 20-jähriger Tätigkeit selbigen verlassen. Herr Gebhardt war darüber hinaus 16 Jahre Mitglied im ZFA-Zwischenprüfungsausschuss.

Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG)

Zur Verbesserung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen hat die Bundesregierung das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) vorgelegt, das zum 1. April dieses Jahres in Kraft trat. Das Gesetz gilt für die Feststellung der Gleichwertigkeit im Ausland erworbener Ausbildungsnachweise unter Berücksichtigung sonstiger nachgewiesener Berufsqualifikationen und inländischer Ausbildungsnachweise für bundesrechtlich geregelte Ausbildungsberufe. Zweck des Gesetzes ist, die wirtschaftliche Einbindung von Fachkräften mit Auslandsqualifikationen zu verbessern und ihnen eine qualifikationsnahe Beschäftigung zu ermöglichen. Zur Prüfung der Gleichwertigkeit im Berufsbild „Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r“ sind die einzelnen Länderkammern die zuständigen Stellen. Um eine einheitliche Prüfung und Umsetzung in allen Ländern zu ermöglichen, hat der Vorstand der Bundeszahnärztekammer im Sommer dieses Jahres den Beschluss gefasst, eine bundesweit zentrale Stelle für die Prüfung der Gleichwertigkeit für den Referenzberuf „Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r“ bei der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe einzurichten. Dem hat der LZK-Vorstand in seiner darauf folgenden Sitzung zugestimmt. Die zentrale Stelle wird somit künftig als bundesweit einheitliche Stelle für Angelegenheiten der Feststellung der Gleichwertigkeit der im Ausland erworbenen Aus- und Fortbildungsnachweise fungieren und somit Anträge gesetzeskonform bescheiden und mit der Landeszahnärztekammer entsprechend kommunizieren. Ferner wird bei der zentralen

ARBEITNEHMERVERTRETER/INNEN IM BERUFSBILDUNGS-AUSSCHUSS

Ingeborg SCHEBLE, Kusterdingen, stv. Vorsitzende
Renata FRECH, Neckartenzlingen,
Margret REICHERT-SCHMID, Steinenbronn
Stefanie TEIFEL, Schrozberg
Elke HERBIG, Ludwigshafen
Annelie SCHWADERER, Heilbronn

Stelle die Erstellung einer Übersicht der Berufsqualifikationen und Ausbildungsnachweise in den verschiedenen Ländern erstellt und die neuen Erkenntnisse in ein Portal auf Bundesebene eingepflegt. Im Rahmen einer Evaluation zum Ende des Jahres 2013, soll die zentrale Stelle einen umfassenden Bericht abgeben.

Koordinierungskonferenz der Bundeszahnärztekammer am 17.10.2012 in Berlin

Am 17.10.2012 hat die BZÄK-Koordinierungskonferenz der Referenten für Zahnmedizinische Fachangestellte in Berlin stattgefunden, an der auch der Referent für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen der Landes Zahnärztekammer teilgenommen hatte. Die Koordinierungskonferenz beschäftigte sich unter anderem mit den Themen:

- Nationaler Qualifikationsrahmen (NQR) und Europäischer Qualifikationsrahmen (EQR)
- Akademisierungstendenzen der Heilhilfsberufe
- Entwürfe des Arbeitskreises zu den ZFA-Musterfortbildungsordnungen,
- Delegation vs. Substitution zahnmedizinischer Leistungen,
- Delegationsmöglichkeiten im Rahmen der Alterszahnheilkunde,
- Initiativen zur Ausbildungsplatzgewinnung.

Gerade die Thematik der Delegationsmöglichkeiten zahnmedizinischer Leistungen an dafür aus- und fortgebildete Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen wurde kontrovers diskutiert. Im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben hängen Art, Inhalt und Umfang des Einsatzgebietes der Zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen von der objektiv und subjektiv überprüften Qualifikation der Zahnmedizinischen Fachangestellten, von der Art der Leistung und von Befund und Diagnose ab. In der Praxis erfolgt die Festlegung des jeweiligen

Einsatzrahmens durch die Definition interner, genereller Delegationsanweisungen, ergänzt durch konkrete Anweisungen für den Einzelfall. Der in Baden-Württemberg gültige Delegationsrahmen stellt einen Anhaltspunkt, für mögliche delegierbare Leistungen dar. Hier werden beispielhaft Tätigkeiten aufgezählt, die an dafür qualifiziertes Personal mit abgeschlossener Ausbildung delegiert werden können.



Koordinierungskonferenz der Bundeszahnärztekammer am in Berlin.

Begabtenförderung – Unterstützung der Abteilung durch Teilzeitkraft

In den vergangenen Jahren wurde die Begabtenförderung innerhalb der Geschäftsstelle ausgebaut und zusätzliche kommunikative Abläufe und Verfahren eingeführt. Darüber hinaus nimmt die Anzahl von Bewerberinnen stetig zu, so dass die Abteilung Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen seit Mai dieses Jahres von einer weiteren Mitarbeiterin unterstützt wird. Frau Kerstin Frankenberger, die als 50% Teilzeitkraft beschäftigt ist, nimmt darüber hinaus auch weitere Aufgaben in der Abteilung Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen wahr und unterstützt die Abteilung hiermit in erheblichem Maße. Eine zukunftsorientierte und zielführende Entscheidung, die die LZK-Vertreterversammlung im Dezember des

LEHRKRÄFTE AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN IM BERUFSBILDUNGS AUSSCHUSS

OStD Karlheinz VOLKMANN, Heilbronn
StDin Eva LEDERER, Ludwigsburg
StDin Dr. Dr. Dagmar BÖRSIG, Heidelberg
OStR Roland HEIDLER, Rastatt
StD Albert MERGELSBERG, Freiburg
StDin Beate JUNG, Ulm

vergangenen Jahres auf den Weg gebracht hat.

Begabtenförderung bedeutet: Begabungsförderung, Potenzial anregen und fördern. Demnach sieht sich auch die Landeszahnärztekammer verpflichtet, diese Definition umzusetzen und junge Menschen darin zu unterstützen ihre Potenziale auszuschöpfen. Mit Hilfe des Weiterbildungsstipendiums gelingt es, begabte motivierte Fachkräfte zu gewinnen und an die Zahnarztpraxis zu binden. Eine weitere Steigerung der Attraktivität lag darin, dass ab dem Jahre 2012, der Stipendiatenhöchstbetrag deutlich von 5.100.- Euro auf 6.000.- Euro innerhalb von drei Jahren angehoben wurde. Wer in das Weiterbildungsstipendium aufgenommen wird, kann für das Aufnahmejahr und die beiden Folgejahre somit maximal 6.000.- Euro für anspruchsvolle Weiterbildungen oder für eine Aufstiegsfortbildung abrufen.



Im Jahr 2011 wurden in den freien Berufen in ganz Deutschland insgesamt 401 Stipendien vergeben. Davon finden sich auch 24 Zahnmedizinische Fachangestellte, die in den Zuständigkeitsbereich der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg fallen und von dieser während des Stipendiatenzeitraumes betreut werden. Aktuell betreut die Abteilung für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen 71 Stipendiaten mit einem Gesamtfördervolumen von 64.000.- Euro im Berichtsjahr. Bei Redaktionsschluss lagen bereits über 30 Bewerbungen für das kommende Jahr vor. Wie in den Jahren zuvor zeichnet sich ab, dass ein Großteil an Bewerbungen in den letzten beiden Monaten des Jahres bei der LZK-Geschäftsstelle eingehen wird.

Berufsbildungsausschuss der Landeszahnärztekammer

Im Oktober des Berichtsjahres kam der Berufsbildungsausschuss unter dem Vorsitzenden, Dr. Bernd Stoll, zusammen und konnte Bilanz für das Aus- und Fortbildungsjahr 2011/12 ziehen. So standen zum 31.12.2011 insgesamt 4.458 Auszubildende bei den 6.679 niedergelassenen baden-württembergischen Zahnärztinnen und Zahnärzten in einem Ausbildungsverhältnis. Darüber hinaus wurden bis zum 30.09.2012 1.688 neue Ausbildungsverträge (30.09.2011: 1.632) in Baden-Württemberg abgeschlossen. Demnach ist festzustellen, dass sich die Ausbildungsmarktsituation für die Jugendlichen im Jahre 2011 und 2012 weiter verbessert hat. Dennoch zeigt sich die Auswirkung der demografischen Entwicklung auf dem dualen Ausbildungsmarkt immer deutlicher. Die Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgängerinnen und Schulabgänger - Hauptklientel der dualen Berufsausbildung - ist weiter zurückgegangen. Seit dem Jahre 2005 ist hier ein Rückgang von bundesweit -154.000 Personen zu verzeichnen. Doppelte Abiturientenabgänge sowie die Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes haben dem Ausbildungsmarkt zwar zusätzliche Nachfrageimpulse gegeben, quantitativ fielen diese aber insgesamt nur sehr gering ins Gewicht. Auch für die baden-württembergischen Zahnarztpraxen war es schwieriger als in den Vorjahren, ihre angebotenen Ausbildungsplätze zu besetzen. Ebenfalls zeichnet sich eine Entwicklung im Bereich der beruflichen Bildung ab, dass immer mehr junge Menschen ihre Zukunft im Rahmen einer akademischen Laufbahn suchen. So teilte das statistische Bundesamt im März dieses Jahres mit, dass im vergangenen Jahr 276.100 junge Männer (plus 23%) und 240.800 jungen Frauen (plus 9,4%) das Studium an einer deutschen Universität oder Hochschule aufnahmen. Folglich lässt sich bereits heute schon in anderen Bereichen der dualen Berufsausbildung be-

FACHAUSSCHUSS ZWISCHENPRÜFUNG

ARBEITGEBERVERTRETER/INNEN

Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, Vorsitzender

Dr. Elisabeth HILLERICH, Ulm

ZA Dieter LORENZ, Ludwigsburg

obachten, dass angesichts der schwierigen Fachkräftesituation, auch Bewerbergruppen, die bisher nicht für die Unternehmen in Frage kamen, für die Ausbildung in Betracht gezogen werden. Aktuell stellen schon einige Unternehmen leistungsschwächere Bewerber ein und bieten ihnen beispielsweise Nachhilfe oder Stützunterricht an.

ZFA-Fortbildungsangebot wird gut angenommen; Teilnehmerzahl absolut betrachtet jedoch leicht rückläufig

874 (-59) Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen absolvierten im Jahre 2011 eine Fortbildung im Bereich Kursteil I „Gruppen- und Individualprophylaxe“. Kursteil II a „Herstellung von Situationsabformungen und Provisorien“ wurde von 637 (-38) Personen durchlaufen; Kursteil IIb „Hilfeleistung bei der kieferorthopädischen Behandlung“ wurde von 119 (-39) Teilnehmern besucht. Der Kombikurs, Kursteil I, IIa und IIc wurde von 67 (-63) Teilnehmern absolviert. Lediglich bei Kursteil III „Praxisverwaltung“ konnten die Vorjahreszahlen gehalten werden und Kursteil II c „Fissurenversiegelung von kariesfreien Zähnen“ erfuhr sogar einen Zuwachs um 37 Teilnehmer auf nunmehr 364 Absolventen im vergangenen Jahr.

Darüber hinaus wurden die „großen“ Fortbildungen zur

- Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin (ZMP) von mehr als 100 (+ 19) Teilnehmerinnen,
- zur Zahnmedizinischen Fachassistentin (ZMF) von 12 (-3) Teilnehmerinnen,
- zur Zahnmedizinischen Verwaltungsassistentin (ZMV) von 39 (+2) sowie
- zur Dentalhygienikerin (DH) mit 19 (Vorjahr 16) Teilnehmerinnen besucht.

In der Summe absolvierten 2.391 Zahnmedizinische Fachangestellte im vergangenen Jahr eine Fortbildung im Rahmen der modu-

laren Fortbildungslandschaft der Landeszahnärztekammer.

FACHAUSSCHUSS ZWISCHENPRÜFUNG

ARBEITNEHMERVERTRETER/INNEN

Johanna KAPP, Tübingen, stv. Vorsitzende
Nadja PFISTER, Herxheim
Jacqueline MÜLLER, Stuttgart

**FACHAUSSCHUSS ZWISCHENPRÜFUNG
LEHRER AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN**

StD Ulrich GEBHARDT, Obersulm-Willsbach
OStR Roland HEIDLER, Ettlingen
StR Jürgen ZINSER, Stuttgart

**FACHAUSSCHUSS ABSCHLUSSPRÜFUNG
ARBEITGEBERVERTRETER/ BEISITZER**

Dr. Meinhard GEORG, Ladenburg, Vorsitzender
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach, stv. Vorsitzender
Dr. Susanne HANDTMANN, Tübingen
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe

**FACHAUSSCHUSS ABSCHLUSSPRÜFUNG
ARBEITNEHMERVERTRETER/ INNEN**

Gabriele DAVID-GREUNKE, Weingarten
Ingeborg SCHEBLE, Kusterdingen

**FACHAUSSCHUSS ABSCHLUSSPRÜFUNG
LEHRER AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN/ BEISITZER**

StDin Dr. Dr. Dagmar BÖRSIG, Heidelberg
StD Ulrich GEBHARDT, Obersulm-Willsbach
LiA Waltraud GORZAWSKI-ECKERT, Freiburg
StRin Katja REIFFER, Karlsruhe

Notendurchschnitt der Sommer-Abschlussprüfung 2012

Bezirkszahnärztekammer	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen	BW
Gesamtergebnis Schriftlicher Teil					
Behandlungsassistenz	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8
Praxisorganisation und -verwaltung	2,9	2,6	3,0	3,0	2,9
Abrechnungswesen	3,0	2,9	3,1	3,0	3,0
Wirtschafts- und Sozialkunde	3,5	3,3	3,6	3,5	3,5
Gesamtergebnis Praktischer Teil					
	2,4	2,3	2,3	2,5	2,4
Zahl der Teilnehmer	291	289	471	222	1.273
Bestanden	274	276	445	207	1.202
Nicht bestanden	17	13	26	15	71
RÖV-Punkte					
Zahl der Teilnehmer	291	290	472	227	1.280
Bestanden	271	262	406	184	1.123
Nicht bestanden	20	28	66	43	157

**Zwischenprüfung Zahnmedizinische Fachangestellte
Notenstatistik vom 21. Juli 2012**

Durchschnittsnote je Fach in Baden-Württemberg im Vergleich zu allen Berufsschulen.

Berufsschulen in BW	Anzahl Azubis	Durchschnittsnote
Freiburg	91	2,5
Konstanz	40	2,0
Achern	46	2,1
Rheinfelden	33	1,9
Rottweil	57	2,4
Waldshut	21	1,8
Heidelberg	57	2,4
Karlsruhe	89	2,3
Mannheim	55	2,4
Pforzheim	48	2,5
Rastatt	37	2,2
Heilbronn	81	2,3
Ludwigsburg	73	2,1
Nürtingen	51	2,5
Schorndorf	75	2,2
Stuttgart	99	2,5
Sindelfingen	44	2,2
Aulendorf	105	2,2
Tübingen	86	2,3
Ulm	75	2,3
Horb	18	2,1
Mosbach	24	2,1
Ellwangen	22	2,5
Bad Mergentheim	9	2,1
Geislingen	22	2,3
Baden-Württemberg gesamt	1.358	2,2

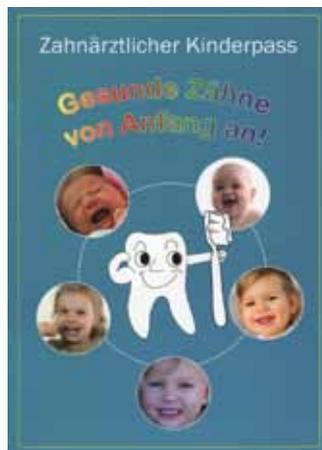
Prophylaxe

Prophylaxeausschuss

Der Prophylaxeausschuss ist nach der Satzung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg einer der ständigen von der Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg gebildeten Ausschüsse und hat sich in diesem Jahr u. a. mit folgenden Themen beschäftigt.

Zahnärztlicher Kinderpass

Nachdem die Erstauflage des Zahnärztlichen Kinderpasses vom Februar 2008 in einer Stückzahl von 100.000 Exemplaren vergriffen war, erfolgte im Frühjahr 2011 eine weitere Auflage in einer Stückzahl von 80.000 Exemplaren. Die Druckkosten wurden wiederum von der Fa. GABA übernommen. Bis Mai 2012 wurden von der 2. Auflage 31.530 Exemplare von Zahnärzten, Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheits, Kinderärzten, Hebammen und Frauenärzten abgerufen.



Auch die Koordinierungskonferenz der Referenten für Alters-/Behindertenzahnheilkunde und der Referenten für Präventive Zahnheilkunde der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) hat das Thema Zahnärztlicher Kinderpass am 23.03.2012 beraten und aktualisierte „Rahmenempfehlungen zur

Umsetzung zahnärztlicher Kinderpässe“ als Handlungsgrundlage für die Kammern bei der zukünftigen Gestaltung Zahnärztlicher Kinderpässe als konsentierten Kriterienkatalog verabschiedet. Hierzu hat der Prophylaxeausschuss festgestellt, dass aufgrund der Nachfrage der baden-württembergische Kinderpass vor Ort gut ankommt und deshalb zunächst so beibehalten werden soll. Den Prophylaxereferenten wurde empfohlen:

- über die Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheits den Zahnärztlichen Kinderpass stärker und z. B. jährlich zu bewerben;
- in den Kreisversammlungen die Zahnärzte auf den Zahnärztlichen Kinderpass hinzuweisen.

Besonders hilfreich und effektiv wäre es, wenn der Zahnärztliche Kinderpass in das Ärztliche Kinder-Untersuchungsheft eingelegt werden könnte, denn auf diese Weise erreicht er nahezu alle Eltern. Die Prophylaxereferentin der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Frau Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, hat deshalb ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Herrn Dr. Norbert Metke, geführt, der die Sachlage prüfen wird.

Mutterpass-Einlageblatt und Kinder-Untersuchungsheft

Die zahnärztliche Vorsorgeuntersuchung wird weder im Mutterpass, den jede werdende Mutter erhält, noch im (gelben) Kinder-Untersuchungsheft, das jede Mutter erhält – behandelt. Deshalb hat die Prophylaxereferentin der LZK BW – auf Empfehlung des Prophylaxeausschusses und im Auftrag des Vorstandes der Landes Zahnärztekammer – schriftlich bei der Bundeszahnärztekammer angeregt, über die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung an den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) als Herausgeber

MITGLIEDER DES PROPHYLAXEAUSSCHUSSES

Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen, Vorsitzende

Dr. Carla TORNIER, Emmendingen, stv. Vorsitzende

Dr. Ulrike HEILIGENHAUS-URMERSBACH, Karlsruhe

Dr. Manfred JOß, Ravensburg

Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn

KOOPTIERTES MITGLIED

Dr. Guido Elsäßer, Kern-Setten

beider Heft heranzutreten, um einen festen Eintrag in den Mutterpass und vor allem bei der U-6-Untersuchung im Ärztlichen Kinderuntersuchungsheft zu erreichen.



Die Bundeszahnärztekammer hat hierzu u. a. mitgeteilt, dass die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung im Rahmen einer Arbeitsgruppe die Thematik der frühkindlichen Karies aufgenommen hat und mit beteiligten Gruppierungen an Lösungsansätzen arbeitet. Wichtig sei allerdings, hierbei Verbindlichkeiten im Rahmen der Entscheidungen des G-BA zu treffen. Ein erster Schritt mag dabei die auf freiwilliger Basis bestehende Möglichkeit der Einlage des Zahnärztlichen Kinderpasses in das Ärztliche Kinder-Untersuchungsheft sein. Die Bundeszahnärztekammer wird sich dieser Thematik weiter annehmen.

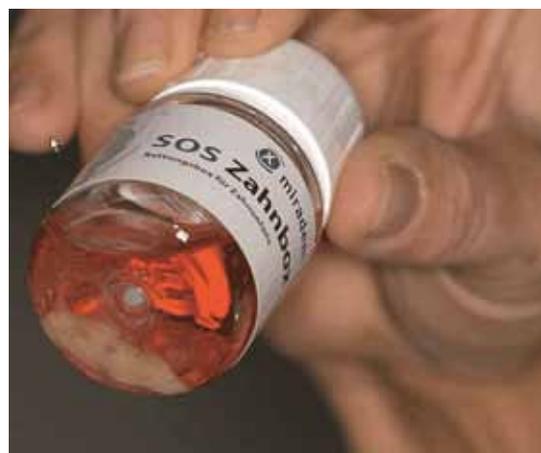
Zahnrettungsbox

Der Geschäftsführer von Knieper Projektmanagement hat es sich zur Aufgabe gemacht, bundesweit die Finanzierung von Zahnrettungsboxen durch die Unfallkassen der Länder und damit eine kostenlose

Verteilung an Schulen und Schwimmbäder zu erreichen. In zehn Bundesländern konnte dies bereits erzielt werden, in den übrigen sechs Ländern, darunter auch Baden-Württemberg, laufen die Verhandlungen noch. Dabei sollen drei Ziele umgesetzt werden:

- Platzierung der Zahnrettungsboxen in allen Schulen, Schwimmbädern und möglichst auch Behinderteneinrichtungen
- kostenfreier Austausch der Zahnrettungsboxen nach einem Unfall
- Sicherstellung der finanziellen Mittel für den Austausch der Boxen nach Ablauf der dreijährigen Haltbarkeit

Der Prophylaxeausschuss hat hierzu beschlossen, weiterhin mit der Fa. Knieper Projektmanagement in Kontakt zu bleiben und dieses Bestreben zu unterstützen, auch in Baden-Württemberg eine flächendeckende Verteilung von Zahnrettungsboxen an Kindergärten, Schulen und Behinderteneinrichtungen mit Kostenübernahme durch die Unfallkasse Baden-Württemberg baldmöglichst zu erreichen.



Eine flächendeckende Verteilung von Zahnrettungsboxen an Kindergärten, Schulen und Behinderteneinrichtungen ist Zielsetzung des Prophylaxeausschusses.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Annerose HAUBER

Prophylaxeprogramm für 0- bis 3-jährige Kariesrisikokinder

Im Rahmen der Treffen der Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit haben die Prophylaxereferenten eruiert, dass von den Arbeitsgemeinschaften bereits vielfältige Aktivitäten zur Prävention frühkindlicher Karies bei 0- bis 3-Jährigen durchgeführt werden. Dies wurde im Ausschuss sehr begrüßt. Es bleibt auch weiterhin den Arbeitsgemeinschaften überlassen, wie sie diese Altersgruppen betreuen.

Hinzu kommt, dass es weder formale noch gesetzliche Einschränkungen in Baden-Württemberg gibt, die 0- bis 3-jährigen Kinder im Rahmen der Gruppenprophylaxe zu betreuen. Sowohl der § 21 (Gruppenprophylaxe) des Sozialgesetzbuches V als auch die neue Jugendzahnpflegeverordnung des Sozialministeriums Baden-Württemberg vom 08.12.2011 mit der neuen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Einschulungsuntersuchung und der Jugendzahnpflege vom 08.12.2011 bestätigen dies.

Kariesprophylaxe in Krabbel- und Spielgruppen außerhalb der Kindergärten

Ein weiteres Thema war die Aktivierung der Kariesprophylaxe in Krabbel- und Spielgruppen außerhalb der Kindergärten. Häufig fällt die Information der Arbeitsgemeinschaften auf sehr fruchtbaren Boden. Die Zahnpflege wird in den Tagesablauf integriert, und die berufstätigen Eltern werden entlastet.

In diesem Zusammenhang wurden die Prophylaxereferenten gebeten, in ihrem Bezirk bei den nächsten Treffen der Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit alle Beteiligten auf die Wichtigkeit der Kontaktaufnahme zu Krabbel-, Spiel-, PEKIP-(Prager Eltern-Kind-Programm) und ähnlichen Kleinkindergruppen aufmerksam zu machen. Ziel

ist dabei, auf diese Weise frühkindliche Karies durch verstärkte Elterninformationen – z. B. durch den Zahnärztlichen Kinderpass – weiter zu reduzieren.

Praxisbesuche im Rahmen der Gruppenprophylaxe

Zwei private zahnmedizinische Dentalzentren haben zur Praxisinformation Kindergärten eingeladen und somit Werbung für sich betrieben. Der Prophylaxereferent des für die Dentalzentren zuständigen Regierungsbezirks wurde beauftragt, Kontakt mit der zuständigen Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit aufzunehmen und mitzuteilen, dass Praxisbesuche im Rahmen der Gruppenprophylaxe über die örtliche Arbeitsgemeinschaft zu organisieren und abzustimmen sind.

Alters- und Behindertenzahnheilkunde

Stimmige Konzepte und Lösungsansätze für die drängenden Fragen der Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft des längeren Lebens sind ein Schlüsselthema der Zukunft.



Herausforderung der Zukunft: Konzepte zur zahnärztlichen Betreuung pflegebedürftiger Menschen.

Der zahnärztliche Berufsstand hat diese Herausforderung und seine Verantwortung angenommen. Das hat auch das Motto des diesjährigen Tages der Zahngesundheit "Gesund beginnt im Mund - mehr Genuss mit 65 plus" unterstrichen.

Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat über viele Jahre hinweg ein schlüssiges zahnärztliches Betreuungskonzept entwickelt. Zielsetzung des Projekts ist eine flächendeckende zahnmedizinische Versorgung mit Augenmaß sowohl in der häuslichen Pflege als auch in stationären Pflegeeinrichtungen. Im Mittelpunkt des Projektes Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (AKABe BW) stehen die Schulung der Pflegekräfte in Aus- und Fortbildung sowie die Betreuung der pflegebedürftigen Menschen. Mit ihrem AKABe-

Konzept ist die Landes Zahnärztekammer zu einem Wegbereiter in der Alters- und Behindertenzahnheilkunde in Deutschland geworden – und wurde für diese Pionierleistung in diesem Jahr gleich mit zwei Preisen an den Vorsitzenden des Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung und Referenten für Alterszahnheilkunde der LZK BW, Dr. Elmar Ludwig, belohnt.

Walther-Engel-Preis der Akademie Karlsruhe

Anlässlich der Karlsruher Konferenz der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe im März erhielt Dr. Ludwig den Walther-Engel-Preis für sein besonderes Engagement in der Alterszahnheilkunde. In der Würdigung der Akademie hieß es hierzu: „Er tut dies nicht nur aus wissenschaftlichen Antrieb, sondern weil ihm die realen Versorgungsprobleme, die unsere alten Patienten betreffen, auf der Seele liegen. Diese Probleme brauchen praktikable und effiziente Lösungen. Sein Einsatz für eine zeitgemäße zahnmedizinische Versorgung umfasst alle beteiligten Personengruppen, von den Zahnärzten über das zahnärztliche Team bis hin zum Betreuungspersonal in den Heimen. Besonders ausgeprägt ist seine Befähigung, strukturiert und systematisch vorzugehen und geeignete Strukturen zu schaffen, die den Anforderungen gerecht werden“.

Dr. Ludwig wird das mit 7.500 EUR dotierte Preisgeld für eine Studie über Konzepte der barrierefreien zahnärztlichen Versorgung in Deutschland verwenden. Die geplante Publikation soll Zahnärzten in Deutschland helfen, anhand konkreter Projektbeschreibungen Entscheidungen für eine eigene barrierefreie zahnärztliche Versorgung zu treffen. Darüber hinaus plant Dr. Ludwig die verschiedenen Konzepte im Rahmen von Vorträgen vorzustellen.

MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES

Dr. Elmar LUDWIG, Ulm, Vorsitzender
Dr. Guido ELSÄSSER, Kernen-Stetten
Dr. Ulrike HEILIGENHAUS-URMERSBACH, Karlsruhe
Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen
Dr. Carla TORNIER, Emmendingen

KOOPTIERTES MITGLIED

Prof. Dr. Johannes EINWAG, Stuttgart

Wrigley-Prophylaxe Preis

Aus insgesamt 22 eingereichten Arbeiten wurden fünf Preisträger für den mit insgesamt EUR 10.000,- dotierten und vom Wrigley Oral Healthcare Program gestifteten Prophylaxe Preis nominiert.



Die Mitglieder des Arbeitskreises und die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter freuen sich über den Wrigley-Preis an Dr. Elmar Ludwig.

Für die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes der Zahn-, Mund- und Zahnersatzpflege in der Altenpflegeausbildung in Kooperation mit der Konferenz der privaten Altenpflegeschulen in Baden-Württemberg erhielt Dr. Elmar Ludwig den mit 3.000 EUR dotierten 1. Preis in der Kategorie Praxis. Die hohe wissenschaftliche Qualität der Arbeit, die Nachhaltigkeit und nicht zuletzt die große gesundheitspolitische Bedeutung waren ausschlaggebend für die Platzierung.

Nach einer einjährigen Vorbereitungsphase und einer einjährigen Erprobungsphase folgte die eigentliche Studie zwischen April 2011 und Februar 2012 an 10 privaten Altenpflegeschulen in Baden-Württemberg. Der Unterricht wurde im 1. Ausbildungsjahr durch Fachlehrer der Pflegeschulen durchgeführt. Im 2. und 3. Ausbildungsjahr wie auch in der Fortbildung übernahmen zahnärztliche Referenten die Schulungen. Begleitende Lernzielkontrollen vor und nach den Schulungen dokumentierten den theoretischen Lerngewinn.

Evaluationen durch die Schüler und Teilnehmer sowie durch die Referenten ermöglichten zudem eine weitere kritische Prüfung der Lehr- und Lernmittel. Von 836 Datensätzen aus 42 Klassen konnten schließlich 672 Datensätze zur Auswertung herangezogen werden.

Der theoretische Lerngewinn erreichte nach Jahrgängen ausgewertet bis zu 24,6 %. Einzelne Klassen konnten einen Lerngewinn von bis zu 38 % erreichen und bei der Auswertung einzelner Aussagen betrug der Lerngewinn sogar bis zu 57 %.

In allen Jahrgängen sowie in der Fortbildung wurde eine deutliche Steigerung der subjektiv empfundenen Kompetenz angegeben – die Grundvoraussetzung für die Durchführung einer adäquaten Zahn-, Mund- und Zahnersatzpflege bei pflegebedürftigen Menschen. Die Lehrer und zahnärztlichen Referenten waren mit den Inhalten der Schulungen nahezu einstimmig einverstanden und bestätigten die Durchführbarkeit des Konzeptes in der Praxis.

GKV-Versorgungsstrukturgesetz - zusätzliche Besuchsposition geht am Bedarf vorbei

Am 01.12.2011 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-VStG) beschlossen. Das nicht zustimmungspflichtige Gesetz ist am 01.01.2012 in Kraft getreten. Mit dem Gesetz soll Demographie bedingten Versorgungsengpässen entgegen gewirkt werden und die medizinische Versorgung verbessert werden. Mit dem Versorgungsstrukturgesetz will der Gesetzgeber auch die zahnmedizinische Versorgung von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen verbessern. So sieht eine Regelung unter der Ziffer „Leis-

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Andrea MADER
Kathrin MÖLLER

tungsverbesserungen und Transparenz' vor, dass „die zahnärztliche Versorgung von Pflegebedürftigen oder Menschen mit Behinderungen, die eine Zahnarztpraxis nicht oder nur mit hohem Aufwand aufsuchen können, durch die Einführung einer zusätzlichen Vergütung für die erforderliche aufsuchende Betreuung durch Zahnärztinnen und Zahnärzte verbessert wird“ (SGB V – § 87 Absatz 2i).

In einer gemeinsamen Pressemitteilung bewerteten Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) diesen Schritt zunächst als vorsichtig optimistisch. Immerhin sei der Handlungsbedarf erkannt worden, allerdings reiche der von dem Hintergrund begrenzter Finanzmittel geplante Schritt bei weitem nicht aus, die Versorgungssituation der Betroffenen grundsätzlich zu verbessern.

Mit Schreiben vom 07.02.2012 an den Vorsitzenden des Vorstandes der KZBV, Dr. Fedderwitz haben die zuständigen Referenten für Alters- und Behindertenzahnheilkunde der LZK BW, Dr. Ludwig und Dr. Elsässer, ihre Irritation über die geplante Einführung einer neuen Besuchsposition in Pflegeeinrichtungen zum Ausdruck gebracht. Von Seiten Baden-Württembergs wird die Gefahr gesehen, dass diese neue Besuchsposition niedriger bewertet wird. Vor allem aber wird die neue Besuchsposition keine Verbesserung für die Mehrheit der Patienten bringen, die in die Praxis zur Behandlung kommen können, aber einen besonderen Behandlungsbedarf haben (z. B. Menschen mit Behinderungen).

Die zusätzliche Besuchsposition für Menschen mit Pflegestufe bzw. Menschen, die Eingliederungshilfe erhalten, soll nun im erweiterten Bewertungsausschuss beraten werden. Dazu hat die KZBV im Vorfeld das iGes-Institut in Berlin beauftragt, für diese Zuschlagposition den personellen, instrumentellen und zeitlichen Mehraufwand über einen

Fragebogen zu entwickeln und in einem Telefon-Interview diesen Fragebogen mit in der zugehenden Betreuung erfahrenen Kolleginnen und Kollegen zu besprechen. So soll eine Datenbasis für die Beratungen generiert werden. Unten den im Rahmen des Telefoninterviews befragten Experten war auch Dr. Ludwig, der nicht nur der zusätzlichen Besuchsposition gegenüber, sondern auch im Hinblick auf die Beauftragung des iGes-Instituts eine skeptische Auffassung vertritt.

In Reaktion auf die neue Besuchsgebühr hat die Arbeitsgemeinschaft für zahnärztliche Behindertenbehandlung im Berufsverband Deutscher Oralchirurgen (BDO) eine Stellungnahme formuliert, in der deutlich gemacht wird, dass die Besuchsposition für die zahnärztliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen keine Verbesserung bringt. Das Problem der zahnmedizinischen Versorgung von Patienten mit geistiger und Schwerstmehrfachbehinderung besteht in der oftmals eingeschränkten Mundhygienefähigkeit und in der reduzierten Kooperationsfähigkeit bei der zahnärztlichen Behandlung, die nicht im häuslichen Umfeld durchgeführt wird. Für diese Patienten müsse ein gesetzlich geregelter Anspruch auf besondere präventive zahnmedizinische Leistungen ihrer Krankenkasse geschaffen werden. Darüber hinaus seien gesetzliche Regelungen zur Vergütung des zeitlichen Mehraufwands bei der ambulanten zahnärztlichen Behandlung, Sonderregelungen bei Abweichung von Richtlinien bei der prothetischen Versorgung und zur aufwandsadäquaten Finanzierung von Behandlungen in Intubationsnarkose erforderlich. Lösungsvorschläge hat der Berufsstand mit dem AuB-Konzept „Mundgesund trotz Handicap und hohem Alter – Konzept zur vertragszahnärztlichen Versorgung von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderung“ vorgelegt.

Pflege-Neuausrichtungsgesetz - Kooperationsverträge eröffnen Möglichkeiten



Am 23.01.2012 hat das Bundesministerium für Gesundheit einen Referentenentwurf zum „Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung“ vorgelegt. Ein Schwerpunkt der Reform ist es, Demenzerkrankten in der Pflege besser gerecht zu werden.

Auch in diesem Gesetzentwurf ist von einer zusätzlichen Besuchposition die Rede, die im Falle der Anwendung die Besuchposition aus dem Versorgungsstrukturgesetz ersetzt (SGB V - § 87 Abs. 2j).

Am 20.01.2012 haben BZÄK und KZBV eine gemeinsame Stellungnahme zum Referentenentwurf vorgelegt. In ihrer Stellungnahme beschränken sie sich auf die vorgesehenen Neuregelungen mit unmittelbarem Bezug auf die (vertrags-)zahnärztliche Versorgung. Unter anderem findet in der Stellungnahme auch der Einwand Dr. Ludwigs und Dr. Elsäfers im Brief an den KZBV-Vorsitzenden Dr. Fedderwitz bezüglich einer zusätzlichen Position für die aufsuchende Versorgung behinderter und pflegebedürftiger Personen im Versorgungsstrukturgesetz Eingang.

Inzwischen hat der Bundesrat das Pflege-Neuausrichtungsgesetz am 21. September 2012 abschließend beraten. Neben der Grundpflege und den hauswirtschaftlichen

Leistungen werden erstmalig Betreuungsleistungen in die Pflegeversicherung eingeführt, um insbesondere für Demenzerkrankte und ihre Angehörigen ein dringend notwendiges Hilfsangebot in der ambulanten Versorgung zur Verfügung zu stellen. Zugleich werden mehr Finanzmittel zur Bezahlung dieser Leistungen zur Verfügung gestellt.

Eine für die Zahnärzteschaft wichtige Änderung findet sich in SGB XI – § 114, der wie folgt geändert wird:

1. Vollstationäre Pflegeeinrichtungen sind ab dem 1. Januar 2013 verpflichtet, die Landesverbände der Pflegekassen unmittelbar nach einer Regelprüfung darüber zu informieren, wie die ärztliche, fachärztliche und zahnärztliche Versorgung sowie die Arzneimittelversorgung in den Einrichtungen geregelt sind. Sie sollen insbesondere hinweisen auf den Abschluss und den Inhalt von Kooperationsverträgen oder die Einbindung der Einrichtung in Ärztenetze sowie den Abschluss von Vereinbarungen mit Apotheken.
2. Änderungen hinsichtlich der ärztlichen, fachärztlichen und zahnärztlichen Versorgung sowie der Arzneimittelversorgung sind den Landesverbänden der Pflegekassen innerhalb von vier Wochen zu melden.

Im SGB V sind diese Kooperationsverträge unter § 119b bereits seit längerem erwünscht.

Kooperationen mit dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg kooperiert das AKA-Be-Projekt sehr erfolgreich mit der Heimaufsicht. Die Heimaufsicht führt in jeder Pflegeeinrichtung (idealerweise 1x pro Jahr) eine Begehung durch. Grundlage für die Begehung ist der so genannte Prüfleitfaden.

Zusammen mit dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Se-

nieren Baden-Württemberg hat der Arbeitskreis der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg auf Wunsch des Sozialministeriums Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge zu den Aspekten der Zahn-, Mund- und Zahnersatzpflege gemacht. Nahezu alle Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge wurden in die neue Version des Prüflleitfadens übernommen. Lediglich der individuelle Pflegeplan und das gesonderte Kommunikationsblatt Zahnarzt wurden aus praktischen Gründen nicht explizit implementiert. Dafür wurde aber noch ein wichtiger Punkt zur Inspektion der Mundhöhle zusätzlich mit aufgenommen.

Nicht zuletzt aufgrund der Änderungen im Prüflleitfaden des Sozialministeriums sind die Heimträger auf die Aktivitäten des AKABe BW aufmerksam geworden. Im Rahmen des Treffens der freien Wohlfahrtspflege am 19.10.2012 in Stuttgart konnte Dr. Ludwig das AKABe-Projekt vorstellen und weitere Kooperationsmöglichkeiten mit den Heimträgern erörtern. Dies ist umso beachtlicher, als der Arbeitskreis bereits 2002 versucht hat, mit den Trägerorganisationen Kontakt aufzunehmen und die Reaktionen damals sehr verhalten waren. Im Rahmen der Projektvorstellung hat Dr. Ludwig die Träger auch um eine Stellungnahme bezüglich der im SGB XI geplanten Kooperationsverträge, die nach dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz festgeschrieben sind, gebeten.

Das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg hat eine Studie zur „Evaluation des Gesundheitszustandes, der Lebensqualität und der ärztlichen Versorgungssituation von Menschen in Pflegeheimen sowie der Akzeptanz und Wirksamkeit von Interventionskonzepten zu ihrer Verbesserung“ initiiert. Es ist ein hoch dotiertes Forschungsprojekt und die erste repräsentative Studie zu diesem Thema in Baden-Württemberg. Das Forschungsprojekt ist auf eine Dauer von

mehreren Jahren angelegt und wird von einer Forschungsgruppe der Universität Heidelberg unter der Beteiligung der Abteilung für zahnärztliche Prothetik (Ärztl. Direktor Prof. Dr. Rammelsberg, Projektleitung Prof. Dr. Hasel, ZA Zenthöfer) durchgeführt.

Dem Engagement von Dr. Elmar Ludwig ist es zu verdanken, dass auch zahnmedizinische Aspekte in die Studie aufgenommen wurden. Die zahnmedizinische Intervention besteht aus einem modularen Baukastensystem mit einem Basismodul zur Mundhygiene, einem Modul Gesundheitsmonitoring zur Erkennung von Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten und einem Modul Prothesenhygiene mit Etablierung einer Prothesenreinigungsstation. Für die Schulungen wie auch für die Kommunikation und die zahnärztliche Versorgung werden die Lehr- und Lernmittel wie auch die Flyer und Formulare des AKABe BW zum Einsatz kommen. Auch die vom AKABe in Baden-Württemberg etablierten Versorgungsstrukturen der Landes Zahnärztekammer BW (Senioren- und Behindertenbeauftragte, Betreuungszahnärzte) sollen mit einbezogen werden.

AKABe-Versorgungsstrukturen: 500 Betreuungszahnärzte betreuen 140 stationäre Pflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg

Ansprechpartner des AKABe-Projektes der Kammer in den Kreisen sind die Senioren- und Behindertenbeauftragten, die erstmals 2007 für jeden Bezirk bestellt wurden und mit Beginn der neuen 15. Kammerperiode im kommenden Jahr durch die Bezirks Zahnärztekammern neu bestellt werden.

Die Senioren- und Behindertenbeauftragten fungieren als Ansprechpartner und Vermittler für die Angebote des AKABe-Projektes. Zweimal im Jahr treffen sich die Senioren- und Behindertenbeauftragten jedes Kreises im Beisein des Arbeitskreisvorsitzenden, um

die aktuellen Entwicklungen vor Ort zu besprechen. Viele an den kammereigenen Fortbildungseinrichtungen fortgebildete Zahnärztinnen und Zahnärzte sind als Senioren- und Behindertenbeauftragte in den Kreisen tätig. Wichtigste Kooperationspartner der Senioren- und Behindertenbeauftragten vor Ort sind die unteren Heimaufsichtsbehörden und die Gesundheitsfachdienste in den Landratsämtern. In vielen Kreisen gestaltet sich die Zusammenarbeit überaus positiv, so dass bei den Heimbegehungen durch die Heimaufsicht inzwischen auf das AKABe-Projekt, die Aktivitäten und das Angebot hingewiesen wird.

Über die vom AKABe in Baden-Württemberg etablierten Versorgungsstrukturen mit 41 Senioren- und Behindertenbeauftragten und fast 500 Betreuungszahnärzt/innen werden rund 140 stationäre Pflegeeinrichtungen im Land betreut.



In den Fortbildungsangeboten am ZFZ Stuttgart werden aus der Pflege Kommunikationsaspekte im Umgang mit dementiell erkrankten Menschen vermittelt.

Fortbildung von Zahnärzten und Team – Voraussetzung für eine flächendeckende Betreuung

Für die flächendeckende zahnärztliche Betreuung pflegebedürftiger Menschen ist es notwendig, sowohl die Zahnärztinnen und

Zahnärzte als auch die zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen fortzubilden.

Beide kammereigene Fortbildungseinrichtungen – das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart (ZFZ) und die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe (Akademie) – haben Kurse zur Alterszahnheilkunde im Rahmen der strukturierten Fortbildung etabliert.

Die Geriatrische Zahnheilkunde hat sich inzwischen als Standard-Curriculum beim ZFZ Stuttgart bewährt. Ab diesen Herbst wird das Curriculum neu strukturiert. Statt drei Vorträgen à 1,5 Stunden sind nun vier Referate à 75 Minuten geplant. Somit werden die medizinischen Referate noch stärker auf die praxisrelevanten Inhalte konzentriert. Vor allem aber werden nun den juristischen Aspekten, den Abrechnungsfragen, den Werkzeugen zur Polypharmazie und der Erstellung von Checklisten für den Hausbesuch als eigenständige Referate mehr Gewicht gegeben und die Ausarbeitungen der Landes Zahnärztekammer BW, die auf der Internetseite als Download eingestellt sind, besprochen.

Im Rahmen der strukturierten Fortbildung Alterszahnheilkunde bietet auch die Akademie Karlsruhe einen Kurs für Zahnärzte und zahnmedizinische Mitarbeiterinnen zum Thema ‚Alte Menschen gut versorgen – Alterszahnheilkunde in der Praxis‘ an. Unter anderem für den Aufbau dieses Kursangebotes im Format ‚Continuing Professional Development‘ hat die Akademie Karlsruhe Dr. Ludwig den Walther-Engel-Preis verliehen. Aus dem ersten Kurs ist von dem Moderator und Zahnarzt des CPD-Kurses, Ulrich Pauls, M. A. ein Computerprogramm entwickelt worden, mit dem die Mitarbeiterinnen auf der Grundlage der Medikamentenliste die für Zahnärzte wichtigsten Nebenwirkungen und Interaktionen schnell und übersichtlich patientenindividuell erstellen können.

Für zahnmedizinische Mitarbeiterinnen hat das ZFZ Stuttgart in Kooperation mit dem Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung einen eigenen Kurs ‚Der besondere Patient – Behandlung von Senioren und Menschen mit Einschränkungen‘ entwickelt. In diesem Jahr wurden die Leistungsmerkmale und Vorteile für die Praxis in der Kursbeschreibung weiter herausgearbeitet. Den zweiten Kurs im Mai dieses Jahres haben 16 Teilnehmerinnen erfolgreich absolviert.

Hilfestellung und Informationen online



Das Online-Informationsportal im Bereich Alters- und Behindertenzahnheilkunde: Der LZK-Internetauftritt.

Die Informationen des Arbeitskreises für Zahnärztinnen und Zahnärzte im Bereich Alters- und Behindertenzahnheilkunde befinden sich im LZK-Internetauftritt unter Zahnärzte – Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung sowie im geschlossenen passwortgeschützten Mitgliederbereich unter Arbeitsmittel Senioren- und Behindertenbeauftragte.

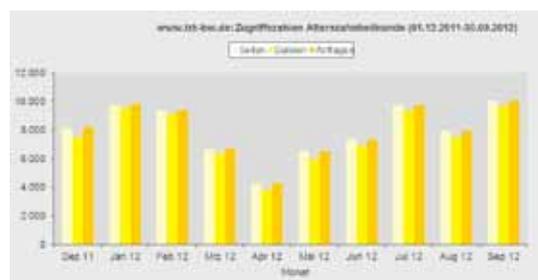
Im für alle zugänglichen Bereich Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung unter Zahnärzte wurden folgende Änderungen und Erweiterungen vorgenommen: Erstens im „Formular zur Abrechnung von Besuchsleis-

tungen - von der Anfrage bis zum Abschlussbericht“ unter ‚Recht und Abrechnung‘ wurden mit Stand vom 14.01.2012 die Änderungen der neuen GOZ eingearbeitet.

Zweitens wurde der Zahnärztliche Überleitungsbogen unter ‚Flyer und Formulare‘ einer Überarbeitung unterzogen (u. a. Mobilität, Biografie-Stichwort).

Des Weiteren wurde die Rubrik ‚Barrierefreiheit‘ neu geordnet. Unter anderem finden sich hier nun unter dem Stichwort ‚Demenz – Zugang und Umgang‘ eine Kurzübersicht zum Thema Demenzformen sowie grundsätzliche Aspekte der Kommunikation mit demenziell erkrankten Menschen. Weiterhin ist als neues Arbeitsmittel „Materialchecklisten für Hausbesuche“, die im Rahmen des Mitarbeiterinnenkurses „Der besondere Patient“ erstellt wurden, eingestellt.

Bei den Vortrags- und Filmkommentierungen wurde das Pflegeritual als Vortrags- und als Skriptversion jeweils im PDF-Format eingestellt. Dieses Werkzeug wurde im Rahmen der Altenpflegeausbildung entwickelt und ist für die Impulsschulungen in den Einrichtungen von großem zusätzlichem Nutzen.



Fast 80.000 Zugriffe konnte der Bereich Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung im LZK-Webauftritt von Dezember 2011 bis September 2012 verzeichnen.

Behindertenzahnheilkunde

In der zahnärztlichen Betreuung von Menschen mit Behinderungen hat die Landes-zahnärztekammer in diesem Jahr große Fortschritte gemacht.

Zahlen, Daten, Fakten – sowohl in der zahnärztlichen Öffentlichkeitsarbeit als auch in der Politikberatung spielen belastbare statistische Daten eine immer größere Rolle. In seiner März-Sitzung hat sich der Arbeitskreis daher dafür ausgesprochen, eine Umfrage zur Erfassung der Versorgung von Patienten mit Behinderungen in BW durchzuführen. Die Umfrage basiert auf einem Fragebogen des Instituts der Deutschen Zahnärzte (IDZ), der von Prof. Schulte und Dr. Elsässer um die Situation erwachsener Behinderter erweitert wurde. Über die Rundschreiben der Bezirks-zahnärztekammern wurde der Fragebogen mit einem Anschreiben an die baden-württembergische Zahnärzteschaft versendet. Im ZBW wurde mit einem Beitrag von Dr. Elsässer auf die Umfrage hingewiesen. Weitere Fragebögen wurden bei der ZFZ-Winterakademie verteilt. Die Auswertung der Umfrage hat die Universität Heidelberg übernommen.

Prof. Schulte wird einen Teil der Umfrageergebnisse auf dem Weltkongress der International Association for Disability and Oral Health (IADH) in Australien in diesem Jahr präsentieren. Zu den wichtigsten Ergebnissen zählen:

- Deutsche Zahnärzte empfinden die Behandlung von Menschen mit Behinderung als belastend.
- Interessanterweise empfinden Zahnärzte die Behandlung belastender als Zahnärztinnen.
- Im Studium wird unzureichend in Bezug auf die Behandlung Behinderter ausgebildet.

- Nur die Hälfte erwirbt durch Fortbildung gute Kenntnisse über die Behandlung Behinderter.
- Behindertenbehandlung muss Teil des Zahnheilkunde-Curriculums werden.
- Fortbildungen müssen verbessert werden.

Der Weltkongress der IADH im Jahr 2014 wird in Deutschland stattfinden. Der Referent für Behindertenzahnheilkunde der Landes-zahnärztekammer, Dr. Guido Elsässer ist in das wissenschaftliche Komitee der Tagung eingebunden und wird zudem für die Konzeption des Fortbildungsprogramms für das Praxisteam zuständig sein. Es ist ein Intensivseminar „Behindertenzahnheilkunde konkret“ geplant. Der LZK-Vorstand hat daraufhin beschlossen, Dr. Elsässer in seiner Funktion als Referent für Behindertenzahnheilkunde der Landes-zahnärztekammer BW auch ganz offiziell zum Weltkongress des IADH vom 2 bis 4. Oktober 2014 in Berlin zu entsenden.



Das Problem der zahnmedizinischen Versorgung von Patienten mit geistiger und Schwerstmehrfachbehinderung besteht in der oftmals eingeschränkten Mundhygienefähigkeit und in der reduzierten Kooperationsfähigkeit bei der zahnärztlichen Behandlung.

Dr. Elsässer hat mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Angehörigenvertretungen in Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung in Baden-Württemberg e. V. (LAG AVMB BW) eine Informationsschrift zum

Thema Menschen mit geistiger Behinderung im Krankenhaus und beim Zahnarzt entwickelt. Grund für die Kooperation war, die Problematik „Zahngesundheit und Zahnbehandlungen bei Menschen mit Behinderung“ auch den Angehörigen vermitteln, um diese für die Thematik zu sensibilisieren. Der Flyer soll nun in zwei grafischen Versionen erscheinen. Zum einen reiht er sich in die Handreichungen der Landesarbeitsgemeinschaft ein (u. a. ist auch eine Handreichung zum Thema „Menschen mit Behinderung im Krankenhaus“ erschienen), zum anderen ergänzt er die Flyer zum Betreuungskonzept der Landes Zahnärztekammer. Der Flyer wird dann sowohl zum Download auf der LZK-Internetseite als auch bei Informationsveranstaltungen der Kammer und des Informationszentrum Zahngesundheit in gedruckter Form zur Verfügung stehen.

Nachdem es dem Arbeitskreis durch die Kooperation mit der Konferenz der privaten Altenpflegeschulen in Baden-Württemberg gelungen ist, Module der Zahn, Mund- und Zahnersatzpflege in die Aus- und Fortbildung der Altenpfleger zu integrieren, ist der AKABe jetzt auf dem Weg zu einem neuen Pilotprojekt in der Heilerziehungspflege: In Kooperation mit der Ludwig-Schleich-Akademie Waiblingen werden die vorhandenen Ausbildungsmodule zur Altenpflege in den kommenden Wochen von Dr. Elsässer für die Heilerziehungspflege-Ausbildung modifiziert und um behindertenspezifische Themen erweitert.

Die Heilerzieherpflege-Ausbildung umfasst nicht nur Themen zur Pflege und Gesundheit, sondern auch pädagogische Themen. Daher ist der mögliche Zeitrahmen für Unterrichtseinheiten zur Zahngesundheit enger als in der Altenpflegeausbildung. Möglicherweise werden im 1. Ausbildungsjahr zweimal fünf Stunden und im 2. Ausbildungsjahr nochmals fünf Stunden zur Verfügung zu stellen. Damit könnte ein Modul „Basiswissen“, ein Modul

„Aufbauwissen“ und ein Vertiefungsmodul integriert werden.

Koordinierungskonferenz

Jedes Jahr findet eine kombinierte Koordinierungskonferenz der Bundeszahnärztekammer für die Referenten für Alters- und Behindertenzahnheilkunde und der Referenten für Präventive Zahnheilkunde statt. Am 23. März 2012 fand die diesjährige Koordinierungskonferenz in Mainz statt. Vonseiten des Arbeitskreises nahmen Dr. Guido Elsässer (Behindertenzahnheilkunde), und Dr. Renate Lüllwitz-Hoch (Prophylaxe) an der Konferenz teil. Wie in den Vorjahren, bereicherte die Delegation aus Baden-Württemberg die Konferenz mit zahlreichen Vorschlägen und Diskussionsbeiträgen.

Auf der Tagesordnung der Koordinierungskonferenz stand unter anderem das Thema einer Umfrage zur Erfassung der Versorgung von Patienten mit Behinderungen. Zielsetzung dieser Initiative von Dr. Elsässer ist es, die LZK-Umfrage auch in anderen Länderkammern durchzuführen und möglicherweise ein Gesamtergebnis aller Bundesländer beim IADH-Kongress in Berlin 2014 zu präsentieren.

Patientenberatung

Das Umfeld Patientenberatung in Deutschland hat sich mit dem Informations- und Beratungsangebot an Verbraucher sowie Patienten der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung durch die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) maßgeblich verändert. Durch das geplante Patientenrechtegesetz sind Patientenorientierung und Patientenberatung auch in den Fokus der Politik gerückt.

Um in diesem veränderten Umfeld als „player“ mit zu gestalten, gilt es, den Bekanntheitsgrad und die Leistungen des umfangreichen Netzwerkes an Patientinformation, Patientenberatung, zahnärztlicher Zweitmeinung, Gutachterwesen und Schlichtungsstellen der Zahnärzteschaft in Deutschland zu erhöhen und publik zu machen. Dazu haben der Berufsstand sowie insbesondere die Körperschaften und Träger der zahnmedizinischen Patientenberatung in Baden-Württemberg mehrere Initiativen ergriffen.

Ausweitung der telefonischen Patientenberatung bewährt

Auf der Grundlage des vom Verwaltungsrat des Informationszentrum Zahngesundheit und vom Geschäftsführenden Ausschuss des Informationszentrum Zahngesundheit in Auftrag gegebenen Strategiekonzeptes zur Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Patientenberatung in Baden-Württemberg, wurde als erster Schritt die telefonische Patientenberatung ausgeweitet und findet seit Anfang des Jahres jeden Mittwoch von 14.00 bis 18.00 Uhr statt. Jedes Zahnärzteshaus setzt zwei Patientenberater ein, sodass jeden Mittwoch acht Beratungszahnärzte die Hotline bedienen.

Der Informationsbedarf der Patienten in Baden-Württemberg zu Fragen der Zahn- und Mundgesundheit ist stetig hoch, was sich unter anderem durch die hohe Anzahl an geführten telefonischen Beratungen über die Jahre zeigt. In diesem Jahr wird die Anzahl

an telefonischen Beratungsgesprächen einen neuen Spitzenwert erreichen, da bereits im ersten Halbjahr mit fast 1.500 geführten Gesprächen mehr telefonische Beratungen stattgefunden haben als in den meisten Vorjahren im gesamten Jahr. Damit bestätigt sich der eingeschlagene Weg der Ausweitung der telefonischen Patientenberatung seit Anfang des Jahres.

Beratungspool erweitert – Intensivtraining der Akademie Karlsruhe für neue Beratungszahnärzte



Das Intensivtraining für neue Beratungszahnärzte wird erneut von Prof. Michael Dick geleitet.

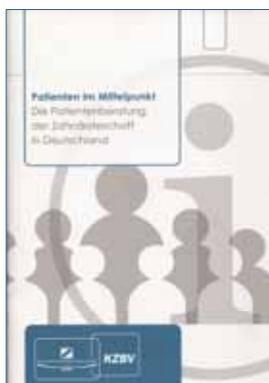
Um die Hotline der zahnmedizinischen Patientenberatung jeden Mittwoch mit acht Beratungszahnärzten besetzen zu können, war es erforderlich, zusätzliche Beratungszahnärztinnen und -zahnärzte zu gewinnen. 19 Zahnarzt/innen sind zum Beraterpool hinzu gestoßen. Mit einem Intensivtraining werden die neuen Beratungszahnärzte im November für ihre Aufgabe qualifiziert. Dabei geht es weniger um eine fachliche Qualifizierung als vielmehr um eine Schulung der beraterischen, sozialen und persönlichen Kompetenzen. In Anknüpfung an das Beratertraining im vergangenen Jahr, wird auch in diesem Jahr die Intensivschulung von der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe durchgeführt werden. Das Training wird auf den Ergebnissen der vorange-

MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES PATIENTENBERATUNG/ ZWEITMEINUNG

Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen, LZK BW, Vorsitzender
Christian FINSTER, Stuttgart, KZV BW
Dr. Ute MAIER, Stuttgart, KZV BW
Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch, LZK BW
Dr. Bernd STOLL, Albstadt, LZK BW

gangenen Fortbildung aufbauen und die Handlungspfade der Patientenberater weiterentwickeln. Zudem sollen wissenschaftliche Ergebnisse zur Patientenberatung kommuniziert und zur Verbesserung der Handlungs-routinen eingesetzt werden. Hierzu gehört insbesondere auch die Kenntnisnahme der Zufriedenheit der beratenen Patienten.

Informationsbroschüre Patienten im Mittelpunkt



Die Patientenberatung der Zahnärzteschaft in Deutschland wird in der neuen Broschüre dargestellt.

Der Patient steht im Mittelpunkt zahnärztlichen Handelns. Neben der Beratung der Patienten in der Zahnarztpraxis ist die fachlich kompetente Patientenberatung durch die zahnärztliche Selbstverwaltung ein weiterer Baustein patientenorientierter Zahnmedizin. „Patienten im Mittelpunkt – Die Patientenberatung der Zahnärzteschaft in Deutschland“, so lautet der Titel der neuen Informationsbroschüre, die die Bundesorganisationen aufgelegt haben, ausgehend von einer Initiative der Länder Westfalen-Lippe, Hamburg und Baden-Württemberg. Die Broschüre stellt das Leitbild und die Grundprinzipien der zahnärztlichen Beratungseinrichtungen vor, gibt einen Überblick über das Beratungsspektrum und informiert über die Maßnahmen der zahnärztlichen

Selbstverwaltung zu Management und Qualität der Beratungsleistungen. Vorrangig an Politik und Öffentlichkeit gerichtet, bildet die Broschüre die Grundlage für die politische Arbeit auch in Baden-Württemberg

Sven Tschoepe, Leiter der BZÄK-Abteilung Versorgung und Qualität, stellte die Informationsbroschüre bei der Koordinierungskonferenz Öffentlichkeitsarbeit im September in Eisenach vor. Sven Tschoepe betonte auch die Notwendigkeit, dieser Positionierung der Profession weitere Schritte folgen zu lassen, insbesondere im Bereich der einheitlichen EDV-gestützten statistischen Datenerfassung, um den ‚playern‘ im Bereich der Patientenvertretung adäquat begegnen zu können.

Die Patientenbroschüre scheint das beabsichtigte Ziel erreicht zu haben: So haben der Kommunikationsstab des Bundesministerium für Gesundheit sowie die Verantwortlichen der Verbraucherzentrale Bundesverband bereits Exemplare nachgeordert. Von anderer Seite wie der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag wurde die Broschüre ebenfalls anerkennend gelobt.

Kooperation mit der regionalen Beratungsstelle Stuttgart der UPD in Trägerschaft des VdK BW e. V.

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) ist die einzige in der Politik als neutrale Patientenberatungsstelle anerkannte Organisation. Für die Zahnärzteschaft stellt die zahnmedizinische Patientenberatung eine primäre standespolitische Aufgabe dar, um das Vertrauen in die gesamte Profession und in den einzelnen Zahnarzt zu stärken. Der zahnärztliche Berufsstand sieht mit der Patientenberatung die Möglichkeit auf der Basis des zahnärztlichen Sach- und Fachverständes Profil zu gewinnen. Aus diesem Grund ist

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

**Andrea MADER
Kathrin MÖLLER**

ZUSTÄNDIGKEIT INFORMATIONSZENTRUM ZAHNGESUNDHEIT (IZZ)

Johannes CLAUSEN, Leiter IZZ, ständiger Gast

den Trägern der zahnmedizinischen Patientenberatung in Baden-Württemberg – Kammer und Kassenzahnärztlichen Vereinigung – an einer Zusammenarbeit mit der UPD sehr gelegen



Die Zahnmedizinische Patientenberatung Baden-Württemberg strebt einen Kooperationsvertrag mit der regionalen Beratungsstelle Stuttgart der UPD an.

Bei einem Gesprächstermin am 02.11.2011 in der KZV-Hauptverwaltung haben Herr Pfeil vom VdK BW, Hr. Finster und Dr. Bühler über den Entwurf einer Kooperationsvereinbarung zwischen der regionalen Beratungsstelle Stuttgart der UPD in Trägerschaft des VdK BW e. V. mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung BW bzw. Landes Zahnärztekammer BW beraten. Eine zwischen Christian Finster und Dr. Bühler abgestimmte Version der Kooperationsvereinbarung wurde bereits Ende des Jahres 2011 über Herrn Finster offiziell an den VdK BW e. V. übergeben. Danach erfolgte bis September keine Reaktion seitens der UPD bzw. des VdK. In einem Schreiben äußerte der VdK Bedenken, dass durch eine Verweisungsverpflichtung dem Postulat des Gesetzgebers nach Unabhängigkeit der Beratung nicht nachgekommen werden könnte. Kammer und Kassenzahnärztlichen Vereinigung als

Träger der zahnmedizinischen Patientenberatung BW werden dem mit einer Umformulierung im Kooperationsvertrag Rechnung tragen und erneut auf den VdK zugehen, um noch in diesem Jahr den Kooperationsvertrag unterzeichnen zu können.

Neustrukturierung der Zahnmedizinischen Patientenberatung: Eigenständige Einrichtung ‚Zahnmedizinische Beratungsstellen‘ favorisiert

Bereits seit Oktober 2011 machen sich die Träger der zahnmedizinischen Patientenberatung Baden-Württemberg - Landes Zahnärztekammer BW und Kassenzahnärztliche Vereinigung BW - Gedanken über eine Neustrukturierung der Patientenberatung.

Die Kassenzahnärztliche Vereinigung BW hatte bereits Ende 2011 angekündigt, nicht mehr mit zwei Vorstandsmitgliedern im gemeinsamen Arbeitskreis Patientenberatung/Zweitmeinung vertreten sein zu wollen. Hintergrund des Rückzugs ist die Tatsache, dass die Beschlüsse des Arbeitskreises nur empfehlenden Charakter haben und in den Vorständen beider Organisationen nochmals getrennt beraten, übernommen oder ggf. abgelehnt werden können. Dies erachtet die Kassenzahnärztliche Vereinigung als nicht effektiv und hat daher angeregt, ein Gremium zu installieren - ähnlich dem IZZ-Verwaltungsrat -, in dem gemeinsame verbindliche Beschlüsse getroffen werden könnten.

Im Juli dieses Jahres hat die Kassenzahnärztliche Vereinigung diese Anregungen konkretisiert und einen Vorschlag für eine Entscheidungsstruktur speziell für die zahnärztliche Patientenberatung in BW unterbreitet: Diese könnte nach Auffassung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung eine eigenständige Einrichtung

„Zahnmedizinische Beratungsstellen“ sein oder eine organisatorische Anbindung an eine bestehende Einrichtung, das Informationszentrum Zahngesundheit.

Der LZK-Vorstand hat sich in seiner Sitzung am 19. Oktober dem Vorschlag der Kassenzahnärztlichen Vereinigung BW für eine eigenständige Einrichtung "Zahnmedizinische Beratungsstellen" angeschlossen und wird in den kommenden Wochen auf die Kassenzahnärztlichen Vereinigung zugehen, um die konkrete Ausgestaltung der neuen Einrichtung zu beraten.

Patientenrechtegesetz

Am 16. Januar 2012 haben das Bundesministerium der Justiz (BMJ) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) einen Referentenentwurf für das Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten vorgelegt. Der Entwurf orientierte sich eng an dem Eckpunktepapier des BMJ, des BMG und des Patientenbeauftragten der Bundesregierung vom April 2011. Am 15. März 2012 führten die beteiligten Bundesministerien der Justiz und für Gesundheit eine erste Verbändeerörterung durch, bei der die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) vertreten waren. BZÄK und KZBV haben eine gemeinsame Stellungnahme zum Referentenentwurf des Patientenrechtegesetzes erarbeitet.

Am 23. Mai 2012 hat das Kabinett einen Entwurf für ein Patientenrechtegesetz vorgelegt. Mit Blick auf diesen Kabinettsentwurf verwiesen Bundeszahnärztekammer und Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung in einer gemeinsamen Pressemitteilungen auf die Besonderheiten der zahnmedizinischen Versorgung:

„Die Verschärfungen im Bereich der Dokumentation, Einwilligung und Aufklärung reduzieren die Behandlungszeit, dies kommt

dem Patienten nicht zu Gute. Bei allem Verständnis für eine Bündelung der verschiedenen Rechtsgrundlagen: Hier schießt der Gesetzgeber über das Ziel hinaus ohne den Versorgungsalltag im Blick zu haben, so der BZÄK-Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel.

Der Vorsitzende des Vorstandes der KZBV, Dr. Jürgen Fedderwitz, erklärte: „Die Absicht des Gesetzgebers, Patientenrechte zu ordnen und zu kodifizieren, begrüßen wir. Aber in der Umsetzung hapert es an einigen Stellen. Es ist zwar erfreulich, dass die Krankenkassen zukünftig Entscheidungen über beantragte Therapien nicht mehr beliebig verzögern können. Aber leider führt die Einführung enger Fristen dazu, dass das bewährte Gutachterverfahren im zahnmedizinischen Bereich ausgehebelt wird.“

Positiv bewerteten BZÄK und KZBV, dass einer generellen Beweislastumkehr und einer verschuldensunabhängigen Haftung eine Absage erteilt wurde. Diese hätten zu einer Defensivmedizin geführt. Auch die Schaffung eines Entschädigungsfonds oder einer Stiftung für Härtefälle war kein Thema mehr.



Die Verschärfungen im Bereich der Dokumentation im Kabinettsentwurf für ein Patientenrechtgesetz kommen den Patienten nicht zu Gute.

In Ergänzung zur gemeinsamen Pressemitteilung wies die BZÄK auf zwei neu hinzugekommene Regelungen im Bereich

des Behandlungsvertrages im BGB hin: Nach Satz 2 in § 630c Abs. 3 bleiben neben der Belehrungspflicht in Textform über möglich Zuzahlungsverpflichtungen im Zuge der Behandlung bestehende weitergehende Formanforderungen aus anderen Vorschriften unberührt. Ausweislich der Gesetzesbegründung bestehen hierzu auch Formvorschriften im Krankenhausentgeltgesetz und im Bundesmantelvertrag Ärzte. Die Regelung betrifft die Zahnärzte daher nicht. Neu ist ferner der Satz 2 in § 630e Abs. 2, der die Verpflichtung ausspricht, dem Patienten Abschriften von Unterlagen, die er im Zusammenhang mit der Aufklärung oder Einwilligung unterzeichnet hat, auszuhändigen. Die Regelung begründet zwar eine zusätzliche bürokratische Belastung; allerdings sind Zahnärzte schon heute gut beraten, ihren Patienten Abschriften derartiger Unterlagen auszuhändigen.

„Mit dem Patientenrechtegesetz schaffen wir eine einheitliche gesetzliche Grundlage für die Ansprüche der Patienten und sorgen für mehr Klarheit und Transparenz im Gesundheitswesen“, sagte Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr am 28. September im Deutschen Bundestag anlässlich der ersten Beratung zum Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten stand dann im Mittelpunkt einer weiteren gemeinsamen öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Gesundheit und des Rechtsausschusses am Montag, 22. Oktober 2012.

Der Regierungsentwurf sieht unter anderem vor, die Information und Beteiligung der Patienten zu verbessern und ihre Rechte gegenüber den Anbietern von Gesundheitsleistungen zu stärken. Die Regierung will die Chancen von Patienten bei der Durchsetzung

möglicher Schadensersatzansprüche aufgrund von Behandlungsfehlern verbessern. Bei der Verfolgung von Schadensersatzansprüchen aus Behandlungsfehlern sollen Patienten zudem künftig stärker von ihren Krankenkassen unterstützt werden.

Gegenstand der Anhörung waren auch Anträge der SPD, der Linksfraktion und von Bündnis 90/Die Grünen. Die SPD will die so genannten Individuellen Gesundheitsleistungen eindämmen. Bei Individuellen Leistungen, die der Patient bezahlen muss, soll nach dem Willen der SPD grundsätzlich ein schriftlicher Behandlungsvertrag geschlossen werden müssen.

Die Linke wünscht sich für ein Patientenrechtegesetz, dass der Patient Behandlungsmethode, Behandlungsort und den behandelnden Arzt frei auswählen kann. Auch will die Fraktion den Patientenbeauftragten der Bundesregierung durch einen Patientenbeauftragten des Bundestages ersetzen.

Die Grünen wollen, dass Patienten das Recht auf rechtzeitige und vollständige Aufklärung und Beratung über Diagnose und geplante Behandlung erhalten. Dies müsse in einem standardisierten Protokoll nachgewiesen werden und dürfe nicht zu einer Haftungsbeschränkung führen, heißt es weiter. Auch sollten Patienten in die Dokumentation der Heilbehandlung Einsicht nehmen können. Unten den geladenen Sachverständigen waren auch die BZÄK und KZBV vertreten.

Im November findet die zweite und dritte Lesung statt, so dass das Gesetz nach dem Willen der Bundesregierung zum 01.01.2013 in Kraft treten kann.

Patientenrechtegesetz: Aktivitäten auf Landesebene

Die Rechtsabteilung der Landeszahnärztekammer BW hat eine juristische Analyse des Referentenentwurfes vorgenommen. In

tabellarischer Form finden sich zu den wichtigsten Themen des Entwurfs eine synoptische Gegenüberstellung der bisherigen Rechtslage/ Rechtsprechung und des geplanten Patientenrechtgesetzes - versehen mit einer kurzen Stellungnahme bzw. Bewertung.

Der Arbeitskreis hat in seiner Sitzung am 26. April die Auffassung vertreten, dass das Vertrauen der Patienten in die fachliche und menschliche Kompetenz des Zahnarztes nicht durch gesetzliche Regelungen erreicht werden kann. Anstelle eines Patientenrechtgesetzes ist eine sinnvolle Weiterentwicklung der Patientenrechtecharta, in der die wechselseitigen Rechte und Pflichten von Ärzten und Patienten formuliert werden, zu befürworten. Das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient müsse geschützt bleiben und dürfe nicht durch den Staat ausgehöhlt werden.

Nachfolgend finden sich die statistischen Auswertungen der in den Zahnärzتهäusern stattgefundenen allgemeinen Patientenberatungen und der Zweitmeinungsberatungen, deren Dokumentation und Auswertung die Bezirkszahnärztekammern der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg monatlich übermitteln. Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation wertet die monatlichen Erhebungsbögen aus und führt sie jährlich in der nachfolgenden Auswertung zusammen.

Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

(Erhebungszeitraum 01.10.2011 bis 30.09.2012)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern. Da nicht immer alle Angaben auf den Bögen vollständig sind, differieren teilweise die Gesamtzahlen.

1. Beratungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK Tü	LZK BW
Beratungen	bisher durchgeführt	685	378	682	524	2.269
	davon persönlich					
	davon schriftlich					
	davon telefonisch	685	378	682	524	2.269
2. Ratsuchende/r						
weiblich	Insgesamt	496	265	468	341	1.570
	zwischen 0 – 15 Jahre	8	8	19	16	51
	zwischen 16 – 30 Jahre	21	9	31	22	83
	zwischen 31 – 40 Jahre	62	34	63	29	188
	zwischen 41 – 50 Jahre	87	65	105	68	325
	zwischen 51 – 60 Jahre	162	66	86	59	373
	älter als 60 Jahre	156	83	164	147	550
männlich	Insgesamt	189	113	214	183	699
	zwischen 0 – 15 Jahre	5	2	3	10	20
	zwischen 16 – 30 Jahre	13	5	11	15	44
	zwischen 31 – 40 Jahre	13	7	17	13	50
	zwischen 41 – 50 Jahre	33	29	34	30	126
	zwischen 51 – 60 Jahre	35	18	47	43	143
	älter als 60 Jahre	90	52	96	72	310

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche aus den Regierungsbezirken	Anzahl				Gesamt
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
3. Herkunft Ratsuchende/r					
Regierungsbezirk Freiburg					
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	8	3	13	5	29
Landkreis Emmendingen	1		18	4	23
Stadtkreis Freiburg	37	21	69	42	169
Landkreis Konstanz	10	3	16	20	49
Landkreis Lörrach	19	18	25	16	78
Ortenaukreis	26	16	36	22	100
Landkreis Rottweil	8	7	11	10	36
Schwarzwald-Baar-Kreis	13	10	13	12	48
Landkreis Tuttlingen	14	1	2	2	19
Landkreis Waldshut	4	1	8	4	17
Regierungsbezirk Karlsruhe					
Stadtkreis Baden-Baden und Landkreis Rastatt	13	7	13	11	44
Landkreis Calw	9	3	22	7	41
Landkreis Freudenstadt	3	2		5	10
Stadtkreis Heidelberg	20	6	12	8	46
Stadtkreis Karlsruhe und Landkreis Karlsruhe	53	21	38	58	170
Stadtkreis Mannheim	21	6	19	17	63
Neckar-Odenwald-Kreis	1	3	2	6	12
Stadtkreis Pforzheim und Enzkreis	6	12	13	16	47
Rhein-Neckar-Kreis	5	4	6	3	18

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche aus den Regierungsbezirken	Anzahl				Gesamt
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
Regierungsbezirk Stuttgart					
Landkreis Böblingen	27	12	15	7	61
Landkreis Esslingen	44	17	15	37	113
Landkreis Göppingen	10	8	13	15	46
Heidenheim	4	1		4	9
Stadtkreis Heilbronn und Landkreis Heilbronn	30	16	31	23	100
Hohenlohekreis	2	2	3	2	9
Landkreis Ludwigsburg	38	18	18	33	107
Ostalbkreis	11	10	2	5	28
Rems-Murr-Kreis	16	10	5	16	47
Landkreis Schwäbisch Hall	5	8	3	8	24
Stadtkreis Stuttgart	64	36	108	61	269
Tauberkreis	3		5		8
Regierungsbezirk Tübingen					
Alb-Donau-Kreis	3	1	2	2	8
Landkreis Biberach	9	5	9	10	33
Bodenseekreis	18	23	18	18	77
Landkreis Ravensburg	10	9	11	6	36
Landkreis Reutlingen	17	10	20	14	61
Sigmaringen	6	1	2	5	14
Landkreis Tübingen	128	12	28	28	196
Stadtkreis Ulm	8	6	14	6	34
Zollernalbkreis	9	5	3	4	21
sonstige Kammerbereiche	1				1
Gesamt BZK Stuttgart	734				
Gesamt BZK Karlsruhe		354			
Gesamt BZK Freiburg			661		
Gesamt BZK Tübingen				572	
Gesamt LZK BW					2.321

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
4. Schwerpunkte der Beratung						
	Ästhetische Zahnheilkunde	11	2	7	5	25
	Allg. zahnärztliche Fragen	50	21	42	22	135
	Amalgam	7	7	6	3	23
	Chirurgie	55	6	42	26	129
	Festzuschüsse	11	3	3	2	19
	Funktionslehre, Kiefergelenke	23	14	16	19	72
	Honorarhöhe	79	44	18	34	175
	Hypnose	1				1
	Implantologie	150	70	130	119	469
	KFO	42	41	51	58	192
	Kinderzahnheilkunde	4	2	5	3	14
	KONS/Füllungstherapie	68	35	61	63	227
	PAR	44	20	48	33	145
	Prophylaxe	31	3	18	19	71
	Versiegelung	3	2	1		6
	Zahnersatz	294	130	242	270	936
	Auslandszahnersatz	8	2	6		16
	Zahnarztwechsel	39	7	25	22	93
	Sonstiges	181	58	161	68	468
5. Reaktion						
	positiv	597	338	491	464	1890
	negativ	5	3	1	5	14
	keine Reaktion	55	37		72	164
6. Verweis auf						
Zweitmeinungsmodell	In wie viel Fällen erfolgt?	125	90	152	89	456
Gutachterverfahren	In wie viel Fällen erfolgt?	52	19	36	69	176

Erhebungsbogen „Zweitmeinungsberatung“

(Erhebungszeitraum 01.10.2011 bis 30.09.2012)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern. Da nicht immer alle Angaben auf den Erfassungsbögen vollständig sind, differieren teilweise die Gesamtzahlen.

1. Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
Beratungen	Bisher durchgeführt	374	96	123	145	738
	davon persönlich	374	96	123	140	733
Anlass	Zweitmeinung	374	96	123	128	721
	Erläuterung Behandlungsplan	33	21	44	8	106
	Erläuterung Honorarplan	26	11	5	6	48
2. Untersuchung						
	In wie vielen Fällen erfolgt?	374	87	123	125	709
3. Angaben zum Patienten						
Weiblich	Insgesamt	258	64	83	92	497
	zwischen 0 - 15 Jahre	15	12	17	18	62
	zwischen 16 - 30 Jahre	16	13	2	7	38
	zwischen 31 - 40 Jahre	14	3	1	6	24
	zwischen 41 - 50 Jahre	41	11	6	7	65
	zwischen 51 - 60 Jahre	53	6	21	18	98
	älter als 60 Jahre	129	19	36	29	213
Männlich	Insgesamt	104	32	40	49	225
	zwischen 0 - 15 Jahre	5	6	6	15	32
	zwischen 16 - 30 Jahre	6	5	2	2	15
	zwischen 31 - 40 Jahre	7	1	1	3	12
	zwischen 41 - 50 Jahre	7	8	3	4	22
	zwischen 51 - 60 Jahre	16	3	2	7	28
	älter als 60 Jahre	57	9	26	16	108

Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

4. Herkunft Patienten	Anzahl				Gesamt LZK BW
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
Regierungsbezirk Freiburg					
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald			7		7
Landkreis Emmendingen			26		26
Stadtkreis Freiburg			49		49
Landkreis Konstanz			5	1	6
Landkreis Lörrach			9		9
Ortenaukreis			18		18
Landkreis Rottweil				1	1
Schwarzwald-Baar-Kreis			5		5
Landkreis Tuttlingen			2		2
Landkreis Waldshut			2		2
Regierungsbezirk Karlsruhe					
Stadtkreis Baden-Baden und Landkreis Rastatt	1	17			18
Landkreis Calw	2	5		2	9
Landkreis Freudenstadt	1			4	5
Stadtkreis Heidelberg		3			3
Stadtkreis Karlsruhe und Landkreis Karlsruhe		35			35
Stadtkreis Mannheim		15			15
Neckar-Odenwald-Kreis		3			3
Stadtkreis Pforzheim und Enzkreis	6	6			12
Rhein-Neckar-Kreis		9			9

Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

4. Herkunft Patienten	Anzahl				Gesamt
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
Regierungsbezirk Stuttgart					
Landkreis Böblingen	28			2	30
Landkreis Esslingen	53			3	56
Landkreis Göppingen	10				10
Landkreis Heidenheim	2				2
Stadtkreis Heilbronn und Landkreis Heilbronn	22				22
Hohenlohekreis	5				5
Landkreis Ludwigsburg	57				57
Ostalbkreis	3				3
Rems-Murr-Kreis	41				41
Landkreis Schwäbisch Hall	2				2
Stadtkreis Stuttgart	137				137
Regierungsbezirk Tübingen					
Alb-Donau-Kreis				1	1
Biberach				1	1
Bodenseekreis				7	7
Landkreis Ravensburg				4	4
Landkreis Reutlingen				36	36
Sigmaringen					
Landkreis Tübingen				66	66
Stadtkreis Ulm				1	1
Zollernalbkreis				10	10
Gesamt BZK Stuttgart	370				
Gesamt BZK Karlsruhe		93			
Gesamt BZK Freiburg			123		
Gesamt BZK Tübingen				139	
Gesamt LZK BW					725

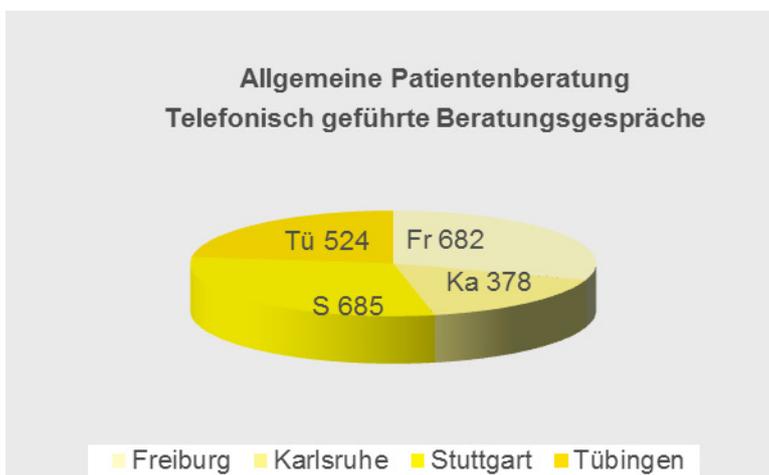
Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
5. Woher ist die Zweitmeinung bekannt?						
	Krankenkasse	96	39	53	30	218
	Zeitung	49	7	35	7	98
	Zahnärztin/ Zahnarzt	49	16	5	41	111
	Sonstiges	152	35	30	31	248
6. Unterlagen						
	Vom Patienten vorgelegt	320	69	52	98	539
	Beim Behandler angefordert		8		1	9
7. Themenbereiche						
	Ästhetische Zahnheilkunde	4	1		4	9
	Allgemeine zahnärztliche Fragen	15	5	12	9	41
	Amalgam				1	1
	Chirurgie	33	3	2	7	45
	Festzuschüsse	5	2		1	8
	Funktionslehre, Kiefergelenke	10	5	2	7	24
	Honorarhöhe	47	9	46	6	108
	Hypnose					
	Implantologie	154	20	57	41	272
	KFO	33	38	23	43	137
	Kinderzahnheilkunde	1				1
	KONS/ Füllungstherapie	32	3	2	17	54
	PAR	40	1	7	10	58
	Prophylaxe	5			3	8
	Zahnersatz	257	53	89	79	478
	Auslandszahnersatz	10	4		2	16
	Zahnarztwechsel	9	3	2	1	15
	Sonstiges	28	1	1	6	36

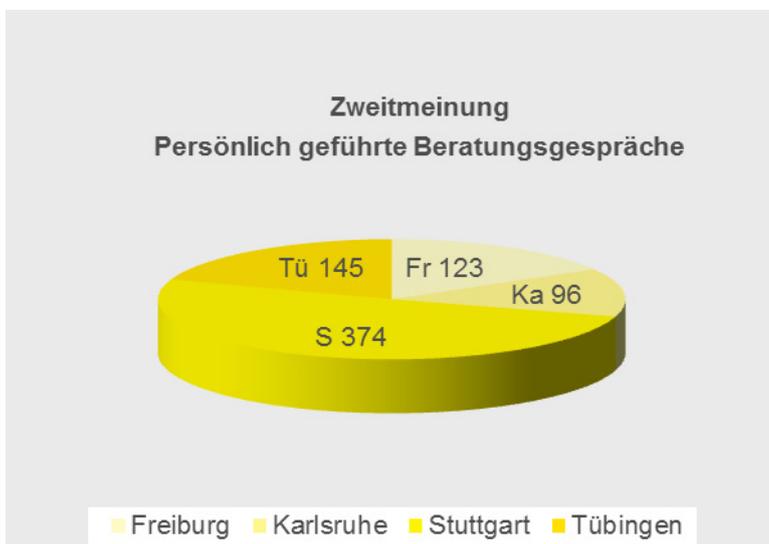
Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
8. Antworten des Zweitmeinungszahnarztes						
	schriftlich		8			8
	mündlich	338	94	123	119	674
Reaktion Patientin/ Patient	positiv	292	78	123	98	591
	negativ	2	2		1	5
	keine Reaktion	11	11		2	24
9. Zweitmeinung übereinstimmend mit Behandlungsplanung						
	ja, übereinstimmend	224	47	29	52	352
	nein, nicht übereinstimmend	61	27	15	51	154
10. Kontaktaufnahme mit Zahnarzt?						
	ja	29	18	3	10	60
	nein	273	75	120	86	554
Reaktionen der Behandlerin/ Behandler	positiv	3	9	3	11	26
	negativ		12			12
	keine Reaktion		3		1	4
11. Verweis auf Gutachterverfahren						
	In wie viel Fällen erfolgt?	8	8	1	17	34

Anzahl der telefonisch geführten Patientenberatungsgespräche in der Allgemeinen Patientenberatung in den vier Regierungsbezirken (Erhebungszeitraum 01.10.2011 bis 30.09.2012)



Anzahl der persönlich geführten Patientenberatungsgespräche in der Zweitmeinungsberatung in den vier Regierungsbezirken (Erhebungszeitraum 01.10.2011 bis 30.09.2012)



Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Den Kammermitgliedern im Rahmen ihrer Mitgliedschaft ein Höchstmaß an Information und Service zu bieten – diesen Auftrag hat das Referat Öffentlichkeitsarbeit auch in diesem Jahr mit großer Zielstrebigkeit verfolgt. Zum bewährten Mix an Kommunikationsinstrumenten, denen sich das Referat zu Erreichung seiner Kommunikationsziele bedient, ist in diesem Jahr der Bereich Social Media hinzugekommen. Seit August dieses Jahres ist die Landeszahnärztekammer BW mit einem Unternehmensauftritt bei Facebook präsent.

Facebook



Zum Redaktionsschluss freut sich die LZK über 248 Fans ihres Facebook-Unternehmensauftritts.

Die Initiative kam aus der Vertreterversammlung. Am 2. und 3. Dezember 2011 haben die Delegierten bei der LZK-Vertreterversammlung den Vorstand der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg im Rahmen der Aussprache zum Bericht des stv. Präsidenten Dr. Bernhard Jäger beauftragt, „bis zu nächsten Vertreterversammlung einen funktionierenden Facebookauftritt zu präsentieren“. Präsentiert wurde den Delegierten in der Juli-Vertreterversammlung dann eine Konzeption – eine Konzeption, die Zielsetzung, Zielgruppen, Chancen und Risiken einer Facebook-Unternehmenspräsenz auslotete und den Delegierten vorstellte. Trotz Vorbehalten hinsichtlich des personel-

len Aufwandes und der finanziellen Auswirkungen befürwortete die Vertreterversammlung den Facebookauftritt mit großer Mehrheit. Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, in deren Hände die Delegierten auch die Administration des Auftritts gelegt haben, baute den Unternehmensauftritt in kürzester Zeit auf, nachdem die Vertreterversammlung eine schnellstmögliche Präsenz, insbesondere im Hinblick auf die anvisierte Zielgruppe der Schulabgängerinnen, die es für den Ausbildungsberuf der Zahnmedizinischen Fachangestellten zu gewinnen gilt, angemahnt hatten. Seit 30. Juli ist die Kammer auf Facebook online. Eingebunden in das Netzwerk der bundesweiten zahnärztlichen Organisationen und Öffentlichkeitsbeauftragten auf Facebook sowie der guten Vernetzung innerhalb der zahnärztlichen und politischen Öffentlichkeit in Baden-Württemberg ist es der Landeszahnärztekammer mit ihrem Auftritt gelungen, innerhalb von drei Monaten fast 250 Fans zu gewinnen und einige Dialoge innerhalb des Auftritts zu initiieren.

Den größten Schub an neuen Fans hat die Kammer über die Fachdental Südwest erhalten. Auf dem gemeinsamen Messestand von Landeszahnärztekammer, ZFZ Stuttgart und Akademie Karlsruhe warb das Messteam neben anderen Themen mit einem Gewinnspiel für den neuen Facebookauftritt.

Internetauftritt

Im dritten Jahr nach dem erfolgreichen Relaunch hat sich der Internetauftritt der Kammer als zentrales Informationsportal für die Service- und Dienstleistungen der Landeszahnärztekammer für Mitglieder und zahnmedizinische Mitarbeiterinnen, aber auch für die Patienten und die Pressevertreter bewährt.

Im Zusammenhang mit der jüngsten erfolgten Präsenz bei Facebook werden häufig im Facebook-Unternehmensauftritt Themen der

REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim, Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Kammer schlaglichtartig angerissen und dann auf die entsprechenden ausführlichen Informationen im Webauftritt verlinkt.



Wichtigste Ergänzungen erfolgten in diesem Jahr in den Bereich Gebührenrecht und Praxisteam.

In den Bereichen Gebührenrecht und Praxisteam erfolgten in diesem Jahr die wichtigsten Ergänzungen:

Zur Unterstützung der Kammermitglieder beim Umgang mit der neuen GOZ wurde eine völlig neue Informationsplattform im Internetauftritt unter dem Titel „GOZ INFORM“ geschaffen, die sich auf der Startseite befindet. Unter GOZ INFORM werden Arbeitshilfen in Form von Kommentierungen zur GOZ von Bundeszahnärztekammer und Landes Zahnärztekammer, Formulare, Synopsen, Übersichten, Informationsblätter und Vorträge zur Verfügung gestellt. Auch ein ständig aktualisierter FAQ-Bereich (häufig gestellte Fragen) gehört zu der neuen Informationsplattform.

Im Bereich Praxisteam wurde die neue Informationsbroschüre zum Ausbildungsberuf Zahnmedizinische Fachangestellte eingestellt sowie der neue Berufsinformationsfilms.

Der Bereich Alterszahnheilkunde unter der Rubrik Zahnärzte wurde auch in diesem Jahr

stetig ergänzt und an die aktuelle Entwicklungen angepasst.

Sehr rege - sowohl von den Bezirkszahnärztekammern als auch von den kammereigenen Fortbildungsinstituten - wurde die rechte Spalte auf der Startseite genutzt, um Veranstaltungshinweise und Vorankündigungen für Fortbildungsveranstaltungen zu platzieren.

Eigener YouTube-Kanal

Den neuen Berufsinformationsfilm zum Ausbildungsberuf Zahnmedizinische Fachangestellte mit seinen vielfältigen Aufstiegschancen hat die Landes Zahnärztekammer im eigenen YouTube-Kanal eingestellt. Bis Anfang November konnte der Film bereits über 2.900 Aufrufe verzeichnen.



Zum Redaktionsschluss freut sich die LZK über 2.990 Aufrufe ihres Berufsinformationsfilms auf YouTube.

Kammer-Akzente im Zahnärzteblatt

Zielsetzung der ZBW-Kammerredaktion, die aus dem Öffentlichkeitsreferenten und stellvertretenden Präsidenten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Bernhard Jäger und der Kommunikationsassistentin Andrea Mader besteht, ist es die Präsenz der Kammer im Zahnärzteblatt zu verstärken und die Kammer in der Wahrnehmung ihrer Mitglieder noch deutlicher zu positionieren.

REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Andrea MADER

Sandy EBERSBACH-STEINIGER

Darüber hinaus ist die Kammerredaktion selbstverständlich eingebunden in die Redaktionsarbeit, die durch das Redaktionsgremium geplant und koordiniert wird und in dessen Planung die Kammerredaktion Beiträge zum vereinbarten Titelthema der jeweiligen Ausgabe erstellt.

Zum Jahreswechsel richtete der Präsident in seinem Leitartikel den Blick nach vorne und analysierte, wohin der gesundheitspolitische Weg in diesem Jahr führen wird und welche Lösungsansätze die Politik hat, um die zahnmedizinische Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

Die Februarausgabe widmete das ZBW dem bevorstehenden Umzug der Akademie Karlsruhe in das GartenCarré in der Karlsruher Innenstadt: In das Heft führte der Verwaltungsratsvorsitzende der Akademie, Dr. Norbert Engel mit seinem Leitartikel ein. Die Kammerredaktion holte ein Stimmungsbild zum Umzug ein und sprach mit dem Direktor der Akademie, Prof. Winfried Walther. Abgerundet wurde die Berichterstattung durch den Rückblick von Dr. Rüdiger Engel, Sohn des Gründers und langjährigen Direktors der Akademie.

Die IDZ-Studie ‚Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Mundgesundheitswirtschaft‘ war der Aufhänger für das Titelthema in der Aprilausgabe des ZBW. Die Redaktion arbeitete mit einer Artikelserie und zahlreichen Infografiken die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg als Jobmotor und Wachstumsbranche heraus.

Ein echtes Kammerthema war die Akademisierung nichtärztlicher Gesundheitsberufe in der Maiausgabe vor dem Hintergrund der anhaltenden Debatte um einen Bachelorstudiengang Dentalhygiene. LZK-Präsident Dr. Udo Lenke analysierte, wie die Zahnärzte professionsintern damit umgehen sollten. LZK-Vizepräsident Dr. Bernhard Jäger kam mit seinem „Lachmustest“ zu dem Ergebnis, an der bewährten Aufstiegsfortbildung zur Dentalhygienikerin festzuhalten. Was die Kammer-Dentalhygienikerinnen auszeichnet erläuterte der ZFZ-Direktor Prof. Johannes Einwig im Interview.

Das Thema der Vorstandsklausurtagung G-BA und Versorgungsforschung fand Nachklang in der Juniausgabe des ZBW. Die Handlungsfähigkeit des obersten Gremiums der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen unterzog die KZV-Vorsitzende Dr. Ute Maier einer kritischen Überprüfung in ihrem Leitartikel. Die Kammerredaktion konnte zu diesem Titelthema zahlreiche Beiträge beisteuern und führte unter anderem zum Thema Versorgungsforschung ein Interview mit dem Referenten der Vorstandsklausurtagung Prof. Christof Dörfer. Wie nahezu zu jedem Titelthema im ZBW in diesem Jahr, durchleuchtete der Öffentlichkeitsreferent der Kammer, Dr. Bernhard Jäger, das Thema und die gesundheits- und berufspolitischen Zusammenhänge in seinen Kommentaren.

Die Kammerwahl in diesem Jahr für die 15. Kammerperiode dominierte die Doppelausgabe des ZBW im August und September. In ihrem gemeinsamen Leitartikel appellierte



das LZK-Präsidium „Entscheiden Sie mit Ihrer Stimme“. Weiteres wichtiges Kammerthema dieser Ausgabe war die erstmals stattgefundene Klausurtagung der Delegierten der Vertreterversammlung.

Einem für die Profession zentralen Thema widmete das ZBW die Oktoberausgabe. Die zahnmedizinische Patientenberatung in Baden-Württemberg ist ein Erfolgsmodell, befand der stv. KZV-Vorstandsvorsitzende Christian Finster. Die Redaktion stellte in dieser Ausgabe das Netzwerk von Patientenberatungsstellen, Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen in Baden-Württemberg vor.

Die Novemberausgabe wird den Protesten der Ärzte gewidmet sein, während in der Dezemberausgabe die Vertreterversammlungen der Körperschaften auf Landes- und Bundesebene sowie die konstituierenden Vertreterversammlungen der Bezirkszahnärztekammern im Blickpunkt stehen werden.

Praxisteam Aktuell

Für die Zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen gibt die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg das



Magazin Praxisteam Aktuell als Beilage zum ZBW heraus.

Im Berichtsjahr hat die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg im Februar und im Oktober eine Ausgabe des Praxisteam Aktuell herausgegeben. In bewährter Weise wurde das März-Heft mit einem Editorial des Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen, Dr. Bernd Stoll zur Fortbildungslandschaft eingeleitet.

Das Praxisteam Aktuell berichtete in dieser Ausgabe ausführlich über die Zahnmedizinische Patientenberatung, die neuen Formblätter zur Mitarbeiterunterweisung, die Aktualisierungskurse im Strahlenschutz und gab Hilfestellung zum Umgang mit der neuen GOZ 2012.

Die Oktober-Ausgabe stand ganz im Zeichen der aktuellen Debatte um die Akademisierung des Berufsbildes der Dentalhygienikerin (DH). Das Praxisteam Aktuell stellte den Bachelor-Studiengang zur DH der bewährten Aufstiegsfortbildung der Kammern mit der DH an der Spitze der zahnärztlichen Ausbildungsberufe gegenüber. Die Ausgabe stellte außerdem die neuen Informationsmaterialien zum Ausbildungsberuf der Zahnmedizinischen Fachangestellten vor und informierte über die Begabtenförderung der Kammer für begabte Zahnmedizinische Fachangestellte. Jede Ausgabe des Praxisteam Aktuell findet sich als pdf-Datei im Onlineauftritt der Kammer im Bereich Praxisteam - Praxisteam Aktuell. Auch die älteren Ausgaben des Praxisteam Aktuell stehen unter www.lzk-bw.de als pdf-Dateien zur Verfügung.

KammerINFORM

Der E-Newsletter KammerINFORM verstärkt die berufspolitische Kommunikation im ZBW für den engen Kreis der Ehrenamtsträger von Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und Bezirks Zahnärztekammern sowie für opinion leader in Berufsvertretung, Politik

und Gesellschaft auf Landes- wie auf Bundesebene.

Bis zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichtes hat die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg 22 Ausgaben des Kammer INFORM herausgegeben.

Das seit letztem Jahr veränderte Layout hat sich bewährt. Geordnet nach den Rubriken Landeszahnärztekammer, Bundeszahnärzte, Gesundheitspolitik hat die KammerINFORM-Redaktion den Schwerpunkt der Berichterstattung enger an den Aktivitäten und Terminen der Landeszahnärztekammer orientiert.

Mitgliederbindung durch gemeinsame Fachexkursion

Seit 2006 bietet die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg für ihre Mitglieder Fachexkursionen an. Nach Peking, Südafrika, Vietnam, Indien, Namibia, Dubai und Oman führte die Mitglieder-Fachexkursion in diesem Jahr nach Moskau und St. Petersburg. Wegen des berufsbezogenen Fachprogramms und des kollegialen Austauschs stellen die Mitglieder-Fachexkursionen für die Kammer ein wichtiges Mittel der internen beruflichen Kommunikation dar. Für die Organisation und Durchführung der Mitglieder-Fachexkursionen arbeitet die Kammer seit Aufnahme dieses Angebotes mit dem Reisedienst Bartsch zusammen, der sich auf Fachexkursionen für verschiedene Berufsgruppen spezialisiert hat.

Das diesjährige Reiseziel erfreute sich großen Zuspruchs bei den Kammermitgliedern. Insgesamt konnte die Kammer sechs Reisegruppen nach Russland anbieten, an denen 130 Mitglieder gemeinsam mit ihren Familien und Bekannten teilgenommen haben.

BZÄK-Koordinierungskonferenz der Öffentlichkeitsbeauftragten

Bloggen, posten, twittern - längst ist der interaktive Austausch über soziale Medien zur Normalität geworden. Die Zahnärzteorganisationen setzen bisher vor allem auf die klassischen Instrumente der PR. Nur wenige haben den Schritt auf Social Media-Plattformen gewagt. Welche Potentiale bergen Soziale Medien? Welche Risiken sind mit der Präsenz bei Facebook, Twitter, YouTube und Co. verbunden? Diesen Fragen ist die Koordinierungskonferenz der Länderpressereferenten unter Federführung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung am 2. und 3. März in Hamburg nachgegangen.



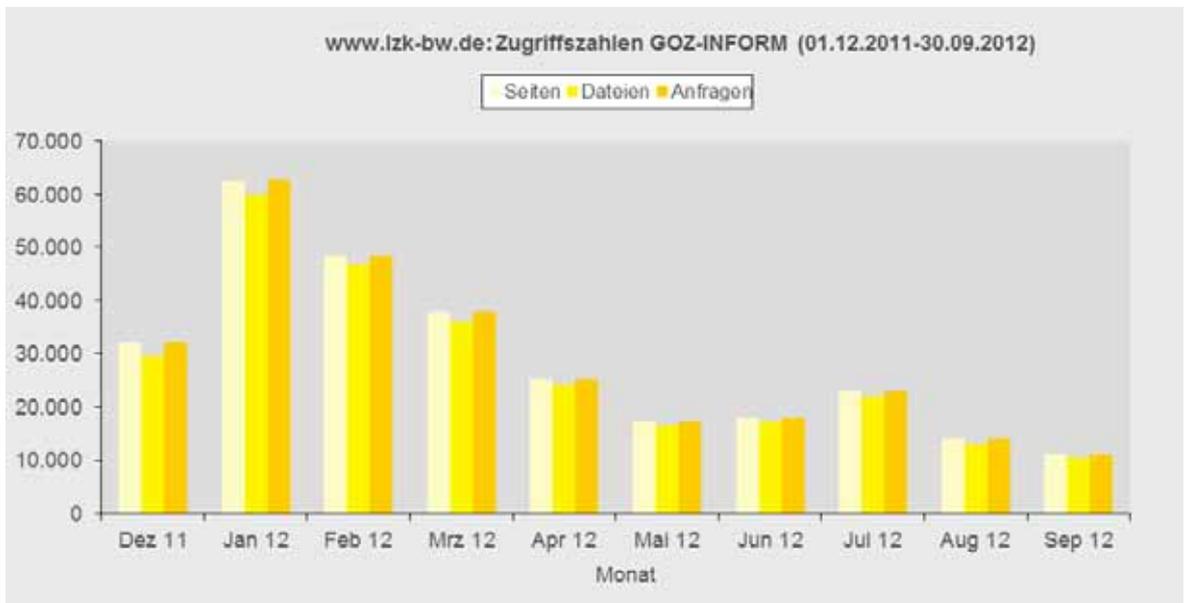
LZK-Öffentlichkeitsreferent Dr. Bernhard Jäger präsentierte in Eisenach den neuen ZFA-Berufsinformationsfilm der LZK BW.

Unter Federführung der Bundeszahnärztekammer fand am 14. und 15. September in Eisenach die zweite Koordinierungskonferenz der Öffentlichkeitsbeauftragten im Berichtsjahr statt. Erneut auf der Agenda stand das Thema Patientenorientierung mit dem Tagungsthema „Öffentlichkeitsarbeit für Zahnärzte und Patienten – verschiedene Sichtweisen ein Ziel?“.

Grafische Darstellung der Zugriffszahlen auf den LZK-Internetauftritt



Grafische Darstellung der Zugriffszahlen auf das GOZ-INFORM



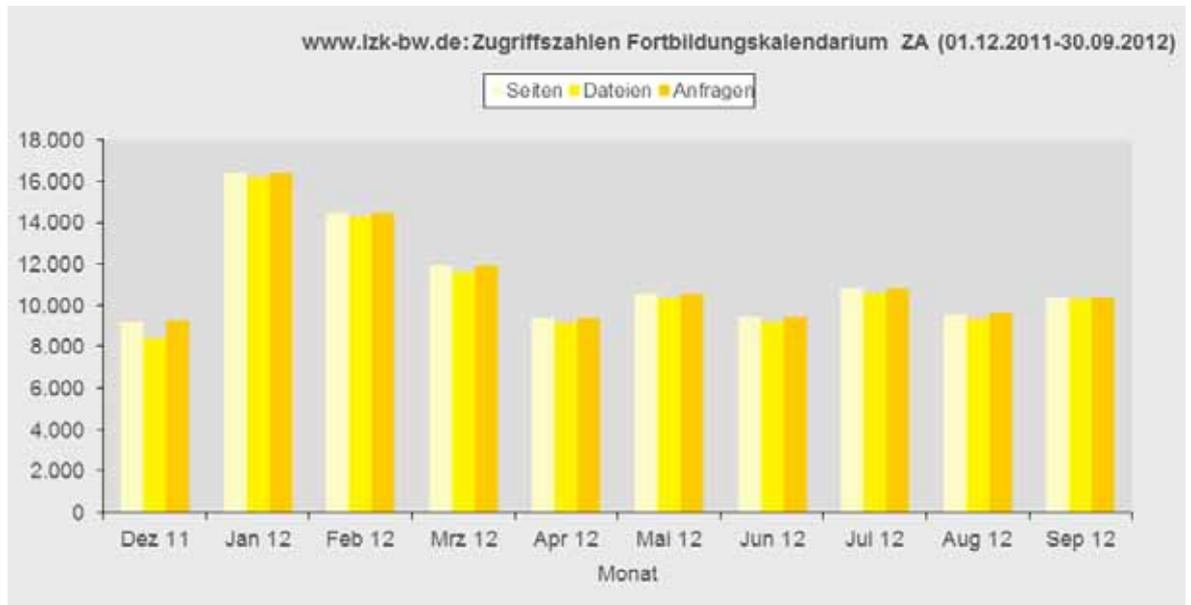
Grafische Darstellung der Zugriffszahlen auf das PRAXIS-Handbuch



Grafische Darstellung der Zugriffszahlen auf die Zahnarztsuche



Grafische Darstellung der Zugriffszahlen auf das Fortbildungskalendarium für Zahnärzte



Grafische Darstellung der Zugriffszahlen auf das Fortbildungskalendarium für ZFA



Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung

Insgesamt ist festzustellen, dass im Vergleich zum Berichtsjahr 2010/2011 die Anzahl der Anträge an die Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung von 201 auf 231 Fälle angestiegen ist. Insbesondere im Bereich der Bezirkszahnärztekammer Freiburg ist die Anzahl der Antragsgänge um 30 % angestiegen.

Die Stuttgarter Gutachterkommission verfährt wie auch in den Vorjahren, dass in allen zur Entscheidung anstehenden Fällen in einem mündlichen Erörterungstermin in Anwesenheit der Betroffenen (Zahnarzt und Patient) die kritisierte Vorgehensweise des Zahnarztes nachvollzogen und den Beteiligten erläutert wird.

Diese Vorgehensweise führt dazu, dass die Beteiligten meist nicht mehr auf ein schriftliches Gutachten bestehen, sondern sich mit einem Protokoll über diesen Erörterungstermin zufrieden geben. Dies wird eindeutig belegt durch die Zahlen in der Statistik. Bei 95 erledigten Anträgen wurde nur in 6 Fällen ein schriftliches Gutachten erstellt. Der dadurch hohe Aufwand für die Mitglieder der Gutachterkommission für die intensive Vorbereitung und Durchführung dieser Untersuchungs- und Erörterungstermine wird gerechtfertigt durch das Ergebnis der Befriedung aller Parteien.

Die im Bereich der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart in der Statistik ausgewiesenen Nichtbehandlungsfehler waren viele Erscheinungen als Komplikation zu werten. Als Beispiel sei hier bei einer Wurzelbehandlung abgebrochene Instrumententeile, Nervschädigungen, etc. genannt.

Zu den häufigsten Behandlungsfehlern aus dem Bereich „Zahnersatz“ gehören unterfahrbare Kronenränder, die nicht bündig ab-

schließen oder keine Okklusion aufweisen. Aus dem Bereich „Chirurgie“ sind Osteotomie bzw. Extraktion anderer Zähne als vereinbart, ggf. ohne Zustimmung, festzustellen. Ursache im Bereich „Aufklärung“ war beispielsweise eine fehlende Aufklärung über eine unvollständige Wurzelfüllung.

Behandlungsfehler im Bereich der Bezirkszahnärztekammer Tübingen lagen vornehmlich in insuffizienten Wurzelfüllungen und unerkannt bzw. unbehandelt gebliebener Karies. Bei den Prothetikfällen waren auch hier Fehler wegen mangelhafter Okklusion und wegen Kronenrandspalten festzustellen. Beim gemeldeten kieferorthopädischen Fall im Bereich Tübingen war u. a. ungenügender Lückenschluss zu beanstanden.

Landesweite Gutachtertagung der Kammer

Zur landesweiten gemeinsamen Gutachtertagung von Kassenzahnärztlicher Vereinigung Baden-Württemberg und Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg im November dieses Jahres haben sich bisher ca. 250 Teilnehmer angemeldet. Eingeladen wurden sowohl Kammer- und Gerichtsgutachter, Mitglieder der Gutachterkommissionen für Fragen zahnärztlicher Haftung sowie KZV-Gutachter.

Im Rahmen der Tagung wird am Vormittag Prof. Dr. Heiner Weber, Tübingen, über die Themen „Misserfolge in der Versorgung mit Zahnersatz“ und „Misserfolge in der Implantologie“ referieren.

Der Nachmittag steht unter dem Motto „GOZ“. Zum Thema „Die neue GOZ 2012 aus gutachterlicher Sicht“ referieren der GOZ-Referent der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Jan Wilz, Mannheim, sowie Dr. Dr. Alexander Raff, Stuttgart, GOZ-Referent der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart.

		FR	KA	S	TÜ	LZK BW
I.	Allgemeines					
1.	Gesamtzahl der im Berichtsjahr gestellten Anträge	30	70	86	45	231
2.	Zahl der zu Beginn des Berichtsjahres noch offenen Anträge aus dem Vorjahr	12	42	25	27	106
3.	Zahl der im abgelaufenem Berichtsjahr erledigten Anträge	24	70	90	47	231
4.	Wie haben sich die Anträge nach Ziffer 3 erledigt?					
	a) durch schriftliches Gutachten	17	31		19	67
	aa) durch mündliches Gutachten mit schriftlicher Widergabe im Protokoll über den Erörterungstermin			62		62
	b) durch Vergleich (teilweise nach mündlichem Gutachten)		5	18	2	25
	c) Sonstige Weise (z. B. Widerspruch, Rücknahme, Fristablauf, Abgabe, mündliche Gutachten im Erörterungstermin, etc.)	7	34	28	26	95
5.	Zahl der am Ende des Berichtsjahres noch offenen Anträge	18	42	21	25	106
II.	Durch Kommissionsgutachten entschiedene Fälle					
	Gesamtzahl der im Berichtsjahr erstatteten Gutachten, davon	17	31	62	19	129
	Aufklärungsfehler bejaht			5		5
	Behandlungsfehler und Kausalität des Fehlers für den Schadenseintritt bejaht	5	10	10	9	34
	Behandlungsfehler bejaht, Gesundheitsschaden verneint	2	4	2		8
	Behandlungsfehler bejaht, Kausalität des Fehlers für den Schadenseintritt verneint					
	Behandlungsfehler/Aufklärungsfehler verneint	10	17	45	10	82
III.	Häufigste Ursache der Behandlungsfehler bzw. geltend gemachten Fehler					
	Aufklärung			2		2
	Chirurgie	1		1		2
	Implantologie	1	1			2
	Kieferorthopädie	1			1	2
	Parodontologie	2		2		4
	Zahnerhaltung	4	4	3	4	15
	Zahnersatz		4	8	4	16
	Sonstiges, z. B. Inlays		1	1		2

Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe

Der Verwaltungsrat der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe traf sich unter dem Vorsitz von Dr. Norbert Engel zwei Mal, um seinen statutengemäßen Auftrag wahrzunehmen. Im Januar fand ferner eine gemeinsame Sitzung der Verwaltungsräte der Akademie und des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums in Stuttgart statt, in der übergreifende Anliegen diskutiert wurden.

Zukunft der Akademie

Die Akademie erhält ein neues Haus. Im Dezember 2011 billigte die Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg ihren Umzug. Diesem Schritt waren jahrelange Planungen und die Überprüfung von mehreren Optionen für einen neuen Standort vorausgegangen. In einer eigens in der Sommerpause einberufenen Sondersitzung hatte der Verwaltungsrat das Konzept „Umzug in die Gartenstraße“ verabschiedet und an den Haushaltsausschuss und den Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zur Prüfung weitergeleitet. Durch das beispielhafte Engagement aller Beteiligten und eine optimale Zusammenarbeit der Gremien gelang es, der Vertreterversammlung ein beschlussfähiges Konzept vorzulegen.

Geplant ist der Einzug in einen noch zu erstellenden Neubau, in dem Fortbildung und Poliklinik ein neues, zukunftsfähiges Heim finden werden. Die Hauptursache für diesen Entschluss ist, dass das bestehende Haus kein zeitgemäßes Raumkonzept hat, das den Anforderungen an eine moderne Fortbildung gerecht wird. Eine Sanierung des bestehenden Gebäudes bei laufendem Dienstbetrieb ist nicht möglich.

Der Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Udo Lenke zeichnete am 16. April 2012 in Ludwigsburg den Kaufvertrag. Am 28. Juni erfolgte auf der Baustelle der erste Spatenstich, an dem sich auch Dr. Lenke und Prof. Walther beteiligten.

Der bevorstehende Umzug, der für das Jahr 2014 geplant ist, bereitet gegenwärtig sehr viel Arbeit, sorgt dabei aber in der Akademie für eine motivierte und hoffnungsfrohe Stimmung.



Die Akademie bekommt ein neues Haus.

Fortbildung

Die Fortbildung der Akademie richtet sich an das ganze Praxisteam, wobei auch das zahn-technische Labor integriert wird. Die Einzelkurse und die strukturierten Fortbildungen haben das übergeordnete Ziel, die Praxis zu stärken und die Versorgung unserer Patienten zu verbessern. Innovationen sollen dabei nicht blind übernommen werden, sondern zunächst gründlich hinsichtlich ihres praktischen Wertes überprüft werden.

Durch Fortbildung können überholte Praxisroutinen durch neue und bessere ersetzt werden. Dies gilt insbesondere in den Kursen, die die Methode des Continuing Professional Development anwenden und sich somit direkt auf die individuelle Praxis des Teilnehmers konzentrieren. Deswegen sind 2012 auf diesem Gebiet wieder einmal Innovationen zu verzeichnen.

VERWALTUNGSRAT

Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker, Vorsitzender
Dr. Dr. Heinrich SCHNEIDER, Metzingen, stv. Vorsitzender
Alfred BRAIG, Biberach
Prof. Dr. Dr. Gernot R. Göz, Tübingen
Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen
Dr. Hendrik PUTZE, Stuttgart
Dr. Wilfried WOOP, Neustadt

Innovationen des Fortbildungsjahres 2012

Von den Premieren des Fortbildungsjahres 2012 sind die strukturierte Fortbildung „Augmentation in der Praxis“ und „Die Praxismanagerin“ von besonderer Bedeutung. Die Augmentationsreihe bot Know-how von international ausgewiesenen Lehrern für den erfahrenen Implantologen.

Die neue Serie für die Praxismanagerin bestand aus den Schwerpunkten Unternehmensführung, Mitarbeitermanagement, Marketing und Betriebswirtschaft. Die hervorragenden Leistungen in der Abschlussprüfung waren Anlass, die besten Absolventinnen als Referentinnen zur Karlsruher Konferenz 2013 einzuladen.



Die Akademie hat eine neue Serie für die Praxismanagerin aufgelegt.

Das Programm der Akademie hat ein neues Register. Im Register WIRT finden sich alle Veranstaltungen, die von der zahnärztlichen Praxis als Wirtschaftsobjekt handeln. Es sind Intensivseminare, die der teilnehmenden Praxis neue Impulse oder sogar einen neuen Aufbruch ermöglichen, wobei das Wohl des Patienten oberstes Gebot bleibt.

Inhaltlich gibt es mehrere neue Schwerpunkte im Programm. Für die Behandlung von Kindern wurde ein Teamtraining unter der Leitung von Dr. T. Roloff eingerichtet, das den teilnehmenden Praxen individuelle Hilfe bietet. Mit Dr. J. Klemke und ZTM José Gonzalez steht ein Team bereit, das in einer interaktiven Kursreihe die Schnittstelle zwischen Praxis und Labor zum Thema macht.

Ein weiterer neuer Fortbildungsschwerpunkt ist die Fortbildung für einen gelungenen Berufseinstieg junger Zahnärztinnen und Zahnärzte.

Einen neuen Ansatz in der zahnärztlichen Fortbildung versprechen die Kursveranstaltungen unter dem Motto „Kurs und Buch“. Hier werden die wichtigsten Medien der Fortbildung, das Lehrbuch und der Vortrag vereint.

Für erfahrene Verwaltungsassistentinnen bietet die Akademie im neuen Kursprogramm unter „Abrechnung aktuell“ Hilfestellung von erfahrenen Expertinnen.

Online Lernen

Im Jahr 2012 wurde der neue virtuelle Hörsaal der Akademie eingeweiht. Er trägt den Namen „Caselook“, da hier erstmalig ein Internetinstrument eingerichtet wurde, das fallbasiertes Lernen möglich macht. Der Kursteilnehmer kann eigene klinische Unterlagen und Abbildungen zur Fallbeschreibung verdichten und sie beispielsweise im Abschlusskolloquium der strukturierten Fortbildung präsentieren. Jede Lerngruppe hat einen geschlossenen Bereich, in dem verschiedene Formen der interkollegialen Kommunikation möglich sind. Darüber hinaus besteht eine umfangreiche Fallsammlung, die für alle Fortbildungsteilnehmer zugänglich ist und durch ihre interaktiven Komponenten neue Lernerfahrungen bietet.

Webinare als Option einer fachlichen Unterweisung ohne großen Aufwand haben im Jahr 2012 eine neue Bedeutung im Programm der Akademie erlangt. Sehr großen Erfolg hatte die Webinarreihe „Die neue GOZ“, in der die Regelungen der neuen Gebührenordnung sowie deren praktische Anwendung vorgestellt wurden.

DIREKTOR

Prof. Dr. Winfried WALTHER, Karlsruhe

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Frank STÖCKEL, Karlsruhe

Masterstudiengang „Integrated Practice in Dentistry“



Die Absolventen des diesjährigen Masterstudiengangs „Integrated Practice in Dentistry“.

Der Masterstudiengang „Integrated Practice in Dentistry“, der gemeinsam von der Universität Magdeburg und der Akademie Karlsruhe durchgeführt wird, entwickelt in seiner wissenschaftlichen Komponente mehr und mehr das Konzept der „Community of Practice“. Darunter ist zu verstehen, dass Praktiker die wissenschaftliche Untermauerung ihrer Tätigkeit selbst in die Hand nehmen und die wissenschaftliche Beschreibung ihrer klinischen Routinen aus eigenen Kräften leisten. Dies wurde wiederum deutlich im Abschlusskolloquium der 7. Matrikel, das am Vorabend der Konferenz in Baden-Baden stattfand. Beispielhaft seien hier folgende Themen genannt: „Kollegiale Visitation in der Zahnmedizin: Einordnung als Methode der kollegialen Beratung und Überprüfung ihrer Wirksamkeit“, „Die Verbesserung der endodontischen Versorgung durch Einführung des Reciproc-Systems in der Zahnarztpraxis“, „Die Akzeptanz privater Zuzahlung bei Wahlleistungen. Eine Befragung der Patienten in Zahnarztpraxen.“ Diese Themen haben gemeinsam, dass für den empirischen Teil der Studie Daten in zahnärztlichen Praxen erhoben werden mussten. Hinter jedem Thema steht somit eine zahnärztliche Arbeitsgruppe, in der sich die Teilnehmer gemeinsam einer

wissenschaftlichen Fragestellung stellten. Insgesamt kann festgehalten werden, dass der Masterstudiengang, acht Jahre nach seiner Inauguration, ein Netzwerk begründet hat, durch das neue Wege in der zahnärztlichen Versorgungsforschung möglich sind.

Karlsruher Konferenz

Thema der Karlsruher Konferenz war: „Abschied vom Abdrucklöffel – Was bedeuten die neuen digitalen Techniken für Praxis und Labor?“

Die Referenten waren:

- Prof. Dr. Bernd Wöstmann, Gießen
- Prof. Dr. Dr. Albert Mehl, Zürich
- Prof. Dr. Helmut Stark, Bonn
- ZTM José de San José Gonzalez, Weinheim

Durch die neuen digitalen Techniken, die sowohl bei der Erfassung der intraoralen Situation wie auch bei der Konstruktion von Zahnersatz von steigender Bedeutung sind, steht die Zahnheilkunde vor einem entscheidenden Paradigmenwechsel. Auch der Zahnarzt muss in der Lage sein, die neuen Arbeitsmethoden zumindest zu kontrollieren und im Sinne einer bestmöglichen Versorgung einzusetzen. Dies war das übergreifende Thema der Referate, wobei von Prof. Helmut Stark auch die nach wie vor bedeutende Rolle der tradierten prothetischen Techniken dargestellt wurde.

Dr. Norbert Engel, der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Akademie, nahm 15 Kollegen in die Runde der neuen Mitglieder der Karlsruher Konferenz auf.

Die Workshops am Samstag sind inzwischen regulärer Veranstaltungsteil der Karlsruher Konferenz und werden zum Großteil mit Referenten aus den eigenen Reihen bestritten. Zielgruppen sind sowohl Zahnärzte wie auch Zahnmedizinische Fachangestellte. Die Leitung der Workshops lag in den Händen von

Dr. Michael Korsch, M.A., ZTM Berthold Steiner, Dr. Andreas Bartols, M.A., Dr. Bernd Reiss, Dr. Marcus Engelschalk, Dr. Florentine Carow, M.A., Dr. Inga Potthoff, M.A., Dietmar Ketzer, Holger Wlasak, Dr. Martin Lehmann, Dr. Anke Bräuning, M.A., ZMF Nadja Pfister und ZMF Cathérine Herold.

Tag der Zahnmedizinischen Fachangestellten

Der Tag der Zahnmedizinischen Fachangestellten fand wieder simultan zum zahnärztlichen Programm statt. Die Moderation lag wie in den Vorjahren in den Händen von Dr. Robert Heiden. Auch die Zahnmedizinischen Fachangestellten erhielten einen Einblick über die Relevanz der neuen digitalen Techniken in der zahnärztlichen Praxis. Die Referenten verstanden es deutlich zu machen, dass beim Einsatz dieser Methoden das gesamte Team einbezogen werden muss. Ein weiterer Schwerpunkt des Tages war die neue Gebührenordnung und deren praktische Anwendung.

Die Referenten waren:

- Dr. Robert Heiden, Karlsruhe
- Dr. Christoph Niesel, Karlsruhe
- Prof. Dr. Helmut Stark, Bonn
- Dr. Jan Wilz, Mannheim
- Dr. Inga Potthoff, M.A., Freiburg
- Alexandra Pedersen, Dipl. oec. med., Singen

Karlsruher Abend

Die Akademie lud in diesem Jahr wieder in den Weinbrennersaal des Kongresszentrums ein, der zu diesem Zweck durch gekonnte Dekoration in einen attraktiven Partyraum verwandelt worden war. Das Podium bot einen würdigen Rahmen für die Verleihung des Walther-Engel-Preises und war außerdem Ort des Buffets. Auch das Foyer des Weinbrennersaals wurde zum Feiern genutzt, was besonders die Tanzbegeisterten freute.

Karlsruher Vortrag

Sprecher des Karlsruher Vortrages 2012 war Rafik Schami. Der in Syrien geborene Erfolgsautor hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, zwischen seiner Heimat und der Welt seines Exils zu vermitteln. Angesichts der schweren Auseinandersetzungen in Syrien ist dies ein außerordentlich ernstes Thema. Rafik Schami bezog sich in seinem Vortrag nicht auf tagesaktuelle Ereignisse, sondern wählte das Thema: „Der Mut, die Würde und das Wort. Eine Aufforderung, die Dinge beim Namen zu nennen.“ Es war ein leidenschaftliches Plädoyer dafür, die Kraft des Wortes und die besondere Verantwortung des Intellektuellen in den Dienst des Friedens zu stellen. Den zweiten Teil des Vortrages bestritt er durch eine Erzählung aus der Zeit seiner Kindheit in Damaskus. Das allgemeine Urteil des Publikums war, dass der Karlsruher Vortrag 2012 einen echten Höhepunkt der Vortragsreihe bot.



Höhepunkt der Vortragsreihe: Rafik Schami.

Walther-Engel-Preis 2012

Der Walther-Engel-Preis 2012 wurde an Dr. Elmar Ludwig, Ulm, verliehen. Er wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates vom Verwaltungsrat zum Preisträger bestimmt, was durch den Vorstand der Landeszahnärztekammer bestätigt wurde. Dr. Elmar

Ludwig widmet große Teile seiner Arbeitskraft der Versorgung der alten Menschen in unserem Land. Durch sein herausragendes Engagement konnten auf diesem Feld bedeutsame Fortschritte erreicht werden. Hierzu gehört auch eine CPD-Fortbildungsreihe in der Akademie, die sich an das ganze Team richtet und alle Beteiligten für eine bessere Versorgung der alten Patienten sensibilisiert und motiviert. Die Preisverleihung fand die besondere Würdigung des für diesen Bereich verantwortlichen Ausschusses der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg.

Herbstkonferenz und Master's Day 2012

Die Herbstkonferenz wird gemeinsam durch die Akademie und die Bezirks Zahnärztekammer Karlsruhe veranstaltet. Bereits zum dritten Mal bot Baden-Baden mit seinem unvergleichlichen Ambiente den Rahmen für dieses Treffen. Mit dem Thema: „Spezielle Dienste der guten Praxis“ wurden diesmal klinische Angebote der Zahnarztpraxis dargestellt, die nicht zu den allgemeinen Routinen gehören. Hierzu gehört die Therapie der Schlafapnoe, der Kampf gegen den schlechten Atem, gegen das Rauchen sowie die Optionen der Zahnaufhellung.



Zum dritten Mal in Baden-Baden: Die Herbstkonferenz von Akademie und BZK Karlsruhe.

Wie in den Vorjahren hatten sich zahnärztliche Arbeitsgruppen im Vorfeld der Konferenz mit einigen dieser Themen beschäftigt, so dass praxisrelevante Aussagen erarbeitet und vorgetragen werden konnten. Diese eindrucksvolle Art des Vortrags hat nicht nur inhaltliche Vorzüge, sondern sorgt bei den Beteiligten auch für ein neues professionelles Selbstverständnis. Dies gilt für Zahnärztinnen und Zahnärzte und das ganze Praxisteam. Die festliche Abendveranstaltung fand im neuen Anbau des Kongresshauses Baden-Baden statt. Für die Unterhaltung sorgten die weithin bekannten Moderatoren der SWR-Morning-Show, Sascha Zeus und Michael Wirbitzky.

Die Referenten der Konferenz waren:

- Dr. Norbert Engel, Mühlacker
- Prof. Dr. Winfried Walther, Karlsruhe
- Dr. Karin Kislig, Bern
- Dr. Jan Wilz, Mannheim
- Ass jur. David Richter, Mannheim
- Dr. Florian Troeger, M.A. und Kollegen
- Dr. Barbara Isensee, Kiel
- Dr. Matthias Berger, Karlsruhe

Ausstellungsstand beim Sommerfest der Firma Pluradent

Das Fortbildungsteam der Akademie informierte im Juni des Berichtsjahres die Ausstellungsbesucher über die Fortbildungsmöglichkeiten an der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe.

Fachdental Stuttgart

Auf der Fachdental Stuttgart wurde im Berichtsjahr ein neuer Stand eingeweiht, der gemeinsam von der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, dem ZFZ Stuttgart und der Akademie Karlsruhe betreut wurde. Der attraktive neue Treffpunkt auf der Messe bot Gelegenheit zu neuen Kontakten und für ausführliche Informationsgespräche über das Fortbildungsangebot der Zahnärzteschaft.

Wissenschaft

Die Anzahl der zahnärztlichen Mitarbeiter, die wissenschaftliche Projekte betreuen, hat sich im Berichtsjahr weiter erhöht. Die gegenwärtigen Forschungsschwerpunkte sind:

- prospektive Studien zu modernen Argumentationstechniken
- Risiken bzw. Langzeitbewährung von prothetischen Konstruktionen auf Implantaten
- neue Technologien in der Endodontie
- Berufsbegleitende Fortbildung - Effizienz
- Professionalisierung des zahnärztlichen Gutachter- und Beratungswesens
- Risiken der zahnärztlichen Berufsausübung (Burnout)

Die Akademie verfolgt weiterhin die Strategie, Forschung aus der zahnärztlichen Praxis zu generieren und zur Geltung kommen zu lassen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Versorgungsforschung, in dem nach Gewinn der Ausschreibung des Sozialministeriums Baden-Württemberg im Jahr 2011 mehrere Anschlussprojekte auf den Weg gebracht wurden.

Zahnärztliche Poliklinik

Die zahnärztliche Poliklinik der Akademie hat mit gezielten Initiativen ihre klinische Kompetenz im Berichtszeitraum weiter ausgebaut. Sie ist für viele Kollegen aus der Region Anlaufstelle bei schwierigen Behandlungsfällen und entwickelt sich weiter zur Überweisungspraxis.

Das zahntechnische Labor beschäftigt sich intensiv mit modernen zahntechnischen Technologien und wird im nächsten Programm noch stärker in das Fortbildungsgeschehen einbezogen.

Die Kieferorthopädie steht seit Februar 2012 unter neuer Leitung. Dr. Theodosia Bartzela hat in Freiburg die kieferorthopädische Weiterbildung abgeschlossen und anschließend

in Nijmegen habilitiert. Es ist zu erwarten, dass somit auch von der Kieferorthopädie in absehbarer Zeit neue wissenschaftliche Impulse ausgehen werden.

Als Leitende Zahnärzte sind in der Poliklinik tätig:

- Dr. Andreas Bartols, Leitung der Poliklinik
- Dr. Michael Korsch, Oralchirurgie
- Dr. Theodosia Bartzela, Kieferorthopädie

Das zahntechnische Labor der Akademie steht unter der Leitung von ZTM Berthold Steiner.

Internationale Kontakte

Im Juni fand der vierte Young Prosthodontic Educators Workshop des IJP unter der Leitung von Prof. Dr. George Zarb und Prof. Dr. Walther statt. Dieser Workshop versammelt junge prothetische Lehrer aus der ganzen Welt. Auch diesmal waren wieder Wissenschaftler aus allen fünf Kontinenten vertreten. Da in diesem Jahr ein größerer Rahmen für das Treffen gewählt wurde, fand es erstmalig nicht in den Räumen der Akademie, sondern in Baden-Baden statt. Der Workshop vereinigt fachliche Instruktion und fallbasierte Gruppenarbeit. Die Veranstaltung soll in zweijährigem Turnus fortgesetzt werden. Sie unterstreicht nachhaltig die internationale Reputation der Akademie. In den vergangenen Jahren ist durch die regelmäßige Workshop-Tätigkeit ein internationales Netzwerk entstanden, das sich auch auf den Tagungen des International College of Prosthodontists trifft.

Nach wie vor bestehen enge Kontakte zur Universität Sarajevo, die regelmäßig zu den Karlsruher Konferenzen präsent ist. Im Berichtsjahr wird eine Delegation für eine längere Hospitation in Poliklinik und Labor erwartet.

Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart – ZFZ Stuttgart

Der Verwaltungsrat des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums (ZFZ) Stuttgart kam unter dem Vorsitz von Dr. Konrad Bühler drei Mal zusammen, um seinen statutenmäßigen Auftrag zu erfüllen.

Bei der ersten Verwaltungsratssitzung am 27. Januar 2012, gemeinsam mit der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe, wurden übergreifende Themen diskutiert.

Fortbildung

Wie bereits in den Vorjahren erfährt das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart eine starke Nachfrage nach zahnärztlicher Fortbildung.

Erstmals werden im Jahr 2012 über 2,1 Mio. Euro im Fortbildungsbereich erwirtschaftet.

Das ZFZ unterteilt sein Angebot für Zahnärzte/innen (ZÄ) und zahnmedizinische Mitarbeiter/innen (MA) in folgende Bereiche:

1. Strukturierte Fortbildungen (ZÄ)
2. Kurse nach der Fortbildungsordnung (MA)
3. Tageskurse (ZÄ/MA)
4. Updates (ZÄ/MA)
5. Akademien (ZÄ/MA)

Zahnärztliche Fortbildungen



Teilnehmer des Curriculums Geriatrische Zahnheilkunde 2012.

Im Bereich der zahnärztlichen Fortbildung (Strukturierte Fortbildungen) und Teamfortbildungen (Updates für Absolventen der Strukturierten Fortbildungen, praktische Arbeitskurse, betriebswirtschaftliche Kurse, Abrechnungskurse, Auffrischkurse, Spezialkurse und Röntgenkurse) konnten weiterhin hohe Umsatz- und Teilnehmerzahlen erreicht werden.

Die Strukturierten Fortbildungen (Curricula) für Zahnärzte/innen wurden 2012 stark nachgefragt. Alleine in den Curricula konnten 180 Kursteilnehmer im ZFZ begrüßt werden.



Praktisches Arbeiten im ZFZ Stuttgart.

Die 2012 im ZFZ angebotenen Curricula:

- Ästhetische Zahnheilkunde (9 Module)
- Endodontie (8 Module)
- 2 x Geriatrische Zahnheilkunde (4 Module)
- Implantologie (8 Module)
- Implantologie mit „Online-Inhalten“ (5 Module)
- Kinderzahnheilkunde (9 Module)
- Parodontologie (7 Module)
- Parodontologie mit „Online-Inhalten“ (6 Module)
- Zahnärztliche Chirurgie (7 Module)

VERWALTUNGSRAT

Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen, Vorsitzender
Dr. Bernd STOLL, Albstadt, stv. Vorsitzender
Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe
Dr. Elmar LUDWIG, Ulm
Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen

Dank 29, hinsichtlich Bild und Ton vernetzten Phantomarbeitsplätzen, fanden die Kursteilnehmer, insbesondere beim praktischen Arbeiten, ideale Arbeitsbedingungen vor.

Fortbildungen für zahnmedizinische Mitarbeiter/innen

Ungebrochen ist auch der Zulauf an Kursteilnehmern im Bereich der Kurse nach der Fortbildungsordnung (Fachkundliche Nachweise, ZMP, DH, ZMV).

Bereits Mitte des Jahres waren so gut wie alle Kurse ausgebucht.

Nach den positiven Erfahrungen der vergangenen Jahre wurden die sogenannten „Online-Präsenz-Fortbildung“-Formate weiter ausgebaut. Im Rahmen dieses Fortbildungstyps wird ein Großteil der theoretischen Fortbildung online angeboten und abgearbeitet. In den Präsenzphasen im ZFZ wird der Fokus auf die praktischen Kursinhalte gelegt. Nach diesem Format wurden folgende Kurse angeboten:

- Kombinationskurs (Kursteile I, IIa und IIc nach der Fortbildungsordnung)
- ZMP-Kurs

Aufgrund der großen Nachfrage wurden drei Fortbildungs-Lehrgänge zur Prophylaxeassistentin (ZMP) angeboten und durchgeführt. Insgesamt wurden 2012 66 ZFAs zur ZMP im ZFZ Stuttgart ausgebildet!

Die Fortbildungslehrgänge zur Dentalhygienikerin (DH) sind weiterhin sehr gefragt. 17 Teilnehmerinnen absolvierten erfolgreich die Abschlussprüfung im Rahmen des 18. DH-Kurses.

Der 19. DH-Kurs, von Oktober 2012 bis April 2013 ist mit 19 Kursteilnehmerinnen gestartet.

Trainings-Camp für DH's

Die Kursteilnehmerinnen waren sich einig: „Eine besondere Fortbildung“!

Das internationale Trainings-Camp für Dentalhygienikerinnen am 27. und 28. Januar 2012 im Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart (ZFZ) mit den Referentinnen DH Angelika Kohler-Schatz, DH Melanie Thumm und DH Evelyn Ziegler war ein voller Erfolg für alle teilnehmenden DHs.

Es war eine gelungene Fortbildung aus Wiedersehen, Erfahrungsaustausch und Informationen zu neuen Produkten / Techniken.

Intensivkurse und Tageskurse

In über 40 Einzelveranstaltungen mit jeweiligem Fokus auf praktisches Arbeiten, betriebswirtschaftlichen Themen, Abrechnungsinhalten, Auffrischungsaspekten oder Röntgenunterweisungen wurde den Zahnärzten/innen und den zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen ein breites Spektrum an Weiterbildungsmöglichkeiten geboten.

Neu im Programm 2012 waren unter anderem folgende Kurse:

- „Chirurgische Parodontitistherapie“ mit Dr. Steffen Rieger, M. Sc., Stuttgart
- „Patientengerechte PAR / PAR-Live-Praxistag“ mit Prof. Dr. Buchmann, Dortmund
- „Auswirkungen von Ernährung, Mineralien und Vitaminen auf den Zahnhalteapparat - eine ganzheitliche Sichtweise bei Parodontitis“ mit Dr. Rudolf Meierhöfer, Roth
- „Seminarreihe Abrechnung“ mit Dr. Hartmut Falkenthal, Leonberg und Dr. Dr. Alexander Raff, Stuttgart

Zudem wurden Updates in Endodontie, Parodontologie und Prophylaxe angeboten.

DIREKTOR
Prof. Dr. Johannes EINWAG, Stuttgart

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Stephan KRUTSCH, Stuttgart

Winter-Akademie des ZFZ Stuttgart

„Herr/Frau Doktor – Hebt des au...?“ lautete das originell formulierte Tagungsthema der diesjährigen Winterakademie, zu der über 400 Zahnärztinnen und Zahnärzte ins Airport Hotel am Flughafen Stuttgart gekommen waren.

Experten des Zentrums für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (Carolinum) der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt setzten sich kompetent und umfassend mit der Fragestellung der Nachhaltigkeit unterschiedlicher Therapiemöglichkeiten in der Zahnmedizin auseinander.



„Volles Haus“ bei der Winter-Akademie 2012.

Das Referententeam bestehend aus

- Prof. Dr. Detlef Heidemann, Frankfurt/Main
- Prof. Dr. Hans-Christoph Lauer, Frankfurt/Main
- Prof. Dr. Georg.-H. Nentwig, Frankfurt/Main
- Dr. Beate Schacher, Frankfurt/Main

bot eine „Fortbildung aus einem Guss“!

Sommer-Akademie des ZFZ Stuttgart

Die 19. Sommer-Akademie des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart (ZFZ) hat unter dem Motto „**Parodontitis und Periimplantitis – Wettstreit der Konzepte**“ am 6. und 7. Juli 2012 in Ludwigsburg stattgefunden



Vortrag im Rahmen der Sommer-Akademie 2012.

Mit regelmäßig etwa 1.000 Teilnehmern in den vergangenen fünf Jahren hat sich die Sommer-Akademie als größte Teamveranstaltung im deutschsprachigen Raum etabliert.

Nichts ist so beständig wie der Wandel - das scheint im beruflichen Alltag der Zahnärzte/innen insbesondere für die Strategien zu gelten, mit denen die Behandlung von Erkrankungen des Parodontiums und der periimplantären Gewebe „vorhersagbar“ mit Erfolg umgesetzt werden kann.

Renommiertere nationale und internationale Referenten haben sich mit dieser Thematik konzeptionell und praktisch auseinander gesetzt und präsentierten ihre Ergebnisse.

Eine Fortbildung mit dem gewissen Etwas

In den Kongresspausen konnten sich die Gäste des ZFZ wiederholt davon überzeugen, dass die Sommer-Akademie nicht nur

bei zahllosen Zahnmedizinern und ihren Teams, sondern auch beim Wettergott einen hervorragenden Ruf hat: Zuverlässig hielt sich aller Regenankündigungen zum Trotz das sonnig-schöne Wetter. Prof. Einwag wunderte das wenig: Schließlich sei jedes Jahr zur Sommer-Akademie aus Tradition schönes Wetter, erklärte er.

Die liebevoll dekorierten Tische und Sitzmöglichkeiten, die auf der Freifläche vor dem Forum Ludwigsburg aufgebaut wurden waren, nutzten die Kongressteilnehmer gern für einen regen Austausch - schließlich kannten sich die meisten bereits von den Sommer-Akademien aus den vergangenen Jahren. Aber auch im Innenraum kam keine Langleweile auf, denn zahlreiche Industrieaussteller präsentierten ihre Produktneuheiten. Am Stand des ZFZ erfreute sich das Kursprogramm 2013 mit dem Titel „Hier steckt Wissen drin“ großer Beliebtheit.

Die Referenten der Sommer-Akademie 2012 waren:

- Professor Phil Marsh, Leeds, GB
- Prof. Fridus Van der Weijden, Amsterdam, Niederlande
- Dr. Dirk Ziebolz, M. Sc., Göttingen
- Dr. Arne Schäfer, Kiel
- Prof Dr. Hans-Curt Flemming, Duisburg
- Dr. Narja Sahm, Ratingen
- Prof. Dr. Frank Schwarz, Düsseldorf
- Prof. Marc Quirynen, Leuven, Belgien

Für das Abendprogramm lud das ZFZ zum großen Sommerfest mit Barbecue, einem Kabarett der Extraklasse und vielen Überraschungen. Die knapp 1.000 Kongressteilnehmer genossen den lauen Sommerabend unter freiem Himmel und zeigten sich beeindruckt von der guten Organisation und von einer persönlichen Atmosphäre.



Sommerfest im Rahmen der Sommer-Akademie.

Jubiläum: 20 Jahre Sommer-Akademie

Das ZFZ wird am 5. und 6. Juli 2013 zum 20. Mal die Sommer-Akademie veranstalten. Es werden erneut renommierte nationale und internationale Referenten erwartet.

Kursevaluierungsprogramm

Gemeinsam mit der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe wurde das Evaluierungssystem „Evasys“ gekauft. Mit diesem einheitlichen Bewertungssystem können die verschiedenen Facetten eines guten „Fortbildungskurses“ automatisiert erfasst und ausgewertet werden.

Die Schulungs- und Implementierungsphase wurde im September abgeschlossen.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Fortbildungsprogramm für das Jahr 2013 wurde erneut bereits Mitte Juli versendet. Der erhoffte Effekt früher Kursbuchungen für das Folgejahr, ist in den Bereichen der Fortbildungen für Mitarbeiter/innen und bei den strukturierten Fortbildungen eingetreten.

Die Online-Auftritte der Fortbildungsangebote und der Praxis wurden 2012 weiter überarbeitet und werden ständig den neuen Anforderungen angepasst.

Fachdental Südwest

Das ZFZ Stuttgart präsentierte sich am 28. und 29. September 2012 gemeinsam mit der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und der Landes Zahnärztekammer auf der Fachdental Messe Südwest in Stuttgart.



Mit neuem Stand auf der Fachdental Südwest.

Im Eingangsbereich der Messe wurde der neue Messestand einladend und gut erreichbar platziert. Das ZFZ-Messteam, bestehend aus Yvonne Beyer, Lisa Bürkle, Manuela Kostanjevec und Michael Jaeschke, konnte die zahlreichen Fortbildungsinteressierten kompetent beraten.

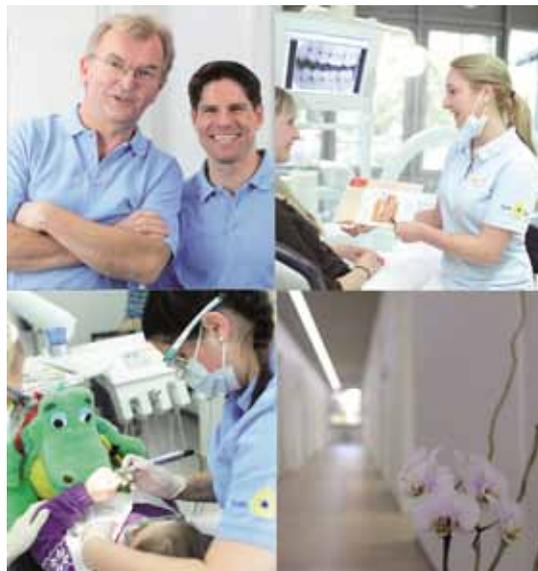
Fortbildungspraxis

Das ZFZ wird von immer mehr Kollegen als Überweisungspraxis angesehen. Insbesondere in den Bereichen zahnärztliche Chirurgie, Kinderzahnheilkunde, Parodontologie, Endodontie und teilweise auch für Implantologie ist dieser Trend festzustellen. Trotz schwangerschaftsbedingter Ausfälle im Zahnärzteteam konnte im Vergleich zum letzten Jahr die Umsätze weiter gesteigert werden.

Als Zahnärzte im ZFZ Stuttgart sind tätig:

- Prof. Dr. Johannes Einwag (Direktor)

- Oralchirurg Dr. Dirk Heering (angestellter Zahnarzt)
- Dr. Julia Beringer (in Mutterschutz)
- ZÄ Sarah Gronwald
ZÄ Johanna Haller
- Dr. Kornelia Karle (Teilzeit)
- ZA Philipp Müller-Eberspächer
Dr. Steffen Rieger, M. Sc. (Teilzeit)
- Dr. Melanie Weber



Praxis-Impressionen

Gesellschaft für Präventive Zahnheilkunde (GPZ e.V.)

Die Gesellschaft für Präventive Zahnheilkunde e.V. am ZFZ Stuttgart hat – in Zusammenarbeit mit dem Verein Zahngesundheit Tirol erneut eine Frühjahrsakademie auf Mallorca organisiert – mit gutem Erfolg.

Mit dem 2009 erstmalig vergebenen Siegel für bewährte Produkte zur häuslichen Zahnpflege sind zwischenzeitlich bereits die ersten Produkte gekennzeichnet.

Die Zeitschrift „Prophylaxe – Impuls“, die auflagenstärkste Fachzeitschrift für den Bereich

der oralen Präventivmedizin im deutschsprachigen Raum, fungiert seit dem vierten Quartal 2004 als Mitgliederzeitschrift. Die Zusammenarbeit verläuft weiterhin reibungslos.

Vortragstätigkeit

Die allgemein hohe Nachfrage nach Fortbildung führte erneut zu häufigen Anfragen nach Referententätigkeiten durch den Direktor und Mitglieder seines Lehr-Teams am ZFZ.

Als Referenten tätig waren: Prof. Dr. Johannes Einwag, ZMV Yvonne Beyer, ZÄ Sarah Gronwald, Oralchirurg Dr. Dirk Heering, DH Angelika Kohler-Schatz, DH Ulrike Kremer, Dr. Steffen Rieger, M.Sc., DH Melanie Thumm, DH Evelyn Ziegler.

Die dabei abgehandelten Themen betrafen sowohl Fachthemen wie Prophylaxe, Parodontologie, Chirurgie / Implantologie, Alterszahnheilkunde, Kinder- und Jugendzahnheilkunde, wie auch Aspekte der Praxisführung (Hygiene und Qualitätsmanagement).

Bezirkszahnärztekammer Freiburg

Anfang des Jahres stellte sich die BZK Freiburg der wichtigen Aufgabe, die Kolleginnen und Kollegen und die Mitarbeiterinnen schnellstmöglich über die Änderungen in der neuen GOZ zu informieren und Handlungsoptionen aufzuzeigen, wie man trotz unverändertem Punktwert zu einem angemessenen Honorar kommen kann. In 9 Großveranstaltungen über den ganzen Bezirk verteilt wurden 1400 Kolleginnen und Kollegen und über 2500 Mitarbeiterinnen über die wichtigsten Neuerungen informiert. In weiteren 6 GOZ-Seminaren mit ca. 1200 Teilnehmern erfolgte eine intensive, vertiefende Schulung.



Wichtige Aufgabe in diesem Jahr: Die GOZ-Schulungen.

Die zweite Jahreshälfte 2012 stand ganz im Zeichen der gut besuchten Kreisversammlungen mit aktuellen und relevanten Themen wie erste Erfahrungen mit der neuen GOZ, computergestützte Notdienstvermittlung und im Hinblick auf die Kammerwahl für die 2013 neu beginnende Legislaturperiode: Rückblick und Ausblick auf die Kammerarbeit der BZK Freiburg.

Der Vorstand traf sich zu sieben Vorstandssitzungen und einer Klausurtagung. In weiteren acht Jour fixe-Veranstaltungen wurden die Ehrenamtsträger der Bezirkszahnärztekammer und der Kassenzahnärztlichen Ver-

einigung intensiv über aktuelle berufspolitische Themen informiert.

Begegnungen

„In Zeiten von Internet, E-Mail, Twitter, SMS und Facebook ist es schon etwas Besonderes, Menschen zu begegnen, sie wirklich kennenzulernen, Gedanken und Gefühle, Meinung und Ansichten mit ihnen auszutauschen“, so Dr. Peter Riedel, Vorsitzender der BZK Freiburg, in seiner Begrüßungsansprache anlässlich des gemeinsamen Neujahrsempfangs im Zahnärzthehaus Freiburg.

Begegnungen 2012, unter diesem Leitmotiv konnten Gäste aus Landespolitik, Hochschule und aus der elsässischen Kammer begrüßt werden.



Damit die Nichtbadener die Südbadener besser verstehen, referierte Arno Herbener im Zahnärzthehaus Freiburg.

Tradition ist es auch, zu dieser Veranstaltung einen ganz besonderen Festredner einzuladen. „Damit die Nichtbadener uns Südbadener vielleicht ein bisschen besser verstehen lernen ...“ war das Thema von Arno Herbener, einem pensionierten Pädagogen und ausgewiesenen Kunstexperten unserer Raumschaft - ein Meister ebenso kurzweiliger wie fundierter Geschichts- und Kulturvermittlung. Auf amüsante Art und Weise schilderte er die Mentalität der Badener und

VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER FREIBURG

Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch, Vorsitzender
Dr. Norbert STRUB, Freiburg, stv. Vorsitzender
Dr. Georg BACH, Freiburg
Dr. Martin HAAS, Bad Krotzingen
Prof. Dr. Elmar HELLWIG, Freiburg

wie sie durch Landschaft, Geschichte und Kultur der Region geprägt wurden.

Studenteninformationsabend

Als Abschlussveranstaltung der diesjährigen Berufskundevorlesung für die Examenssemester an der ZMK-Klinik Freiburg fand Ende Januar ein Informationsabend im Zahnärztheaus Freiburg statt.

Nachdem bereits innerhalb der Berufskundevorlesungsreihe Referenten beider Körperschaften die Themen Perspektiven und Chancen der Berufsausübung, Körperschaften und Selbstverwaltung sowie die beruflichen Möglichkeiten im Ausland beleuchtet hatten, diente der Informationsabend einer weitergehenden Information über Themen, die für manche Studierende schon bald nach dem Examen von Relevanz sind.



Studenteninformationsabend im Zahnärztheaus Freiburg.

Die vielfältigen Möglichkeiten der postuniversitären Fortbildung zum Ausweis von Spezialisierungen und Tätigkeitsschwerpunkten schilderte der Vorsitzende der Bezirksgruppe der KZV Bezirksdirektion Freiburg, Dr. Hans Hugo Wilms und verwies auf das erstklassige akademische Niveau der postgraduierten Fortbildung im Freiburger Fortbildungszentrum (FFZ).

Den Weg zum Fachzahnarzt am Beispiel der Oralchirurgie stellte das Vorstandsmitglied der BZK Freiburg, Dr. Georg Bach vor.

Er warb mit eindrucksvollen Bildern für die zahnärztliche Chirurgie als wesentlichen Bestandteil unserer Profession.

Zahnarzt Tobias Bauer beschrieb eine Vielzahl sinnvoller Hilfsprojekte in der Dritten Welt, die ein hohes Engagement und persönlichen Einsatz erfordern, so krass divergieren die Realitäten eines humanitären Einsatzes mit hierzulande geforderten Standards.

Seinen gelungenen Abschluss fand der Informationsabend im Casino des Zahnärztheaus, wo bei einem geselligen Abendbuffet der Dialog zwischen Studierenden, Referenten und Vertretern der Körperschaften vertieft wurde.

Den Erfolg dieser kollegialen Begegnung auf Augenhöhe macht nicht zuletzt die gelungene Präsentation des Zahnärztheaus Freiburg aus, das sich als kompetenter Ansprechpartner für alle Anliegen unserer zukünftigen Kolleginnen und Kollegen bewiesen hat.

Klare berufspolitische Zielsetzungen

Titisee, Synonym für eine seit Jahrzehnten erfolgreich etablierte Fortbildung im Frühjahr eines jeden Jahres, ist darüber hinaus Markenzeichen für den berufspolitischen Diskurs der BZK Freiburg. So zeigte der Vorsitzende der BZK Freiburg, Dr. Peter Riedel, in seinem sehr ausführlichen Bericht das große Feld der berufspolitischen Herausforderungen und gab einen Überblick über die bisher geleistete Arbeit. Die berufspolitischen Zielsetzungen spiegeln sich in zahlreichen Beschlüssen der Vertreterversammlung wider.

Drei Buchstaben bewegen Zahnärzte, Versicherungen von PKV und GKV sowie Politiker seit vielen Jahren: GOZ. Dr. Peter Riedel machte in seinem Bericht deutlich, dass „diese neue GOZ von der Zahnärzteschaft weder fachlich noch betriebswirtschaftlich als Maß-

Personal in der Geschäftsstelle der BZK Freiburg

Christoph RÖDER • Cordula DEEKELING • Natalia DINGES • Sabine HÄRINGER • Myriam KETTERER • Grazia KOOP • Gudrun KOZAL • Sigrid POIGER • Samira SAUDI • Janine SCHÄTZLE • Ingrid STOICOV

stab für eine zeitgemäße Darstellung und Bewertung wissenschaftlich basierter Zahnmedizin akzeptiert werden kann. Sie ist völlig unzureichend.“

Die Vertreterversammlung forderte einstimmig vom Bundesministerium für Gesundheit die seit 24 Jahren unterlassene Anpassung des Punktwertes vorzunehmen und den Punktwert dann jährlich den allgemeinen Preissteigerungen anzupassen.

Kritisch setzte sich die Vertreterversammlung auch mit dem geplanten Patientenrechtegesetz auseinander und tadelte die KZBV und BZÄK, die das Gesetzeswerk wegen der verhinderten „Beweislastumkehr bei behaupteten Behandlungsfehlern“ in einer Stellungnahme positiv bewertet haben. Sie forderte den Gesetzgeber auf, den vorliegenden Entwurf des Patientenrechtegesetzes zurückzuziehen und sich auf die bestehende Patientenrechtecharta zu fokussieren.



Der Vorstand der BZK Freiburg: Dr. Georg Bach, Dr. Peter Riedel, Dr. Martin Haas, Dr. Norbert Struß und Prof. Dr. Elmar Helwig.

Aber nicht nur GOZ und Patientenrechtegesetz verdeutlichen nach Meinung der Versammlung den Mainstream in Deutschland nach sozialistischer Vereinheitlichung und Gleichmacherei, sondern auch die geplante Bürgerversicherung.

Last but not least standen Berichte und Diskussionen der Referenten im Fokus der VV in Titisee und zeigten, dass ein sehr engagier-

tes Vorstandsteam zusammen mit den Referenten für Fortbildung, GOZ, Gutachterwesen, Prophylaxe, Freie Berufe und des Beauftragten für südbadisch-elsässische Beziehungen an einem Strang ziehen. Titisee bot ein bemerkenswertes berufspolitisches Forum, was nicht zuletzt auch durch die Anwesenheit von zahlreichen Gästen, u. a. des Präsidenten und stv. Präsidenten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg unterstrichen wird.

Zahnärztliche Fortbildung

Stabile ästhetische Ergebnisse schaffen - zum zweitägigen Fortbildungskongress der südbadischen Zahnärzte, der am 20. und 21. April traditionsgemäß in Titisee stattfand, konnte der Kammervorsitzende Dr. Peter Riedel, neben rund 600 hoch motivierten Zahnärztinnen und Zahnärzten auch die Crème de la Crème der baden-württembergischen Standesvertretung sowie Ehrengäste aus dem Elsaß begrüßen. Zusammen mit Prof. Dr. Elmar Hellwig, der für das anspruchsvolle und interdisziplinäre Programm zum Thema „Schöne Zähne“ zuständig war, wünschte er „fortbildungsaktive und attraktive Tage“ Und dieser Wunsch hat sich in den frühlingshaft frischen Tagen am Titisee dann auch erfüllt.

Zu Beginn der Tagung machte Prof. Elmar Hellwig darauf aufmerksam, dass Ästhetik nicht immer mit medizinischem Handeln vereinbar ist und verwies auf den 1994 verstorbenen Philosophen Karl Popper, demzufolge der Mensch danach strebe, sich durch verschiedene Attribute von anderen zu unterscheiden, um seine Identität innerhalb des sozialen Gefüges zu erlangen. Doch die westlichen Schönheitsideale, die sich auf der ganzen Welt durchsetzen, streben nach Gleichheit, nicht nach Unterschieden. In diesen Kontext sind auch die psychischen Probleme von Patienten einzuordnen, die weder ein Zahnarzt noch ein Chirurg beseitigen kann. Und wenn Ärzte nur dem Patientenwil-

len nachkommen, riskieren sie ihren Vertrauensvorschuss. Er zitierte abschließend den Freiburger Bioethiker Prof. Dr. Giovanni Maio: „Zahnmedizin ist kein Gewerbe, sonst landet sie wieder auf dem Marktplatz“.

Der traditionelle Festvortrag, der über die Zahnmedizin hinausblicken ließ, wurde von Werner Tiki Küstenmacher gehalten. Der Theologe hat mit seinen Ratschlägen zur Lebensvereinfachung einen Trend gesetzt. Mit live gezeichneten Cartoons und einem Blick in die Tiefenpsychologie machte er dem Auditorium deutlich, dass 90 Prozent der Entscheidungen „mit dem Bauch“ getroffen werden, entsprechend seine Ratschläge, vom Leidenden zum Handelnden zu werden.



Volles Haus beim zweitägigen Fortbildungskongress der südbadischen Zahnärzte am 20. und 21. April in Titisee.

Fortbildung Mitarbeiter/innen

Gleichzeitig und thematisch flankierend an die Zahnärztetagung in Titisee fand in Schluchsee zum 23. Mal die Fortbildungstagung für Zahnmedizinische Fachangestellte statt. Der stellvertretende Vorsitzende der BZK Freiburg Dr. Norbert Struß konnte über 400 Teilnehmerinnen begrüßen und ein anspruchsvolles Programm rund um das Thema „Schöne Zähne“ präsentieren. Wer möchte Sie nicht? Schöne Zähne, die attraktives Lächeln machen und uns jünger aussehen lassen. Die Wenigsten sind aber mit einem traumhaften Gebiss gesegnet. Selbstverständlich sind Beratung und Aufklärung

Chefsache, aber häufig stellen Patienten Ihre Fragen auch den Mitarbeiter/innen Ihres Vertrauens. Sie werden häufig angesprochen, sei es in der Prophylaxe, bei der Assistenz oder an der Rezeption. Dabei spielen sie eine verantwortungsvolle Rolle.

Bei der Tagung erhielten die ZFAs neueste Informationen und erfuhren, was bei freiliegenden Zahnhälsen zu beachten ist, was mit kieferorthopädischen Mitteln alles möglich ist, wie man mit minimalen konservierenden Maßnahmen wunderschöne Ergebnisse erzielen kann und welche Zahnaufhellungen im Trend liegen.

Gerne nutzen auch zahlreiche Fachlehrer der Berufsschulen des Bezirks Freiburg diese Gelegenheit, sich auf den neuesten Stand zu bringen, was die gute Zusammenarbeit der BZK Freiburg mit dem Dualen Partner Schule unterstreicht.

Die Bezirkszahnärztekammer Freiburg bietet im Zahnärzthehaus, also vor Ort - mit Ausnahme der DH-Ausbildung - sämtliche Aufstiegsfortbildungsmöglichkeiten für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen an. Dieses Angebot wird rege angenommen: Im Berichtsjahr konnten erneut über 400 Mitarbeiter/innen die Aufstiegsfortbildungen in den Bereichen Prophylaxe, Verwaltung, ZMP, ZMF und ZMV erfolgreich abschließen.

Gute Kontakte zur Universitätszahnklinik, Bezirksärztekammer und zu den französischen Kollegen

Anfang Juni war die Universitätsklinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie unter Leitung von Prof. Dr. Dr. Schmelzeisen und die Stadt Freiburg Gastgeber der 62. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Mund-Kiefer- und Gesichtschirurgie. Hauptthemen des wissenschaftlichen Programms waren klinisch relevante Innovationen und Schnittstellen zwischen bildgebenden Verfahren und Chirurgie. Erstmals wurde in Freiburg ein Tag der Chirurgie ins Leben gerufen, bei dem chirurgisch relevante Themen für die Praxis

dieses Mal unter dem Thema „Das klappt immer. / Das klappt nie.“ behandelt wurden. An diesem Tag haben Referenten mit langjähriger Praxiserfahrung über Themen referiert, die für chirurgisch interessierte Kolleginnen und Kollegen Relevanz und eine *take home message* haben, die man für die alltägliche Arbeit in der Praxis gebrauchen kann.

Der Tag der Chirurgie wurde als Gemeinschaftsveranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie mit der BZK Freiburg und der KZV BW, Bezirksdirektion Freiburg sowie dem Universitätsklinikum durchgeführt.

Im Oktober hat die BZK Freiburg zusammen mit der Ärztekammer Südbaden und der Landestierärztekammer eine Informationsveranstaltung durchgeführt, die die Kolleginnen und Kollegen der drei Berufsgruppen gemeinsam betreffen. Die Präsidentin der Baden-Württembergischen Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte, Dr. Eva Hemberger, hat das hochaktuelle Thema „Altersversorgung 2050 – Sicherheit ist relativ“ in der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg vorgetragen.

Anfang Oktober waren Vertreter des Syndicats UJCD aus Frankreich zu Gast im Zahnärztehaus. Ein umfangreicher Meinungsaustausch über die Strukturen im Gesundheitswesen beider Länder, Patientenberatung und Zweitmeinung, Gebührenordnung sowie Weiterbildung eröffnete einen weiten Blick über den Tellerrand hinaus.

Von beiden Seiten wurde besonders der freundschaftliche Charakter des kollegialen deutsch-elsässischen Miteinanders gewürdigt.

Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe

Zum Ende des Jahres wird die 14. Legislaturperiode der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg abgeschlossen. Der richtige Zeitpunkt, neben einem Rückblick auf die Kammerarbeit der letzten 12 Monate im Bezirk, Bilanz zu ziehen und einen Ausblick auf die nächsten vier Jahre zu wagen.

Einführung der neuen GOZ – gelebtes Kammermotto



Die BZK Karlsruhe konnte über 4.000 Teilnehmer bei den GOZ-Veranstaltungen verbuchen.

Mit der Maßnahme „GOZ INFORM“ konnte das Motto „Die Kammer – Ihr Partner“ spürbar mit Leben gefüllt werden. Die Einführung und Umsetzung der neuen GOZ wurde zur Nagelprobe für die bei den Kammermitgliedern angekündigte Unterstützung. Scheiterten auf Bundesebene alle Versuche, eine wirklich neue GOZ zu installieren, wurde auf Landes- und Bezirksebene neben standespolitischem Protest gleichwohl die zeitnahe Information und Schulung an der neuen GOZ punktgenau organisiert. Mit großem Einsatz aller Beteiligten von Landes Zahnärztekammer und Bezirks Zahnärztekammer im Ehrenamt wie in der Verwaltung gelang es in Umsetzung eines gut vorbereiteten Maßnahmenkataloges (seit 2008 war GOZ INFORM in Planung) noch vor Weihnachten letzten Jahres, einen Großteil der Zahnärzte/-innen und Ihrer Teams sowohl bei der „Tour de

Ländle“, als auch in großen Informationsveranstaltungen mit den Neuerungen der GOZ bekannt zu machen.

Bereits im Januar folgten neben einem landesweit angebotenen Internetsupport und einer landesweiten Hotline vertiefende Abrechnungskurse, die die neue GOZ im Detail beleuchteten. Dr. Jan Wilz, GOZ-Referent der Landes Zahnärztekammer und Kurt Schüssler, langjähriger Abrechnungsleiter und Bezirksdirektionsleiter der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg Bezirksdirektion Karlsruhe standen dankenswerter Weise als Topreferententeam zur Verfügung. Insgesamt verbuchte die BZK über 4.000 Teilnehmer bei den GOZ-Veranstaltungen.

Vorstandsarbeit und Vertreterversammlung

Neben vier turnusmäßigen Vorstandssitzungen traf sich der Bezirksvorstand im April 2012 mit französischen Zahnärzten aus dem Elsass. Ziel dieses Treffens war, gegenseitig einen Einblick in die Strukturen der zahnärztlichen Standesorganisationen in den beiden Gesundheitssystemen zu geben.



Klausurtagung des BZK-Vorstandes mit französischen Zahnärzten aus dem Elsass.

Im Anschluss traf man sich zum 7. Tag des Qualitätsmanagements im Zahnärzthehaus Mannheim, in gewohnter Weise geplant und

VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER KARLSRUHE

Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker, Vorsitzender
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, stv. Vorsitzender
Dr. Volker BRACHER, Karlsruhe
Dr. Wolfgang GRÜNER, Karlsruhe
Dr. Jan WILZ, Mannheim

organisiert von Dr. Norbert Engel, Vorsitzender der BZK Karlsruhe. Neben hochkarätigen Referenten aus dem Bundesgebiet, Kammermitgliedern und Vertretern der Deutschen Gesellschaft für Qualität sowie zahlreichen Standespolitikern von Kammer und Kassenzahnärztlichen Vereinigung waren in diesem Jahr auch Standesvertreter der französischen und belgischen Zahnärzteschaft vor Ort. Mit dem Thema „Qualitätsmanagement: Zwischen Kontrolle und Freiheit“ diskutierte das interessierte Fachpublikum über neueste Entwicklungen auf dem Gebiet „Qualität“.



Der Tag des Qualitätsmanagements ist inzwischen etabliert.

Diese Veranstaltung ist inzwischen als jährliches Treffen der QM-Fachleute im Fachgebiet Zahnheilkunde etabliert und findet bundesweit Anerkennung. Die Zusammenkunft dient in hervorragender Weise als Forum zum Austausch gesammelter Erfahrungen und der Beleuchtung aktueller Entwicklungen im Gesundheitswesen aus „Qualitätssicht“.

Die jährliche Vertreterversammlung unter der Leitung des Versammlungsleiters, Dr. Walter Schweizer, fand erneut in Baden-Baden statt. Der Vorstand berichtete schriftlich und mündlich über seine Arbeit. Der Vorsitzende richtete den Blick in die Zukunft, zeigte gesellschaftliche Entwicklungen und kommende Rahmenbedingungen auf, die unmittelbar Einfluss auf die Ausübung des zahnärztlichen Berufes haben werden.

Dr. Bert Bauder, Vorsitzender des Haushaltsausschusses, berichtete über die Entwicklung der Finanzen im Bezirk. Bereits im zweiten Jahr kann der Bezirk Karlsruhe den günstigsten BZK-Kammerbeitrag vorweisen. Abgerundet wurde die Versammlung mit dem Impulsvortrag „stärkenorientiertes Führen“ von Alexander Groth und der Ehrung verdienter Mitglieder der Vertreterversammlung der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe, denen der Versammlungsleiter Dr. Schweizer ausdrücklichen Dank der Kollegenschaft für das standespolitische Engagement der letzten Jahre übermittelte.



BZK-Vertreterversammlung im September in Baden-Baden.

Zusammenarbeit mit den Kollegen vor Ort, Kreisversammlungen, Herbstkonferenz

Der BZK-Vorstand traf sich in Vorbereitung auf die Sommerkreisversammlungen und zum jährlichen standespolitischen Austausch mit den acht Kreisvorsitzenden des Bezirks am 12.06.2012 im Zahnärztehaus Mannheim. Anregungen und konstruktive Kritik von der Basis nimmt der BZK-Vorstand hier stets gerne auf, um die eigene Arbeit zu reflektieren und zu optimieren.

Auf den Kreisversammlungen vom 18.06. bis 05.07.2012 informierten sich über 800 interessierte Teilnehmer zu den Themen Praxisführung, neue GOZ, Betreuungskonzept des

Personal in der Geschäftsstelle der BZK Karlsruhe

David RICHTER • Andreas BIERETH • Jutta HECKMANN • Ulrike KLEPS • Rosita KOELLNBERGER • Helga KOERBER-KELLEY • Christiane SCHÄFER • Sabine SCHMITT • Silvia STEIN • Petra WEILACHER • Krystyna WRZOS

Arbeitskreises für Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung sowie die anstehenden 15. Kammerwahlen.

Vom 26. bis 29.09.2012 traf sich die nordbadische Zahnärzteschaft in Baden-Baden bereits zum dritten Mal. Neben der Ehrung der Berufsjubilare und der Einladung der Neuprobieren Zahnärzte organisierten die Bezirkszahnärztekammer und die Akademie in Karlsruhe erneut einen Tag Fortbildung für das ganze Praxisteam. Rund 300 Besucher nutzten die Tagung mit dem exotischen Thema - „Spezielle Dienste der guten Praxis - Eine gute Praxis hat auch Rat und Hilfe parat bei Problemen, die am Rande unseres Faches liegen: Rauchen, Schnarchen, schlechter Atem, dunkle Zähne.“



Die Herbstkonferenz stand unter dem Motto „Spezielle Dienste der guten Praxis“

Am Samstag trafen sich die Fachlehrer des Bezirks unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der BZK, Dr. Robert Heiden, zum Erfahrungsaustausch. Auch diesmal gelang der Spagat zwischen kollegialem Treffen von Jung bis Alt, standespolitischen Veranstaltungen (Vorstandssitzung, Vertreterversammlung, Fachlehrertagung), Wissen-

schaftlichem Part (Masters Day) und dem eigentlichen Fortbildungstag mit fachlichem Inhalt für das gesamte Team in einem würdigen gesellschaftlichem Rahmen mit gelungener Abendveranstaltung.

Verwaltung

Verwaltungsintern musste die Bezirkszahnärztekammer im Berichtsjahr die riesige Zahl an Veranstaltungsteilnehmern sowie die Logistik der Großveranstaltungen managen. Durch gegenseitige Unterstützung gelang das hervorragend. Die Auszahlung der Goldsammlung Ende 2011 (über 2 Millionen Euro) unter der Führung von Dr. Bernhard Jäger, Vizepräsident der Landeszahnärztekammer und die Kammerwahl unter der Leitung des Bezirkswahlleiters, Notar Lars Zimmermann, wurden ebenfalls reibungslos neben dem Tagesgeschäft organisiert. Die Zusammenarbeit im Zahnärztehaus Mannheim zwischen den Organisationen bleibt hervorragend. Die Zahnärzteschaft registriert diesen Umstand und erlebt die Verwaltung hilfsbereit und unterstützend. Harte Arbeit wird auch belohnt. Der diesjährige Betriebsausflug der Landes- und der Bezirkszahnärztekammern führte nach Schwäbisch Hall. Neben sportlichen Aktivitäten standen u. a. eine Stadtführung sowie Museumsbesichtigungen auf dem Programm, insbesondere wurde das kollegiale Miteinander weiter gepflegt.

Fortbildung

Neben der GOZ war mit ähnlichen Teilnehmerzahlen die „Pflichtfortbildung“ der Röntgenaktualisierungskurse zu organisieren. Auch hier wurden insgesamt 2.200 Teilnehmer in den entsprechenden Auffrischkursen geschult und betreut. Auch auf Initiative des Fortbildungsreferenten Dr. Volker Bracher, Mitglied des BZK-Vorstandes, bemühte sich die Kammer verstärkt um den zahnärztlichen Nachwuchs. Sie stellte die Arbeit wie die letzten Jahre sowohl im Rah-

men der KZV-Veranstaltung „Start und Fit“ den neu zugelassenen Kolleginnen/Kollegen als auch gemeinsam mit der KZV in einer Berufsfachkundevorlesung „der etwas anderen Art“ den Studenten des 9. und 10. Fachsemesters der Universität Heidelberg vor.



Das Fortbildungsangebot findet sich im jährlichen Fortbildungskalendarium von BZK und KZV BD.

Daneben wurde ein Praxisgründerseminar aufgelegt, welches von den Teilnehmern intensiv zur Einholung von Informationen genutzt wurde. Auf Anregung aus der Zahnärzteschaft wurden im Zuge der Einführung der neuen GOZ Kommunikationsseminare gemeinsam mit der Akademie Karlsruhe und ergänzend als Training im Zahnärzterhaus Mannheim angeboten. Daneben komplettierten bewährte Veranstaltungen das Fortbildungsangebot. Zusammengefasst findet sich das Angebot im jährlichen Fortbildungskalender von KZV Bezirksdirektion Karlsruhe und Bezirkszahnärztekammer, das die Mitglieder zum Ende eines jeden Jahres in den Händen halten.

Hinzu kam im Oktober 2012 das freundliche Seminarangebot der Versorgungsanstalt der Baden-Württembergischen Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte für die Mitglieder im Bezirk. Über das hochaktuelle

Thema „Altersversorgung 2050 – Sicherheit ist relativ“ referierte die Präsidentin Dr. Hemberger, höchstpersönlich in einer gemeinsamen Veranstaltung der Zahnärzte, Ärzte und Tierärzte im Zahnärzterhaus Mannheim.



Die Präsidentin der Versorgungsanstalt, Dr. Eva Hemberger, referierte zum Thema „Altersversorgung 2050 – Sicherheit ist relativ“ im Zahnärzterhaus Mannheim.

Bilanz und Ausblick

Selbst gesteckte Ziele des BZK-Vorstandes wurden angegangen und in weiten Teilen umgesetzt. Auf Landesebene konnten viele im Bezirk geborene Ideen eingebracht werden. Vom Motto der Kammer, der Haltung der LZK zum Qualitätsmanagement, Lösungen und Informationen aus dem Bereich Praxisführung, Ideen zur Alterszahnheilkunde, Umgang mit Finanzen, neue Weiterbildungsordnung bis zur Einführung der neuen GOZ auf Basis der Initiative „GOZ INFORM“ trug auch die Arbeit aus dem Bezirk Früchte. Die Patientenberatung wurde im Bezirk in dieser Amtszeit ausgeweitet. Der Bezirk ist auf Landesebene hervorragend vertreten. Die Vertreter der Zahnärzteschaft aus Nordbaden leisten an der Spitze in Organen und Ausschüssen hervorragende Arbeit, einige bekleiden bis in die Bundesebene wichtige Ämter. So ist Dr. Jan Wilz inzwischen Vorsitzen-

der der GOZ Arbeitsgruppe Süd, Dr. Wolfgang Grüner, Mitglied des BZK-Vorstandes, stellvertretender Versammlungsleiter der Bundeszahnärztekammer und Dr. Eva Hemberger als Haushaltsausschussvorsitzende der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg stellvertretende Haushaltsausschussvorsitzende der Bundeszahnärztekammer. Aber auch die Kreisvorsitzenden, Senioren- und Behindertenbeauftragten, Gutachter, Patientenberater u. v. m. tragen zum Gelingen der Kammerarbeit bei. Die nordbadische Zahnärzteschaft hat sich geschlossen in der Unterstützung des inzwischen auf Landesebene beschlossenen Umzuges der Akademie für zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe gezeigt. Der Vorstand im Bezirk pflegt Kollegennähe durch offene Kommunikation. Der BZK-Vorstand hat eine Umfrage zum Thema „Praxis 2020“ aufgelegt, durchgeführt und ausgewertet. Ergebnisse sind Grundlage für eine mögliche weitere Arbeit des Vorstandes. In der Verwaltung der Landes Zahnärztekammer und den Bezirks Zahnärztekammern ist ein Qualitätsmanagement eingeführt. Die Verwaltung im Zahnärztehaus Mannheim funktioniert als schlanke kooperative Dienstleistungseinheit für den Zahnarzt vor Ort. Insgesamt also ein positives Fazit, was in der Kammerwahl zur 15. Legislatur mit hervorragenden Wahlergebnissen für die amtierenden Ehrenamtsträger seitens der Mitglieder gewürdigt wurde.

„Nicht nur spürbare Auswirkungen der demographischen Veränderung der Gesellschaft sondern auch die offensichtliche Veränderung in Zusammensetzung und Berufsauffassung junger Zahnärzte stellen eine zusätzliche Herausforderung für unseren Berufsstand dar. Die Frage der Auswirkungen auf die Zahnheilkunde einer zunehmenden Altersgesellschaft, die Frage welche zahnmedizinisch-therapeutische Antwort darauf gefunden werden kann, die Frage welche Infrastruktur dies in versorgungs- wie versiche-

rungstechnischer Hinsicht erfordert, bewegt uns zunehmend. Auch die Gewinnung, Ausbildung und Binden von Mitarbeitern ist für die zahnärztliche Berufsausübung in naher Zukunft von entscheidender Bedeutung. Weitere Arbeitsfelder erschließen sich durch die Einführung des Patientenrechtegesetzes, durch die drohende Bürgerversicherung und durch die zunehmende Ressourcenknappheit unseres Staates“, so der Vorsitzende in seinem Jahresbericht für die Vertreterversammlung der BZK Karlsruhe 2012.

Zukünftige Aufgaben für den Berufsstand rechtzeitig zu erkennen, daraus Ziele und Arbeitsstrategien zu entwickeln, ist erklärte Absicht des Vorstandes.

Dies wird zukünftig die Kammerarbeit nicht nur in entsprechenden Fachgremien, sondern auch auf der politischen Seite immer mehr beanspruchen. Diese Aufgabe kann nicht im Bezirk gelöst werden. Entsprechende Strukturen mit Arbeitsteilung, Kompetenzverteilung und politischer Zusammenarbeit werden auf der Landesebene erfolgen müssen. Die BZK Karlsruhe ist hier sehr gut aufgestellt und wird in diesem Sinne auch in Zukunft ihre Fähigkeiten und Kraft zum Wohle des Berufsstandes in unserem Lande einsetzen.

Bezirkszahnärztekammer Stuttgart

Unter dem Leitbild der Kammer „Die Kammer – Ihr Partner“ präsentierte sich die BZK Stuttgart auch im vergangenen Jahr unter dem Motto „Von Kollegen für Kollegen“ als Dienstleister für die Zahnärzteschaft in Nord-Württemberg.

Schwerpunkte der Kammerarbeit

Schwerpunkt der Arbeit der BZK Stuttgart war insbesondere, wie auch in den vergangenen Jahren, den Kammermitgliedern Hilfeleistung und Unterstützung bei der Führung ihrer Zahnarztpraxen zu geben. Über folgende Themen soll an dieser Stelle berichtet werden:

- Vorstandsarbeit
- Geschäftsstelle
- Kreisvereinigungen
- Fortbildung von Zahnärztinnen und Zahnärzten sowie der zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen
- GOZ 2012

Vorstandsarbeit



Im Berichtsjahr tagte der BZK-Vorstand in 6 Sitzungen.

Im Jahr 2012 fanden bis Redaktionsschluss fünf Vorstandssitzungen statt, eine Vorstandssitzung im Dezember 2012 steht noch aus.

In diesen Sitzungen ist der Vorstand der BZK Stuttgart seinen satzungsgemäßen Aufgaben nachgekommen und hat nach intensiven

Diskussionen die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Im Laufe eines Geschäftsjahres fallen bis zu einhundertfünfzig Entscheidungen in Angelegenheiten einzelner Zahnärzte an, die u. a. Fragen berufsrechtlicher Art, Befreiungen vom zahnärztlichen Notfalldienst, die Berufsausbildung zur Zahnmedizinischen Fachangestellten u.v.m. betreffen.

Im Rahmen der Vorstandssitzungen der BZK Stuttgart erfolgt darüber hinaus ein regelmäßiger Informations- und Meinungsaustausch mit den Bezirksvorsitzenden der KZV Baden-Württemberg Bezirk Stuttgart sowie den Landesvorsitzenden des Berufsverbands der Deutschen Kieferorthopäden (BDK) und des Berufsverbands der Deutschen Oralchirurgen (BDO).

Geschäftsstelle



In den Jour fixes werden anfallende Geschäftsvorgänge besprochen.

Die Leitung der Geschäftsstelle obliegt dem vom Vorstand bestellten Geschäftsführer. Sie erfolgt in kontinuierlicher, enger Abstimmung mit dem Vorsitzenden der BZK Stuttgart.

Hierzu dienen fest vereinbarte Dienstbesprechungen zwischen Vorsitzendem und Geschäftsführer sowie seiner Assistentin in der Geschäftsstelle, so genannten „Jour fixes“, in denen zeitnah anfallende Geschäftsvorgänge

VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER STUTTGART

Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen, Vorsitzender
Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen, stv. Vorsitzende
Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart
Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach

besprochen, entschieden bzw. zur Entscheidung durch den Vorstand vorbereitet werden.

Im Jahr 2012 fanden bis Redaktionsschluss achtzehn „Jours fixes“ statt, zwei „Jours fixes“ im November und Dezember stehen noch aus.

Die Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer und den Mitarbeiterinnen der Verwaltung erfolgt in ausgesprochen kompetenter und harmonischer Weise. Sie ist Grundlage für ein gemeinsames, erfolgreiches Wirken für unsere Mitglieder nach dem Leitbild „Die Kammer – Ihr Partner“.

Kreisvereinigungen

Kreisvereinigungen haben die Aufgabe, die Verbindung zwischen der Kammer und ihren Mitgliedern zu fördern und die Kammer bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Sie unterliegen der Aufsicht und den Weisungen des Vorstandes der BZK.

Beirat

Dem Vorsitzenden der BZK Stuttgart ist es ein Anliegen, mit der Kollegenschaft im ständigen, engen Kontakt zu stehen.

Eine Maßnahme, um den Kontakt mit der Basis zu pflegen, ist die Einbindung der zwölf Kreisvereinigungspräsidenten in die Kammerarbeit. Hierzu hat der Vorstand die Kreisvereinigungspräsidenten zu einem „Beirat“ zusammengefasst.

In zwei Beiratssitzungen im Berichtsjahr am 18.04.2012 und am 17.10.2012 erfolgte ein intensiver Meinungsaustausch zwischen Vorstand, Kreisvereinigungspräsidenten und Verwaltung und ein Informationsfluss in alle Richtungen.

Kreisvereinigungsversammlungen

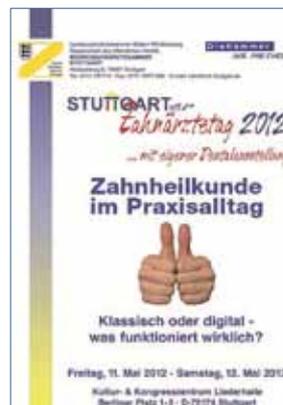
Kreisvereinigungsversammlungen, an denen alle Mitglieder der Kreisvereinigung teilnahmeberechtigt sind, dienen dazu, die Kammermitglieder über berufspolitische Fragen zu informieren, zu aktuellen Vorgängen Meinungen zu bilden und Anregungen aus der Zahnärzteschaft heraus aufzunehmen und an den Vorstand weiterzuleiten.

Kreisvereinigungsversammlungen werden vom Kreisvereinigungspräsidenten im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Bezirkszahnärztekammer einberufen und geleitet. Die Einladung erfolgt über die Geschäftsstelle der BZK Stuttgart.

Allein in der Zeit vom 01.01.2012 bis 31.10.2012 fanden im Bezirk Stuttgart siebenunddreißig Kreisvereinigungsversammlungen statt. Weitere Versammlungen stehen noch an.

Dies zeugt von einem aktiven standespolitischen Leben in unserem Bezirk.

Fortbildung



Höhepunkt des Stuttgarter Fortbildungsjahres.

Zu den satzungsgemäßen Aufgaben der BZK Stuttgart gehört es, die berufliche Fortbildung der Kammermitglieder zu fördern.

Personal in der Geschäftsstelle der BZK Stuttgart

Wolfgang LÖHL • Beate AHNS • Claudia FAIGLE • Simone FÖHL • Margit HARTMANN • Heidrun KUHNLE • Frauke LOOK • Rosa-Maria MORENO • Simone MÜHLECK • Bettina RIEDEL • Elvia RAICH • Dagmar STRINZ • Beate STÜRZL • Natalie WIESE

Unter einem Dach zeigt sich heute schon im achten Jahr das erfolgreiche Konzept des Stuttgarter Fortbildungsjahres. Ein Strauß aus verschiedenen Fortbildungsveranstaltungen auf Kreis- und Bezirksebene, dezentral und zentral, zieht sich thematisch mit einem roten Faden und sich ergänzend durchs Jahr.

Dieses Konzept dient auch der Erfüllung der Fortbildungspflicht und damit dem Erwerb von Fortbildungspunkten bei guter Qualität der gebotenen Veranstaltungen innerhalb unseres Bezirkes zu akzeptablen Preisen.

Im Einzelnen bestanden im Jahr 2012 folgende Fortbildungsangebote:

- Stuttgarter Zahnärztetag 2012
- KH-Symposium/Herbsttagung der BZK Stuttgart
- Fortbildungen in den Kreisvereinigungen
25 GOZ-Intensivseminare für den Zahnarzt und sein Team
- 6 Kurse zur Aktualisierung der Fachkunde im Strahlenschutz für Zahnärztinnen/Zahnärzte
- 7 Kurse zur Aktualisierung der Kenntnisse im Strahlenschutz für Zahnmedizinische Fachangestellte und Zahnarzhelfer/innen



BZK-Vorsitzender Dr. Konrad Bühler eröffnet den Stuttgarter Zahnärztetag.

Wie in den vergangenen Jahren war der 8. Stuttgarter Zahnärztetag am 11. und 12. Mai

2012 mit eigener Dentalausstellung im Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle, Stuttgart, das Highlight des Stuttgarter Fortbildungsjahres 2012.

Unter dem Thema „Zahnheilkunde im Praxisalltag: Klassisch oder digital – was funktioniert wirklich“ präsentierten Referenten aus Klinik und Praxis den Stand der Dinge und öffneten den Teilnehmern den Blick für echte Innovationen, die einen Gewinn für die Praxis bedeuten.



Die Referenten des Stuttgarter Zahnärztetages mit Prof. Dr. Johannes Einweg und Dr. Konrad Bühler.

Die Fortbildung für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen erstreckte sich auf Themen im Bereich Hypnose, Ernährung, Homöopathie und Prophylaxe.

Zum dritten Mal stand der Samstagvormittag alleine Mitarbeiter/innen im Praxismanagement zur Verfügung. Er befasste sich aktuell mit den ersten Erfahrungen mit der GOZ 2012.

Die inzwischen selbst legendäre Abendveranstaltung „Nacht der Legenden“ machte ihrem Namen wieder einmal alle Ehre. Bei Unterhaltungs- und Tanzmusik vom Feinsten mit der AMORADOS SHOWBAND und POP-HISTORY war Entspannung vom ersten Fortbildungstag an angesagt. Bei „Dino Lam-

pa's Action comedy solo show" blieb kein Auge trocken.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements des 8. Stuttgarter Zahnärztetages 2012 wurde wieder ein Beurteilungsbogen ausgeteilt, ausgefüllt und ausgewertet, um dem Vorstand der BZK Stuttgart Erkenntnisse darüber zu ermöglichen, ob Programm und Organisation bei den Teilnehmern ankommen, was ihnen bei dieser Veranstaltung gefallen bzw. nicht gefallen hat und welche Vorschläge für künftige Stuttgarter Zahnärztetage bestehen. Abgefragt wurde Inhalt/ Thema, Aktualität, wissenschaftliches Niveau, fachliche Kompetenz der Referenten, Verständlichkeit und Angemessenheit der Vermittlung, Praxisnähe und Praxisverwertbarkeit, aber auch Ablauf, Pausenregelung, Verpflegung und Räumlichkeiten. Die Ergebnisse werden in der Planung weiterer Fortbildungsveranstaltungen der BZK Stuttgart berücksichtigt.

GOZ 2012

Das Bundeskabinett hat am 21.09.2011 die erste Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ-Novelle) beschlossen. Sie ist nach Zustimmung des Bundesrates und Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt am 15.12.2011(!) am 01.01.2012 in Kraft getreten.

Ziel der BZK Stuttgart war es, die Kollegenschaft zeitnah und aktuell mit den Inhalten und der Anwendung der neuen GOZ vertraut zu machen und die Auslegungen der LZK Baden-Württemberg zu vermitteln.

Nach den bereits im Oktober und November 2011 durchgeführten fünf Großveranstaltungen in Esslingen, Heilbronn, Schwäbisch Gmünd und Stuttgart, in denen ein erster Überblick über den Inhalt der GOZ-Änderungen gegeben wurde, fanden im ersten Quartal 2012 insgesamt 25 GOZ-Intensivseminare für Zahnärzte und deren

Praxisteams statt, davon drei mit dem Spezialthema KFO.

Im Rahmen des Projekts „GOZ INFORM 2012“ der LZK Baden-Württemberg standen auch die Mitarbeiter/innen der BZK Stuttgart den Praxen in der GOZ-Hotline „rund um die Uhr“ telefonisch für Fragen zur Verfügung.

Seit 01.01.2012 werden die Auswirkungen der GOZ 2012 aufmerksam beobachtet, die verschiedenen Aktivitäten der Kostenträger im Abrechnungs- und Erstattungsverfahren gesammelt, geprüft, aktuelle Informationen fortlaufend der Zahnärzteschaft zur Verfügung gestellt.

Weitere Intensiv-Fortbildungen für das Jahr 2013 befinden sich in Planung.

Fazit

„Die Kammer – Ihr Partner“ ist für die BZK Stuttgart Vision und Leitbild. Für alle Kolleginnen und Kollegen soll die Kammer ihre berufliche Heimat sein.

Mit Kompetenz, Effizienz, Vertrauenswürdigkeit und Zuverlässigkeit will und wird die BZK Stuttgart ihren Partnern zur Seite stehen.

Bezirkszahnärztekammer Tübingen

Datum	Veranstaltung	Ort
14.09.11	BZK-Vorstandssitzung	Lindau
14.09.11	Sitzung des Hauhaltsausschusses	Lindau
14.09.11	Sitzung der Kreisvereinigungsverstehenden	Lindau
15.09.11	BZK-Vertreterversammlung	Lindau
16.09.11	46. Bodenseetagung	Lindau
17.09.11	46. Bodenseetagung	Lindau
21.09.11	Patientenberatung	Tübingen
23./24.09.11	Standespolitische Nachwuchstagung	Haigerloch
12.10.11	Patientenberatung	Tübingen
14.10.11	Patientenberatung KFO	Tübingen
11.11.11	Patientenberatung KFO	Tübingen
15.11.11	GOZ-Großveranstaltung	Friedrichshafen
16.11.11	Patientenberatung	Tübingen
23.11.11	GOZ-Großveranstaltung	Tübingen
29.11.11	GOZ-Großveranstaltung	Balingen
30.11.11	Sitzung der Kreisvereinigungsverstehenden	Tübingen
07.12.2011	GOZ-Großveranstaltung	Neu-Ulm
08.12.11	BZK-Vorstandssitzung	Tübingen
09.12.11	Patientenberatung KFO	Tübingen
13.12.11	GOZ-Großveranstaltung für Mitarbeiter/innen	Ehingen
14.12.11	Patientenberatung	Tübingen
20.12.11	GOZ-Großveranstaltung für Mitarbeiter/innen	Friedrichshafen
22.12.11	GOZ-Großveranstaltung für Mitarbeiter/innen	Tübingen
11.01.12	GOZ-Großveranstaltung für Mitarbeiter/innen	Balingen
13.01.12	Patientenberatung KFO	Tübingen
18.01.12	Patientenberatung	Tübingen

VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER TÜBINGEN

Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach, Vorsitzender
Dr. Dr. Heiner SCHNEIDER, Metzingen, stv. Vorsitzender
Dr. Manfred JOOß, Ravensburg
Dr. Elmar LUDWIG, Ulm
Dr. Bernd STOLL, Albstadt

Datum	Veranstaltung	Ort
21.01.12	GOZ Workshop	Hechingen
03.02.12	Patientenberatung KFO	Tübingen
04.02.12	GOZ Workshop	Neu-Ulm
10.02.12	Aktualisierungskurs Röntgen (ZFA)	Friedrichshafen
10.02.12	Aktualisierungskurs Röntgen (ZFA)	Friedrichshafen
11.02.12	GOZ Workshop	Friedrichshafen
15.02.12	Patientenberatung	Tübingen
29.02.12	GOZ Workshop	Balingen
02.03.12	Patientenberatung KFO	Tübingen
02.03.12	Fachlehrertagung	Tübingen
03.03.12	GOZ Workshop	Friedrichshafen
07.03.12	Patientenberatung	Tübingen
10.03.12	Aktualisierungskurs Röntgen (ZFA)	Hechingen
10.03.12	Aktualisierungskurs Röntgen (ZFA)	Hechingen
14.03.12	GOZ Workshop	Reutlingen
16.03.12	BZK-Vorstandssitzung	Tübingen
17.03.12	Außerordentliche Vertreterversammlung	Tübingen
21.03.12	Sitzung der Kreisvereinigungs vorsitzenden	Tübingen
21.03.12	Patientenberatung	Tübingen
23.03.12	Aktualisierungskurs Röntgen (ZFA)	Neu-Ulm
23.03.12	Aktualisierungskurs Röntgen (ZFA)	Neu-Ulm
24.03.12	Aktualisierungskurs Röntgen (ZÄ)	Neu-Ulm
28.03.12	Patientenberatung	Tübingen
30.03.12	Jahrestreffen AG Zahngesundheit BZK- Tübingen	Tübingen
04.04.12	Patientenberatung	Tübingen
11.04.12	Patientenberatung	Tübingen

Personal in der Geschäftsstelle der BZK Tübingen

Hildegard VÖHRINGER • BIANKA BÖRNER • Regina FRONEK • Jochen HESPELER •
Carola KRAFT • Karin MILDNER • Susanne RIEDINGER • Simona SCHAAL

Datum	Veranstaltung	Ort
18.04.12	Patientenberatung	Tübingen
25.04.12	Patientenberatung	Tübingen
27.04.12	Patientenberatung KFO	Tübingen
02.05.12	Patientenberatung	Tübingen
09.05.12	Patientenberatung	Tübingen
11.05.12	Patientenberatung KFO	Tübingen
11.05.12	Aktualisierungskurs Röntgen (ZFA)	Ehingen
11.05.12	Aktualisierungskurs Röntgen (ZFA)	Ehingen
16.05.12	Patientenberatung	Tübingen
23.05.12	Patientenberatung	Tübingen
30.05.12	Patientenberatung	Tübingen
06.06.12	Patientenberatung	Tübingen
13.06.12	Patientenberatung	Tübingen
20.06.12	Patientenberatung	Tübingen
21.06.12	BZK-Vorstandssitzung	Tübingen
27.06.12	Patientenberatung	Tübingen
29.06.12	Patientenberatung KFO	Tübingen
30.06.12	Tübinger Praxistag	Reutlingen
04.07.12	Patientenberatung	Tübingen
06.07.12	Betriebsausflug der BZK Tübingen	Freiburg
11.07.12	Patientenberatung	Tübingen
18.07.12	Patientenberatung	Tübingen
20.07.12	Patientenberatung KFO	Tübingen
21.07.12	Aktualisierungskurs Röntgen (ZÄ)	Weingarten
25.07.12	Patientenberatung	Tübingen
01.08.12	Patientenberatung	Tübingen

Datum	Veranstaltung	Ort
08.08.12	Patientenberatung	Tübingen
15.08.12	Patientenberatung	Tübingen
22.08.12	Patientenberatung	Tübingen
29.08.12	Patientenberatung	Tübingen
05.09.12	Patientenberatung	Tübingen
12.09.12	Patientenberatung	Tübingen
12.09.12	BZK-Vorstandssitzung	Lindau
12.09.12	Sitzung des Haushaltsausschusses	Lindau
12.09.12	Sitzung der Kreisvereinigungs vorsitzenden	Lindau
13.09.12	BZK-Vertreterversammlung	Lindau
14.09.12	Patientenberatung KFO	Tübingen
14.09.12	47. Bodenseetagung	Lindau
15.09.12	47. Bodenseetagung	Lindau
19.09.12	Patientenberatung	Tübingen
21.09.12	Aktualisierungskurs Röntgen (ZFA)	Friedrichshafen
21.09.12	Aktualisierungskurs Röntgen (ZFA)	Friedrichshafen
26.09.12	Patientenberatung	Tübingen
10.10.12	Patientenberatung	Tübingen
12./13.10.12	Standespolitische Nachwuchstagung	Überlingen

Das Informationszentrum Zahngesundheit Baden-Württemberg (IZZ) wird gemeinsam von der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg getragen und ist für die externe Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg zuständig. Zur externen Öffentlichkeitsarbeit gehört die erfolgreiche Planung und Durchführung von Veranstaltungen in allen Regierungsbezirken wie z. B. der Präsentation des Forum Zahngesundheit auf Verbrauchermessen und Parteitagen. Das IZZ-*presseforum*, das bundes- wie landesweit unter den Medienvertretern einen hervorragenden Ruf genießt, ist ein weiteres Beispiel einer effizienten Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung der vertrauensvollen Information der Medienvertreter und der Kommunikation zwischen den Standespolitikern und den Journalisten. Diese Plattform bietet der Zahnärzteschaft die Möglichkeit, den Multiplikatoren Theorie und Praxis der Zahnheilkunde kompetent zu vermitteln. Darüber hinaus dient das Forum den Standespolitikern dazu, berufspolitische Positionen vorzustellen und zu diskutieren. Das IZZ verfolgt ein integratives Kommunikationskonzept, das heißt, alle Maßnahmen sind dem Ziel verpflichtet, sowohl durch Online-Information, Werbung, transparente Information und Kommunikation via Pressekonferenz, Pressedialog u. a. m., die Aufmerksamkeit der Zielgruppen zu erreichen.

Azubi-Kommunikation

Das Azubi-Marketing gehört ebenfalls zu den Aufgabengebieten des IZZ. In über 40 Azubi-Veranstaltungen wird für das Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten geworben sowie die vorbildliche Aufstiegsfortbildung in Baden-Württemberg - von der Zahnmedizinischen Fachangestellten bis zur Dentalhygienikern - vorgestellt. Somit ist die Werbung für den Beruf der Zahn-

medizinischen Fachangestellten auch als Visitenkarte für den Zahnarzt als einer der bedeutendsten Arbeitgeber in Baden-Württemberg zu sehen.

Flankierend hat das Redaktionsteam Johannes Clausen, Dr. Bernhard Jäger, Dr. Hans Hugo Wilms - unter fachlicher Beratung von Dr. Bernd Stoll - die neue ZFA-Broschüre „Die Chance: Zahnmedizinische Fachangestellte. Mit dieser Ausbildung fängt Ihre Zukunft gut an“ bearbeitet und aktualisiert.

Fortbildungsspektrum



37. Schwarzwaldtagung: „Schöne Zähne erhalten - schöne Zähne gestalten“ – ein schönes Thema für Journalisten der Funk- und Printmedien.

Die seit vielen Jahrzehnten etablierten großen Fortbildungsveranstaltungen in Karlsruhe, Titisee, Lindau und Stuttgart sind willkommene Ereignisse, um Journalisten über die Entwicklungen und Themen in der Zahnmedizin zu informieren. In den Pressekonferenzen standen die Vorsitzenden der Bezirkszahnärztekammern – zusammen mit den Wissenschaftlichen Leitern der Tagung – Rede und Antwort:

„Abschied vom Abdrucklöffel - Was bedeuten die neuen digitalen Techniken für Praxis und Labor?“ (27. Karlsruhe Konferenz der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe), „Schöne Zähne erhalten – schöne Zähne gestalten“ (37. Schwarzwaldtagung der BZK Freiburg), „Zahnheilkunde im

VERWALTUNGSRAT

**Dr. Ute MAIER, Vorsitzende des IZZ-Verwaltungsrates 2012,
Vorsitzende des Vorstands der KZV BW**

**Dr. Udo LENKE, stv. Vorsitzender des IZZ-Verwaltungsrates 2012
Präsident der Landeszahnärztekammer BW**

Praxisalltag Klassisch oder digital – was funktioniert wirklich?“ (8. Stuttgarter Zahnärztetag der BZK Stuttgart), „Zahnmedizinische Innovationen auf dem Prüfstand“ (47. Bodenseetagung der BZK Tübingen).

Medienpräsenz

Gastspiele in Fernsehen und Rundfunk gab es u. a.: am 22. März 2012 mit Dr. Hans Hugo Wilms, Mitglied IZZ-Geschäftsführender Ausschuss, im SWR-Marktcheck zum Thema Zahnzusatzversicherungen. Prof. Dr. Johannes Einwag war der Experte in der am 7. Mai 2012 ausgestrahlten Sendung ARD-Markencheck zum Thema Zahngesundheit.



Zum Pressehintergrundgespräch trafen Dr. Ute Maier und Dr. Udo Lenke mit Willi Reiners (li.), Politikredakteur der Stuttgarter Nachrichten, zusammen im IZZ.

Die 27. Karlsruher Konferenz stand unter Beteiligung von Prof. Winfried Walther im Fokus des SWR4. Prof. Dr. Elmar Hellwig und Dr. Peter Riedel wurden anlässlich der 37. Schwarzwaldtagung am 19. April 2012 für Radio Regenbogen sowie SWR 4 interviewt. Im Zuge der Diskussion auf der SWR-Pressekonferenz anlässlich der Schwarzwaldtagung wurde Dr. Hans Hugo Wilms im

Studio Freiburg des SWR zum Thema „Zahnarztrechnungen auf dem Prüfstand“ eingeladen und interviewt.

Im Pressehintergrundgespräch standen zum Thema Patientenrechtegesetz Dr. Ute Maier und Dr. Udo Lenke dem Politik-Redakteur der Stuttgarter Nachrichten, Willi Reiners, im IZZ Rede und Antwort (12.7.).

Zahnärztliche Patientenberatung

Telefonaktionen, die das IZZ mit den Redaktionen der Printmedien in Baden-Württemberg vereinbart, dienen dazu, der Bevölkerung den Zahnarzt als Sachwalter der zahnmedizinischen Kompetenz darzustellen.

Die Zeitungslandschaft im Südwesten ist vielfältig und sehr lebendig. Daher gehört es zur Strategie der Öffentlichkeitsarbeit, mit den Redaktionen renommierter Tageszeitungen zusammenzuarbeiten. Das IZZ organisiert seit Jahren Telefonaktionen mit den unten aufgeführten Zeitungen, bei denen zahnärztliche Experten am Telefon Leserfragen beantworten.

Das IZZ hat in Zusammenarbeit mit zehn Tageszeitungen diese „Sprechstunde“ durchgeführt

- Badisches Tagblatt, Baden-Baden (1.2.),
- Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg (9.5.),
- Esslinger Zeitung, Esslingen (12.9.),
- Südwest Presse, Ulm (19.9.),
- Südkurier, Konstanz (20.09.),
- Offenburger Tagblatt, Offenburg (25.9.),
- Heilbronner Stimme, Heilbronn (26.9.),
- Stuttgarter Nachrichten, Stuttgart (23.10.),
- Schwarzwälder Bote, Oberndorf (24.10.),
- Schwäbische Zeitung, Leutkirch (25.10.).

Insgesamt wurden durch Telefonaktionen über 2,8 Millionen Leserinnen und Leser erreicht. Die Berichterstattung über Fragen

GESCHÄFTSFÜHRENDER AUSSCHUSS DES IZZ

Dr. Bernhard JÄGER, Vorsitzender Geschäftsführender Ausschuss des IZZ 2012, Stv. Präsident LZK BW

Dr. Hans Hugo WILMS, stv. Vorsitzender Geschäftsführender Ausschuss des IZZ 2012, Referent für Öffentlichkeitsarbeit der KZV BW

und Antworten der zahnärztlichen Experten berücksichtigt zusätzlich Informationen über die gebührenfreie Service-Hotline der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg 0800/4747800. Darüber hinaus bietet das IZZ so genannte Materntexte an, unter dem Signum „Informationen und Tipps rund um die Zahn- und Mundgesundheit“.

Themen wie z. B. „Erfolgreiches Modell der zahnärztlichen Patientenberatung in BW – gebührenfreie Beratungs-Hotline der Zahnärzteschaft“, „Der Zahnarzt rät: Mundschutz auch für Freizeitsportler“, „Zahngesundheit fängt beim Baby an“ stellt das IZZ den Redaktionen zum kostenfreien Abdruck online zur Verfügung. Baden-Württembergs Zeitungs- und Medienlandschaft weiß den Service des IZZ zu schätzen, was sich zuletzt in den monatlich erstellten Resonanzanalysen durch den Ausschnittdienst Infopaq Deutschland GmbH darstellt. Insgesamt haben 2.908 Beiträge Eingang in die Printmedien mit einer Auflage von 59.730.328 Exemplaren gefunden (bis September 2012).

18. IZZ-presseforum in Straßburg



Deutsch-französische Begegnung in der Zahnmedizinischen Fakultät Straßburg.

Beim 18. IZZ-presseforum am 29. Juni 2012 erwies sich Straßburg als der ideale Ort, um gemeinsam europäische Einflüsse auf Patienten und Gesundheitsberufe zu

beleuchten und Einblicke in die moderne Zahnmedizin zu erhalten. 25 Medien-schaffende waren der Einladung des Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ) gefolgt und hatten sich an der Zahnmedizinischen Fakultät der Universität Straßburg über „Die Kunst der Zahnerhaltung – von minimal-invasiv bis maximal-intensiv“ sowie über die „Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitspolitik der EU“ informiert. Ziel war es, Grenzen zu überschreiten und zu erfahren, was die französischen Zahnärzte anders machen als die deutschen und welchen Stellenwert die jeweiligen Krankenkassensysteme zu den Behandlungsalternativen einnehmen. Kooperationspartner war Professor Dr. Youssef Haïkel, Ärztlicher Direktor der Zahnmedizinischen Fakultät der Universität Straßburg. Im politischen Teil referierten Dr. Udo Lenke, Dr. Bernhard Jäger und Dr. Ute Maier über die „Stärkung der Gesundheitskompetenzen in einem Europa der Regionen“ aus deutscher Sicht. Dr. Christian Kaempf und Dr. Sabine Walliser stellten die Feinheiten der französischen Gesundheitspolitik und des Sozialsystems vor. Das nächste IZZ-presseforum ist am 12. Juli 2013 in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Elmar Hellwig, Universitätsklinikum für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, Abteilung für Zahnerhaltungskunde und Parodontologie, Freiburg, geplant.

Forum Zahngesundheit

Das Forum Zahngesundheit ist ein Sympathieträger der Zahnärzteschaft in Baden-Württemberg, was die zahlreichen Presseveröffentlichungen zeigen. Sie dokumentieren, dass das Konzept bei den Medien ankommt. 2012 gab es zwölf Forum-Zahngesundheit-Veranstaltungen sowie die Sonderveranstaltung Kinderspielstadt Stutengarten, Stuttgart:

IZZ-LEITUNG

Johannes CLAUSEN, Leiter

Ulrike FUCHS, Büroleiterin

Gabriele BILLISCHEK, Forum Zahngesundheit

- Gesund und Aktiv in Zusammenarbeit mit der Ludwigsburger Kreiszeitung (11./12. Februar)
- Vitawell in Zusammenarbeit mit der NWZ – Göppinger Kreiszeitung (11./12. Februar)
- IBO, Friedrichshafen (21. bis 25. März),
- Maimarkt, Mannheim (28. April bis 8. Mai),
- Laupheimer Leistungsschau (11. bis 13. Mai)
- Südwest Messe, Villingen-Schwenningen (2. bis 10. Juni),
- Gesundheitstage Vaihingen (23./24. Juni)
- Baden Messe, Freiburg (8. bis 16. September),
- Gesundheitstag Crailsheim (29. September)
- Offerta, Karlsruhe (29. Oktober bis 6. November),
- Allmendinger Gesundheitstage, Allmendingen, in Zusammenarbeit mit der Südwest Presse, Ulm (20./21. Oktober),
- Familie und Heim, Stuttgart (12. bis 20. November).

Die Zahnarztpraxis „Doktor Paula Zahn“ in der Kinderspielstadt Stutengarten besuchten u. a. Karin Maag MdB, Fritz Kuhn MdB, Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster, die sich über das lebhaftes Engagement der Zahnärzteschaft und die Begeisterung der Kinder sichtlich freuten (13. August bis 1. September).

Public affairs

Die Gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU (Wilfried Klenk MdL), B'90/Die Grünen (Bärbl Mielich MdL), FDP (Jochen Haußmann MdL) und SPD (Florian Wahl MdL) sowie Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren des Landtags BW suchten am 14. März das Gespräch im Hotel Am Schloßgarten, Stuttgart, mit dem IZZ-Verwaltungsrat (Dr. Ute Maier und Dr.

Udo Lenke) und dem Geschäftsführenden Ausschuss (Dr. Bernhard Jäger und Dr. Hans Hugo Wilms) sowie Christoph Besters, Christian Finster, Dr. Uwe Lückgen, Axel Maag, Dr. Dr. Heinrich Schneider, Johannes Clausen.



Intensiver Gedankenaustausch beim Gesundheitspolitischen Dialog in Stuttgart im März.

Der politische Dialog wurde auch auf zwei Landesparteitagen, und zwar der FDP (5.1.) in Stuttgart, und B'90/Die Grünen (30.11.-2.12.) in Böblingen auf dem Informations- und Kommunikationsstand des IZZ geführt. Darüber hinaus zeigte die baden-württembergische Zahnärzteschaft mit dem Forum Zahngesundheit Flagge auf dem Bundesparteitag der FDP, der in Karlsruhe gastierte (21./22.4.). Der FDP-Bundesparteitag bot dabei die Gelegenheit u. a. mit dem Bundesminister für Gesundheit Daniel Bahr MdB, dem Bundesvorsitzenden und Minister Dr. Philipp Rösler, dem Fraktionsvorsitzenden Rainer Brüderle MdB sowie der Landesvorsitzenden Birgit Homburger MdB und anderen Politikern und Journalisten ins Gespräch zu kommen.

Seit vielen Jahren wird der deutsch-französische Gedankenaustausch von Standespolitikern diesseits und jenseits des Rheins bei Fortbildungsveranstaltungen oder beim berufspolitischen Dialog gepflegt. Am 27. September 2012 folgten der Einladung

von Dr. Christian Couzinou, dem Präsidenten des Nationalrates der französischen Zahnärztekammer, Dr. Hans Hugo Wilms und Johannes Clausen und übermittelten Grüße von Dr. Ute Maier und Dr. Udo Lenke.



Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr kam zu Gesprächen ins Forum Zahngesundheit.

Anfang Juli folgten über 320 Gäste aus Politik und Wirtschaft, Landespolitik, Gesundheitswesen sowie Verbänden der Einladung der Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten zum dritten gemeinsamen Sommerfest unter dem Motto „Miteinander im Dialog – mit Freude dabei“.

Tag der Zahngesundheit

Unter dem Motto „Gesund beginnt im Mund – Von Jung bis Alt!“ war die diesjährige landeszentrale Auftaktveranstaltung zum dritten Mal zum Tag der Zahngesundheit am 26. September in Stuttgart zu Gast. Die Pressekonferenz mit den Vertretern der Veranstaltergemeinschaft - unter dem Vorsitz des Vorstandsvorsitzenden der LAGZ BW Dr. Udo Lenke - und moderiert von Johannes Clausen, Leiter des IZZ, war von den Medienvertretern gut besucht.

Die Vertreter der Veranstaltergemeinschaft von (LAGZ BW, IZZ BW und die Stuttgarter Arbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege) waren: Dr. Udo Lenke und Dr. Ute Maier, Dr.

Renate Lüllwitz-Hoch, Vorstandsmitglied der LAGZ sowie Prophylaxe-Referentin der LZK, Dr. Joachim Kohler, Mitglied im Vorstand der LAGZ und Ministerialdirigent im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren des Landes BW, Eberhard Brenner, AOK BW und Frank Winkler, stv. Leiter vdek, Landesvertretung BW.



Auf der Pressekonferenz zum Tag der Zahngesundheit standen die Repräsentanten der Veranstaltergemeinschaft Rede und Antwort.

Auch Prominente aus Gesundheit, Politik und Kultur waren zur landeszentralen Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit auf den Stuttgarter Schloßplatz gekommen. Bärl Mielich MdL, Gesundheitspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion B'90/Die Grünen und Vorsitzende im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren kam auf die Show-Bühne, wo Moderatorin Martina Meisenberg Fragen zum persönlichen Prophylaxeverhalten stellte.

Florian Wahl MdL, Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, sowie Rainer Hinderer MdL, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren des Landtags BW, informierten sich über den Stand der Prophylaxeerfolge in Baden-Württemberg. Jochen Haußmann MdL, Gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Stefan Teufel, Stv. Vorsitzender Ausschuss für Arbeit und

Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, lockte der Tag der Zahngesundheit ebenso auf den Schloßplatz wie die Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Karin Maag.

Auch dieses Jahr konnte sich die Veranstaltergemeinschaft wieder über die außerordentliche Zahngesundheit der Kinder und Jugendlichen freuen, was nicht zuletzt die Medien in hervorragender Weise kommentierten. Einen ähnlichen Erfolg will man nun auch bei den älteren Mitbürgern erzielen, vor allem bei Hochbetagten, die pflegebedürftig sind und auch bei der Mundhygiene auf Hilfe angewiesen sind. Mit der Förderung einer flächendeckenden zahnärztlichen Betreuungsmöglichkeit soll die Mundgesundheit und damit die Lebensqualität pflegebedürftiger älterer Mitbürger und von Menschen mit Handicap nachhaltig verbessert werden, führte Dr. Lenke in der Pressekonferenz aus.

Dr. Ute Maier, Vorsitzende des IZZ-Verwaltungsrates, wies auf die Bedeutung einer Weiterentwicklung der präventionsorientierten Zahnheilkunde für Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftige in Seniorenheimen hin. Sie forderte, den Anspruch dieser Menschen auf zahnmedizinische Versorgung im Sozialgesetzbuch festzuschreiben.

IZZ-Verwaltungsrat

Der IZZ-Verwaltungsrat besteht aus dem Präsidenten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und der Vorsitzenden des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. Der Vorsitz im IZZ-Verwaltungsrat wird dabei im jährlichen Wechsel übernommen. Im Jahr 2012 ist Dr. Ute Maier die Vorsitzende des IZZ-Verwaltungsrats.

Der IZZ-Verwaltungsrat stellt in zwei Sitzungen pro Jahr die entscheidenden

Weichen für die gemeinsame Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, für deren Umsetzung das IZZ zuständig ist. So beschließt der IZZ-Verwaltungsrat u. a. den Haushalt für das IZZ und für das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg, einschließlich des Projektplans des IZZ für das kommende Jahr.

An den Sitzungen des IZZ-Verwaltungsrats nehmen mit beratender Stimme teil: die Öffentlichkeitsreferenten der Träger des IZZ, Dr. Hans Hugo Wilms, Öffentlichkeitsreferent der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und Dr. Bernhard Jäger, Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, der Leiter des IZZ, Johannes Clausen, der Direktor der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Axel Maag, ein weiterer Vertreter der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Christoph Besters, stv. Vorsitzender des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und ein Vertreter des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte Landesverband Baden-Württemberg, Dr. Michael Betz, Vorsitzender des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte Landesverband Baden-Württemberg.

Zahnärzteblatt Baden-Württemberg

Das Zahnärzteblatt in Baden-Württemberg ist das Informations- und Kommunikationsmedium für die Kollegenschaft. Es informiert seine Leserinnen und Leser über gesundheits- und berufspolitische Ereignisse und Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene. Einen weiteren Schwerpunkt nimmt die Veröffentlichung von Fortbildungsbeiträgen namhafter Experten ein.

Redaktionssitzungen

In den monatlichen Redaktionssitzungen und -besprechungen werden u. a. Themenplanung, Blattkritik, Terminbesetzungen und vieles mehr diskutiert und abgestimmt. Einmal im Jahr wird im Rahmen des ZBW-Workshops die Jahresplanung mit Schwerpunktthemen behandelt, Autoren für Fortbildungsbeiträge vorgestellt, berufspolitisch relevante Ereignisse u. v. mehr auf ihre Bedeutung für die Berichterstattung im ZBW durchleuchtet. Darüber hinaus gilt es, die kontinuierliche Weiterentwicklung der Gestaltung in Print und Online im Blick zu haben. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Weiterentwicklung des ZBW war der Relaunch der ZBW-Gestaltung. In mehreren Sitzungen haben dabei Johannes Clausen, Andrea Mader und Guido Reiter zusammen mit Sandra Lewis (IZZ Grafik) und Gabriele Billischek (IZZ) das neue Layout entwickelt und redaktionelle Kriterien bei der Weiterentwicklung berücksichtigt. Dr. Raimar Heber, Art Direktor bei der dpafotografie der Deutschen Nachrichtenagentur (dpa) in Berlin, unterstützte als Experte den Prozess.

Schwerpunktthemen 2012

Die **Ausgabe 1/2012** steht ganz im Zeichen der gesundheitspolitischen Entwicklungen und der zahnärztlichen Berufspolitik. Der Präsident der LZK BW Dr. Udo Lenke zieht in seinem Leitartikel „Gesundheitspolitik 2012 – zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ Bilanz und stellt Ziele und Vorsätze für das neue Jahr vor.

In den Berichten über die Vertreterversammlung der LZK und KZV BW wird deutlich, dass die Arbeit der Körperschaften von zielstrebigem Sachverstand und Zukunftsorientierung geprägt ist und dass die berufspolitische Mannschaft gut aufgestellt ist.



Darüber hinaus berichtet das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg über die Vertreterversammlungen der Bezirkszahnärztekammern.

Der Umzug der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe bietet den Stoff für das Titelthema der **Ausgabe 2/2012**. Der geplante Umzug in ein neu gestaltetes Fortbildungsinstitut mit Poliklinik bis 2014 von der Sophienstraße in Karlsruhe in das GartenCarreè wird ausführlich dargestellt, ergänzt durch einen Rückblick von Dr. Rüdiger Engel bis zu den Anfangszeiten der Akademie als dentisches Lehrinstitut.



Der anstehende Umzug der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe war Anlass für einen Rückblick in die Geschichte des Instituts.

Das Patientenrechtegesetz und das Versorgungsstrukturgesetz sind weitere Themen-schwerpunkte der berufspolitischen Berichterstattung. Zwei Hintergrundberichte geben

HERAUSGEBER ZBW

Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg mit den Bezirks Zahnärztekammern
Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen
Kassen Zahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg

REDAKTION ZBW

Johannes CLAUSEN, verantwortlicher Chefredakteur

einen Überblick über das komplexe Thema und im ZBW-Gespräch berichten Dr. Ute Maier, Vorsitzende des Vorstands der KZV BW, Christian Finster und Christoph Besters, stellvertretende Vorsitzende, von ihren Erwartungen und Erfahrungen.

Die „Politische Agenda 2012: Perspektive Zahngesundheit“ der Arbeitsgemeinschaft der KZVs der Bundesländer Baden-



Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein steht im Mittelpunkt der Berichterstattung in der **Ausgabe 3/2012**. Unter dem Leitmotiv „Vertrauen und Verantwortung“ analysieren der Vorstand der KZV BW, Dr. Ute Maier, Christian Finster und Christoph Besters, die Voraussetzungen, unter denen „Zukunftssicherung der zahnmedizinischen Patientenversorgung“ gelingen kann. Guido Reiter beleuchtet in seinem Beitrag den Kommunikationsaspekt und die Resonanz auf die Politische Agenda, die über die verschiedensten Medien in gedruckter Form sowie online und in sozialen Netzwerken publiziert wurde und zahlreiche Anstöße für die Diskussion ergab.

Nach intensiver Diskussion entschied sich die Redaktion des ZBW die Studie „Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Mundgesundheitswirtschaft“ des Instituts der Deutschen Zahnärzte (IDZ), Köln, und des WifOR-Instituts, Darmstadt, als Titelthema für die **Ausgabe 4/2012** aufzubereiten. Zum ersten Mal liegen Zahlen und Fakten zur Bedeutung der Mundgesundheitswirtschaft sowie eine Prognose für die nächsten 20 Jahre vor. Im Leitartikel betont der Chefredakteur des ZBW, Johannes Clausen, die wirt-



schaftspolitische Bedeutung sowie die Prognosen für die Mundgesundheitswirtschaft und zeigt das Potential auf, das in einer erhöhten Nachfrage von Leistungen im zahnmedizinischen Bereich liegt. Die Bedeutung des Gesundheitssektors in Baden-Württemberg verdeutlicht Dorothea Kallenberg, freie Journalistin, in ihrem Hintergrundbericht, der durch zahlreiche Grafiken illustriert wird, die die ZBW-Redaktion für die Berichterstattung von dpa anfertigen ließ. Im ZBW-Gespräch mit Johannes Clausen erläutert Dr. David Klingenger, stv. wissenschaftlicher Leiter des Instituts der Deutschen Zahnärzte (IDZ), wie der Beitrag der so genannten Mundgesundheitswirtschaft zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung und Beschäftigung beziffert werden kann und welche Wachstumstrends in der Zahnmedizin bis zum Jahr 2030 zu erwarten sind. Dr. Bernhard Jäger unterstreicht in seinem Kommentar das große wirtschaftliche Potential, das in innovativen Zahnarztpraxen liegt.

Im Gesundheitssektor in Baden-Württemberg gibt es rund 590.000 Arbeitsplätze.

Die Akademisierung der Heilhilfsberufe ein Thema – das auch in den Medien häufig diskutiert wird – betrifft den Berufsstand und veranlasste die ZBW-Redaktion es als Titelthema für die **Ausgabe 5/2012** auszuwählen und aus unterschiedlichen Perspektiven zu bearbeiten. In mehreren Überblicksbeiträgen wird die derzeitige Entwicklung der Aka-



Die Akademisierung der Heilhilfsberufe ein Thema – das auch in den Medien häufig diskutiert wird – betrifft den Berufsstand und veranlasste die ZBW-Redaktion es als Titelthema für die **Ausgabe 5/2012** auszuwählen und aus unterschiedlichen Perspektiven zu bearbeiten. In mehreren Überblicksbeiträgen wird die derzeitige Entwicklung der Aka-

REDAKTION KAMMER

Andrea MADER, Dr. Bernhard JÄGER

REDAKTION KZV BW

Guido REITER, Dr. Hans Hugo WILMS

REDAKTIONSBURO

Informationszentrum Zahngesundheit Baden-Württemberg

Redaktionsassistentz: Gabriele BILLISCHEK

Layout & Grafik: Sandra LEWIS

demisierung der nichtärztlichen Gesundheitsberufe aufgezeigt. Der Präsident der LZK Baden-Württemberg, Dr. Udo Lenke, betont in seinem Leitartikel, dass die zahnmedizinische Behandlung durch den umfassend aus- und fortgebildeten Zahnarzt unverzichtbar ist und dass eine Bachelor-DH oder Kammer-DH zahnmedizinische Teilleistungen nur unter Anweisung und Aufsicht des Zahnarztes erbringen dürfen.

In Pro und Contra-Beiträgen kommen Befürworter eines Bachelor-DH-Studiums wie ZA Hans-Joachim Beier, Referent des Vorstandes für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter/innen der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe, ebenso wie Gegner einer solchen Entwicklung wie Dr. Bernd Stoll, Referent für Zahnmedizinische Mitarbeiter/ Mitarbeiterinnen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, zu Wort. Im Interview zeigt Prof. Dr. Johannes Einwag, seit 20 Jahren Leiter des ZFZ Stuttgart, einen Weg auf, der hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Bachelor-Professional anbieten soll.



Expertisen für den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) werden am IQWiG erstellt.

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) steht im Fokus der **Ausgabe 6/2012**. Die Autorin des Leitartikels, Dr. Ute Maier beleuchtet Transparenz und Handlungsfähigkeit dieses obersten Gremiums der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen kritisch. Im Hin-

tergrundbericht werden Struktur und Historie des G-BA sowie gesetzliche Grundlagen erläutert. Andrea Mader und Rocco Nemitz berichten über die Klausurtagung des LZK-Vorstands mit der stv. Vorsitzenden des Unterausschusses Zahnärztliche Behandlung im G-BA, Petra Corvin, und die dort thematisierten Fragen.

Versorgungsforschung in Baden-Württemberg ist ein weiterer Themenschwerpunkt der Ausgabe 6/2012. Über das Programm, das das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Senioren 2011 zu deren Förderung aufgelegt hat, berichtet Dorothea Kallenberg, Freie Journalistin. Im ZBW-Gespräch erläutert Prof. Dr. Christof Dörfer warum die Versorgungsforschung in den letzten Jahren an Bedeutung zunahm und stellt seine „Vorstellung“ einer Zusammenarbeit von Organisationen der Selbstverwaltung der Zahnärztinnen und Zahnärzten in den Praxen vor. Über die Ergebnisse einer ersten konkreten Forschungsarbeit an der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung in Karlsruhe im Rahmen der Nachwuchsakademie Versorgungsforschung Baden-Württemberg berichtet Dr. Andreas Bartols.



Die **Ausgabe 7/2012** blickt auf die berufspolitischen Ereignisse der Vertreterversammlung der KZV BW Mitte Juni in Donaueschingen und der Vertreterversammlung der KZBV Ende Juni in Dresden.



In der **Doppelausgabe 8-9/2012** stellt die ZBW-Redaktion die berufspolitische Bedeutung der Kammerwahl im September in den

Blickpunkt der Berichte und Kommentare. Im Leitartikel appellieren der Präsident Dr. Udo Lenke und stv. Präsident der Landeszahnärztekammer, Dr. Bernhard Jäger, an die Kolleginnen und Kollegen, sich an der Kammerwahl zu beteiligen und mit ihrer Stimme zu entscheiden, wer die zukünftigen Interessen des Berufsstandes in den nächsten vier Jahren kompetent vertreten soll.

Die seit über 20 Jahren erfolgreiche Zahnmedizinische Patientenberatung und Zweitmeinung in Baden-Württemberg, bei der die Zahnärzteschaft Baden-Württemberg bundesweit Vorreiter ist, steht im Fokus der **Ausgabe 10/2012**. Christian Finster unterstreicht in seinem Leitartikel die Bedeutung der Patientenberatung und stellt den Service der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg vor. Dorothea Kallenberg gibt einen Überblick über die Telefonaktionen, die das Informationszentrum Zahn-



gesundheit regelmäßig in Zusammenarbeit mit den namhaften Tageszeitungen in Baden-Württemberg durchführt. Andrea Mader beleuchtet die statistische Auswertung der Zahnmedizinischen Patientenberatung in Baden-Württemberg, die die hohe Nachfrage der Bürgerinnen und Bürger dokumentiert und berichtet über die Erfahrungen einer jungen Zahnärztin, die vor kurzem in die Patientenberatung eingestiegen ist. Im ZBW-Gespräch schildert Dr. Jürgen Carow seine Erfahrungen aus fast 20 Jahren Patientenberatung – zuerst in der telefonischen Patientenberatung und später bei der persönlichen Zweitmeinung.

Das 18. IZZ-Pressseforum in Straßburg ist ein weiteres Thema der Ausgabe 10/2012. Dorothea Kallenberg zeigt in ihrem Beitrag, dass das 18. IZZ-Pressseforum in Straßburg den Journalisten von Print-, Funk- und TV-Medien ein zahnmedizinisch-

wissenschaftliches Fortbildungsforum bot, das ebenso berufspolitische Positionen der Kammer und KZV vorstellte.

Das Titelthema der **Ausgabe 11/2012** widmet sich dem Honorarstreit zwischen Ärzten und Krankenkassen. Weiterer Themenschwerpunkt dieser Ausgabe sind die Ergebnisse der Kammerwahl 2012.

Im Blickpunkt der **Ausgabe 12/2012** stehen berufspolitische Themen auf Bundesebene, wie z. B. die Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung oder die Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer. Darüber hinaus wird über die ordentlichen und konstituierenden Vertreterversammlungen der Bezirkszahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen berichtet.

Fortbildungsthemen 2012



Immer gern gelesen: Die Fortbildungsbeiträge im ZBW.

Fallbeispiele von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der drei Fortbildungsinstitute: Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe, Fortbildungsforum Freiburg und Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart sind ein leserorientierter Service der ZBW-Redaktion.

Im Jahr 2012 fanden zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen in Baden-Württemberg statt, über die das ZBW berichtete. Diese Berichte geben den Leserinnen und Lesern einen Überblick über die Fortbildungslandschaft in Baden-Württemberg. Herbstkonferenz der Akademie Karlsruhe und der BZK Karlsruhe (1/2012), 15. KH-Symposium und Herbsttagung der BZK Stuttgart (1/2012), Jahrestagung Oberrheinische Zahnärztesgesellschaft (1/2012), Winterakademie des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart (ZfZ) (3/2012), 27. Karlsruher Konferenz zur digitalen Technik in der Zahnarztpraxis (4/2012), 37. Schwarzwaldtagung der südbadischen Zahnärzte in Titisee (6/2012), Strukturierte Fortbildung „Parodontologie“ 2011/2012 (6/2012), 7. Tag des QM der BZK Karlsruhe (7/2012), 62. Kongress der DGMKG in Freiburg (7/2012), 8. Stuttgarter Zahnärztetag 2012 (7/2012), ZfZ-Sommer-Akademie 2012 (8-9/2012), 41. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Dentale Technologie und 61. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Prothetische Zahnmedizin und Biomaterialien (8-9/2012), 47. Bodenseetagung der Bezirkszahnärztekammer Tübingen (11/2012), Masters Day/Herbstkonferenz der Akademie und BZK Karlsruhe (11/2012) und das Abschlusskolloquium des Masterstudiengangs „Integrated Practice in Dentistry“ der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung in Karlsruhe sowie das KH-Symposium/Herbsttagung der BZK Stuttgart (12/2012).

Kommunikation

Die Rubrik Kommunikation enthält neben Berichten über die Beteiligung der Zahnärzteschaft an Parteitagungen der großen Parteien auch die regelmäßige Berichterstattung über die Veranstaltungen des Forum Zahngesundheit: *Forum Zahngesundheit auf den Allmendinger Gesundheitstagen: „Oft kopiert, nie erreicht!“* (1/2012), *Kinderspielstadt Stuttgart: Zahnarztpraxis Doktor Paula Zahn immer beliebter* (10/2012). Auch über die Te-

lefonaktionen des Informationszentrums Zahngesundheit mit Redaktionen der Tageszeitungen berichtet das ZBW regelmäßig sowie über die Koordinierungskonferenzen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (4/2012) und Altgoldsammelaktionen: *Rekorderlös von 2,34 Millionen bei „Aktion Z – Altgold für die Dritte Welt: „Wir rechnen mit Ihrer Hilfe“* (1/2012).



Die Kulturrubrik des ZBW gibt Anregungen für interessante Ausstellungen in Baden-Württemberg.

Regionen

In der Rubrik Regionen finden die Leser des ZBW Berichte über Veranstaltungen in den Regierungsbezirken wie *Feierliche Zeugnisvergabe in Heidelberg: Teures Studium zum Wohle der Patienten* (2/2012), *Tag der offenen Tür beim Zahnärztlichen Notfalldienst Heidelberg: Die Bevölkerung wird sehr gut versorgt* (4/2012) und über soziales Engagement von Zahnärzten *Nachhaltiges Projekt für Zahngesundheit in Ladakh/Indien: Notwendigste zahnärztliche Versorgung* (2/2012), *348.000 Euro Rekordsumme bei Zahnaltgold-Sammelaktion Spende für schwerstkranken Kinder im Olgäle* (6/2012),

Zahnärztlicher Einsatz für „Ärzte für die Dritte Welt“ in Ocotol: Humanitäres Engagement in Nicaragua (7/2012), Bestes Altgolddergebnis der Freien Zahnärzte Heilbronn: 155.000 Euro für gemeinnützige Organisationen (8-9/2012).

Einer von uns

Die Rubrik Einer von uns hatte im Jahr 2012 ebenfalls interessanten Beiträge: *Olympiasiegerin Dr. Zita Funkenhauser: Immer die Präzision im Visier* (8-9/2012) und *Ohne Eile vor sich hinsegeln: Olympiasieger Dr. Eckart Diesch will das Mittelmeer erkunden* (10/2012).

Kultur

Die Rubrik Kultur informiert die Leserinnen und Leser regelmäßig über aktuelle Ausstellungen und Veranstaltungen aus Kunst, Musik und Literatur. Das ZBW informierte über folgende Ausstellungen: Kopf und Schädel in der Kulturgeschichte in den Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim (2/2012), Sonderausstellung Gemälde von Turner, Monet und Twombly in der Staatsgalerie Stuttgart (3/2012) und William N. Copley im Museum Frieder Burda (3/2012), Jubiläumsschau Beuys, Warhol, Polke & Co in der Kunsthalle Tübingen (4/2012), Pierre-Auguste Renoir im Kunstmuseum Basel (4/2012), Déjà-vu – die Kunst der Wiederholung in der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe (5/2012), Das Raster in der Kunst nach 1945 im Kunstmuseum Stuttgart (6/2012), Eine Retrospektive zum 75. Geburtstag von Allen Jones in der Kunsthalle Tübingen (7/2012), Mexikanische Künstler des 20. Jahrhunderts in der Kunsthalle Würth (8-9/2012), John Cage zum 100. Geburtstag in der Staatsgalerie Stuttgart (8-9/2012), Chinesische Architektur des 21. Jahrhunderts in den Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim (8-9/2012), Nicola Samori in der Kunsthalle Tübingen (10/2012), Camille Corot. Natur und Traum in der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe

(11/2012), Alte Meister in der Sammlung Würth in der Johanniterkirche Schwäbisch Hall (12/2012).

Mit zahlreichen weiteren Beiträgen über standespolitische Veranstaltungen, Arbeitskreise und Ausschüsse, ehrenamtliches Engagement der Zahnärzteschaft, den Karlsruher Vortrag „Mund auf“ mit dem Schriftsteller Rafik Schami, Berichte aus den Regierungsbezirken, über Azubi-Veranstaltungen, mit ZBW-Gesprächen und Berichten aus den Themenbereichen Prophylaxe, Abrechnung und Praxistipps tragen die Autoren des Zahnärzteblattes Baden-Württemberg zu einer umfassenden Berichterstattung bei.

www.zahnaerzteblatt.de

Im Jahr 2012 konnte der Online-Bereich des ZBW weiter entwickelt werden. Im Sinne einer aktuellen und zeitnahen Berichterstattung wurden ausgewählte Beiträge sowie aktuelle News bereits vor Erscheinen der Druckausgabe online veröffentlicht. Zudem bietet die Internetseite des ZBW Informationen in Text und Bild, die über die Inhalte der Printausgabe hinausgehen.



Weiterentwicklung des Online-Bereichs des ZBW.

Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V.

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V. (LAGZ) ist das gemeinsame Band der 37 Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit:

1. Landkreis Böblingen;
2. Landkreis Esslingen;
3. Landkreis Göppingen;
4. Landkreis Heidenheim;
5. Stadt- und Landkreis Heilbronn;
6. Hohenlohekreis;
7. Landkreis Ludwigsburg;
8. Main-Tauber-Kreis;
9. Ostalbkreis;
10. Rems-Murr-Kreis;
11. Landkreis Schwäbisch Hall;
12. Stadtkreis Stuttgart;
13. Landkreis Calw;
14. Landkreis Freudenstadt;
15. Stadtkreis Heidelberg und Rhein-Neckar-Kreis;
16. Stadt- und Landkreis Karlsruhe;
17. Stadtkreis Mannheim;
18. Neckar-Odenwald-Kreis;
19. Stadt Pforzheim und Enzkreis;
20. Landkreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden;
21. Landkreis Emmendingen;
22. Stadtkreis Freiburg und Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald;
23. Landkreis Konstanz;
24. Landkreis Lörrach;
25. Ortenaukreis;
26. Landkreis Rottweil;
27. Schwarzwald-Baar-Kreis;
28. Landkreis Tuttlingen;
29. Landkreis Waldshut;
30. Landkreis Biberach;
31. Bodenseekreis;
32. Landkreis Ravensburg;
33. Landkreis Reutlingen;
34. Landkreis Sigmaringen;
35. Landkreis Tübingen;
36. Stadtkreis Ulm und Alb-Donau-Kreis;
37. Zollernalbkreis

Hinter den 37 Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit stehen die Kostenträger sowie die niedergelassenen Zahnärzte zusammen mit Vertretern des Landes. Die Aufgaben vor Ort werden von über 170 bei der LAGZ BW e. V. angestellten Prophylaxefachkräften sowie 1.470 Patenzahnärzten wahrgenommen, unterstützt von ungefähr 47 Zahnärzten des öffentlichen Gesundheitsdienstes, die beim Land angestellt und der Fachaufsicht des Sozialministeriums unterstellt sind.



Abstimmung in der LAGZ-Mitgliederversammlung über den Haushalt.

Da nach über einem Vierteljahrhundert auch die modernste Satzung in die Jahre kommt, hat sich der LAGZ-Vorstand einem sehr ambitionierten Ziel verschrieben, nämlich die Gruppenprophylaxe in Baden-Württemberg weiterzuentwickeln, insbesondere vor dem Hintergrund einer notwendigen Novellierung der LAGZ-Satzung/Arbeitsgemeinschaften. Dabei wurden grundlegende Elemente der Satzung von 1986 in die neue Satzung integriert. Das Ziel war die Modernisierung der tatsächlichen und rechtlichen Beziehungen sowie die Nutzung von Synergieeffekten bei der LAGZ und den Arbeitsgemeinschaften, um zukünftig in einer gemeinsamen rechtlichen Struktur unter weitestgehender Aufrechterhaltung der bisherigen Autonomie der Arbeitsgemeinschaften zusammenzuarbeiten und dem gemeinsamen Zweck der Gruppenprophylaxe zu dienen. Grundlage ist, dass die Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit

LAGZ-VORSTAND

Dr. Udo LENKE, Präsident der LZK BW, Vorsitzender

Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Prophylaxereferentin der LZK BW

Dr. Christopher HERMANN, Vorstandsvorsitzender der AOK BW

Walter SCHELLER, Leiter der vdek-Landesvertretung BW

Dr. Joachim KOHLER, Ministerialdirigent im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren BW

Baden-Württemberg e. V. und die Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit seit Jahrzehnten eng miteinander verzahnt sind. Deswegen hat sich der LAGZ-Vorstand auch für die Version Gesamtverein mit den dazugehörigen Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit ausgesprochen.

Die Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit u. a. haben den vom LAGZ-Vorstand freigegebenen Satzungsentwurf im September 2011 mit der Bitte um Stellungnahme erhalten. Im Auftrag des Vorstandes hat die LAGZ-Geschäftsstelle zusammen mit dem Vorstandsvorsitzenden, Dr. Udo Lenke, die eingereichten Stellungnahmen in eine Satzungssynopse eingearbeitet. Anschließend hat die vom LAGZ-Vorstand am 15.03.2012 gebildete Redaktionsgruppe, bestehend aus Vorstandsvertretern der Krankenkassen, des Sozialministeriums sowie der Landes Zahnärztekammer, zusammen mit RA Maag eine Fassung für den LAGZ-Vorstand am 15.09.2012 vorbereitet.



Karin Maag MdB besuchte das Forum Zahngesundheit am Samstag, 29. September 2012.

In Zukunft sollen nach der Beschlussempfehlung des LAGZ-Vorstandes auch der Landkreistag Baden-Württemberg und der Städtetag Baden-Württemberg mit einem gemeinsamen Vertreter als Mitglied im Vorstand und als ordentliches Mitglied in der

Mitgliederversammlung vertreten sein. Die Diskussion um eine Novellierung der LAGZ-Satzung/Arbeitsgemeinschaften hat gezeigt, dass erheblicher Gesprächsbedarf unter den Beteiligten besteht. Deshalb hat der LAGZ-Vorstand um ein Spitzengespräch mit dem Landkreistag Baden-Württemberg und Städtetag Baden-Württemberg gebeten. Darin sollen offene Fragen vertrauensvoll diskutiert und um die Zustimmung zu der neuen Satzung gebeten werden.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Jahresberichtes der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg lag die Beschlussfassung über die neue LAGZ-Satzung noch nicht vor. Wie eng die Verzahnung zwischen LAGZ und Arbeitsgemeinschaften ist, zeigt auch der Umstand, dass der LAGZ-Vorstand in seiner Sitzung Anfang September außerordentlichen Wert darauf legte, dass die Arbeitsgemeinschaften mit ihrer Kompetenz und ihren Erfahrungen vor Ort an den Mitgliederversammlungen der Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V. mit je einer beratenden Stimme teilnehmen sollten. Mit der Verabschiedung der neuen LAGZ-Satzung sollen die bewährten Strukturen vor Ort, wie z. B. die Geschäftsstellenleitung, nicht tangiert werden. Dazu hat das Sozialministerium Baden-Württemberg insbesondere in einer Klarstellung zu § 5 „Pflichten der Mitglieder“ ausgeführt, dass § 7 Abs. 5 Satz 2 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) zwar eine Soll-Formulierung enthält, was die Geschäftsführung der regionalen Arbeitsgemeinschaft durch das Gesundheitsamt betrifft, dass in der Praxis und vor allem in der Begründung zum Gesetzesentwurf des ÖGDG jedoch nicht von einer Festlegung dahin auszugehen ist, dass die Geschäftsführung der regionalen Arbeitsgemeinschaft (AGZ) durch das Gesundheitsamt zwingend zu erfolgen hat. Es sei im Gegenteil festzuhalten, dass den Gesundheitsämtern

ZUSTÄNDIGKEIT LAGZ-GESCHÄFTSSTELLE

Johannes CLAUSEN, Geschäftsführer
Annerose HAUBER, Geschäftsführende Sekretärin
Ralf KRAFT, Leiter Buchhaltung
Angela MÜCKUSCH, Sachbearbeiterin

die Aufgabe der Geschäftsführung der AGZ nur dann obliegt, soweit andere Stellen die Geschäftsführung nicht übernehmen.

In der neuen Satzung werden im § 3 „Zweck und Aufgaben“ die Gesamtaufgaben der LAGZ geregelt. Grundlage – wie auch schon in der LAGZ-Satzung von 1986 – sind die Bestimmungen aus dem Sozialgesetzbuch V, § 21 (Gruppenprophylaxe).

Der LAGZ-Vorstand hat in den vergangenen Sitzungen und insbesondere in den letzten drei Jahren immer wieder betont, dass die LAGZ serviceorientiert den Arbeitsgemeinschaften beratend zur Verfügung steht. Insbesondere Fortbildungsveranstaltungen, wie z. B. das LAGZ-Forum im Kloster Schöntal, dienen dazu, gruppenspezifische Prozesse, wie z. B. in Workshops, zu initiieren und den kollegialen Gedankenaustausch unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den 37 Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit zu pflegen.

Außerordentlichen Wert hat der LAGZ-Vorstand auch darauf gelegt, dass bei einer Satzungsneuerung der Name der regionalen AGZ immer erhalten bleibt. Denn der Name der regionalen AGZ ist vertrauensbildend und u. a. bei Kindertageseinrichtungen und Schulen eingeführt. Die regionalen Arbeitsgemeinschaften werden demnach die Bezeichnung „Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V.“ führen und setzen dieser Bezeichnung den Zusatz „Regionale Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit“ sowie ihre jeweilige Bezeichnung gemäß § 18 der Satzung hinzu.

Das Modell Baden-Württemberg, was die Gruppenprophylaxe anbetrifft, soll auch in Zukunft für andere Bundesländer Vorbildcharakter haben. Dazu dient auch die neue Satzung, die das Zusammenspiel der Kräfte auf ein neues tragfähiges gemeinsames Fundament stellt und die Verantwortung aller

Beteiligten in der Gruppenprophylaxe herstellt.

Der vom LAGZ-Vorstand verabschiedete Satzungsentwurf wird der LAGZ-Mitgliederversammlung am 29.11.2012 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Fortbildung

Seit vielen Jahren ist der Haushalt der LAGZ unverändert in der Höhe. Trotzdem gelingt es der LAGZ-Geschäftsstelle, von Jahr zu Jahr ein breites und interessantes Fortbildungsangebot den Mitarbeitern der Arbeitsgemeinschaften zu präsentieren. Das Fortbildungsangebot umfasste:

- ein Workshop „Mundgesundheits-erziehung nach dem Modell der Salutogenese – Methode der kollegialen Fallberatung“
- ein Workshop „Zahnmedizinische Gruppenprophylaxe in Kindertageseinrichtungen und in Grundschulen“
- je ein Wahlkurs „Rhetorik“ sowie „Evaluation von Aktionen und Projekten“ zur Fachkundekursreihe „Zahngesundheitsförderung“

Einen besonderen Schwerpunkt bilden auch die LAGZ-Seminare für Erzieher/innen in Kindertageseinrichtungen und Lehrer/innen in Schulen. Insgesamt konnten neun Seminare für diese Zielgruppe durchgeführt werden sowie sieben Seminare für Betreuungs- und Pflegepersonal in Einrichtungen für Menschen mit Handicaps.

LAGZ-Forum

Ein wichtiges Bindeglied stellt die Fortbildungstagung im Kloster Schöntal im Juli eines jeden Jahres dar. Über 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter auch Zahnärztinnen und Zahnärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes führt das

LAGZ-Forum zusammen, um nicht nur die ambitionierten Themen mit namhaften Referenten zu rezipieren, sondern auch den kollegialen Gedankenaustausch am Abend und in den Pausen zu pflegen. Bereits zum 7. Male trafen sich nahezu alle Mitarbeiterinnen der Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit, um von den Themenbereichen



Über 120 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen kamen zum 7. LAGZ-Fortbildungsforum ins Kloster Schöntal im Juli dieses Jahres.

- Gruppenprophylaxe aus fachlicher Sicht – warum – wer – wie/womit und wie oft (Prof. Dr. Johannes Einwag, Stuttgart)
- Gruppenprophylaxe aus pädagogischer Sicht – warum – wer – wie/womit und wie oft (Sybille van Os-Fingberg, Berlin)
- Workshop „Inhalte und Materialien für den Kindergarten – Anleitung zur Erlebnis- und Spielpädagogik für Kinder“, „Inhalte und Materialien für die Grundschule – Powerzahnpflege“ sowie „Inhalte und Materialien für Menschen mit Einschränkungen“
- Spass muss sein – Puppenspiel in der Gruppenprophylaxe (Dr. Karl-Ernst Roth, Konstanz)
- Fünf Workshops zum Thema Puppenspiel in der Gruppenprophylaxe
- Individualprophylaxe aus fachlicher Sicht – warum – wer – wie/womit und wie oft (Prof. Dr. Johannes Einwag, Stuttgart)

unter der Leitung von Johannes Clausen und Prof. Dr. Johannes Einwag wichtige Impulse für die Grundlagenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit zu erhalten.

Tag der Zahngesundheit 2012

Stuttgarts gute Stube, der Schlossplatz, war die ideale Umgebung für einen publikumswirksamen Auftritt der baden-württembergischen Prominenz in Sachen Zahngesundheit. Dr. Udo Lenke eröffnete am 26. September die landeszentrale Auftaktveranstaltung unter dem Motto: „Gesund beginnt im Mund – von Jung bis Alt“. Ein anspruchsvolles Thema, das auch bei den zahlreichen weiteren Aktionen in ganz Baden-Württemberg öffentlichkeitswirksam aufgegriffen wurde.



An der Pressekonferenz zum Tag der Zahngesundheit standen Rede und Antwort (von links nach rechts): Johannes Clausen, Frank Winkler, Dr. Ute Maier, Dr. Udo Lenke, Eberhard Brenner, Dr. Renate Lüllwitz-Hoch und Dr. Joachim Kohler.

Schon bei der Pressekonferenz unter der Leitung von Johannes Clausen, die der offiziellen Eröffnungsfeier voranging, konnten die Experten in Sachen Zahngesundheit nur Gutes vermelden: Seit Jahren hat Baden-Württemberg eine Vorbildwirkung, was die Zahngesundheit von Kindern und Jugendlichen angeht. Regelmäßige

epidemiologische Begleituntersuchungen zeigen, dass in keinem anderen Bundesland die Zahl der naturgesunden, kariesfreien Zähne bei Kindern aller untersuchten Altersgruppen höher ist als hierzulande.



Bärbl Mielich, MdL, (li.) und Angelika Raimann (re.) im Gespräch mit Martina Meisenberg auf der Bühne.

Die Pressekonferenz versammelte kompetente Mitstreiter für die Mundgesundheit an einem Tisch, allen voran Dr. Udo Lenke und Dr. Ute Maier. Ihnen zur Seite die Prophylaxereferentin der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, die sich mit den Zähnchen der kleinsten Patienten ebenso wie mit der Alterszahnheilkunde hervorragend auskennt. Vom Sozialministerium Baden-Württemberg kam Ministerialdirigent Dr. Joachim Kohler, der die Grüße seiner Ministerin und der Schirmherrin der Veranstaltung, Katrin Altpeter, überbrachte. Eberhard Brenner von der AOK Baden-Württemberg und Frank Winkler vom Verband der Ersatzkassen (vdek) waren als Vertreter der Krankenkassen und als wichtige Geldgeber mit von der Partie, denn die Gesetzlichen Krankenkassen sind im Ländle mit rund 6,5 Millionen Euro maßgeblich an der Gruppenprophylaxe beteiligt.

In seiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender der LAGZ BW eröffnete Dr. Udo Lenke die Runde der Statements und wies darauf hin, dass man in diesem Jahr zum

Tag der Zahngesundheit eine „weitgespannte Thematik“ zu bewältigen habe. „Das haben wir uns selber zuzuschreiben, denn die anderen Bundesländer haben sich beim diesjährigen Motto ausschließlich auf die über 65-Jährigen konzentriert. In Baden-Württemberg waren wir so frei und haben den Bogen weiter gespannt – von Jung bis Alt.



Zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wissenschaft hatten sich auf dem Stuttgarter Schloßplatz eingefunden.

Jahresstatistik

	2011/2012
Verausgabte Mittel der Krankenkassen für 37 Arbeitsgemeinschaften	€ 6,8 Mio.
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Kindergartenkinder	264.725 = 75,8 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Schulkinder 1. bis 4. Klasse	282.155 = 70,9 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Schulkinder 5. und 6. Klasse	31.315 = 16,4 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Sonderschulen/Einrichtungen für Menschen mit Handicaps	516 = 84,2 %
Anzahl der Vorsorgeuntersuchungen bei 3- bis 12jährigen (bis 6. Klasse) sowie Personen in Sonderschulen/Einrichtungen für Menschen mit Handicaps	380.033 = 38,6 %

Statistik der LAGZ-Prophylaxeseminare

	31.12.2008 - Gesamt -	31.12.2009 - Gesamt -	31.12.2010 - Gesamt -	31.12.2011 - Gesamt -
Anzahl der ausgebildeten Erzieher und Grundschullehrer durch die LAGZ (ab 1977)	11.919	12.115	12.292	12.438
Anzahl der ausgebildeten Pfleger und Betreuer in Behinderteneinrichtungen (ab 1984)	2.026	2.147	2.291	2.435
Anzahl ausgebildeter Grund- (ab 1988) und Sonderschullehrer (zusammen ab 1990)	1.138	1.138	1.138	1.138
Ausbildungen insgesamt	15.083	15.400	15.721	16.011

Beitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer

Das Beitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer richtet sich nach dem Mitgliederstand der einzelnen Länderkammern. Die nachfolgende Tabelle zeigt den Mitgliederstand der Länderkammern zum 31.12.2011. Die rechte Spalte zeigt den prozentualen Anteil der einzelnen Länderkammern am Gesamtbeitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer. Die Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg hatte zum 31.12.2011 11.328 Mitglieder, dies entspricht 12,9405 Prozent und ist damit die zweitgrößte Kammer im Bundesgebiet.

Kammerbereich	Zahnärzte	Prozent
Baden-Württemberg	11.328	12,9405
Bayern	14.657	16,7434
Berlin	5.245	5,9916
Brandenburg	2.570	2,9358
Bremen	691	0,7894
Hamburg	2.553	2,9164
Hessen	6.518	7,4458
Mecklenburg-Vorpommern	1.991	2,2744
Niedersachsen	7.436	8,4945
Nordrhein	10.254	11,7136
Rheinland-Pfalz	2.943	3,3619
Saarland	825	0,9424
Sachsen	4.871	5,5644
Sachsen-Anhalt	2.389	2,7291
Schleswig-Holstein	3.201	3,6567
Thüringen	2.540	2,9016
Westfalen-Lippe	7.527	8,5985
Bundesgebiet	87.539	100 %

Der monatliche Beitrag pro Mitglied wurde in der Bundesversammlung der Bundeszahn-ärztekammer 2011 festgelegt. Der monatliche Beitrag pro Mitglied der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg läuft sich in 2012 auf 7,55 Euro und in 2013 auf 8,20 Euro.

Baden-Württembergische Delegierte zur Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer

Der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat gemäß § 13 Abs. 1 der Wahlordnung für die Wahl der Delegierten zur Bundeszahnärztekammer folgende, von den Vertreterversammlungen der Bezirks Zahnärztekammern gewählte Delegierte zur Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2012 bestätigt.

BZK Freiburg	Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein Dr. Norbert STRUß, Freiburg	Delegierte
	Dr. Gabriele GÜDE, Freiburg	Stellvertreterin
BZK Karlsruhe	Dr. Bernd Ulrich BORCKMANN, Heidelberg Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker Dr. Rüdiger ENGEL, Karlsruhe Dr. Wolfgang GRÜNER, Karlsruhe Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg	Delegierte
	Dr. Jan WILZ, Mannheim Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim Dr. Volker BRACHER, Karlsruhe Dr. Wolfgang GUTERMANN, Heidelberg Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe	Stellvertreter/innen

Baden-Württembergische Delegierte zur Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer

BZK Stuttgart	Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn Dr. Udo LENKE, Vaihingen/Enz Dr. Eberhard MONTIGEL, Heilbronn Dr. Hendrik PUTZE, Stuttgart Dr. Torsten TOMPERT, Esslingen	Delegierte
	Dr. Gudrun KAPS-RICHTER, Heilbronn Dr. Jürgen CAROW, Flein Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen Dr. Rainer-Udo STECK, Winnenden	Stellver- treter/innen
BZK Tübingen	Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach Dr. Dr. Heinrich SCHNEIDER, Metzingen Dr. Bernd STOLL, Albstadt	Delegierte
	Dr. Manfred JOOß, Ravensburg Dagmar KÜGELE, Tettnang Dr. Elmar LUDWIG, Ulm	Stellver- treter/innen

Ehrenamtsträger und Verwaltungsmitarbeiter aus Baden-Württemberg auf Bundesebene

Vorstand, Ausschüsse und Arbeitskreise bei der Bundeszahnärztekammer	
Vorstand der Bundeszahnärztekammer	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Ausschuss Belange der Zahnärztinnen	Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen
Ausschuss Qualität in der ZahnMedizin	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Ausschuss für zahnmedizinische Mitarbeiterinnen	Dr. Bernd STOLL, Albstadt
Finanzausschuss	Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg
Ausschuss Praxisführung	Dr. Norbert STRUß, Freiburg Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen (Gast)
Senat für privates Leistungs- und Gebührenrecht	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz Dr. Jan WILZ
Beirat Fortbildung	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Ausschuss Röntgenstelle	Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen
Arbeitskreis Muster-Berufsordnung der Geschäftsführer der Landes Zahnärztekammern	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Arbeitskreis Muster-Weiterbildungsordnung der Geschäftsführer der Landes Zahnärztekammern	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Arbeitskreis Patientenrechtgesetz der Geschäftsführer der Landes Zahnärztekammern	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Arbeitskreis Telematik	Direktionsassistent Thorsten BECK, Stuttgart
Arbeitskreis Patienteninformationsbroschüre der Landes Zahnärztekammern Baden-Württemberg, Hamburg und Westfalen-Lippe	Dr. Konrad Bühler, Eislingen Direktor Axel Maag, Stuttgart Kommunikationsassistentin Andrea Mader, Stuttgart



www.lzk-bw.de/Die_Kammer/Daten_und_Fakten/Jahresberichte



www.facebook.com/lzkbw

www.lzk-bw.de

www.facebook.com/lzkbw